



Ö-punkte



**London
Seattle
Hannover**

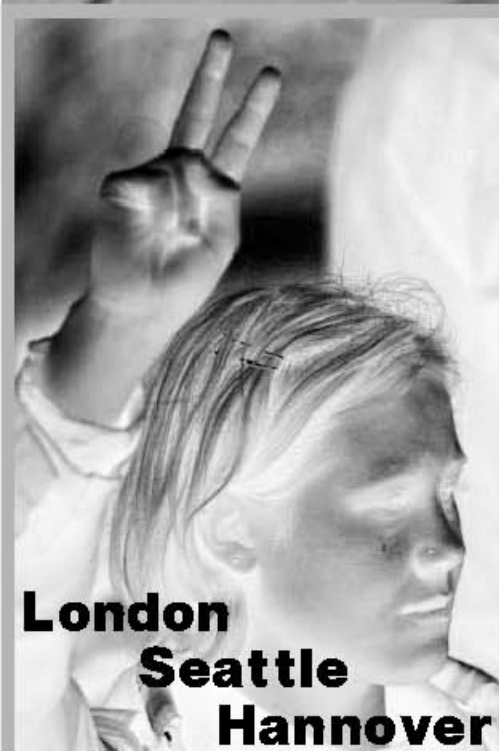
Am 30.11. verhinderten dezentral agierende Aktionsgruppen die Eröffnung der WTO. Am 1.6.2000 soll in Hannover Ähnliches geschehen: Expo lahmlegen!

Siehe Seite 31

Schwerpunkt Verkehr:
Die Straßen gehören uns!



Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen



London
Seattle
Hannover

Am 30.11. verhinderten dezentral agierende Aktionsgruppen die Eröffnung der WTO. Am 1.6.2000 soll in Hannover Ähnliches geschehen: Expo lahmlegen!

Siehe Seite 31

Schwerpunkt Verkehr:

Die Straßen gehören uns!

Ö-PUNKTE
Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

2 Frühjahr 2000
• Start ins
Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

Ö-Punkte 1/00: Weniger Autos statt mehr Straßen
Den Autoverkehr hat sich die neue Ausgabe der Umweltzeitung "Ö-Punkte" zum Schwerpunkt gewählt. Aus den Texten geht klar hervor: Der Versuch, die Belastung von Menschen durch Straßenlärm und zerschneidende Straßen mit Hilfe immer neuer Straßen zur angeblichen Entlastung zu mindern, scheitert immer - einzige Folge sind noch mehr Autos, die immer neue Straßen rechtfertigen sollen. Die "Ö-Punkte" räumen mit dem Irrtum auf, daß Straßen gegen den Autoverkehr helfen können. Transeuropäische Netze, Umgehungsstraßen und mehr werden kritisch behandelt. Daneben geht es um Aktionstage und Projekte.

Countdown zu großen Aktionen

In den nächsten Monaten stehen zwei große Aktionstage bevor: Der Global Action Day am 1.5. überall und der Anti-Expo-Aktionstag am 1.6. in Hannover. Breite regionale und überregionale Netzwerke bereiten sie vor. Ihr Ziel ist, Widerstand aufzubauen und die bisherigen Ein-Punkt-Bezüge zu überwinden. Inzwischen nehmen auch immer mehr ökologisch orientierte Gruppen an den Aktionen teil - während gleichzeitig andere auf noch mehr Staatsnähe setzen. Die "Ö-Punkte" bieten spannenden Diskussionsstoff.

Zudem prägen die bewährten sonstigen Rubriken von Anti-Atom über Politik von unten bis Chemie und Verkehr das Heft. 64 Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte.

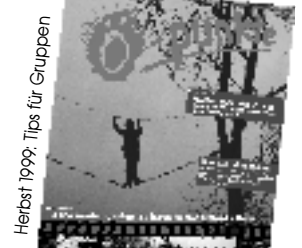


Das aktuelle Heft und alle bisher erschienenen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (7,- DM einschl. Porto in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Der nebenstehende Presstext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wir würden uns freuen, wenn er an möglichst vielen Stellen abgedruckt werden kann. Wer Platz für weitere Texte oder auch Freianzeigen für die Ö-Punkte hat, sollte sich bei der Redaktion melden.

Internet "Umweltschutz von unten"
<http://goto/umwelt>

Eigentumsvorbehalt
Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.



Herbst 1999: Tips für Gruppen

Spende
Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nachwievor finanziell gefährdet - leider. Denn als Diskussionsblatt ist es sehr wichtig geworden. Und als Infodienst unersetzlich.
"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 928820.O4
Volksbank Gießen, BLZ 51390000
Spendenbescheinigung auf Wunsch.

20x jährlich 1000 DM
Um auch eine dauerhafte Grundlage zu schaffen, suchen wir Einzelpersonen oder Gruppen, Institutionen, ASTAs oder andere, die jährlich 1000 DM für die Ö-Punkte geben. Dann wäre die Hälfte der Kosten gedeckt - den Rest schaffen wir dann (hoffentlich)!



Frühjahr 1999: Expo 2000

Aktive/PraktikantInnen gesucht!
Die "Ö-Punkte" brauchen kreative und engagierte Leute in der Endredaktion ... für Layouten, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Überall oder als Praktikant in der Projektwerkstatt ... dort dann auch Zeit für eigene Ideen und gegen Unterkunft, Verpflegung und das Lernen, wie so eine Zeitung entsteht.
Infos und Verabredung zum Kennenlernen unter 06401/903283 oder 0171/8348430.

PR-Arbeit

Die "Ö-Punkte" erreichen inzwischen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von 20 Einzelredaktionen gesammelt - ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende geworben werden.

Die Ö-Punkte bekannter machen - das ist eine wichtige Sache. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



Startausgabe 1997: Windenergie



Ö-punkte
regelmäßig ... die drei Varianten:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 63 sowie in allen Rubriken rechts oben)
2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).



Herbst 1998: Utopien

Sommer 1998: Direkte Demokratie



Schwerpunkt

Impressum7
 Presstext2
 Inhalt, Vorwort3
 Debatten4
 u.a. Toren auf Expo-Macher6

Aus aller umWelt

Battle of Seattle6
 Super-NGO: Neuer Lobbyverband!7
 Umweltgesetzbuch8

Auto und Verkehr

Keinen Meter mehr!12
 Umgehungsstraßen14
 Bundesverkehrswegeplan17
 Transeuropäische Netze18ff.
 Mobil ohne Auto 200020
 Aktionstips, Termine, A2021

Widerstand

Sonderteil "Anti-Expo"31-34
 mit Anti-Expo-Kalender
 Expo, Weltwirtschaft, Neoliberalismus58
 Widerstand60

Perspektiven Kurz notiert von A - Z

Rubriken

Abfall26
 Anti-Atom28
 Chemie & Industrie30+35
 Energiewende36
 Freiräume38
 Gentechnik40
 Landschaft und Naturschutz42
 Local economy
 Ökologischer Landbau44
 Politik von unten46
 Tierrechte/Tierschutz48
 Über den Tellerand50
 Umwelt&Entwicklung52
 Umweltbildung54
 VerbraucherInnenpolitik55
 Verkehr56
 Wasser57
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit62
 Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste63

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

Start ins Heft



Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

Es geht los ...

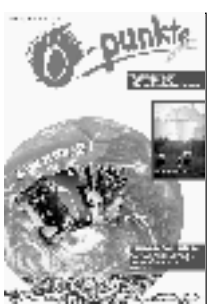
Dieses ist die letzte „Ö-Punkte“-Ausgabe vor der heißen Phase. Am 1.6.2000 soll in Hannover die weltweit wichtigste Zukunftsschau eröffnet werden. Die dort angepriesene Zukunft besteht aus neuen Atomkraftwerken, jede Menge Gentechnik und Überwachungstechnologie, Transrapids und etlichen grauseligen Visionen mehr. Diese Zukunft stammt aus den Computern der Konzern- und Regierungszentralen.

In vielen Städten, zunehmend auch international, bereiten sich Aktionsgruppen auf diesen Tag vor. Ihr Ziel: Die Expo-Eröffnung verhindern und damit ein Signal setzen, daß politische Bewegung ihre jahrelange Erstarrung in Ein-Punkt-Bezügen (die einen gegen den Castor, die anderen gegen Nazis, die nächsten gegen Autos oder Schuldenberge), oft langweiligen Aktionsformen (Latschdemo, Unterschriftensammlung & Co.), Abhängigkeiten (ABM, Zuschüsse ...) oder Anbiederung (Lobbyismus, Parteiennähe) überwindet, um endlich zu einer Gegenmacht von unten zu werden.

Wir würden uns sehr wünschen, daß auch viele Umweltschutzgruppen die gemeinsamen Aktionstage, vor allem den Höhepunkt am 1.6. mittragen. Dort sollen viele gut vorbereitete Gruppen nach Hannover kommen, um mit Blockaden, Störungen, Theater und Parties, direkten Aktionen und sanfter Subversion die Expo 2000 lahmzulegen und die protzigen Eröffnungsfeierlichkeiten für die High-Tech-Show zu verhindern. Rund um den Eröffnungstag gibt es eine ganze Aktionswoche, zudem am 1.5. noch den dezentral in vielen Städten vorbereiteten Glocal Action Day (mehr dazu auf S. 31-34).

Das sind viele Chancen, daß sich Umweltgruppen an dem Versuch zu überwinden – mitzubauen an dem onären, unabhängige und druckvolle Bewegungen der großen Verbände und viele neu entstandene Teil der Bewegung, der durch Anbiederung Kosten anderer Politikfeld-Schwäche politischer Aralso folgerichtig, sich mit neue Aktionsformen aufgebaut werden sollen.

Frühjahr 1998: Agenda 21



Umweltschutz ist mehr als nur von Umweltzerstörung und Ausbeutung! selbstbestimmte Welt. Am 1.5. und 1.6. läßt

Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



sich beteiligen, Grenzen und Erstarrungs-Versuch, eine lebendige, visigung zu schaffen. In den vergruppen, vor allem die Spitzen denen Lobbygruppen, zu dem und dem Versuch, Ökologie auf der durchzusetzen, viel zur beit beigetragen haben. Es wäre zuengagieren an diesem Punkt, ausprobiert und politischer Druck

Beratungstätigkeit bei den TäterInnen
 Wir wollen eine ökologische und sich ein ausdrucksvoller Anfang machen!

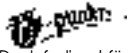
Infos zum nächsten Heft auf S. 63 rechts!



Winter 1998: Naturschutz

Winter 99/2000: Umweltbildung





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

4

Frühjahr 2000

● Echo und Diskussion

Briefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf das Perspektiven-Abo der "Ö-Punkte" (40 DM/Jahr, mit Perspektiven-Rundbrief zusätzlich zu den Ö-Punkten) und auf unsere Internetseite:

www.thur.de/philolo/uvu.html

LeserInnenpost bitte schicken an: Ö-Punkte Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen Fax 06401/903285 oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Anderer Blick

Betr.: „Jutta Dittfurth in der Neuen Revue“ (Ö-Punkte Winter 1999/2000)

Liebe Ö-Punkte-Redaktion,

vielleicht wäre es angebracht, die Veröffentlichungen von Jutta Dittfurth in der Neuen Revue auch aus einem etwas anderen Blickwinkel zu sehen. Die orthodoxe Lesart des Medienereignisses, wie von Jörg Bergstedt ausgeführt, scheint mir doch zu sehr von einer allzubekanntem Abschnittungs- und K-Gruppen-Mentalität (Jörg: „Sittenpolizei“) geprägt. Da Jutta Dittfurth bisher ziemlich viel Hirnschmalz und Energie genau in derartige politische Positionen investiert hat, und deshalb von Jörg wahrscheinlich auch zu recht als „Leitfigur der Ökologischen Linken“ bezeichnet wird, ist es legitim sie aus ihrer eigenen Ecke zu kritisieren. Dieses ewige Gerangel um die politisch korrekteste Position innerhalb der Szene ödet aber an und führt nicht weiter. Deshalb empfand ich den Entschluß Jutta Dittfurths als einen mutigen und nach vorne weisenden Versuch, ein bißchen aus der eigenen Marginalisierung auszubrechen. Man mag von der Neuen Revue halten, was man will, aber Fakt ist, daß sie sicherlich eine x-fach höhere Auflage hat als Ökolinx oder Ö-Punkte und damit Leute auch außerhalb des eigenen In-Zirkels erreicht werden. Wenn die Neue Revue bereit ist, ihr Blatt für eine 'linke' Kritik an der rotgrünen Bundesregierung zu öffnen, dann wäre man doch bescheuert, sich eine solche Gelegenheit entgehen zu lassen. Warum damit „sexistische, und rechte Positionen“ verharmlost werden sollen, leuchtet mir nicht ein. Jörg, seh es doch umgekehrt: Wenn Dittfurths Kommentare nicht erscheinen würden, dann besteht die Neue Revue eben nur aus „Sex, Crime, Horoskope und mehr“. Wenn hier die Möglichkeit einer „Instrumentalisierung“ besteht, dann eine von 'links'. Eine kritische Position kann nur gewinnen, wenn sie an Orten des medialen Mainstreams, wie z.B. die Organe des bundesdeutschen Boulevard-Journalismus, verbreitet werden. Oder glaubt ihr selbst nicht an die eigene Überzeugungskraft? Es ist schon komisch. Da betreibt die Dittfurth-Linke jahrelang eine Strategie der Denunziation, des Ausschließens und der Fragmentierung bis zur Bedeutungslosigkeit, und kaum gibt es erste Anzeichen ihrerseits, Energien ein bißchen wirkungsvoller einzusetzen, wird sie von den eigenen Hinterbänkeln niedergeschrien. Die Geister, die ich rief ... Die Wirklichkeit übertrifft eben doch immer wieder die Satire, wie es der alte Karl Kraus so schön formulierte.

Mit besten Grüßen, Armin Müller

Noch schlimmer

Zur Kritik an Jutta Dittfurth

Die Ö-Punkte-Kritik geht gar nicht weit genug: Jutta Dittfurth legte inzwischen noch einen drauf, nach etlichen Folgen schmutziger Wäsche, die Jutta Dittfurth im rechten Sex-and-Crime-Blatt Neue Revue gegen die Grünen und insbesondere Joschka Fischer wusch und dabei verkannte, daß sich vor allem konservative bis rechte Gruppen darüber freuen, ging es in der letzten Folge nicht gegen die Grünen, sondern gegen alle, die Juttas Engagement in der Neuen Revue kritisieren. Pauschalisierend machte sie all diese als kleingeistig nieder, unterstellte rechte Gesinnung oder SPD-Nähe. Das ist bekannt aus den Strategien der Ökologischen Linken insgesamt: Wer Kritik an ihnen äußert, muß faschistisch oder SPD-bezahlt sein. Jutta Dittfurth und die Ökoli sind halt wie der Papst – unfehlbar. Kritik ist Majestätsbeleidigung. Und wer die übt, wird im Sex-Blatt Neue Revue von Jutta D. abgestraft. Bleibt die Frage, was mit einer Gruppierung geschieht, die so mit politischer Bewegung umgeht.

Georg Kurz, Kiel

P.S. Auch die Krokodilstränen von Jutta, daß niemand sie mehr schreiben lassen würde, wann eine Täuschung: Ihr neues Buch kommt im Econ-Verlag heraus. Seite an Seite mit Oskar Lafontaine.

Übersichtlicher

Ach ja, beim Blick in die letzte Ausgabe der Ö-Punkte wurde ich von einem übersichtlichen, gut leserlichen Layout positiv überrascht - bzw. ich hatte Eure Bemühungen diesbzgl. schon in den emails mitbekommen aber ich wollte Euch diesen positiven Eindruck Euch nicht vorenthalten. Christian Ohly

Anm. der Red.: Christian, unser bisheriger Abfall-Redakteur, hört mit dieser Ausgabe als Koordinator der Abfall-Redaktion auf – vielen Dank für die Phase der Zusammenarbeit. Nachfolgerin ist Irene Maria Sturm ... Näheres siehe auf den Abfallseiten.

Toleranter sein

Zu Ö-Punkte Herbst 99, S. 10 + 11

Ich meine, man (frau) sollte intern toleranter sein und nicht allein das Negative und noch nicht Vollkommene anprangern, sondern alle Menschen, die sich guten Willens für den Tier- und Umweltschutz einsetzen, erkennen, ob Ökologie-Theoretiker oder Schoßhundretter. Gerade der „ganz normale Bürger“ muß erreicht werden, und erste Ansätze von Umdenken sind besonders wichtig.

Auch die Spende für das Tierheim, solange das Rahmenelend nun einmal nicht beseitigt wird, ist wichtig, wenn sie wirklich sinnvoll eingesetzt und nicht, wie so oft, zweckentfremdet wird.

Makah und Sea Shepherd

Betrifft: Ö-Punkte Ausgabe Winter 99/2000, Titel: Tierschutz/Rassismus am Beispiel der Makah-Waljagd.

Der Mythos des harmonisch im Einklang mit der Natur lebenden Indianers sollte endlich als das akzeptiert werden, was er heute noch ist; nämlich nur ein Mythos.

Vorbei sind die Zeiten, wo man sich grundsätzlich ein Beispiel an den Lebensweisen aller Indianer nehmen konnte. Sicher gibt es auch heute noch viele Stämme und Traditionalisten, die einen vorbildlichen Umgang mit der Natur pflegen. Aber man muss eben etwas genauer hinschauen, wenn man zumindest ehrlich mit sich selbst sein will. Die Makah sind ein Musterbeispiel dafür, wie manipulierend Indianer ihr „Winnetou“-Image gegen Natur- und Umweltschützer einsetzen.

Warum kehrt ein Volk nach siebzig Jahren Verzicht auf das Töten von Walen zu dieser Tradition zurück?

➤Die Makah essen den Grauwal nicht. Einen 1996 aus versehen getöteten Grauwal ließen sie auf der Stämmesmüllkippe verrotten.

➤Die Makah können das Fleisch des Grauwales nicht verkaufen. Dies wäre ein zu großer Verstoß gegen das ausdrückliche Verbot des Handels mit Fleisch geschützter Arten.

➤Die Makah können sich nicht auf Tradition berufen: Es gibt keinen lebenden Makah, der die Tradition der Waljagd weitergeben könnte. Man will und hat mit moderner Technik getötet. Schnellboote, Trawler, panzerbrechende Munition. Ja selbst der Wal-Metzger wurde per Jet aus dem fernen Alaska eingeflogen. Selber wußten die Makah nicht, wie man einen 30 Tonnen schweren Wal zerlegen sollte. Was die Makah mit fünf dieser Giganten machen wollen, ist immer noch ein Rätsel.

➤Die Jagd ist illegal und von der IWC nicht genehmigt.



Debatten-Rubrik:

Positionen klären ... Strategien entwickeln!

Das Gesamtproblem, den Tier- und Umweltschutz durch eine radikale Veränderung des Bewußtseins der Menschen zu revolutionieren, ist für mich untrennbar mit Menschenschutz, besonders auch Kinderschutz verbunden. Um eine möglichst einfache und allgemeinverständliche Darstellung dieses Problems sollte es gehen, nicht um Aufsplitterung in Unterthemen, die dann einzeln theoretisch vergrößert, alle wieder gesplittet, erneut vergrößert werden usw.

...

Herward Eylers, Bad Driburg



Die mit entblößtem Oberkörper im Holzkanu paddelnden Indianer sind nur ein Motiv für die Kameralinsen der Medien. Und die Makah wissen dies geschickt einzusetzen. Als sie sich aufmachten, eine junge Walkuh mit 50mm Geschossen zu erlegen, paddelten sie nicht in die kalte, rauhe See des Pazifik. Frierend mit warmen Sweatshirts und Jeans saßen sie in ihrem „Pressekanu“ und ließen sich bequem von eines ihrer Schnellboote zum nächsten Wal ziehen. Dort angekommen entblößten sie mutig Ihre Oberkörper für die Pressefotographen und paddelten doch einige wenige Meter selber. Der Wal machte es ihnen einfach; er schwamm auf das Kanu zu.

Nach siebzig Jahren ohne Waljagd, wird den grauen Riesen in Neah Bay nur noch von Whale-Watching-Booten aus nachgestellt. Die Wale genießen es, sich von Kindern in orangen Rettungswesten den Rücken kraulen zu lassen. Diesmal jedoch bekam der junge Wal keine Streicheleinheiten, sondern eine Harpune. Nach dieser mutigen Tat wurde der Wal vom Schnellboot aus erschossen. Die Makah hatten monatelang Werbung für den Waffenhersteller gemacht, der auch die US-Armee beliefert. Eine traditionelle Vorbereitung für das Töten eines Wales, wie es früher üblich war, gab es nicht. Die Schamanen lehnten die Jagd ab. Es sei falsch, einem Wesen wie einen Wal das Leben zu nehmen, ohne das der Stamm den Wal braucht, sagten Sie. So sprangen die sieben Waljäger mit Jeans und Turnschuhen auf dem Kadaver des Wales herum und betranken sich sinnlos.

Auch die New York Times hatte einen Mann vor Ort in Neah Bay. Dieser schrieb: „Einige jubelnde Makah-Indianer hatten ein Festmahl mit dem Blubber und Speck des Wales und erklärten sich spirituell zurückversetzt in die alte Zeit. Andere spien das Fleisch an den Strand oder spülten es herunter mit dem traditionellsten Getränk aller Zeiten: Coca-Cola.“ New York Times 19. Mai 1999

... Wer nun könnte einen Vorteil aus der Waljagd der Makah ziehen. Die Be-

fürworter der Waljagd sagen, daß durch die Jagd der Stamm seinen Zusammenhalt wiederfindet.

Jedoch genau das Gegenteil ist der Fall. Noch nie zuvor war der Stamm der Makah so zerstört, wie seit der Neuaufnahme der Waljagd. Die Gegner der Waljagd, stehen stark unter Druck. Es gab bereits Ausweisungen aus dem Reservat. Ferner wurden Haustiere der Walfanggegner getötet u.ä. mehr.

... Berücksichtigen sollte man auch, daß die Japaner die Makah in den letzten fünf Jahren massiv im Kampf durch die gerichtlichen Instanzen unterstützt haben.

Japan verdient an dem Verkauf von Walfleisch und Blubber (Walspeck) mehrere Millionen US \$ pro Jahr. Eine erfolgreiche Waljagd der Makah würde die Position Japans auf der nächsten IWC stärken. Japan unterhält seit langem Geschäftsbeziehungen zu den Makah. Diese verkaufen Holz, einen großen Teil ihres Fischfanges und Schwämme an Japan. Die Makah sind KEIN armer Indianerstamm. Sie besitzen eines der fruchtbarsten Territorien der USA und erhalten jedes Jahr vom Staat sehr hohe Zuwendungen.

Sea Shepherd kämpft für den Fortbestand der Artenvielfalt. Nicht zuletzt deswegen sind viele Indianer mit an Bord unserer Schiffe. Selbst die Leiterin der Kampagne zum Schutz der Grauwale sieht stolz auf ihre indianischen Vorfahren zurück. Sea Shepherd hat noch nie rassistische Äußerungen getätigt. Wie klug es von den Makah Waljägern war, diese Lüge zu streuen, zeigen die vielen empörten Berichte. Paul Watson hat sich selbst für die Rechte der Indianer eingesetzt. Er war einer der wenigen Weißen, die 1973 auf der Seite der Indianer bei der Besetzung von Wounded Knee gekämpft haben. Auf dem Boden der vom Blut der Sioux Indianer bei deren letzten Schlacht getränkt wurde. Diese Indianer verliehen ihm den Namen „grauer Wolf“. Diesem Mann Rassismus vorzuwerfen, ist eine Frechheit.

Wir in Deutschland sind alle sehr stolz darauf, bei Sea Shepherd tätig sein zu können. Ohne uns wäre nicht ein Grauwal, sondern inzwischen zehn getötet worden. Auf unseren Schiffen findet sich Jahr für Jahr eine Crew zusammen, die ihresgleichen sucht. In Neah Bay waren neben Indianern und Amerikanern auch Kanadier, Brasilianer, Schotten, Franzosen, Deutsche und Israelis an Bord.

Einen Dienst haben die Makah den Indianern allgemein mit dieser Politik nicht erwiesen. Denn nun hört die Menschheit genauer hin, wenn ein Stamm wie die „Goshute Indianer“ es Atom-Konzernen (gegen den Willen des Gouverneurs) erlauben, deren Atom Müll auf Stammesgebiet zu lagern. Wenn der „Tinglit“ Stamm selber einen Konzern gründet, Wälder abholzt und Öl fördert. Oder wenn die „Inupia“- und „Gwichin“-Indianer Ölkonzernen wie Exxon ermöglichen, selbst auf Wildschutzgebieten Öl und Gas zu fördern. Die Makah sind nur ein Stamm mehr, der seine Wälder zum Teil schon gefällt hat, seine Bestände an Wildlachs bereits völlig ausgerottet hat und nun zur Jagd auf Wale bläst. Diesem Ruf werden andere Indianerstämme folgen und ebenfalls Ihr Recht auf die Waljagd fordern. Solche Forderungen liegen bereits aus dem Südwesten Kanadas vor.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, auch wenn wir wieder unberechtigt als Rassisten beschimpft werden. Etwas grundsätzlich Falsches wird nicht dadurch richtig, daß es durch einen Indianer gemacht wird.

Und auch ein letztes Wort zu der Redaktion der Ö-Punkte soll angemerkt werden. Eine ganze Organisation als Rassisten zu verunglimpfen, ohne dieser vor dem Druck solcher Lügen auch nur die Chance eines Gespräches zu geben, ist nicht mit den Grundlagen des Journalismus vereinbar. Nur durch einen Leser wurden wir auf die Veröffentlichung dieser Verleumdung aufmerksam. Die Ö-Punkte hielten es noch nicht einmal für nötig, unser Büro anzurufen und sich unsere Meinung zu diesen Beschuldigungen anzuhören. Mit dem Wort Rassismus sollte man nicht zu leichtfertig umgehen, dies sollte vor allem Leuten bewußt sein, die versuchen besser als andere Medien zu sein.



Projekt sucht ...

Die Suche/biete-Börse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen - **KOSTENLOS!!!**
Jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen! Für politische Projekte kostenlos bis ca. 10 Zeilen. Private Kleinanzeigen: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeichen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

Politische Zentren suchen ...

Inihaus Bad Oldesloe: [Traktor](mailto:Traktor@inihaus.de) für Umweltmobil gesucht. 04531/4512, jup@inihaus.de
Projektwerkstatt Saasen: [Videobeamer](mailto:Videobeamer@projektwerkstatt-sa.de), Kneipentresen und -hocker. 06401/903283, [projektwerkstatt_sa@apg.wvbnet](mailto:projektwerkstatt_sa@apg.wvbnet.de)
Büro für mentale Randal: 4mal 30polige 16_MB-SIMM-Module, 600dpi-Laser-Drucker

Alles gesucht: Die Projektwerkstatt und WG „Feldmühle“ in Soest ist Opfer eines Brandes geworden. Jetzt wird (fast) alles neu gesucht – von Klamotten bis zur Technik. Info: 02921/341001.

Arbeitsausstattung gesucht!

Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausstattungen für politische Zentren. Wer etwas übrig hat, sollte sich melden. Zur Zeit sind u.a. gesucht: Exzegeräte, VGA-Großbildschirme (ab 17 Zoll), SCSI-Karten für PCs, ZIP-Laufwerk. Bitte melden unter 0171/8348430.

„Jobs“:

Aktive/PraktikantInnen für die „Ö-Punkte“ gesucht. Angesagt ist die Mitarbeit bei Layout, Vertrieb, Koordination und Finanzierung. Zudem können unbesetzte Themenredaktionen übernommen werden. Überall reinschnüffeln, Blicke hinter die Kulissen und vielleicht ja auch dauerhafte Mitwirkung für dieser Zeitung. Bei Praktikum gibts Kost&Logi in der Projektwerkstatt in Saasen!
Info: 06401/903283 oder 0171/8348430, oe-punkte@gmx.de

„X-tausendmal-quer – überall!“ die Kampagne zur Vorbereitung einer

großen gewaltfreien Sitzblockade des nächsten Castor-Transportes, sucht mehrere PraktikantInnen für das bundesweite Kampagnenbüro in Verden (bei Bremen). Inhaltliche Schwerpunkte: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Mobilisierung, Vorbereitung von Aktionen und Aktionsunterstützung, Verwaltungsaufgaben. Du solltest über EDV-Kenntnisse verfügen, gewohnt sein selbstständig zu arbeiten und etwas Organisationstalent mitbringen. Mind. 2, besser 3-6 Monate. Arbeitszeit und Aufwandsentschädigung nach Absprache. www.X100mal-quer.de. Kontakt: Friedrich Erbacher, 07171/939444, F.Erbacher@jpbberlin.de.



Symbolischer Widerstand oder Gewalt?

Mensch – Natur – Torte

29.12.99, 23 Uhr, Tübingen: Torten fliegen. Ihr Ziel sind zwei Manager der Expo 2000, zum einen der Projektleiter der Expo 2000 GmbH für den Themenparkbereich Umwelt, zum anderen der Spitzenfunktionär deutsche Umweltschutzverbände, u.a. Schatzmeister im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings und Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, gleichzeitig aber auch im Beirat der Expo 2000. Mit ihrer Aktion wollte eine Gruppe von Jugendlichen ihren Zorn gegen die Ideologie der Expo 2000 sowie gegenüber der Anbiederung von Umweltschutzverbänden an die kapitalistische Schau zum Ausdruck bringen. Die Aktion fand ein sehr geteiltes Echo – von Begeisterung bis zu Vorwürfen „das ist Gewalt“, „das ist Faschismus“ oder „so fing es 1933 auch an“ wurde die Aktion kontrovers diskutiert. Insbesondere unter dem Eindruck der Kämpfe in Seattle erhielt die Debatte eine besondere Note. Wird Widerstand Tausende von Kilometer entfernt abgefeiert, aber im eigenen Nest herrscht Ruhe (Langeweile)? Was Widerstand in Deutschland zu bieten hat, zeigte er im Juni 1999 in Köln bei langweiligen und zentral gesteuerten Latschdemos, obwohl der Weltwirtschaftsgipfel vom Ereignis her mit Seattle zu vergleichen wäre. Und er zeigte es bei den Protesten gegen den Angriffskrieg auf Jugoslawien. Wenn Torten schon zu viel sind, was bleibt dann noch? Die „Ö-Punkte“ haben die verschiedenen Seiten um Diskussionsbeiträge gebeten und dokumentieren die ersten Statements.

Zum Text

Die Texte stammen von zwei Teilnehmerinnen des Jugendumweltkongresses.

Wir freuen uns über weitere Debattenbeiträge.

Zu Tortenwürfen, Harmoniestörungen und anderen Späßen

Die Tortenwürfe auf die beiden Expo-Vertreter haben viele Diskussionen hervorgerufen. Auf der einen Seite Menschen, die sich daran erfreuten, das den beiden Expo-Vertretern endlich einmal unmißverständlich gezeigt wurde, was von ihnen zu halten ist. Und auf der anderen Seite die Menschen, bei denen die Tortenwürfe mehr Empörung hervorgerufen haben als die Expo selbst, Menschen, die deutlich gesagt haben, das die Welt politischer Kämpfe nicht die ihre ist. Zwei Menschen haben den Jugendumweltkongreß verlassen, und von Teilen des aufgelösten Orga-Teams wurde versucht, eine Spaltung voranzutreiben: Ein Ausschlußantrag gegen 30 Leute wurde formuliert, um ihn dann, als klar wurde, das dieser nur von einer Minderheit getragen würde, aus strategischen Gründen zurückzuziehen.



Zu den Fotos

Das große Foto zeigt die Podiumsdiskussion in dem Moment, wo die Torten fliegen. Von links: Die Moderatorin, die zuvor versuchte, Streit zu schlichten und direkte Kontroversen nicht zuließ. Dann eine Tortenwerferin, von der Moderatorin angegriffen. Mit der Torte im Gesicht: Jürgen Resch, Präsidiumsmitglied im Deutschen Naturschutzring und Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, gleichzeitig Expo-Funktionär. Ganz rechts Ernest Mitschke von der Expo 2000 GmbH.

Nicht auf dem Bild: Der zweite Moderator und die beiden Expo-Gegner auf dem Podium.

Foto rechts: Jürgen Resch kurz nach den Tortenwürfen.

Fotos: Florian Busch

starr an die sie vertretenden Menschen gebunden sind. Einer der Menschen, dessen Brief im Plenum vorgelesen wurde, läßt seine Identität so stark in seinen Vorstellungen von Gewalt- und Kampflöslichkeit aufgehen, daß er aufgrund eines Tortenwurfs den Kongreß verlassen hat. Er schrieb, den Kongreß u.a. aus dem Grund verlassen zu haben, daß politische Kämpfe nicht das richtige für ihn sind. Wenn sich eine Identität in solch einer Form an eine Herangehensweise kettet, wäre es politisch fatal, Inhalte und damit verbunden Aktionsformen der Identität dieser Menschen wegen zu verbürgerlichen. Wenn wir auf unsere Inhalte und Aktionsformen verzichten würde, hätten wir klare Inhalte der Harmoniesucht untergeordnet. Sich auf derartige Weise zurückzuhalten, kann auf einer persönlichen Ebene manchmal richtig sein. Aber auf solch einem Fundament eine Politik aufbauen zu wollen, kann nur nach hinten losgehen und führt zum Verbot jeder klaren inhaltlichen Position, da sich ja immer die gegenüberstehende Position verletzt fühlt, und auf dem Juks von linksradikalen bis zu konservativen und vereinzelt auch

tion gehabt, wenn in den zuvor gelaufenen Diskussionen mehr Gewicht auf die Vielfalt der Bewegung als auf Harmonie und Konsens gelegt worden wäre. Die Differenzen in den Vorstellungen von sinnvollen Aktionsformen wären besser akzeptiert worden, wenn die Betonung der Wichtigkeit eines moderierten Zustandekommen einer Einheitsposition zurückgeschraubt worden wären zugunsten einer stärkeren Betonung der Autonomie der einzelnen Teile der Jugendumweltbewegung.

Mit der Tortenwurfaktion ist deutlich geworden, daß es zum Widerspruch zwischen Konsenssuche und Projektautonomie völlig verschiedene Positionen gibt. In der Jugendumweltbewegung sind wieder einmal Differenzen klar geworden, und das ist gut, denn nur so kann sich Bewegung weiterentwickeln. Wir werden uns zu streiten haben, welche Position sich wann wo durchsetzt. Klar ist für mich, dass ich mancher, aber bestimmt nicht jeder Gegenforderung nachkommen werde. In dem Brief des einen Juks-Abgängers stand, das Aktionen für ihn nicht das Richtige

Auf einer persönlichen Ebene tun mir die Menschen, die die Jux-Vielfalt nicht akzeptieren konnten, leid. Es tut mir weh, wenn ich mir die Geschichte eines Menschen, der vom Jux abgereist ist, ausmale. Eine Person, die zu einem netten Ökotreffen fahren wollte, und mit Positionen wie „Krieg dem Krieg“ konfrontiert wurde, deren Radikalität sie nicht mehr aushalten konnte. Aber es gibt an vielen Stellen Menschen, deren Schmerz ich nachvollziehen und wo ich mitweinen kann. Selbst der CDU-wählende LKW-Fahrer, der mich beim trampeln mitgenommen hat, und der mir traurig erzählte, daß ihn „seine“ Frau verlassen hat, gehört zu ihnen.

Mit dem, wofür und wogegen ich kämpfe, hat das sehr wenig zu tun. Persönliches Schicksal ist etwas sehr Trauriges, aber ich werde meine Politik nicht darauf ausrichten, es zu vermeiden. Vielmehr geht es mir um klare Inhalte, die dann auch in den Aktionen transportiert werden. Auf dem Jux hat sich jedoch wieder einmal gezeigt, dass Inhalte häufig



rechten Positionen alles vertreten war. Wir schaufeln uns so einen Friedhof für Jugendumweltleichen, die dann als Kuschelgurus reinkarnieren können.

Positionen entstehen, besonders in Jugendbewegungen, nicht nur durch das autonome Reflektieren aller Individuen. Vielmehr ist es so, das bestimmte Positionen, z.B. in den Readern und durch ihre Dominanz in Plena, gesetzt werden. Ich denke, viele Menschen hätten eine positivere Einstellung gegenüber der Tortenak-

„Krieg dem Krieg“ geäußert: Und doch werde ich sie nicht in „wir lieben alles und jeden“ umändern, um den Juks-Frieden zu erhalten. Wenn die politischen Vorstellungen anderer mir meine Inhalte und Aktionen verbieten wollen, dann werde ich deswegen noch lange nicht meine Sachen packen und gehen, wie das von mir gefordert wurde. Vielmehr werden einige, auch wenn das vielleicht nicht das war, was von den entsprechenden Menschen aus dem Vorbereitungsteam gefordert wurde, darüber mitdiskutieren, wie der Juks zu sein hat.

Spaltungen verhindern!

Es ist schade, dass die Vielfalt an Aktionsmöglichkeiten nicht akzeptiert wird und dass statt dessen versucht wird, eingleisig zu fahren. Nicht jedeR muss jede Aktionsform für sich selbst befürworten. Es muss aber möglich sein, Widerstand als etwas Vielfältiges anzusehen. Diese Diskussion hätte im Plenum vorher laufen müssen, nicht aber eine Diskussion darüber, ob drei Torten in den Gesichtern der Herren Mitschke und Resch landen dürfen oder nicht. Es war ganz klar eine Aktion von einigen JukssteilnehmerInnen und keine, die im Namen aller durchgeführt wurde. Für den Erhalt von Autonomie dürfen keine Verhältnisse geschaffen werden, in denen für Aktionen von Kleingruppen im Plenum die Erlaubnis eingeholt werden muss.

Der EXPO ist es gelungen, viele ehemals kritische Gruppierungen miteinzubeziehen, angefangen von amnesty international über den BUND bis hin zu Frauenhäusern und ehemals selbstverwalteten Jugendzentren. Die sog. „kritische Mitarbeit“, die immer wieder von diesen Gruppierungen beschworen wird, heißt im Endeffekt nichts weiter als „Nein“-Sagen, aber „Ja“-Machen.

Für uns stellt sich um so mehr die Frage, wie wir mit dieser neuen gesellschaftlichen Situation umgehen und wer für uns überhaupt noch als BündnispartnerIn ist

Frage kommt. Das zentrale Paradigma der EXPO, die Ideologie der Nachhaltigkeit, wird als Thema von vielen linken Gruppen so gut wie ignoriert und vom „Rest“ befürwortet. Wie auch immer: die Torten



machen deutlich: mit uns nicht! Und wir hoffen, daß selbige erst der Anfang sind; der Anfang von mehr als bloß nette Torten.

Layout

Die „Ö-Punkte“ sind leider wenig kopierfreundlich. Als Lehrer und Mitglied von Umwelt- und Friedensgruppen gebe ich gerne Infos aus den „Ö-Punkte(n)“ weiter, was wegen des Layouts nicht immer gelingt (Kopierunfreundlichkeit s.o.).

Gerne unterstütze ich die „Ö-Punkte“ und bitte um Zusendung von Infos ...

Schalom – Mir – Peace – Paix
Bernhard Erkelenz, Solingen

memo geht in die Schule?
Na klar!

Materialien für Ihren Unterricht:

- pädagogisch wertvoll
- ökologisch sinnvoll
- preiswert & zweckmäßig
- alle notwendigen Materialien

Ein Wort zu memo:
Wir führen nur ökologische Konsumprodukte sorgfältig auszuwählen, qualitativ hochwertig, strapazierfähig und von langer Lebensdauer.

Alle führenden Verzeichnisse für ökologischen Konsumbedarf, Möbel- und Warenzeitschriften können wir nun zentral auch einen separaten Katalog für Schulmaterialien an.

Jedes gesamte Sortiment und jede Menge attraktive Sonderangebote finden Sie auch im Internet.

Bestellen Sie unseren neuen kostenlosen Schulkatalog!

memo
memo Arbeitsgesellschaft
Am Birkweg 6 - 67259 Gießen/Heim
Tel. 033 89/905-0 - Fax 033 89/905-222
E-Mail: info@memo.de
www.memo.de

Ö-Punkte
Der Infodienst für UmweltschützerInnen
Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
Servicestelle für Bis und Umweltgruppen
V.i.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

Redaktionen:
Ö-Punkte
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430
oe-punkte@gmx.de

Abfall: Irene Maria Sturm
Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf
09431/42-348 (-954)

Anti-Atom: Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Geilßen
0641/29125 (auch Fax)

Chemie&Industrie: Coord.gg. BAYER-Gef.
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40

Energiewende: Hartmut Groth
c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
040/394078 (auch Fax)

Freiräume: Red. "Ö-Punkte"
Brunnenstr. 183, 10119 Berlin

Gentechnik: Thomas Schmidt
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Landschaft/Naturschutz: Jörn Hartje
Steinfeld 61, 23858 Feldhorst
04333/792259 (Fax 04531/7116)

Lokale Ökonomie: Nicht besetzt!

Ökol. Landbau: Johannes Richter
Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Politik von unten (pvu): Jörg Bergstedt
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)
August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld

Über den Tellerrand: Florian, c/o JUMP
Postfach 306137, 20327 Hamburg

Umweltbildung: Peter Szekeres
Liebigstr. 50, 35037 Marburg
06421/24552 (Fax vorher anrufen)

Umweltrecht: Nicht besetzt!

Umwelt&Entwicklung (uns): Norbert Suchanek
Siemensstr. 13, 84513 Töging am Inn

VerbraucherInnenpolitik: Nicht besetzt!

Verkehr: Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
030/4927-473 (Fax -972)

Wasser: Nicht besetzt!

Widerstand/Direkte Aktion: Dir. Aktionsgruppe
c/o ASTA, Katharinenstr. 1, 38106 Braunschweig

Expo/Weltwirtschaft/Neoliberalismus(ww):
Jörg, Luciano, Momo & mehr
Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17,
45657 Recklinghausen, 02361/667318

Endredaktion (red): 4 Leute aus Lübeck,
Hamburg, Bad Oldesloe und Saasen
Druckerei: Gießen-Druck

Bildarchiv:
Auslöser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

Auflage: 14.000
Diese Auflage erreicht ca. 12.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

Vertrieb für den Buchhandel
Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau
07033/44273, Fax 445265
trotzdemus@t-online.de

Konto
"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 92882004
bei der Volksbank Gießen (BLZ 51390000),
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Ö-Punkte
Der Infodienst für UmweltakteurInnen
Frühjahr 2000
● Echo und Diskussion

Tonband

Von der Podiumsdiskussion zwischen Expo-Machern und -Gegnern sind Ausschnitte auf Tonband erhältlich – allerdings nicht die Tortenwürfe und das anschließende Durcheinander.

Gegen 4 DM bei der Anti-Expo-AG Tübingen, c/o Infoladen, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.

Zu den Redaktionen

Alle Redaktionen agieren autonom, d.h. selbstorganisiert und verantwortlich für ihren Bereich. Weitere Mitwirkende sind überall gern gesehen.

Stoppt Anbiederung und Langeweil – radikale Aktion ist sinnvoll!

The Battle of Seattle

Das folgende ist ein leicht gekürzter Bericht über die Ereignisse in Seattle, die wir vom Direct Action Network (DAN), einem Zusammenschluß von verschiedenen Bündnissen von sehr unterschiedlichen Gruppen (Umwelt-, Menschenrechts-, Straßentheatergruppen ...), die sich der gewaltfreien direkten Aktion und radikaler, visionärer Politik verbunden fühlen (Eigenaussage) zugesendet bekommen haben. Auch wenn die Proteste sicherlich nicht der einzige Grund für das Scheitern der großspurig als Beginn der „Milleniumsrunde“ angekündigten 3. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO war, waren die Aktionen am N30 in Seattle und weltweit ein großer Erfolg für die Anti-WTO-Bewegung.

Am 30. November 1999 kamen zehntausende Menschen nach Seattle mit einer einzigen Absicht: Die WTO zu stoppen. Dieser „Karneval gegen Kapital“ war ein historischer Augenblick in der erstarrenden globalen Bewegung gegen die Herrschaft der Konzerne und Regierungen.

Schon Wochen vorher hatte DAN Workshops in Gewaltfreiheit, Knastsolidarität, Blockadetechniken, Puppenbau, Medienarbeit, Erster Hilfe und mehr koordiniert. Im Zusammenschluß mit DAN arbeitete das Unabhängige Medienzentrum (IMC), das Bilder und Ton „live von der Straße“ ins Internet eingespeiste, wo sie täglich von 50.000 Menschen abgerufen wurden (<http://indymedia.org>).

Das Konzept des DAN war es, durch eine Aufteilung des CC in 13 Sektoren verschiedene Aktionsformen zu ermöglichen und gleichzeitig das gesamte Gebiet mit Blockaden so abzudecken, dass die Delegierten entweder ihr Hotel gar nicht erst verlassen konnten bzw. das Zentrum nicht erreichen konnten. In jedem dieser Sektoren wurden die Aktionen von den verschiedenen Gruppen in dem Gebiet selbstständig gestaltet und im SprecherInnenrat aufeinander abgestimmt.

Offiziell begann N30 um 7.00 Uhr morgens, doch zu dieser Zeit wurden die Straßen schon von hunderten AktivistInnen seit Stunden besetzt gehalten. Es gab zwei Umzüge von der Innenstadt aus zu jeder Seite des convention centers. Einer wurde von den Stahlarbeitern angeführt, der andere von amerikanischen Ureinwohnern und TeilnehmerInnen der PGA-Karawane, die mehrere Wochen lang mit TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt quer durch Amerika gereist waren. Zwischen 50 und 100.000 Menschen, darunter „radikale cheerleaders“, trommelnde südkoreanischen Mönche, eine Armee von gigantischen Pappmacheschildkröten und eine mit Gasmasken verummte „Lärmbrigade“ füllten die Straßen.

Die Behörden versuchten, die Macht der Straße mit Gummigeschossen, Tränengas, Pfefferspray, Nervengas und Gummiknüppeln zu brechen. Viele Leute wurden ernsthaft verletzt an Mund, Augen und Haut durch diese „nicht-tödlichen“ Waffen, doch auch dadurch konnte der Widerstand nicht gebrochen werden. Die verzweifelten Bürokraten hatten gehofft, den Marsch der 20.000 Arbeiter benutzen zu können, um die Intensität des Widerstandes in der Innenstadt abzuschwächen, aber zu ihrer Enttäuschung brachen Tausende der Gewerkschafter ihren Marsch ab und schlossen sich den Blockaden an. In Ergänzung zu diesem Marsch hatte die Hafenerbeitergewerkschaft die gesamte pazifische Westküste von Mexiko bis Alaska dicht gemacht.

Später am Abend begann die volle Militarisierung der Innenstadt. Von US-Außenministerin Madeleine Albright, eingeschlossen in ihrem Hotelzimmer und dem entsprechend wütend, wurde berichtet, dass sie gefordert habe, daß die Polizei ihre Mittel noch weiter verschärfen solle. Der Bürgermeister verhängte den Ausnahmezustand und erklärte die Innenstadt zur protestfreien Zone, mit Ausgangssperre von Sonnenuntergang bis -aufgang und Strafandrohung auf den Besitz einer Gasmasken. An diesem Abend wurde berichtet, daß die Polizei selbst Ladenbesitzer, Restaurantbesucher, Pendler und selbst Kinder massiv angegriffen hat. Die Brutalität der Polizei verstärkte sich sogar noch am nächsten Tag. 500 friedliche DemonstrantInnen wurden verhaftet. In Polizeigewahrsam wurden Leute geschlagen, an ihren Haaren gezogen, getreten, gefesselt mit Pfefferspray besprüht und mit Erstickung bedroht. Mehrere Frauen wurden in Einzelhaft genommen, nackt ausgezogen und gefesselt; ein Mann wurde an einem Rollstuhl geschnürt und Pfefferscham in die Augen gerieben. Als

Antwort auf die Verhaftungen kampierten Tausende vor den Knästen und drohten, nicht eher zu gehen, als bis alle Gefangenen frei sind.

Es gab ein starkes Gefühl, Geschichtete zu machen – in dieser Menge, die an einem basisdemokratischen Prozeß teilnahmen, während nur ein paar Blöcke weiter die WTO auf Grund ihres Mangels an Demokratie auseinanderfiel. Diese Runde hatten die Menschen gewonnen. In Seattle erlebten wir die Geburt einer breiten Bewegung. Daß Stahlarbeiter, Hafenerbeiter, Kirchengruppen, Anarchisten, Bauern, Menschenrechtsanwälte und Umweltaktivisten in den Straßen zusammentrafen, ist ein beispielloser Erfolg in Einigkeit und Stärke (nicht nur) für Nordamerika.

Die WTO ist der Höhepunkt in einer langen Geschichte ökonomischer und politischer Herrschaft. Durch das Stoppen der WTO haben wir die ersten Schritte zur Rückeroberung der Macht in den Händen aller Menschen gemacht.

May our resistance be as transnational as capital !!! (www)

**Redaktion
Aus aller umWelt**

Die Redaktion wird im Rahmen der Endredaktion zusammengestellt. Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen.

Koordination:
Jörg Bergstedt



LobbyistInnen gründen Dachverband:

Panzer statt Aktiengewinne?

Am 22.1. gründeten verschiedene Lobbygruppen und NGO-VertreterInnen einen Dachverband, der sich vor allem zu weltwirtschaftlichen Themen engagieren soll. Vorrangiges Ziel ist, die Nationalregierungen zu stärken und die internationalen Finanztransfers zu besteuern. Was die Staaten damit dann machen, dazu äußern sich die Turbo-LobbyistInnen nicht. Also: Panzer bauen mit Aktiensteuern – die neue politische Forderung?

In der Pressemitteilung zur Gründung heißt es:

„Peter Wahl von der Bonner NGO WEED sagte: Die Finanzmärkte diktiert den Regierungen zunehmend die Grundlagen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Mit der Drohung, ihr Kapital abzuziehen, erpressen sie inzwischen selbst große Industrieländer. Obwohl von niemandem gewählt, spielen Banker, Spekulanten und die Manager dubioser Fonds dadurch Schicksal für Millionen von Menschen. Die Politik muss wieder die Souveränität über die Finanzmärkte gewinnen.“

Der Staat wird damit als Retter beschrieben – obwohl er gerade in den vergangenen Monaten zeigte, was ein starker Staat tut: Abschiebung in den Tod, Angriffskrieg, Lauschangriff und Sicherheitsapparate. Doch die neue Gruppe mit Namen „Netzwerk für demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“ setzt sich damit nicht auseinander. Sie will nicht selbstbestimmtes Leben fördern, sondern die Staaten stärken. Mit ihren konkreten Forderungen bleibt sich unterhalb der politischen Positionen Oskar Lafontaines, der auch tatsächlich als einziger Politiker in dem ersten veröffentlichten, inhaltlichen Text auf der Internetseite des Netzwerkes positiv erwähnt wird:

„Überlegungen im Kreis der G7, wie z.B. der Vorstoß Oskar Lafontaines zur stärkeren Absprache der Wechselkurspolitik, scheitern vor allem am Veto der USA.“

Die reale Politik Lafontaines als SPD-Chef oder saarländischer Ministerpräsident scheint vergessen. Die Böcke sollen zum Gärtner gemacht werden – auf Vorschlag von Leuten, die von sich behaupten, zu sozialen Bewegungen gehören.

Hinter der Gründung des Lobbyverbandes stehen vor allem die Kreise, die seit Jahren versuchen, sich selbst zur Führungsgruppe politischer Bewegung aufzuschwingen. In Medien und gegenüber den Regierungen treten sie immer wieder als SprecherInnen auf – dabei arbeiten sie in Strukturen, die gar keine Basis haben, sondern nur noch aus FunktionärInnen in oft hochbezahlten Bürostrukturen agieren. Wie sie arbeiten, zeigten die Gipfel in Köln im Juni 99 – die jetzigen MacherInnen des Netzwerkes kommen aus der Führungsgruppe des bürgerlichen Bündnisses „Köln 99“: Erstens WEED und insbesondere ihr Vorzeig-Anpasser Peter Wahl, der seit Jahren die Bewegung für seine Ziele instrumentalisiert und sich dafür in alle Richtungen einschleimt. Zweitens die kirchliche Gruppe KAIROS. Und drittens die neue

FunktionärInnenengruppe aus Verdenprojekt-ManagerInnen und Nachwuchsgrünnen mit Namen SHARE.

Eine weitere Zitate aus dem bisher einzigen inhaltlichen Beitrag auf der Internetseite von SHARE:

Die täglichen Devisenumsätze auf den Weltkapitalmärkten sind von ca. 80 Mrd. US-Dollar im Jahr 1980 auf rund 1,5 Billionen US-Dollar pro Börsentag angewachsen. Rund 97% dieses Betrags dienen nicht mehr produktiven, sondern rein spekulativen Zwecken, und haben sich damit weitgehend von ihrer primären Funktion – der Finanzierung von Investitionen und Handel mit Waren und Dienstleistungen – entfernt. ...

Internationale Finanzmärkte müssen wieder ihrer primären Funktion, der Finanzierung von Investitionen und Handel, zugeführt und angemessen besteuert werden, um eine weltweit sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Diese Ziele können nur durch eine stärkere politische Regulierung erreicht werden. ...

In der Wechselkurspolitik, die entscheidend von den sieben reichsten Industriestaaten (G7) geprägt wird, muss das Ziel sein, ein System politisch regulierter Wechselkurse zu schaffen. Eine enge Koordination der Wechselkurspolitik, deren Entscheidungen sich an ökonomischen Fundamentalfaktoren ausrichtet und die wirtschaftspolitische Sicherheit für Investoren und Staaten gewährleistet, ist dem freien Floaten der Wechselkurse mit seinen enormen Wechselkursschwankungen vorzuziehen. Vorschläge, die auf eine Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den Leitwährungen Dollar, Yen und Euro abzielen, sind darum sinnvoll und unterstützenswert.

Alle interessierten Gruppen und Organisationen sind aufgefordert, sich an der Diskussion über diese Vorschläge zu beteiligen. Außerdem sollen Ansatzpunkte dafür gefunden werden, wie die betroffenen Gesellschaftsgruppen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Basisbewegungen öffentliche Bewusstseinsbildung betreiben, gezielte Lobbyarbeit entwickeln und so den Druck auf die politischen und wirtschaftlichen Akteure für eine alternative – sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratische – Entwicklung verstärken können.

Lobbyarbeit als einzige Arbeitsform.

Quellen: www.share-online.de

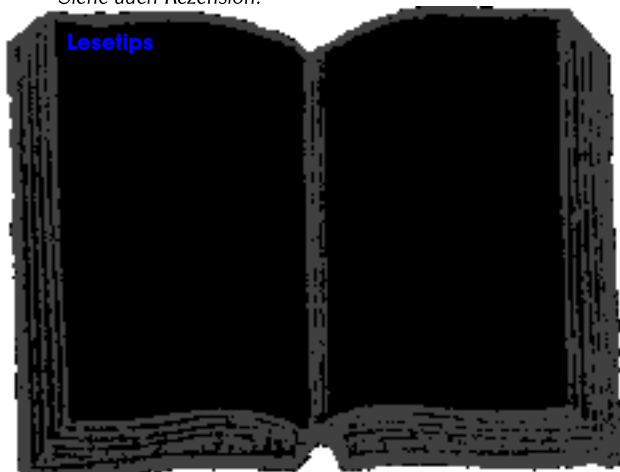


Wo steht die ÖDP?

Die letzten Jahre überzog der Eindruck, daß sich die ÖDP auf dem gleichen Weg befindet wie die meisten anderen Parteien auch – zur bürgerlichen, entpolitisierten Mitte, wo die Regierung sich verändert zu einem Konzern, der neben die anderen Konzerne tritt, aber etwas Besonders zu tun hat: Die Menschen zu managen, vor allem als Arbeitskräfte zu erhalten und aufzubauen. Die ÖDP zwar kommt von der anderen Seite, von rechts. Aber der Weg in die Mitte war unübersehbar.

Mit dem Buch "20 Jahre ÖDP" melden sich nun die Rechten zurück, ebenso einzelne Arbeitskreise. Die Sache scheint also noch nicht entschieden. Zum Buch "20 Jahre ÖDP" entgegenete der Herausgeber auf Kritik: "Dieses Buchprojekt ist eine private Unternehmung, die völlig unabhängig von irgendwelchen ödp-Gremien ... zustande gekommen ist. ... Diese Feststellung ist mir sehr wichtig! Die Autoren und die Themen wurden von mir zusammengestellt. Keiner der Beiträge wurde zensiert oder irgendwelchen "Richtlinien" unterzogen. Die selbst auferlegte Prämisse lautete: Zeitzeugen berichten – unzensiert und offen."

Siehe auch Rezension.



Grüne beschenken WTO

Uschi Eid, Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, hatte nach den WTO-Auseinandersetzungen in Seattle die Idee, der WTO zu besserem Ansehen zu verhelfen: 1 Million übergab die Bundesregierung dem Ober-Weltwirtschaftsler Mike Moore, damit er die ärmeren Länder mehr beteiligen kann – sozialer Nebel für den Neoliberalismus durch die Grünen!

Quelle: grün&bündig
Februar 2000

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

Aus aller umWelt



Ö-Verteiler "Umwelt allg."

- BSÖ: Hochschul-Umwelt-Info
- BUND:
 - Niedersachsen
 - Nordrhein-Westf.
 - Thüringen
- BUNDjugend: Delegiertenpost
- Grüne Liga
 - Sachsen
 - Thüringen
- NABU Saarland
- Naturschutzjugend Baden-Württemb.
- Dt. Jugendbund für Naturbeobacht.
- Grün-alternatives Jugendbündnis
- JANUN

Umweltgesetzbuch ad acta gelegt **Rot-Grün lässt erneut ein Vorhaben sterben**

Eines der wichtigsten Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung im Umweltbereich ist tot. Wie ND jetzt erfahren hat, sind die Arbeiten am Umweltgesetzbuch klammheimlich eingestellt worden.

Es sollte eigentlich das »Jahrhundertwerk« der rot-grünen Regierung und vor allem von Bundesumweltminister Jürgen Trittin werden, ein völlig neues Kapitel in der Umweltpolitik. Mit dem Umweltgesetzbuch (UGB) wollten die Koalitionspartner SPD und Grüne dem komplexen und unüberschaubaren deutschen Umweltrecht einen klaren Rahmen geben und es wesentlich vereinfachen. Es war geplant, alle wichtigen Gesetze dieses Politikbereichs zusammenzufassen sowie EU-Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Darüber hinaus sollten wichtige umweltpolitische Weichenstellungen und nicht zuletzt mehr Öffentlichkeitsbeteiligung in das Gesetzespaket eingebunden werden. So verlautete zumindest nach der Regierungsübernahme damals aus Bonn. Alle diese Vorhaben gehören nun der Vergangenheit an. Denn wie das Umweltministerium und die grüne Bundestagsfraktion auf Anfrage von ND jetzt bestätigten, ist der Gesetzesentwurf noch vor der Beratung im Bundestag ad acta gelegt worden. Sämtliche Arbeiten am UGB wurden eingestellt.

Die Enttäuschung bei einigen Grünen ist groß, schließlich gehörte das Vorhaben zu den Kernpunkten der Umweltpolitik der Partei und stand an zweiter Stelle im Koalitionsvertrag von 1998: »Das zersplitterte Umweltrecht wird in einem Umweltgesetzbuch zusammengeführt, um es effizienter und bürgernäher zu gestalten. Neben einer Reform des Ordnungsrechts werden dabei auch neue Instrumente der Umweltpolitik, wie wirtschaftliche Anreize und eine verstärkte Bürgerbeteiligung einbezogen. Die Umweltverbände erhalten ein Verbandsklagerecht.«

Mit einer Verabschiedung des UGB, an dem im Übrigen seit 1976 gearbeitet wurde, wollten die Grünen Fehlentwicklungen aus der Zeit der alten Kohl-Regie-

Lesetips:
Mit ihren »Beschleunigungsgesetzen«

korrigieren, so einst ihre Ankündigung. Mit ihrer »Beschleunigungsgesetzen« hatte Schwarz-Gelb die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Umweltverbände bei großen Bau-

vorhaben wie Straßen, Wasserwegen aber auch Müllverbrennungs- oder Industrieanlagen erheblich eingeschränkt.

Grund für das jetzige Scheitern des Entwurfes ist das Wasserrecht. Laut Grundgesetz gehört es, ebenso wie Naturschutz und Planungsrecht, zu den Kompetenzen der Länder. Im UGB sollte versucht werden, die Zuständigkeit des Bundes für bestimmte Umweltbereiche zu stärken, was eigentlich sinnvoll wäre. Dass die Frage der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern schwierig würde, war von Anfang an klar. Allerdings sehen Juristen und Umweltexperten durchaus eine Zuständigkeit des Bundes für Umweltfragen nationaler Dimension aus dem Grundgesetz gegeben, denn Artikel 20a legt den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Verantwortung für künftige Generationen als hochrangiges Verfassungsprinzip fest. Trotzdem hatte das Justizministerium, wie es hieß, »erhebliche Bedenken«, mit denen es sich in der ministeriellen Abstimmung auch durchsetzte. Gleichzeitig signalisierten auch die schwarz-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg, den vorgesehenen Kompetenzeinschränkungen keinesfalls zustimmen zu wollen. Umweltminister Jürgen Trittin blieb nichts weiter übrig, als über eine Grundgesetzänderung nachzudenken – ein zur Zeit politisch allerdings ziemlich aussichtsloses Unterfangen, da dafür eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig wäre.

Mit dem Einstampfen des UGB-Vorhabens sind die Probleme natürlich nicht vom Tisch. Deutschland hat damit immer noch nicht die europäischen Richtlinien über einheitliche Anlagen-Genehmigungsverfahren und über eine erweiterte Umweltverträglichkeitsprüfung in deutsches Recht umgesetzt. Um nicht schon wieder in Umweltfragen eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu riskieren, soll nun versucht werden, diese bei den Richtlinien in einem Artikelgesetz noch im Frühjahr zu verabschieden, so verlautet zumindest aus Berlin. Doch die verfassungsrechtlichen Bedenken seien hier ebenso vorhanden, erklärt ein Experte der grünen Bundestagsfraktion, nur habe man eben keine Wahl.

Es hat den Anschein, als werde aus dem Scheitern der Grünen in der Atompolitik ein grundlegendes Scheitern in der Umweltpolitik – gelingt es nicht wenigstens, Mut zu zeigen und kleine Erfolge zu erzielen, wird es für ökologisch orientierte Wähler bald keinen Grund mehr geben, bei Grün das Kreuz zu setzen. (Presstext)

Abholzung für Innovation?

Ein Innovations- und Gründerzentrum für Biotechnologie soll bei Oberschleissheim nahe München entstehen. Zehn Hektar geschützter, sogenannter Bannwald soll dafür weichen. Nicht nur die Münchner Kreisgruppe des Bund Naturschutz findet diesen Baumfrevel »wenig innovativ«. Gibt es im Raum München wirklich keine leerstehenden Gebäude oder brachliegenden ehemaligen Industrieflächen, wo sich innovative Biotechnologen mit unseren, als Subventionen getarnten Steuergeldern eine Goldene Nase verdienen können? (uns)

1,8 Billionen Mark Subventionen

Jährlich werden weltweit rund 1,8 Billionen Mark (= 1.800 Milliarden Mark) an Subventionen für industriellen, nicht nachhaltigen Fischfang, industrielle Landwirtschaft, Strassenbau und Energieverschwendung ausgegeben. Wenn nur ein Bruchteil dieser falschen, umweltschädlichen Subventionen in die richtigen Kanäle flösse, könnte die gesamte biologische Vielfalt unseres Planeten vor dem Aussterben gerettet werden. Wissenschaftler schätzen die jährlichen Kosten zur Rettung der Biodiversität auf rund 500 Milliarden Mark ein. (uns)



24.-25.3.00 in München
Online präsent sein
Web-Auftritt für Parteien, Verbände, Initiativen
Veranstalter: Journalistenakademie
Dr. Hooffacker & Partner, Tel. 089/167 51 06

5.-7.4.00 in Leipzig, Treff Hotel.
7. Deutscher Fundraising-Kongress
Veranstalter: BSM Kongressbüro NEUES HANDELN GMBH, Tel. 0221/160 82-0

14.-16.4. in Fhroda/Brandenburg
Wo steht mein Verein?
Bausteine zur Problemanalyse
Info: Stiftung Mitarbeit Büro Berlin, Greifswalder Str. 4, 10119 Berlin, 030/2041079, Fax 42801061

16.-22.4. in Lüneburg (JUJ Burgtor)
SPUK
Sozialpolitischer Umweltkongress
Info: JUPI, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, 04531/4512, Fax 7116, jup@inihaus.de

3.-4.5.00 in Bordesholm.
Bürger(innen)beteiligung als kommunikativer Prozess
Eine Methodenwerkstatt
Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt, Tel. 04321/90 71-0

12.-14.5. in Fhroda/Brandenburg
Wen, was und wie verändern?
Bausteine für eine Veränderungsstruktur, für neue Ziele und Leitbilder
Info: Stiftung Mitarbeit Büro Berlin, so.

25.-26.5.00 in Neumünster, Umweltakademie.
Zeitenwende – auch ökologisch?
Zu einer Ökologie der Zeit
Veranstalter: Weiterbildung, Umwelt- und Kulturmanagement (WUK) GmbH, Tel. 0431/56 06-4 60

7.-9.6.00 in Bamberg
Grenzloser Naturschutz - Herausforderung für Europa
25. Deutscher Naturschutztag 2000
Veranstalter: Bundesverband Beruflicher Naturschutz e. V. (BBN), Tel. 0228/8491-16

10 Jahre Ost-Umweltbewegung

Gefeiert wurde schon – jetzt ist auch die Sondernummer des Raben Ralf (Berliner Umweltzeitung) erschienen zu „10 Jahre Umweltbewegung in den neuen Bundesländern“. Dort werden verschiedene Blickwinkel, Berichte und Kommentare von AkteurInnen und aus verschiedenen Zeiten zusammengestellt – vor allem aus den Medien, die in dieser Zeit in den neuen Bundesländern bestanden.

Als Gründungsdatum des Ganzen gilt der 18.11.1989, wo im Rathaus Pankow der Gründungsauftrag für eine Grüne Liga unterzeichnet wurde. Kämpferische Zeiten, aber auch die Einmischung bis zur Anpassung kennzeichnen 10 Jahre Geschichte – und die Jubiläumsfeier. Bundesumweltminister Jürgen Trittin, von vielen UmweltschützerInnen wegen seiner Tatenlosigkeit in allen Bereichen des Umweltschutzes, bes. beim Atomausstieg getadelt, gehörte zu den Starrednern. „Ohne gesellschaftlichen Druck kann kein Umweltminister etwas durchsetzen“ verkündete er (und verschwie: Mit Druck auch nicht. Denn der nötige Druck setzt seine Ziele selbst durch!).

Nähere Infos: Grüne Liga, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, 030/204745, Fax 2044468, material@grueneliga.de

Kollateralschaden

Die Verharmlosung von Kriegsverbrechen, Tote und Leid unter der Begrifflichkeit des „Kollateralschadens“ wurde zum Unwort des Jahres gewählt – in „guter Tradition“ vieler Unwort-Wahlgewinner der vergangenen Jahre, die immer wieder die Verbiegung der Wahrheit durch interessensgeleitete PolitikerInnen zeigten. Jury-Mitglied Horst Schlosser zum diesjährigen Unwort: „Damit wurden militärische Verbrechen in einem nicht erklärten Krieg als belanglose Nebensächlichkeiten verharmlost“.

Der Kollateralschaden ist nur die Spitze des Eisberges von Sprachverdrehungen, Wahrheitsverbiegungen und schlichten Lügen in 1999: „Nie wieder Auschwitz“ als Begründung eines illegalen Angriffskrieges ist nicht nur vorgeschoben, sondern auch eine unglaubliche Verharmlosung der Nazi-Verbrechen gegenüber einem Regime in Jugoslawien, das zweifelsfrei eine verbrecherische Diktatur ist, aber eben keine systematische Ausrottungspolitik betrieb (zumindest ist die nie bewiesen worden). Auch der Versuch, eine Angriffskrieg als „friedenssichernde Maßnahmen“ zu deklarieren, gehört in die Liste des Sprachterrors.

Quelle: Pressemitteilung der Aktion 3. Welt SAAR

Der Bücherfisch, der paßt!

Thema „Tips für Basisgruppen“

- Aktionsmappe Umwelt** **29,80 DM**
Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tips für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- Graue Seiten** **5,- DM**
Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen. A6, 64 S.
- Jugendaktionsmappe Umwelt** **24,80 DM**
Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnenengruppen. A4-Ordner
- Mitbestimmen – Mitwelt gestalten** **4,- DM**
Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren. A5-Broschüre.
- Umweltprogramm einer Gemeinde** **4,- DM**
A4-Heft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte. Etwas veraltet, daher jetzt billiger. A4, 64 S.

Umweltschutz: Kritik und Perspektiven

- „Agenda, EXPO, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“** **39,80 DM**
Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Partielleute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierungen und Etablierung. Eine grundlegende Kritik.
Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)
- CD zum Buch** **49,80 DM**
Mit allen Quellen des Band 1 ... und noch viel mehr. Als PDF mit Volltextsuche und als TIFF zur Originalbetrachtung. Mit Programmen für Windows, DOS, Linux und Mac.
- „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“** **39,80 DM**
Analyse der Situation und neue Strategien für eine Umweltschutzarbeit, die die Menschen zu den AkteurInnen macht – Umweltschutz von unten. Kapitel zu Umweltbildung, Naturschutz, Ökonomie usw. Buch mit Entwürfen und Statements (280 S., A5, IKO-Verlag)
- ACHTUNG: Angebot eines Gesamtpaketes (2 Bände, CD)** **115,- DM**
- Nachhaltige Weltbilder** **7,- DM**
Sammlung von kritischen Texten, Aufsätzen usw. zum Thema. Sie zeigen, daß die Agenda- und Nachhaltigkeits,welle“ aus Unwissenheit oder mit dem Ziel, tatsächliche Veränderungen zu verhindern, entstand. A5, 192 S.
- Infopak, „Umweltschutz von unten“** **6,- DM**
Über 10 Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Agenda 21, Direkte Demokratie, Militanz, Umweltbildung, Öko-Neoliberalismus usw., zusätzliche Übersichten.
- Reader des Instituts für Ökologie** **je 12,- DM**
– Agenda 21 – Chance oder Mythos?
– Ökonomie von unten
– Politik von unten
Die Reader enthalten verschiedene Texte und Aufsätze zum Thema. Je 60-80 Seiten, A4.

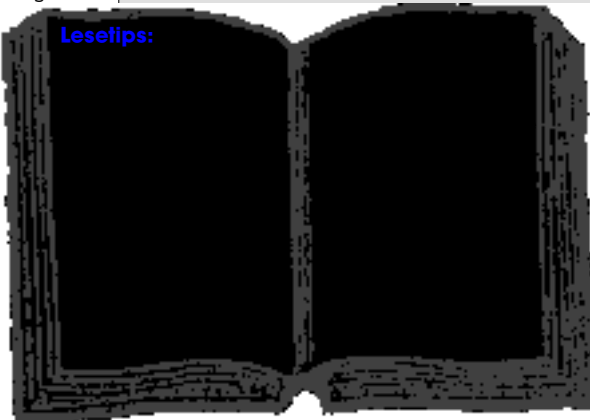
Thema „Widerstand“

- Das System ist schuld ...** **3,- DM**
Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umwelterstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** **2,- DM**
Ein Heft voller Hintergrundberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- Kleine Blockadefibel** **3,50 DM**
Tipps fürs Anketten, Blockaden und andere direkte Aktionen. Mit vielen erklärenden Zeichnungen. A5-Broschüre, 52 S.

Der Infodienst „Ö-Punkte“

- „Ö-Punkte“** **5,- DM**
Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte. 1 Heft 5 DM, ab zweitem Heft 2 DM.
– Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie
– Frühjahr 1998: Agenda 21
– Sommer 1998: Direkte Demokratie
– Herbst 1998: Utopien/Perspektiven
– Winter 1998: Naturschutz im Abseits?
– Frühjahr 1999: Weltwirtschaft
– Sommer 1999: Expo 2000
– Herbst 1999: Tips für Gruppen
– Winter 1999: Umweltbildung
– Frühjahr 2000: Verkehr
- Abopreis pro Jahr (4 Hefte mit Versand)** **20,- DM**
Abo „Perspektiven“ (zusätzlich Perspektiven-Rundbrief) **40,- DM**

Lesetips:



Infopak über die Saasener Projektwerkstatt **3,- DM**
Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten ... (kostenlos bei Bestellung)

Hinweis:

Wer hat Lust Solche Bücher auch selbst zu vertreiben, z.B. auf Bücherfischen??? Wir suchen „O-Depots“ als Weiterverkaufsstellen!

Mehr „Ö“s in dieser (um)Welt!

Wir brauchen 20x 1000 DM oder 40x 500 DM zum Überleben!!!

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

• Aus aller umWelt

Gruppe Landfriedensbruch

Bücherfisch

c/o Projektwerkstatt, Ludwigsstr. 11
35447 Reiskirchen
Tel. 06401/ 90328-3,
Fax -5
landfriedensbruch@gmx.de

„Geschäftsbedingungen“

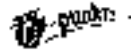
Bis 20 DM; Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken beilegen. Möglich auch die vorherige Überweisung auf unser Konto „Förderverein“, Nr. 92881903, bei der Volksbank Gießen, BLZ 51390000. Beleg wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto: 4,- DM. Ab 20 DM gegen Rechnung. Bezahlung dann innerhalb von 14 Tagen rein netto. Porto nach Aufwand.

Hinweis:

Wenn durch diesen kleinen Bücherversand Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Aufbau des Widerstandes insgesamt bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Bücherfisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei haben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Wohnhaus, Seminarhaus, Archive und Arbeitsräume.

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen**12**

Frühjahr 2000

● Schwerpunkt

Zu diesem Schwerpunkt ...

Dieser Schwerpunkt der Ö-Punkte fällt in eine Zeit, wo immer mehr Straßen unser Land zerschneiden, obwohl die meisten wissenschaftlichen Studien belegen, dass mehr Straßen nicht zu einer Verringerung des Verkehrs insgesamt beitragen können, sondern eher das Gegenteil bewirken (siehe unten). Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten werden immer weiter eingeschränkt und die vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten verkommen zur Farce (siehe Seite 24).

Auch die von vielen erwartete Verkehrswende nach dem Regierungswechsel lässt weiter auf sich warten, auch eine Novellierung des Bundesverkehrswegeplans ist nicht in Sicht (siehe Seite 19). Statt dessen wird auf europäischer Ebene ein Verkehrsnetz der Zerstörung entworfen – das Trans Europäische Netzwerk (siehe Seite 20). Hier sind auch die großen multinationalen Konzerne in erster Reihe dabei, ihre Absatzmärkte zu erschließen. Die Argumentation, „dass die Verkehrswege für die Menschen wären“, ist nur scheinheiliges Beiwerk!

Gleichzeitig scheren immer mehr Umweltverbände aus dem Widerstand gegen Verkehrsprojekte aus. Statt zusammen gegen diese gigantische Zerstörung von Landschaft und Lebensqualität durch Staat und Konzerne zu agieren, gibt es Anbiederung auf allen Ebenen...

Immer häufiger scheren Umweltverbände aus den Bündnissen gegen die Straßenlobby aus und machen lieber gemeinsame Sache mit der europäischen Kommission, die uns die TEN beschert hat. Sie zerstören und demoralisieren damit die zumindest in Teilen „von unten“ gewachsene Widerstandskultur. Die Ö-Punkte müssen daher schon wieder die NGOs kritisieren. Ob Verkehrspolitik, Agenda, Ökosteuer oder EXPO: Schluss mit der Anbiederung – für eine unabhängige (umwelt-)politische Bewegung....

Viel Spaß beim Lesen!

Eure Redaktion

Die Straßen gehören

Warum JEDE neue Strasse eine schlechte Idee ist ...

Keinen Meter mehr!

„Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten“ – ein Satz, welcher seit ein paar Jahren von einigen wenigen Verkehrsplanern und -forschern akzeptiert und propagiert wird. Diese Tatsache verwundert eigentlich nicht, und doch wird meist mit dem Gegenteil argumentiert: Irgendwie, von Zauberhand, würden neue, breitere Strassen den Verkehrsstrom reduzieren. Die Realität widerspricht dieser Hoffnung, und auf der ganzen Welt ist das Ergebnis das gleiche: Baut Strassen – und die Autos werden kommen.

Redaktion des
Schwerpunktes
"Verkehr"Jörn Hartje
Institut für Ökologie
Turmstr. 14a
23843 Bad Oldesloe
Tel.: 04533/792259
Fax: 04533/792286
institut@inihaus.de

Frankreichs wichtigste Nord-Süd-Autobahn führt mitten durchs Herz von Lyon, der zweitgrößten Stadt. Vor 1992 fuhr rund 100 000 Autos pro Tag durch die Stadt und es wurde beschlossen, eine Umgehungsstraße zur Reduzierung des Verkehrs zu bauen. 8 Jahre später wird diese von ca. 80 000 Wagen pro Tag frequentiert, 90 000 fahren immer noch auf der alten Strecke. Es handelt sich somit um eine Reduzierung um 10 Prozent auf der alten Strecke, jedoch um eine allgemeine Verkehrszunahme um 70%. Derzeit sind 2 neue Umgehungsstraßen in der Planung, beide wiederum mit dem Anspruch, den Verkehr zu reduzieren. Bereits 1938 kommentierte eine englische Studie die Eröffnung der britischen „Great West Road“, welche „4,5 mal mehr Fahrzeuge als die alte Straße trug; und doch war keine Reduzierung im Verkehrsfluss bemerkbar, und von diesem Tag an stieg die Anzahl der Autos ohne Unterlass ... diese Zahlen sind beispielhaft für die erstaunliche Weise, in welcher neue Straßen mehr Verkehr nach sich ziehen.“ Dieses Konzept kann jedoch nicht nur in den 30er Jahren oder bei einigen wenigen radikalen Forschern gefunden werden: „Es erscheint nur logisch, dass der Bau von neuen Strassen – oder anderer Infrastruktur – die Leute ermuntert, eben diese neuen Kapazitäten zu nutzen,“ so lässt sich in einem Bericht namens 'Infrastructure-Induced Mobility' der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister lesen. „Die Experten ha-

ben keinen Zweifel mehr daran, dass [durch Straßen herbeigeführte Mobilität] ein real existierendes Phänomen ist.“ Selbst wenn neue oder breitere Straßen nicht tatsächlich neuen Verkehr kreieren, so erlauben sie ihn doch und machen damit ebenfalls den Weg frei für eine Infrastruktur, welche die Leute immer weiter weg von ihren täglichen Zielen bringt. Der heutige Verkehr in England beispielsweise hätte keinen Platz im Straßennetz der 50er Jahre. Natürlich haben auch andere Faktoren zum Zuwachs an Autos beigetragen, doch stehen wir hier vor dem Problem von „Ei und Huhn – was war zuerst da?“ Der Zuwachs wäre nie möglich gewesen ohne die gleichzeitige Einrichtung von Straßen und abnehmende Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr.

Neue Straßen als Hauptfaktor für neuen Verkehr ...

Bei einigen Beispielen konnte sogar bezeugt werden, dass tatsächlich die neuen Straßen der Hauptfaktor im Verkehrszuwachs waren. In diesen Fällen war der Wachstum von Verkehr auf den weiterentwickelten Straßen deutlich größer als in den umliegenden Gegenden. Die M25-Ringstraße um London wurde 1986 eröffnet. 1992



uns!

... und warum das Einschränken des Autoverkehrs eine Auflösung desselben bedeutet

Wie oft ist es schon geschehen: Eine neue autofreie Straße sollte kreiert werden, doch die Idee wurde durch überzeugende Vorhersagen des bevorstehenden Verkehrschaos in den umliegenden Gebieten abgewiesen. Die meisten Menschen akzeptieren solche Argumente als Fakten, doch sind sie weit von der Wahrheit entfernt.

In der Mitte der 60er Jahre wurde den Bewohnern und Bewohnerinnen des New Yorker Stadtteils Greenwich Village ein Plan vorgesetzt, welcher eine neue Hauptautostraße mitten durch den Washington Square Park führen lassen sollte. Die Stadtplaner waren überzeugt, dass nur dies eine Lösung für den zu erwartenden Zuwachs an Verkehr, bedingt durch ein anliegendes Bauvorhaben, wäre. Doch die AnwohnerInnen hatten nicht nur Erfolg im Aufhalten des Baus der Straße, sie schlossen zudem eine bereits bestehende Straße für den Autoverkehr. Die Prophezeiung des Untergangs bewahrheitete sich nicht, der vorhergesagte Verkehrszuwachs fand nie statt. Dieses Beispiel ist sehr wohl auf ganz Europa übertragbar. „Verkehrsbeflussung durch Autobahnkapazitätenreduzierung: Untersuchung des Beweises“ mag kein besonders aufregender Name für eine Studie sein, doch die Untersuchungen von einigen britischen Forschern 1998 waren äußerst interessant: über 100 Beispiele europäischer und weltweiter Straßen, Brücken, Spuren und Plätze, welche ganz oder teilweise gesperrt wurden. Die Vorher-Nachher-Zahlen des Verkehrsaufkommens an Orten in Großbritannien, Deutschland, den USA, Japan und anderen Ländern wurden gesammelt. In 41 von 49 Fallstudien war die Anzahl der Fahrzeuge, welche nun umliegende Straßen verwendeten, geringer als jene, welche komplett „verschwanden,..“ Ganz entgegen der üblichen Argumentation wurde durch die Sperrungen kein Stau erzeugt, sondern sogar der Verkehr in der gesamten Gegend reduziert. In Nürnberg, wo seit mehr als 20 Jahren besorgte Bürger und Bürgerinnen sich für eine autofreie Innenstadt einsetzten, wurde vor einigen Jahren eins der größten deutschen Fußgängerprojekte gestartet: 1988 schloss die letzte Hauptstraße, welche den Rathausplatz durchkreuzte. Mit bedeutendem Erfolg: Nicht nur verschwanden die 24 584 Autos, welche zuvor den Platz jeden Tag durchschnittlich hatten, 17% des Verkehrs auf den umliegenden Straßen lösten sich ebenfalls auf. Andere Beispiele sind die Londoner Tower Bridge über die Themse, welche 1993 zeitweise geschlossen wurde. Nur 20% des Verkehrs verlagerte sich auf benachbarte Brücken, die restlichen 80% lösten sich auf. 24% weniger Autos kamen während der Schließung somit in Londons Zentrum über die 4 Themse-Brücken. Als nach dem Hanshin-Awaji Erdbeben in Japan die Autobahnen repariert wurden, reduzierte sich das Verkehrsaufkommen um mehr als die Hälfte. Ein Teil der Fahrzeuge befuhr benachbarte Straßen, doch insgesamt wurde eine Verkehrsreduzierung um 26% festgestellt.

war das Verkehrsaufkommen auf ihr um 55% größer als vorhergesagt, während gleichzeitig in den umliegenden Gebieten der Verkehr nur um 1 bis 3 Prozent wuchs. 30 bis 45% des Zuwachses scheinen somit keine Erklärung zu haben. Ähnliche Ergebnisse wurden für weitere Straßen in England gefunden. Ein Bericht von 1994, welcher 151 Fälle in Großbritannien untersuchte, lässt schließen, dass die normale Straßenerweiterung den Verkehr kurzfristig um 10%, langfristig um 20% wachsen lassen wird. Weitere 85 Fälle zeigten, dass eine Umgehungsstraße normalerweise das Verkehrsaufkommen um 25 % über den vorhergesagten Leveln der ursprünglichen Straße ansteigen lässt. Der Report zeigt ähnliche gründliche Studien aus Deutschland, Spanien, Frankreich, sterreich und Schweden. Eine Untersuchung der University of California von 30 städtischen Gebieten fand heraus, dass pro Zuwachs von 1% in Strassenmeilen ein Zuwachs von 9% im Verkehr innerhalb der nächsten 5 Jahre zu erwarten ist; somit wird der angeblich erleichternde Effekt von Straßen negiert. Übereinstimmung scheint beinahe erreicht zu sein in der Welt der Verkehrsforschung: Die Ausweitung der Straßenkapazitäten ermuntert mehr Menschen, ihr Auto verstärkt zu benutzen. Wie Roy Kienitzv vom Surface Transportation Policy Project sagte: „Es ist wie der Versuch, Übergewicht loszuwerden durch das Lockern des Gürtels.“

Verhaltensweisen ändern sich

Doch wohin verflüchtigt sich der Verkehr? Obige britische Studie zeigt, dass sich viele Verhaltensweisen ändern, wenn andere Straßenbedingungen vorliegen. Die Leute, welche die veränderten Gebiete regelmäßig und über längere Zeit benutzen, werden bemerken, dass sie ihre Route, den Reisezeitraum (falls es sich um Einschränkungen während einer bestimmten Tageszeit handelt) und/oder ihr Verkehrsmittel ändern müssen. Die meisten von ihnen

Zum Text

Übersetzt aus
"Car Busters" No. 4

Für Studien und
Berichte zum
Thema: Car Busters,
Kratka 26, 100 00
Praha 10, Czech
Republic Tel: +(420)
2-781-08-49; Fax:
+(420) 2-781-67-27,
carbusters@ecn.cz

werden nicht sofort ihr Auto verkaufen, doch die Zahlen zeigen, dass langsame Bewußtseinsveränderungen eintreten, „angemessen der Geschwindigkeit anderer Veränderungen in ihrem Leben“. Neben diesen Ergebnissen für Menschen, welche die eingeschränkten Gebiete täglich befahren, fand die Studie außerdem heraus, dass „gewöhnlich mehr als 30%“ (und auf lange Sicht sogar mehr als 80%) der Leute, welche auf den umliegenden Straßen nach der Schließung beobachtet wurden, andere waren als jene, welche noch zuvor dort fuhren. Sicher hat dieses Ergebnis unter anderem zufällige Ursachen, doch es wurde auch festgestellt, dass viele Menschen ihren Wohnsitz, Beruf, Anzahl der Autos und andere Faktoren innerhalb eines Jahres verändern. Solange ihr Leben noch nicht von allzu großer Gewohnheit bestimmt ist, können sie sich leicht an neue Konditionen gewöhnen. Einige von ihnen lassen von nunan das Auto stehen.

Und der Verkehr ist weg ...

Obwohl die Reaktionen auf derlei Mittel zur Verkehrsreduzierung fünf bis zehn Jahre dauern können, so sind bereits nach ein bis drei Jahren die signifikantesten Auswirkungen zu bemerken. Die Studie zeigt, dass oftmals nach Schließung einer Straße zunächst eine kurze Periode der Verwirrung entsteht, doch Stau oder Chaos sind nur selten und dauern höchstens ein paar Tage an. Danach verflüchtigen sich derlei Störungen und zumeist – zum Erstaunen der Verkehrsplaner – sinkt auch das Verkehrsaufkommen auf den umliegenden Straßen. Der Bericht zitiert eine typische Bemerkung: „Der Verkehr ist verschwunden, und wir wissen einfach nicht, wohin.“



Ebenfalls immer und überall falsch:

Umgehungsstraßen

Autor
zum Thema
Umgehungsstraßen

Jörg Bergstedt

Kontakt:
Institut für Ökologie
Turmstr. 14a
23843 Bad Oldesloe

Zuviele Autos und zuviele Straßen – da sind sich viele einig. Doch die Regel hat nicht nur Ausnahmen, sondern die Ausnahme ist die Regel: Ständig werden neue Straßen geplant und immer gibt es dafür eine besondere Begründung, warum gerade diese Straße noch notwendig ist. Besonders trifft das auf Umgehungsstraßen zu. Sie sollen sogar die Lebensqualität steigern helfen, vom Verkehr entlasten usw. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Es gibt genügend Beispiele für Umgehungsstraßen. Alle leiden unter drei Problemen, die in der Regel vorher auch nicht diskutiert wurden, obwohl sie den VerkehrsplanerInnen bekannt waren und sind. Zum einen verlagern die Umgehungsstraßen den Verkehr nur, d.h. statt zentraler Bereiche sind jetzt die Ortsrandbereiche verlärmert, bilden Unfallschwerpunkte und werden von Naherholungsmöglichkeiten abgeschnitten. Zum zweiten verbleibt auf der bisherigen Durchgangsstraße mehr Verkehr als zugegeben, denn die Zählverfahren sind falsch – auch das wissen die VerkehrsplanerInnen seit Jahren. So stimmt es zwar, dass einE PendlerIn von A-Stadt nach B-Stadt durch C fahren muß und folglich nach dem Bau einer Umgehungsstraße darüber fahren könnte. Aber viele haben andere Gründe, immer wieder doch die alte Strecke durch C-Dorf zu nehmen, z.B. um zu tanken, Zigaretten oder die Zeitung zu

kaufen, einE MitfahrerIn abzuholen oder auch nur die nun freiere Durchfahrt zu nutzen. Und drittens: Insgesamt nimmt der Verkehr sogar zu, denn gute Verbindungen ziehen den Verkehr an (von anderen Strecken, die nicht ausgebaut wurden) oder erzeugen sogar neuen (weil es jetzt schneller geht mit dem Auto oder LKW). Ein Ort, der eine Umgehungsstraße erhält, hat hinterher insgesamt mehr Verkehr. Die Belastung verteilt sich nun auf alle BewohnerInnen, viele Orte verlieren mit den Umgehungsstraßen die letzten Bereiche, die bisher noch ruhig waren. Zudem vergrößert jede Gemeinde, die eine Umgehungsstraße bauen läßt, die Probleme bei den ebenfalls an der gleichen Straße liegenden Orten, die ebenfalls die größere Verkehrslast zu tragen haben eine Umgehungsstraße schafft die Argumentation für die nächste. Und der Verkehr steigt ständig.

Damit ist klar: Auch dort, wo die Umgehungsstraße Vorteile bringen soll, schafft sie es nicht. Hinzu kommen die unstrittigen Nachteile: – erhöhte Unfallgefahr vor allem mit tödlichem Ausgang aufgrund der vielen ortsnahen Schnellfahrstrecken – zusätzliche Versiegelung, – Zerschneidung von Landschaften, Naherholungswegen, Fuß- und Radwegverbindungen aus dem Ort heraus (Kapfen von Feldwegen usw.), – Einschränkung für nicht motorisierte Menschen (Kinder, Alte, „Behinderte“ usw.), überhaupt noch die Stadtgrenzen verlassen zu können.

Die Alternativen zu Umgehungsstraßen sind klar: Entwicklung von Alternativen sowie der rigorose Rückbau der Straßen. Autos sollen nicht woanders fahren, sondern gar nicht.

Die Wirkung von Umgehungsstraßen und Alternativen soll an einer konkreten Gemeinde belegt werden. Die Umgehungsstraße wird dort, wie in vielen Orten, trotzdem weiter gefordert – von Grünen bis CDU sind alle dafür. Auch das ist heute fast überall der Fall.

Institut für Ökologie

Reader zu 12,- DM:

- Naturlehrpfade
- Umweltbildung
- Agenda 21
- Software für UmweltschützerInnen

Gutachten und Bewertung von Gutachten
Analysen und betrieblicher Umweltschutz
Naturschutzprogramme und Landschaftsplanung
Beratung, Vorträge und Seminare
Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen
Umfassende Umweltkonzepte

Bestellen zu je 12,- DM (3,- DM Porto) bei:
Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, 04533/792259, Fax: 04533/792286
Konto "Institut für Ökologie", Kto-Nr. 15843, Kreissparkasse Stormarn (BLZ 230 516 10) Spenden steuerlich absetzbar

Praxisbeispiel:

Was würde eine Umgehungsstraße an Entlastung bringen?

Wir möchten eine Berechnung vorlegen, welche Autos durch Reiskirchen fahren und wieviel Wirkung eine Umgehungsstraße hat. Die Rechnung ist einfach und nachvollziehbar. Die Zahlen stammen aus dem offiziellen Verkehrszählungen. Die offiziellen oder – noch schlimmer – die von interessierten Kreisen immer wieder vorgebrachten Zahlen über die Entlastung Reiskirchens durch eine Umgehungsstraße sind schlicht falsch, vielleicht oft auch wissentlich gelogen!

Zu den Fakten: Unser Berechnungsverfahren und Ergebnisse

Es gibt Zahlen für die verschiedenen Punkte auf der B49. Diese sollten zunächst genannt sein (von Ost nach West):

↗ Ortseinfahrt Lindenstruth	8520 KFZ/Tag
↗ Ortseinfahrt Reiskirchen	9875 KFZ/Tag
↗ Ortsausfahrt Reiskirchen	15116 KFZ/Tag

Mit diesen Zahlen läßt sich also berechnen, wieviele Autos durch die Umgehungsstraße maximal abgefangen werden. Das sind all die, die östlich von Lindenstruth einfahren und nicht nach Reiskirchen oder Lindenstruth selbst wollen. Außerdem können alle Autos, die von Süden nach Reiskirchen kommen, aber Richtung Gießen oder Grünberg wollen, abgefangen werden. Das sind zusammen:

↗ Durchgangsverkehr für Umgehungsstraße	7954 KFZ/Tag
---	--------------

Die Straßenverkehrsbehörde spricht demgegenüber von 10000 KFZ/Tag. Das ist falsch – es sei denn, die Behörde rechnet bereits ein, dass natürlich bei einem Ausbau der B49 noch mehr Menschen von der Autobahn auf diese Straße ausweichen, also insgesamt bedeutend mehr Verkehr nach Reiskirchen rollt, wenn auch dann aufgeteilt auf die Umgehungsstraße und die alte Strecke.

Nun kommen wir zu den Zahlen, die auf der alten B49 verbleiben. Das sind alle, die von Lindenstruth und Reiskirchen aus starten (Ziel- und Quellverkehr) sowie alle Autos, die von Norden kommen (Bersröder Straße). Das macht zusammen:

↗ Ziel- und Quellverkehr	7110 KFZ/Tag
↗ Durchgangsverkehr von Bersrod und Lindenstruth	2077 KFZ/Tag

Damit werden selbst im günstigsten Fall 9187 Autos pro Tag auf der alten B49 fahren – mehr als auf der Umgehungsstraße. Dieses ist aber nur der günstigste Fall. Er nimmt an, dass kein(!) Auto die alte Strecke wählt, wenn es von Grünberg nach Gießen u.ä. fährt. Das ist aber Illusion. Sei es, um schnell noch am Zigarettensautomaten zu halten, zu tanken usw. – viele haben Gründe, kurz noch nach Reiskirchen reinzufahren. Außerdem gibt es noch die Promillefahrer, die die Neben-

strecken wählen ... Insgesamt durch folglich die Zahl viel höher ausfallen.

Und noch ein ganz entscheidender Fehler ist der Straßenbehörde unterlaufen. Neben Durchgangs- und Ziel-/Quellverkehr gibt es nämlich noch den sogenannten Binnenverkehr, d.h. eine Autofahrt beginnt und endet in Reiskirchen. Dieses absolut sinnlose Verhalten von Autofahrern ist leider Alltag – und diese Zahl von Autos muß noch hinzugerechnet werden. Sie ist mit Zählungen an den Ortseingängen nicht zu erfassen! Und sie wird steigen, wenn weitere Großmärkte am Ortsrand angesiedelt werden. Die jetzigen Politiker, sind so besorgt um das Wohl der Anlieger im Ortskern, sind die Schul-digen für das Verkehrschaos! Eine Umgehungsstraße nützt beim Binnenverkehr gar nichts!

Was hätten wir erreicht?

Millionen wären ausgegeben. Auf der alten B49 würden wahrscheinlich deutlich über 10000 KFZ/Tag fahren, zusätzlich gäbe es eine zweite Lärmlinie im Süden von Reiskirchen mit 5-10000 KFZ/Tag. Betrachtet man noch die Autobahn und die Deponie im Norden, so wäre Reiskirchen umschlossen und einmal zerschnitten von Lärm und Gestank.

Ein Rückbau der B49 wäre angesichts der verbleibenden Fahrzeugmassen nicht möglich und sowieso nicht finanzierbar. Blumenkübel und weiße Streifen wären das höchste – will das etwas jemand?

Es ist kein Zufall, daß Orte wie Buseck und Lich, die schon eine Umgehungsstraße haben, nach der nächsten schreien. Umgehungsstraßen bringen kaum Entlastung für den Ortskern, belasten zusätzliche Gebiete und verschärfen das Problem in anderen Orten. Denn: Jede Straße bedeutet mehr Verkehr!!!

Es geht auch anders ...

Mit viel weniger Geld könnte mehr erreicht werden. Vor allem liegt viel mehr davon im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, d.h. es müßten nicht mehr Jahre vergehen, bis endlich etwas geschieht.

Erstens: Rückbau der B49, Schaffung von deutlich sichtbaren und sicheren Fußgängerüberwegen, Tempo-30 im gesamten Ort, Einfahrtschleusen an den Ortseingängen, die

nur eine begrenzte Zahl von Autos einlassen und den Stau (so die Autofahrer unvernünftig bleiben) aus dem Ort herausverlagern.

Zweitens: Keine weiteren Großmärkte mehr, denn sie erzeugen Verkehr. Wiederbelebung der Ortskerne, vor allem in Reiskirchen selbst: Kulturangebote, Jugendzentren, Läden, Cafes usw.

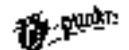
Drittens: Regelmäßige Busverbindungen von allen Ortsteilen zu den Zentren in Reiskirchen, unter anderem zum Bahnhof mit paßgenauen Anschlüssen auf den Zug von und nach Gießen.

Viertens: Schaffung eines Bahnhaltendes in Lindenstruth. Verbesserung der Bahnstationen Reiskirchen und Saasen.

Fünftens: Schaffung eines vollständigen Fahrradwegnetzes in ganz Reiskirchen und vor allem im Kernort selbst. Bau von guten Radabstellanlagen an allen wichtigen Punkten.

**immer "ö"nformiert –
kritisch, praxisnah!**

O-Punkte sollen leben – FördererInnen gesucht!



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

•Schwer-
punkt

15

Zu den Fotos

Typisch für Umgehungsstraßen: Sie führen direkt durch Naturschutzgebiete



Linke Seite:

Landschaft, durch die die Umgehungsstraße Reiskirchen verlaufen soll.

Fachbeitrag zur Verkehrsentslastung von Ortsdurchfahrten:

Eingangsschleusen

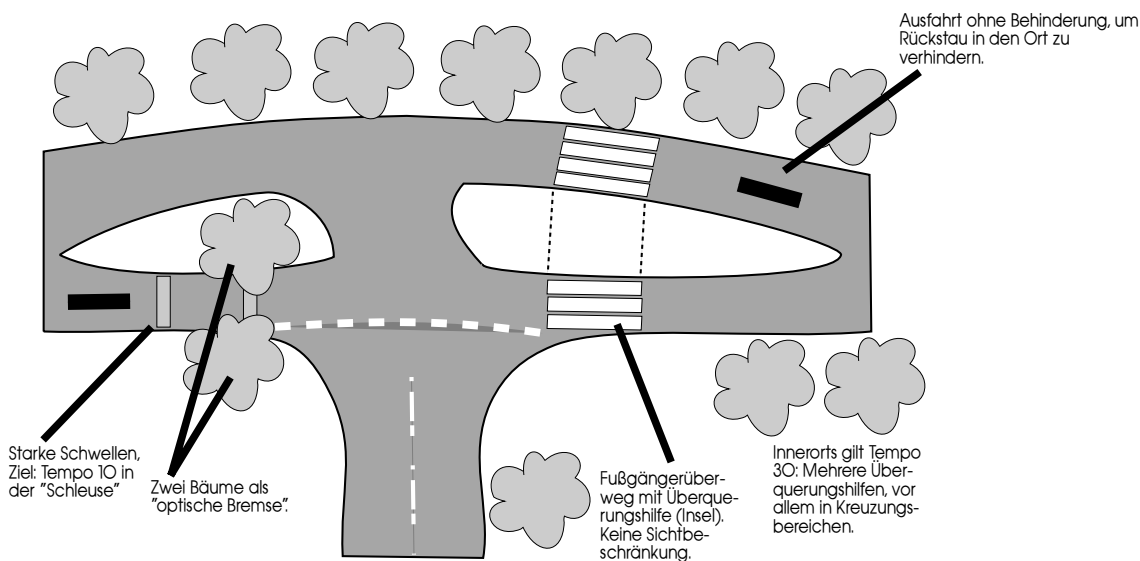
Vorschlag für Ortsdurchfahrten: „Eingangsschleusen“ fangen Verkehr ab

Die bauliche Veränderung der Ortseinfahrten kann nach Meinung der Aktionsgruppe „Mobil ohne Auto“ der Projektwerkstatt in Saasen die Gefahr des Staus in den Ortskernen mindern und zudem fußgängerfreundliche Übergänge schaffen. Für das Beispiel Reiskirchen/Ortsausfahrt Richtung Gießen legte die Projektgruppe jetzt eine Schemazeichnung vor, aus der das Prinzip zu ersehen ist. Danach wird die dem Ortsrand am nächsten liegende Kreuzung, in diesem Fall die Einmündung der Freiherr-von-Stein-Straße auf die B49, so umgebaut, daß der ortseinwärts fließende Verkehr auf einer Länge von ca. 50m erheblich abgebremst wird. Schwellen, eine Verengung der Fahrbahn, Bäume als optische Bremsen und eine Verschwenkung reduzieren die gefahrenen Geschwindigkeiten auf diesem kurzen Stück auf 10 bis 20 Stundenkilometer. Das hat den Effekt, daß an dieser Stelle ein dichter Verkehr zurückstauen würde, jedoch nicht mehr nach der Eingangsschleuse. Der Ort selbst würde so vom Stau verschont, selbiger bliebe draußen vor dem Ort. Ganz nebenbei hat die Eingangsschleuse in der vorgeschlag-

nen Bauart noch weitere Vorteile. So bietet sie einen sicheren Fußgängerüberweg, da eine Verkehrsinsel die Überquerung der Straße erheblich erleichtert. Insgesamt wird eine Reduzierung der gerade in den Ortseinfahrten oft sehr hohen Geschwindigkeiten erreicht und somit die Sicherheit erhöht. Die ortsauswärts führende Fahrspur bleibt im übrigen ohne Schwellen, damit hier der Verkehr ungestört aus dem Ort herausfahren kann.

Die Arbeitsgruppe „Mobil ohne Auto“ schlägt der Gemeinde Reiskirchen den Bau solcher Eingangsschleusen für die Ortsteile Reiskirchen und Lindenstruth, jeweils am Ortsrand an der Bundesstraße 49 vor. Diese bauliche Maßnahme sei eine Sofortmaßnahme. Sie könne nicht mittel- und langfristige Lösungen ersetzen. Diese sind: Aufbau eines leistungsfähigen Nahverkehrssystems, Bahnhofpunkt in Lindenstruth, wesentlich verbesserte Radwege und Radabstellanlagen, Läden, Jugendzentren, Kindergärten und weitere Einrichtungen in allen Ortsteilen sowie eine durchgängige Umgestaltung von Durchgangsstraßen mit dem Ziel der Förderung der Fußgänger sowie aller Wohnstraßen mit dem Ziel, hier Lebensräume für Kinder, alle Anlieger usw. zu schaffen.

Stichwort "Einfahrtsschleuse":



Beispiel für eine "Einfahrtsschleuse", gezeichnet hier für die Kreuzung der Bundesstraße 49 und der Freiherr-von-Stein-Straße am Ortseingang Reiskirchen. Denkbar wären auch andere Stellen am Ortseingang. Gleiche oder ähnliche "Schleusen" sind ebenso nötig für die Ortseinfahrt im Osten sowie beidseitig des Ortes Lindenstruth. Durch die Temporeduzierung am Ortseingang wird der Verkehr hier abgestoppt. Bei Staugefahr bildet sich der Stau außerhalb des Ortes vor den "Schleusen". Die Ausfahrt aus dem Ort ist unbehindert.

Skizze: Institut für Ökologie

Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz - dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologischen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finanzierungstips, Kartierungsbögen, Gesetzestexte und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird z. Zt. halbjährlich aktualisiert.

Ca. 1100 S., in 2 farbigen Ordnern ... für 178 DM
(bei Abo der Nachlieferungen)
ISBN 3-609-75490-7. Autor: Jörg Bergstedt.



Weiterhin viel mehr Straße als Schiene

Bundesverkehrswegeplan

Die rot-grüne Bundesregierung vereinbarte zu Beginn ihrer Zeit 1998 zum Straßen-, Bahn- und Wasserwege-Bau folgendes: „Die Investitionen in Verkehrswege und Umschlagplätze sind zur Umsetzung der ökonomischen und ökologischen Ziele in ein umfassendes Verkehrskonzept zu integrieren, das die Voraussetzungen für die Verlagerung möglichst hoher Anteile des Straßen- und Luftverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen schafft. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist in diesem Sinne zügig zu überarbeiten. Dies gilt für die aktualisierenden Verkehrs- und Preisprognosen, die Bewertungsmaßstäbe, die verkehrsträgerübergreifenden Integrationseffekte und für die Sicherstellung der Finanzierbarkeit einschließlich der Folgekosten. Bis zum Abschluß der Überprüfung des BVWP wird es bei im Bau befindlichen Maßnahmen keine Bauunterbrechung geben. Bereits vergebene Aufträge werden ausgeführt ...“

Mitte 1999 gab der Referent für Infrastrukturpolitik bei den Grünen, Andreas Rade, auf dem 12. Bürgerinitiativen-Verkehrskongress einen Sachstandsbericht zum BVWP ab:

Vom neuen Verkehrsminister Müntefering (jetzt alten) wurde eine totale Unterfinanzierung des bestehenden BVWP '92 festgestellt (80-90 Mrd. DM fehlen bis 2012), obwohl das Verkehrsressort den größten Investitionshaushalt (absolut in DM) hat. Schon von der Kohl-Regierung unter dem Verkehrsminister Wissmann ist versäumt worden, den BVWP zu überarbeiten, welches alle fünf Jahre zu geschehen hat.

Immerhin hat Minister Müntefering veranlaßt, daß die Mittel in Zukunft nicht mehr nur nach der Reihe des BVWP vergeben werden d.h. die von den Ländern beantragten Projekte ungeprüft bewilligt werden, sondern daß

politische Entscheidungen im Verkehrsressort ausschlaggebend sein werden. Allerdings existiert dafür bisher kein Maßstab. Deshalb wurde die Prognos AG beauftragt, Szenarien zu entwerfen, damit die (negativen) Prognosen (=Horroszenarien) nicht zustande kommen. Die Verkehrsentwicklung soll nach Maßgabe politischer Zielvorgaben stattfinden.

Alle Entscheidungen über Bauprojekte werden einer Bewertung der Nutzen-Kosten-Faktoren unterzogen.

Es wird wohl keine Null-Lösungen geben, sondern nur weniger umstrittene (z.B. bei der Thüringer-Wald-Autobahn).

Andererseits werden Verträge unbedingt eingehalten. Angefangene Baumaßnahmen werden zu Ende geführt; dies bezieht sich nicht auf die gesamten Maßnahmen, sondern nur auf angefangene Bauabschnitte.

Neue Projekte können nur begonnen werden, wenn sie unbestritten sind.

Die Überprüfung des BVWP wird einerseits alle Projekte neu bewerten und andererseits soll auch die Bewertungsmethodik verändert werden. Daran wird zur Zeit gearbeitet – wann die Überprüfung abgeschlossen sein soll, ist nicht bekannt. Ein Übergangsplan wurde dann im Sommer '99 aufgestellt, das sogenannte „Investitionsprogramm 1999-2002“ (das kann bedeuten, das ein neuer BVWP erst ab 2003 gültig sein wird). Dieses Programm sah ursprünglich insgesamt 63 Mrd. DM Aus-

gaben vor, 33 Mrd. für den Straßenbau, 26 Mrd. für den Eisenbahnbau und vier Mrd. für die Wasserwege. Da die Grünen darin einen Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarung sahen („Angleichung der Ausgaben für Straße und Schiene“) und sie verweigerten kurzzeitig die Zustimmung. Im dann Anfang November 1999 verabschiedeten Investitionsprogramm ist das Verhältnis Straße/Schiene ganz leicht mit 32,1 zu 29,7 Mrd (darin sind allerdings 3,6 Mrd. Eigenmittel der Bahn enthalten) in Richtung Bahn verschoben worden (Verhältnis 52:48), ein

große Projekte (Knoten Berlin mit 2,8 Mrd. und Neubaustrecke Köln – Rhein/Main mit 3,4 Mrd.). Hervorzuheben ist auch noch, dass alle Projekte aus diesem Programm, die 2002 noch nicht beendet worden sind, nicht mehr für den neuen BVWP überprüft werden. Bei UMKEHR e.V. ist die Projekte-Liste des Programmes erhältlich.

Vereinbart wurde aber auch im Zuge der Verhandlungen um das Programm:

Die Sparauflagen des Bundesfinanzministers nehmen die Bahn für die Zukunft aus und es wurde vereinbart, dass freiverwendende Verkehrsinvestitionen vorrangig in den Bahnbau fließen sollen. Die Grünen spekulieren dabei auf die 3,3 Mrd. DM, die in den Haushaltsplänen bis 2002 für den Transrapid vermerkt sind. Durchsetzen konnten die Grünen für das Investitionsprogramm die Herausnahme folgender vier Straßenbau- und Wasserwege-Projekte:

A 94 durch das Isental zwischen München und Passau,

Nordumgehung von Hamburg, mit der die A 20 westlich von Lübeck weiter geführt werden sollte,

A 4 durch das Rothaargebirge in NRW und die weitere Kanalisierung der Donau.

Viele andere Projekte sind im Investitionsprogramm enthalten, wie z.B. die Thüringer Wald-Autobahn A 71/A 73.

Eine Woche vor dem Kabinettschluss zum Investitionsprogramm beschloss der Bundestag mit Stimmen der rot-grünen Koalition die Verlängerung des Beschleunigungsgesetzes für die Verkehrswegeplanung in den Ost-Bundesländern bis Ende 2002 (es lief 1999 aus). Damit sind die Einschränkungen von Bürger- und Naturschutzrechten, gegen die die Grünen in der Opposition so heftig gekämpft hatten, mit ihren Stimmen weiter verlängert wurden.

Der Widerstand gegen Straßenbau-Projekte durch Bürgerinitiativen, Umwelt- und Verkehrsverbände und alle UmweltschützerInnen muss also unvermindert weitergehen.



Gleichstand nach wie vor nicht erreicht. Beim Aus- und Neubau (ohne Ersatz und Erhalt, dort gibt es das Verhältnis 48:52 zugunsten der Schiene) werden 22 Prozent mehr für die Straße ausgegeben (18,3 Mrd. für die Straße, 15,0 für die Schiene, Verhältnis 55:45).

Alle Schienenprojekte sind auf sechs Seiten abgehandelt, für die Straßen enthält das Programm 34 Seiten „hochprioritäre“ Maßnahmen und weitere 17 mit „prioritären“. Während im Schienenprogramm bundesweit 41 Projekte enthalten sind, zählt allein die Straßenliste für NRW 130 „hochprioritäre“ und 11 „prioritäre“ Projekte auf. Die Straßenbau-Projekte sind auch wesentlich kleinteiliger und werden damit viel eher netzwirksam. Bei den Schienenprojekten entfallen fast die Hälfte aller vorgesehenen Neu- und Ausbau-Gelder bis 2002 auf nur zwei

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

Schwerpunkt



Autor

Karl-Heinz Ludewig, UMKEHR e.V., Berlin

Literatur zum BVWP

Alternativer Bundesverkehrsplan, Teil C, Strategien und Systeme für eine ökologische Bundesverkehrsplanung, erhältlich beim Institut für Regional-Ökonomie, Hauptstr. 72, 69214 Eppelheim, Tel/Fax: 06221/75 88 77, email: Inst-Reg-Oek_Paulitz@t-online.de

Der Schlußbericht vom Umweltbundesamt (UBA) vom März 1998: Entwicklung eines Verfahrens zur Aufstellung umweltorientierter Fernverkehrskonzepte als Beitrag zur Bundesverkehrswegeplanung F+E-Verhaben Nr. 10506001 im Auftrag des UBA (Kurzfassung) kann bei Andreas Rade (e-mail: andreas.rade@gruene-fraktion.de) angefordert werden.

Projektlisten des „Investitionsprogramm 1999-2002“ für einzelne Länder oder insgesamt erhältlich gegen Kopier- und Versandkosten bei: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/4927-473, Fax: 972, info@umkehr.de

Merkblatt Planfeststellungsverfahren – Übersicht für betroffene Bürger, erhältlich für 2,-DM + Versandkosten (oder gegen 5 DM in Briefmarken) bei UMKEHR e.V. (Adresse s.o.)

Mittlenhindurch oder drumherum – Argumente gegen Ortsumfahrungen, BUND (Hrsg), erhältlich für 4,80 DM + Versandkosten bei UMKEHR e.V. (s.o.)





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

18

Frühjahr 2000

• Schwer-
punkt

Autorin:

Sina Arnold

**Kontakte –
Transport
activism
all around the
world**

Europa

Car Busters: 44, rue
Burdeau, 69001 Lyon,
Frankreich; phone:
+33 472 00 23 57,
fax: +33 478 28 57 78,
carbusters@
wanadoo.fr,
www.antenna.nl/
eyfa/cb
Ein internationales
Kollektiv, welches
gleichnamige
Zeitschrift für die
europäische
Anti-Auto-Bewegung
herausgibt – gute
Anlaufstelle für
Adressen, Aktionen,
Ideen.

ASEED: Europe PO Box
92066, 1090 AB
Amsterdam, The
Netherlands, phone:
+31 20 668, Fax: 31
20 468 275,
http://antenna.
nl/aseed/
Beschäftigen sich mit
unterschiedlichen
Themen, u.a. auch
Verkehrprobleme,
haben diverse Email
Diskussionslisten und
Buchpublikationen.

**Corporate Europe
Observatory:**
Prinseneiland 329,
1013 LP Amsterdam,
The Netherlands,
tel/fax:
+31-30-236-4422,
e-mail: ceo@xs4all.nl,
Website: http://www.
xs4all.nl/ceo
Diese kleine Gruppe
von Leuten hat ein
Auge auf die bösen
Konzern, welche
sich die Erde untertan
machen und deckt
schorungslos ihre
Machenschaften auf.

Deutschland

**VCD – Verkehrsclub
Deutschland:**
Postfach 170160,
53027 Bonn,
Deutschland,
http://www.vcd.org
Ein „lieber Verein, mit
ganz guten
Hintergrund-
informationen.

TEN – Transeuropäische Netze

Beim Betrachten der A20, beim Widerstand gegen sie wird leider allzu oft vergessen, dass dieses Verkehrsprojekt nicht nur Bedeutung auf lokaler Ebene hat, sondern vielmehr als Indikator für gesamteuropäische, wenn nicht gar globale Verkehrsentwicklungen betrachtet werden kann. Konträr lässt sich dies an den sogenannten Transeuropäischen Netzen (TEN) festmachen, welche derzeit gebaut werden, und von welchen die A20 ein Teil ist.

TEN-was ist das?

Die Transeuropäischen Netze sind drei Maßnahmepläne für Verkehr, Energie und Telekommunikation, die im Gegensatz zu einer einzelstaatlichen Perspektive die Entwicklung der Infrastrukturen nach dem Bedarf der Europäischen Union als Gesamtheit fördern sollen. Im Folgenden wird sich ausschließlich mit den Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TERN – Trans European Road Network) beschäftigt. Sie sollen den Transport von Gütern und Menschen innerhalb der EU erleichtern und folglich positive Auswirkungen auf regionale Entwicklungen und den Arbeitsmarkt haben. Somit sind sie eine althergebrachte Antwort auf althergebrachte Probleme: auf einen Mangel an internationalen Transportverbindungen und eine hohe Arbeitslosenquote wird mit dem Ausbau der Infrastruktur reagiert in dem Glauben, diese Infrastruktur werde durch den Bau an sich und später in den so erschlossenen Gebieten neue Arbeitsplätze schaffen. Viele Studien bezweifeln jedoch dieses Schema [1]. Neue Straßen führen erfahrungsgemäß zu mehr Verkehr und verursachen somit einen Teufelskreis [2].

Die Entstehung

Die offizielle Vorlage konkreter Pläne erfolgte im Vertrag von Maastricht 1991 und nach einem Weiterleiten durch diverse europäische Instanzen waren sie 1995 soweit ausgereift, dass sie 140 Straßenbauprojekte (etwa 65 000 km Straßen, wovon 15 000 km neu zu errichten sind), 11 Schienenverbindungen, 57 kombinierte Transportprojekte und 26 Binnenwasserverbindungen umfaßten. Diese Liste scheint jedoch fortwährend länger zu werden.

TEN-Projekte, d.h. geplante Straßen, welche in das Netz eingegliedert werden können und somit Geld von der EU bekommen (bis zu 10% der anfallenden Kosten), werden von den Verkehrsministerien der einzelnen Staaten vorgeschlagen, von der Europäischen Kommission zu sogenannten Masterplänen zusammengestellt, vom Europaparlament und Ministerrat beschlossen und von den Regierungen der jeweiligen Mitgliedstaaten umgesetzt. Die Kosten für die Transeuropäischen Verkehrsnetze werden verteilt über die kommenden 15 Jahre bisher auf ca. 800 bis 1000 Milliarden DM (1 Billion DM!) geschätzt. In Anbetracht der Tatsache, dass die 14 Projekte mit höchster Priorität bereits etwa 46 Mrd. DM kosten sollen, darf erwartet werden, dass die obige Gesamtschätzung zu niedrig liegt. Obwohl Transportkommissar Kincock darauf besteht, dass die TENs hauptsächlich aus umweltfreundlichen Schienenverbindungen bestehen, wird doch ca. genauso viel Geld in Straßenbauten gesteckt (38-39% der Gesamtkosten), und 15% werden für den Bau neuer Flughäfen aufgebracht. Zudem werden



2/3
des
Geldes für

Schieneinvestitionen für energieverschwendende Hochgeschwindigkeitszüge wie den TransRapid ausgegeben. Insgesamt waren in den vergangenen Jahrzehnten die Investitionen für Straßenbaumaßnahmen 2,5mal höher als die für Bahn und Schifffahrt zusammen genommen. Deutschland zum Beispiel gibt jedes Jahr auf Bundesebene 10 Milliarden DM für neue Straßen allein aus, darin sind die Ausgaben auf Landes- oder regionaler Ebene ebensowenig enthalten wie die für Instandhaltung und Reparaturen.

Stand der Dinge

Die ersten Projekte sind bereits realisiert (z.B. der England – Frankreich- Kanal), andere sind im Bau (z.B. die A20 oder die 4. Elbtunnelröhre). Im Jahre 2010 soll das Netzwerk fertig sein, allerdings hängt der Zeitplan sehr stark von den finanziellen Mitteln ab. Es liegen Prioritätenlisten vor, nach denen vorgegangen wird. Zu den wichtigsten Plänen gehört z.B. die Öre-Sund-Brücke zwischen Dänemark und Schweden oder die Lissabon Valladoid-Autobahn durch Portugal und Spanien. In der nächsten Kategorie sind u.a. die Fehmarnsund-Brücke zwischen Deutschland und Dänemark, welche schon fertiggestellt wurde.

Wer entscheidet?

Die Entscheidungen für Projekte wie die TEN werden auf europäischer Ebene getroffen. Die Fäden hierbei werden unter anderem in einem kleinen Lobby-Büro in Brüssel gezogen, bekannt als der Runde Tisch der Europäischen Industrie oder auch European Round Table (ERT). Der ERT bildet eine Plattform für 45 der mächtigsten Konzerne ganz Europas, unter ihnen der Atomkonzern Siemens, der Gentech-Befürworter Unilever, der Ölkonzern Shell, sowie auch Hoechst, Nestlé und Daimler-Benz[3,4]. 1984 brachte der ERT einen Bericht mit dem Titel „Missing Links“ heraus, in der die Europäische Gemeinschaft dazu aufgefordert wurde, mehrere neue Verkehrsverbindungen (vorwiegend Straßen) zur Schaffung eines Europäischen Verkehrsnetzes. Die ERT Empfehlungen wurden nahezu unverändert vom Europarat übernommen und stimmen fast genau mit den jetzigen TEN-Masterplänen überein. Zu der Arbeitsgruppe, welche Vorschläge für die genauere Gestaltung der europäischen Straßenpläne machen soll, gehörten ausschließlich Straßenbau- und Industrieunternehmen – keine Frage wo das Interesse dieser Lobby liegt! In keiner der Ent-

wicklungsphasen von TEN waren jemals Umweltschutzorganisationen oder sonstige kritische NGOs von Leuten der Europäischen Kommission mit eingebunden – wäre dies doch geschehen, hätten sie aber wohl eh nichts zu sagen gehabt. Selbst das Europäische Parlament wurde nur sehr zweifelhaft in den schnellen Prozeß mit einbezogen, es hat sowieso keine ultimative Entscheidungskraft, sondern kann lediglich ein Veto einlegen. „Missing Networks“, die Folgestudie zu „Missing Links“ verspricht zudem die Schaffung einer neuen Organisation, welche mithelfen soll, das Thema Infrastruktur wieder auf die Haupttagesordnung der EU zu setzen, um „wie ein freundlicher Hütehund über die nationalen und regionalen Autoritäten zu wachen“. Gesagt, getan, das European Center for Infrastructure Studies (ECIS) wurde geschaffen. Die Gründungsmitglieder wurden vom Fiatvorsitzenden Agnelli ernannt und sind unter anderem Firmen, Regierungsabgeordnete und Nachforschungsinstitute. Die Behauptungen des ECIS, einen unvoreingenommenen und offenen Hintergrund zu vermitteln sind mehr als fragwürdig, zumal der ERT ausdrücklichen Wunsch äußert, den Ausbau des TEN zu beschleunigen. Es zeigt sich, dass die TEN-Projekte hauptsächlich im Interesse der Industrie sind und eine starke Verbindung zwischen privaten Investoren und dem Staat knüpfen, um eine geeignete Finanzierung zu schaffen – diese Public Private Partnerships (PPP) werden in vielen Ländern vorangetrieben und kündigen eine neue erschreckende Privatisierungswelle an [5]. Somit werden die Möglichkeiten der Menschen, welche unmittelbar von Verkehr und Lärm, der Verschmutzung und der Gefahr betroffen sind, auf allen Gebieten erheblich eingeschränkt. Wieder einmal geht die Wirtschaft vor, die Bedürfnisse der Menschen und der Natur müssen vor ihr und ihren fragwürdigen Zielen zurückstehen.

Die Umwelt

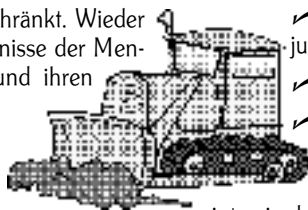
Unvorhergesehene Probleme werden durch die neuen TEN-Pläne entstehen und auch die Kosten werden um ein Vielfaches steigen, da der Preis des langfristigen ökologischen Schadens (sofern er sich überhaupt durch Geld wiedergutmachen läßt) nirgendwo mit einberechnet wurde. Zudem werden in den Masterplänen Straßen- und Luftverkehr den Schienen- und Wasserwegoptionen vorgezogen. 34% aller offiziellen europäischen Naturschutzgebiete und 12% der wichtigsten Vogelschutzgebiete sind höchstens 10 km von einer geplanten TEN Straßen-oder Schienenverbindung entfernt (mensch bekommt eine Vorstellung davon, wie eng sich dieses Netz in Wahrheit über Europa spannen wird!). Die Einflüsse auf die Umwelt sind gravierend. Mögliche negative Folgen sind: die Zerschneidung von Lebensräumen, lokale Verunreinigung durch Salz und Ozon sowie weiträumige Verunreinigung, z.B. von Wasser in Feuchtgebieten. Die verkehrsbedingte Kohlendioxidemission wird um ein Vielfaches ansteigen. Theoretisch hat die EU zahllose Umweltschutzgesetze, in der Praxis aber können sie durch die Interessen der Industrie missachtet werden. Besonders die Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPs); Untersuchungen, welche laut Gesetz die Umweltverträglichkeit aller neuen Infrastruktursysteme beweisen sowie neue Alternativen erforschen müssen, sind meistens nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt worden sind. 2 Beispiele:

✓An der UVP zur Öresund-Brücke, einer Straßen-/Schienenverbindung zwischen Dänemark und Schweden, wurde kritisiert, dass sie nur vage auf die Alternativlösungen, einen Tunnel von Küste zu Küste, eingegan-

gen und kein ernsthafter Versuch unternommen worden sei, die sozial ökonomische Tragweite einer solchen Alternative zu bewerten. Nach der UVP-Richtlinie dürfen sie beiden Staaten jedoch erst nach Abschluß einer derartigen Untersuchung mit den Bauarbeiten an der Brücke beginnen; die Arbeiten wurden dennoch bereits abgeschlossen.

✓Zum Ausbau der Autobahn durch Twyford Down in Großbritannien wurde eine völlig unzureichende UVP erstellt. Sie wurde zunächst von der Kommission zurückgewiesen, dann aber doch als annehmbar angesehen, nachdem der damalige Umweltkommissar Carlo Rip di Meana, der noch im Sommer 1992 gedroht hatte, Großbritannien vor den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft zu bringen, überredet (mit welchen Mitteln auch immer) worden war, Brüssel zu verlassen, und der Transportkommissar Karel von Miert mit dem Ressort Umwelt beauftragt worden war.

Neben den UVPs gibt es auch die Flora-Fauna-Habitatrichtlinie (FFH), welche Schutzstufen für naturbelassene Lebensräume enthält. Sie trat 1995 in Kraft und wurde zum ersten Mal untergraben, als die Umweltkommissarin Ritt Bjerregaard den Verlauf der A20 durch das Recknitz-Trebe-Tal, einem Gebiet mit der höchsten nach Europäischem Gesetz möglichen Schutzstufe, genehmigte. Die Kommission bemerkt dazu, dass „zwingende Gründe von übergeordnetem öffentlichen Interesse“ zur Rechtfertigung der getroffenen Entscheidung vorliegen würden. Im einzelnen wurden folgende Gründe genannt:



- ✓die Industrie vor Ort benötige einen Konjunkturaufschwung
- ✓alternative Lösungen seien nicht verfügbar
- ✓Ausgleichsmaßnahmen seien geplant
- ✓die A20 sei Teil des TEN-Straßenmasterplans Ein alarmierender Präzedenzfall, der zeigt, wie das magische Wörtchen „TEN“ Türen und Tore zur Umgehung von höchsten Umweltschutzbestimmungen öffnet.

Der Widerstand

Die Dringlichkeit eines europaweiten Widerstandes wird immer deutlicher, gegen Globalisierung muss in diesem Falle mit Globalisierung angegangen werden. In vielen Ländern gab und gibt es Aktionen gegen geplante TEN Projekte, seien es Hüttendörfer (Twyford Down, A20 Greifswald, Mountain St. Anna in Polen), Bürgerinitiativen, brennende Baumaschinen, friedliche Demos, Klagen beim Europäischen

Gerichtshof ...

Was ebenfalls nicht vergessen werden sollte, ist die Verbindung zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen: die Natur wird für den Profit und Fortschrittswahn geopfert, die Globalisierung und der sogenannte freie Markt sind wichtiger geworden als die Interessen von Mensch, Natur und Tier; die großen Firmen entscheiden, was passiert, die lokale Bevölkerung hat keine Auswirkung auf die Dinge, die sie unmittelbar betreffen. Bei allen Formen des Widerstandes sollte nicht nur das jeweilige Projekt betrachtet werden, sondern auch der große Rahmen, in welchem sich die Macht der Konzerne und ein ungleiches Kräfteverhältnis zwischen Mensch und Natur bewegt.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

•Schwerpunkt



Quellen

•10 Fragen zu Trans Europäischen Netzen., Chris Bowers, Europäischer Verband für Verkehr und Umwelt – European Federation for Transport and Environment, August 1995

•Green Pepper, Ausgabe Frühjahr 1999, Seiten 4 und 27

•11. 1998 Report on the Implementation of the Guidelines and Priorities for the Future. European Commission (aus einem Artikel von Corporate Europe Observatory, siehe Kontaktadressenliste)

•Website der Europäischen Union: <http://euro-paeu.int/pol/ten>

(1) e.g. Leitch Committee, Report of the Advisory Committee on Trunk Road Assessment; Her Majesty's Stationary Office, 1978, London, UK; Verweis darauf siehe „10 Fragen.“

(2) siehe End Of The Road von Wolfgang Zuckermann

(3) The Ecologist, Ausgabe Juli/August 1994, Vol 24, No. 4; „Misshaping Europe – The European Round Table of Industrialists,

(4) Website des ERT: www.ert.be

(5) „On PPPs from Poland“; Corporate Europe Observer (CEE) und „Private Sector Partners share government's traditional role“; Financial Times 29/4/99



Der Infodienst für UmweltaktivistInnen

20 Frühjahr 2000
• Schwerpunkt

Autor

Oliver Stell

Adressen der MoA-Koordination

Internet:
www.refrat.hu-berlin.de/MOA

Pressekontakte:
Umkehr e.V., Bundesweiter Dachverband der Verkehrsbürgerinitiativen Exerzierstraße 20 13357 Berlin-Wedding Tel: 030-492 74 73, Fax 030 4927972 info@umkehr.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V., Landesgeschäftsstelle Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin Tel: 443391-49/-48, Fax 030 443391-33 berlin@grueneliga.de Druck/Layout der

Materialien:
BSÖ e.V., c/o AStA der Uni Münster Schloßplatz 1 48149 Münster Tel 0251 8322287, Fax 0251 519289 bsoe@uni-muenster.de

Rückmeldungen und Bestellungen:
ReferentInnenRat der HU zu Berlin, Referat Ökologie und Umwelt Stichwort MoA, Unter den Linden 6, 10099 Berlin Tel 030 2093 2603, Fax 030 2093 2396 oeko@refrat.hu-berlin.de, <http://www.refrat.hu-berlin.de/oeko>

MoA-Landeskoordination Baden-Württemberg:
VCD Baden-Württemberg, Hildegard Kienzle-Pfeilsticker Tübinger Str. 15, 70178 Stuttgart Tel 0711 6070217, Fax 0711 6773991 o. 6070218 VCDLVBW@t-online.de

... weitere solidarische Organisationen:
ROBIN WOOD e.V., Bundesgeschäftsstelle und Vorstand, Steffi Barisch (Verkehrsreferentin), Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel: 040-390 95-56, -53, Fax: 040-392 848 robin_wood@umwelt.ecolink.org <http://www.robin-wood.de>

Aufruf zum Autofreien Sonntag am 18.06.2000 und Autofreier Hochschultag am 20.06.2000

Mobil ohne Auto 2000

Während der Ölkrise hatte der reine Fortschrittsglaube ein Ende und erste Autofreie Sonntage gehörten zur Normalität in der BRD, in der DDR formierten sich 1981 Menschen um das Christliche Forschungshaus Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt) und Mitglieder des Kulturbundes der DDR zur Organisation eines jährlichen Autofreien Sonntag von unten. Schon vor der Wende 1987 konnte diese Tradition in der BRD Fuß fassen. 1990 übernahm dann die BundJugend und der Naturschutzbund in Bayern die Organisation des Mobil ohne Auto-Tages im Juni.

1990 gestalteten 20 000 Menschen den Autofreien Sonntag. 1994 waren es schon 1 Million TeilnehmerInnen. Das Umweltbundesamt steuerte zur Finanzierung der verbandsübergreifenden Aktionen und deren bundesweiter Koordination Zuschüsse bei. 1996 zog die MoA-Zentrale von Nürnberg nach Frankfurt/Main ins Umweltamt der Stadt Frankfurt um.

1997 nahmen 420 000 Menschen an der Basis an bunten und vielfältigen Aktionen teil, die von ca. 2000 Aktiven auf ca. 350 Veranstaltungen organisiert wurden. 1998 waren es eine halbe Million Menschen, die sich engagierten, ebenso auch 1998 und 1999.

Während aber 1994 noch der Bundesverband der Grünen Liga e. V., die Naturschutzjugend, die BUNDjugend, der NABU, der VCD e. V., Pro Bahn e. V., die DGBjugend und die AG der Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche, Robin Wood e. V., Greenpeace e. V., der ADFC e. V., Umkehr e.V., ja sogar der World Wildlife Fund (WWF), der Landesbund für Vogelschutz, das Klima Bündnis, die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit, etc. den bundesweiten Trägerkreis organisierten, reduzierte sich das Verbandsinteresse der Großen an der Aufrechterhaltung der verbandsübergreifenden MoA-Bundeskoordination immer mehr. 1997 stellten die großen Verbände wie der BUND e. V. und der VCD e. V. ihre finanziellen Zuwendungen ein. Auch die inhaltliche Arbeit wurde immer geringer, getreu der Äußerung von Peter Westenberg (BUND) 1997: „Gelingt es nicht, Mobil ohne Auto für diese Menschen weiterzuentwickeln, wird die Aktion als immer wiederkehrender Aufguss schleichend auszehren und irgendwann still ver-scheiden.“

Ausweitung von MOA

Entgegen dieser Voraussage wurde aber z. B. von der BSÖ e.V. versucht, den Autofreien Sonntag durch eine gesamte MoA-Woche auszubauen. Hinzu-kamen deshalb 1997 ein Autofreier Schultag und ein Autofreier Hochschultag (AfH). Auf dem MoA-Trägerkreistreffen am 28.6.99 dann stellte der Um-

weltgruppenträgerkreis seine inhaltliche Arbeit ganz ein und stellte sich mehrheitlich zu einem Beratungsbeirat für einen von der EU-Kommission und den Kommunen inhaltlich bestimmten europaweiten Aktionstag „von oben“ am 22.09.2000 zur Verfügung.



Critical Mass

In mehr als 30 Städten in GB gibt es monatlich Massenradfahrten zu Hochverkehrszeiten (Critical Mass). Diese zeigen positive Alternativen auf und verdrängen die Abgase im Stadtzentrum mit einer Brise frischer Luft. Es geht um Spontaneität: also keine VeranstalterInnen, ebenso ist es keine Demo – höchstens ein Beispiel – aber meistens ein „zufälliges Treffen von RadfahrerInnen, die nach Hause fahren.“

Massenradfahrten sind einfach zu organisieren. Spricht einfach interessierte Menschen an, wählt einen zentralen autofreien Treffpunkt aus, legt ein regelmäßiges Datum fest (z.B. 17.30, jeden letzten Freitag im Monat) und macht Flugblätter ... Im Sinne der Spontaneität (was der Polizei gegenüber ein guter Schutz ist – die verstehen ja keine Spontaneität) wird meistens erst wenn die RadlerInnen unterwegs sind, entschieden, wohin die Fahrt geht. VorfahrerInnen können Seitenstraßen blockieren, um Sicherheit für den Rest der Gruppe zu gewährleisten. Verrückte oder wütende AutofahrerInnen einfach durchfahren lassen – und nicht den Spaß verlieren. Es geht nicht ums Kämpfen, sondern darum, Spaß zu haben. Ein Lächeln hilft bei solchen Situationen oft viel mehr als Wut.

Internet: <http://www.critical-mass.de/www.critical-mass.org>

Berlin: letzter Freitag im Monat, 16 Uhr, Brandenburger Tor **Bonn:** letzter Freitag im Monat, 16 Uhr, Sternort (auf dem Friedensplatz) ab April 2000 **Braunschweig:** letzter Freitag im Monat **Dresden:** 2. Juli 99, 16 Uhr am Pavillon an der Albertbrücke (Neustädter Seite der AB) **Düsseldorf:** letzter Freitag im Monat, 17 Uhr, Bismarckstraße zwischen Oststraße und Steinstraße **Duisburg:** letzter Freitag im Monat, 17 Uhr, am Lebensreiter-Brunnen (Königsstraße Ecke Düsseldorfer Straße) **Erfurt:** letzter Freitag im Monat, 16 Uhr, an den Domstufen Frankfurt/Main: letzter Freitag im Monat, 16:30 Uhr, Konstabler Wache Eine weitere Frankfurter Seite sowie eine Seite im Aufbau gibt es auch noch. **Hamburg:** letzter Freitag im Monat, Uhr, **Mainz:** letzter Freitag im Monat, 17:45 Uhr, Neubrunnenplatz **Marburg:** letzter Freitag im Monat, 17 Uhr, Stadthalle **München:** letzter Freitag im Monat, 17 Uhr, Königsplatz **berlin:** erster tag im Monat, pernikusplatz **Ulm:** letzter Freitag im Monat, 16 Uhr, Münsterplatz



Nürnberg: (!) Freitags, 17 Uhr, Ko-

CarFreeCity-Day

Der „CarFreeCity-Day“ wird nach Auskunft vom 28.10.99 des als BRD/Österreich/Dänemark Koordination fungierenden Klima-Bündnis wie folgt organisiert: „Das Projekt wird im Rahmen des LIFE-Programms von der EU gefördert. Projektpartner sind neben dem Klima-Bündnis die französische Umwelt- und Energieagentur ADEME, die Städtenetzwerke Energie-Cités und Car Free Cities sowie mehrere nationale Koordinationsstellen. Kommunen und Verbände aus Deutschland werden vom Klima-Bündnis bei der Vorbereitung und Durchführung des Aktionstages unterstützt. Uns obliegt die Erstellung eines Leitfadens und die Bereitstellung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunen und hier melden Sie Ihr Interesse an einer Teilnahme an.“

Die Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e. V. rief im Oktober 99 zur bundesweiten Rettung des basisorganisierten sommerlichen MoA-Aktionssonntages auf. Aus dem Aufruf der BSÖ: „So erfreulich die plötzliche Anerkennung und (finanzielle) Förderung 'von oben' für den 'Car Free City Day' aus dem Bundesumwelt- und -verkehrsministerium sein mag: Kein Grund den eigentlichen MoA-Termin im Juni fallen zulassen!!! Wie von der BSÖ e. V. auf dem letzten Trägerkreistreffen am 28.6.99 in Frankfurt/M. eindringlich unterstrichen, ist es zum einen doch gerade unsere Absicht, die Zahl der autofreien Tage und Menschen wachsen zu lassen. Wieviel Spielraum wird die neue konzertierte Aktion den ursprünglichen InitiatorInnen „von unten“, also BIs, MoA-Ortsgruppen etc., bei der Gestaltung von Veranstaltungen, Aktionen und politischen Aussagen lassen? Viele Ortsgruppen werden aufgrund langfristiger Planungen, aus Gewohnheit oder weil die Leute in der Woche keine Zeit für die Organisation eines MoA-Tags haben, an dem sonnätlichen Sommertermin (zumindest zusätzlich) mit gutem Grund festhalten. Diese würden nach dem Willen des bisherigen MoA-Trägerkreises in Zukunft weitestgehend ohne überregionale Presse und Vernetzungsarbeit gelassen und sogar aufgefordert werden, ihr Engagement im Juni an den Nagel zu hängen. Daher (...) sehen wir Bedarf für ein neues Bündnis für einen MoA-Tag im Juni und möchten Euch auf diesem Wege fragen, ob Ihr Interesse daran habt. Die meisten Mitgliedsverbände und -vereine des alten MoA-Trägerkreises (Klimabündnis, VCD, EKD, B.U.N.D.) haben sich entschieden, soweit von den Organisatoren des neuen „Car Free Europe Day“ gewünscht, sich in einem Beirat auf Vorschläge zur Gestaltung des Septembertermins zu konzentrieren bzw. zu beschränken. Damit verlieren die Umweltgruppen eindeutig an Einfluss auf die politischen Aussagen dieses Autofreien Tages. Die meisten von Euch waren aus verschiedenen Gründen nicht mehr im alten Trägerkreis vertreten. Aber in einem neuen Bündnis würden keine großen finanziellen Aufwendungen die Mitsprachemöglichkeiten beschränken (...) und auch über Ausrichtung, Aussagen etc. ließe sich völlig neu diskutieren.“



Aktionstage

Besonders bei kleineren Kampagnen sind Aktionstage großartig, um die Stimmung, Anzahl der Leute und den Bekanntheitsgrad zu vergrößern. Auch gut, um eine Kampagne zu starten oder wenn die Kampagne über einen langen Zeitraum gelaufen ist und die Beteiligten frustriert sind. Diese Aktionstage sind eine gute Möglichkeit für neue Leute, die das erste Mal direkte Aktion machen. Deswegen achtet darauf, daß alle was bei der Aktion zu tun haben (ganz besonders unerfahrene Leute) und daß sich alle wohlfühlen. Solche Aktionstage sind aber auch der Polizei bekannt, die dann entsprechend vorbereitet sein wird. Checkliste für die Vorbereitung von Aktionen:

Checkliste (kein Anspruch auf Vollständigkeit)

- ✓ Wählt einen Namen, Datum, breitangelegtes Ziel so früh wie möglich (mindestens einen Monat vorher).
- ✓ Fangt sofort an zu netzweien!!!
- ✓ Geld beschaffen
- ✓ Fragt Leute in anderen Städten, ob sie Werbung für und Transport zur Aktion organisieren können.
- ✓ Organisiert Unterkunft, Verpflegung, Toiletten, Unterhaltung
- ✓ Bereitet Information über die rechtliche Situation vor, besorgt eineN
- ✓ Anwältn und AktionsbeobachterInnen
- ✓ Überlegt Euch, ob Ihr die Presse da haben wollt und wenn ja, dann schreibt und verschickt Pressemitteilungen.
- ✓ Wenn Ihr die Arbeit stoppen wollt, dann findet heraus, was für Arbeit wo stattfindet und wie die Arbeit dort normalerweise abläuft.
- ✓ Achtet darauf, daß Ihr ein klares und starkes Ziel für den Aktionstag habt.
- ✓ Denkt Euch einen grundlegenden Plan aus, mit Lockvögeln und Täuschungs-Plan, falls manövern für die Polizei und auch einen zweiten der erste schief geht.

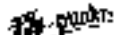
Der neue Anfang

Nachdem Ende 99 der Trägerkreis aus Umkehr e. V., Grüne Liga Berlin e. V., BSÖ e.V. für die Juni Termine wirklich gebildet wurde, erhielten wir ein Schreiben vom Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Dtl. mit folgendem Schlussabschnitt: „In der Öffentlichkeit wirkt eine Doppelstruktur der Termine verwirrend. Lokal oder regional (Ba Wü) mag es noch verkräftbar sein, wenn die Tradition lebendig ist. Für Aktionsgruppen wirken zwei Termine als Überlastung – man wird sich dann für einen entscheiden müssen, und das soll der 22.9. sein. Für die Finanzierung von Aktionen kann es auch nur die Festlegung auf einen Termin geben. Juristisch gesehen ist vermutlich weder der alte Trägerkreis noch irgendein neuer legitimiert, die MOA-Tradition für sich allein zu beanspruchen. Ein Machtkampf um das Recht ist weder schön noch nützlich.“

Wir rufen alle Ortsaktiven, Bürgerinitiativen, Vereine, Gruppen und Verbände für den 18. Juni 00 und die Hochschulen für Dienstag, 20.06.2000 auf, Aktionen gegen Autowahn zu planen und sich unter den genannten Rückmeldeadresse für die bundesweiten Presseerklärungen/konferenz zu melden.

Propaganda gegen Straßen

Lasst uns MoA, diese „einseitig gegen den Verkehrsträger Straße gerichtete Propagandaveranstaltung“ (BT-Drucksache 13/7690, Friedrich MdB, FDP zu MoA) kreativ und offensiv in Zusammenarbeit mit dem Car-FreeEurope-Day fortsetzen! Frei nach Ernesto CheGuevara also: „Eins, zwei, drei – viele autofreie Tage schaffen!“



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

•Schwerpunkt

21

Fortsetzung von
Seite 22

autofrei leben e.V.
Dorfstraße 18, 07646
Schlöben, Tel.
03642-841091, Fax
03642-849293 ver-
ein@autofrei.de,
http://www.autofrei.de

ADFC Berlin, Michael
Föge (Landesvorsit-
zender), Tel. 030
4484726, Fax
030-44340520, mi-
chael@adfc.sna-
fu.org

Grüne Liga e. V.,
Bundesverband
Sprecherin f. Verkehr:
Inge Stenzel, Tel./Fax:
0345-2024084, Hal-
le/Saale

Material

Der neue Trägerkreis für politische und basisorganisierte MoA-Tage im Juni wird für alle Aktiven und Interessierten ab Mitte März ein Faltblatt und Poster als Kopiervorlage und zum Bestellen zur Verfügung stellen.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22 Frühjahr 2000 • Schwerpunkt

Anmeldung

OP nr 12, CP 986 1900 TIMISOARA Rumänien tel : +40-56-183418 fax : +40-56-183418

JUPLI, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Tel 04531/4512, Fax 04531/7116, e-mail: jup-od@lynnet.de oder

JUPLÜ, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel+Fax 0451/7070646, e-mail: Jupluebeck@t-online.de Herausgeberin des „A20-Rundbriefes, in unregelmäßigen Abständen, Vorträge zu Verkehrsthemen

Ex-Hüttendorf gegen die A17 Hüttendorf im Exil, Talstr. 7, 01099 Dresden, Tel: 0171/8429408 oder 0171/1748466, Email: thschmutzer@gmx.de oder m.karich@link-dd.cl.sub.de

oder: Grüne Liga & Netzwerk gegen A17, Schützengasse 16, 01067 Dresden, Tel: 0351/4943354

Hüttendorf gegen die A33 c/o An der Bundesstr. 19, 33829 Borgholzhausen, Tel: 05425/270, Fax: 05425/930715, Mobil: 0172/5603161, Email: huettendorf.a33@web.de

Critical Mass in Deutschland: Ökocouts Braunschweig, Madamenweg 168, 38118 Braunschweig, Tel: 0531/82909, Fax: 0531/ 896677, Email: oekocouts@t-online.de

Berlin: http://members.aol.com/berlincm/critical.html

Timisoara, Rumänien, 9. bis 15. April 2000

Towards Car-Free Cities Fehler des Westens vermeiden

Wie kommt es, dass Osteuropa seinen exzellenten öffentlichen Nahverkehr einschränkt und statt dessen Straßen baut, während Leute sich Autos kaufen, die sie sich eigentlich gar nicht leisten können? Wollen sie vielleicht mehr Luftverschmutzung? Brauchen sie mehr Autounfälle? Vielleicht denken sie, dass Staus nett aussehen? Ist es gar zu ruhig ohne Autos überall? Oder ist es, weil sie wie der Westen sein wollen? Vom 9. bis 15. April 2000 werden sich um die 70 Menschen aus ganz Europa in Timisoara, Rumänien treffen, diese Fragen betrachten und Lösungen suchen. Sie werden Ideen, Aktionstips, Erfahrung und Wissen austauschen und die Kooperation zwischen AktivistInnen und anderen Gruppen verbessern. Ein Kollektiv von Leuten aus West- und Osteuropa organisiert die Konferenz, hofft aber auf rege Beteiligung aller Interessierten. Auf dem Programm stehen bisher unter anderem:

- Umgang mit Presse und Öffentlichkeit
Zugang zu Informationen und Nachforschungsmaterialien
Organisieren von Aktionen und Kampagnen
Direkte Aktionen
Strategien und Erfahrungsaustausch

Ein internationaler Aktionstag soll geplant werden, mit zeitgleichen Veranstaltungen in mehreren europäischen

Großstädten und einer gemeinsamen Aussage gegen die westliche Auferlegung seiner Auto-Kultur auf Osteuropa.

Interessiert? Kontaktiert TPN (tpn@banat.ro) für das Anmeldeformular und mehr Informationen. Es existiert eine e-mail-Diskussionsliste, um über die genauere Planung der Konferenz zu kommunizieren. Schickt eine mail mit dem Text „subscribe traffic“ an majordomo@eyfa.org h) können ebenfalls an obige Adresse geschickt werden.

Auszüge aus dem Programm: Einleitung in das Konferenzthema; Verkehrsprobleme in Westeuropa; das Anwachsen der Autokultur in Osteuropa; erfolgreiche Aktionen –

Presentation durch AktivistInnen und andere, Die Medien, Workshops wie Kameratraining, Umgang mit Journalisten, Pressemitteilungen, Vorbereitung einer Aktion in Timisoara, Direkte Aktionen, Taktiken, Erfahrungsaustausch, Strategien, Planen von Aktionen mit Fokus auf Osteuropa, Internationale Kampagne, Entwickeln einer internationalen Kampagne für einen europäischen autofreien Tag im Monat nach der Konferenz, Vorbereiten der Freitags-Aktion, Party!

Nach dem 1.3.2000 können keine Anmeldungen mehr angenommen werden! Bitte schickt dies bald ab, damit gemeinsam ein gutes Programm organisiert werden kann.

„Le béton éduque l'indifférence“ („Beton erzeugt Gleichgültigkeit“) Graffiti, Paris, Mai 1968

Carwalking

Oder: Wie übersteige ich ärgerliche Autos, die einfach auf dem Gehweg parken?

Warum Carwalking?

Die Stadt soll Lebensraum sein für die Menschen, die dort wohnen. Autos stören nicht nur durch Gestank und Lärm, sondern auch, weil sie Straßenränder und BürgerInnensteige zuparken. FußgängerInnen (also Menschen!) werden noch weiter von der Stadt verdrängt. Doch die BürgerInnensteige sind nur für uns BürgerInnen da, um darauf zu „stei-

gen“! Wir sollten uns unsere (ohnein schon lächerlich schmalen) Wege nicht so einfach nehmen lassen! (Es ist sowieso nach der Straßenverkehrsordnung verboten, Autos auf dem BürgerInnensteig zu parken). Variante: „Streetworking“ was liegt näher als auf den Straßen der Stadt zu gehen...

2. Einen großen Schritt über die Motorhaube direkt auf die Windschutzscheibe, dann vorne auf das Autodach.

3. Einen lockeren Schritt über das Dach bis zur hinteren Dachkante. Kann sein, daß es dabei „blubb“ macht. Nicht schlimm, es macht auch wieder ein „blubb“ nach oben!

4. Bei einem Kombi jetzt einfach runterhüpfen, sonst einen Schritt direkt hinter die Rückscheibe und einen zum Ende des Kofferraums, dann runterspringen.

Einfach mal ausprobieren! Es geht viel leichter, als es aussieht!!

Übrigens: Berliner Richter entschieden – Mensch darf über fremde Autos gehen, wenn sie auf dem BürgerInnensteig parken und wenn mensch sie nicht beschädigen will.



Es geht ganz einfach!

1. Der erste Schritt auf die Stoßstange, der zweite auf den Rand der Kühlerhaube...

Achtung! Wenn Du auf die Kanten auf der Motorhaube trittst, dann gibt es garantiert Dellen! Da hilft allerdings schon eine Haftpflichtversicherung ... sonst gibt's Ärger wegen Sachbeschädigung.

Advertisement for 'NEU' featuring a car and text in German, including 'Lebensraum für die Menschen - Autos in der Stadt' and '2000 DM für den Kauf der A17'.

AUSLÖSER
Das Umwelt Aktionsmagazin

Aktionsfotos
Projekte
Umweltzerstörung
Naturfotos
Umweltpädagogik...

Wir suchen ständig FotografInnen, die Lust haben ihre Bilder in unser Archiv einzubringen. Fordert einfach Infomaterial und den Vertrag an.

Wir bieten professionellen Medien und gemeinnützigen Projekten Bilder von Umwelt Aktionen und Projekten. Fordern Sie Informationen an.

Auslöser · Bildarchiv, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Fon: 04531/4512, Fax: 04531/7116, eMail: pap@ausloer.de, Internet: http://www.ausloer.de

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000 **23**
Schwerpunkt

Großbritannien
Earth First!
Dept. 29, 1 Newton Street, Manchester M1 1HW, UK,
www.eco-action.org/efau
Der radikalökologische Zusammenhang bringt u.a. in unregelmäßigen Abständen ein Haftnamens „Do or Die“ heraus. Unter actionupdate@gn.apc.org läßt sich außerdem der kostenlose monatliche Email Infodienst bestellen, welcher den neuesten Klatsch aus der Direct Action Szene UKs (und Europas) liefert.

Acme Tat Supplies
Box R – Cornerstone Resource Center, 16 Shorebroke Avenue, LEEDS LS7 3HB, UK; e-mail: acme_tat@iname.com, http://www.sol.co.uk/d/diffusion/cornerstone/crc/crc.htm
Sehr guter Katalog, welcher per e-mail angefordert werden kann – Bücher, Kletterzeug, Musik etc. zu fairen Preisen, alle Gewinne gehen an AktivistInnen
Reclaim The Streets P.O.Box 9656, London N4 4JY, UK, e-mail: rts@gn.apc.org, http://www.gn.apc.org/rts/ und http://www.hrc.wmin.ac.uk/campaigns/rts.html
Die Mutter aller RTS...

Polen
Workshop for all beings (Pracownia na rzecz wszystkich istot)
PO Box 40, PL-43304 Bielsko-Biala 4, Poland, Fax: +49338183153, Email: wapienica@pnrw.most.org.pl, http://free.ngo.pl/dziki
Kümmern sich u.a. um die Erhaltung der Rospuda Wetlands

NABU kritisiert sogenanntes „Anti-Stau-Programm“

Als „Etikettenschwindel“ hat der Naturschutzbund NABU das heute vorgelegte sogenannte „Anti-Stau Programm“ von Bundesverkehrsminister Klimmt kritisiert. „Wir brauchen ein Pro-Umwelt-Programm und kein Anti-Stau-Programm“, forderte NABU-Bundesgeschäftsführer Gerd Billen. Mit den Plänen des Verkehrsministers werde der mögliche Umwelteffekt der neuen Straßengebühren für schwere Lastwagen zum großen Teil wieder zunichte gemacht. „Verkehrsminister Klimmt gibt mit dem einen Fuß Gas, mit dem anderen tritt er auf die Bremse“, so Billen.

Für den NABU muss das Ziel der Schwerverkehrsabgabe sein, mit dem Kostenargument einen wesentlichen Anteil der Gütertransporte von der Straße wieder zurück auf die Schiene zu verlagern. „Alleine dadurch würden viele Staus auf Autobahnen gar nicht erst entstehen“, erläuterte Billen. Das Aufkommen der Schwerverkehrsabgabe soll nach Vorstellungen des NABU zum größten Teil in Ausbau der Güterbahn investiert werden, mit einem kleineren Teil sollen die Schäden repariert werden, „die heute von den Heerscharen schwerer Lastwagen auf den Straßen der Republik angerichtet werden“, so NABU-Geschäftsführer Billen.

Auch mit dem geplanten Ausbau von Bundeswasserstraßen aus den Mitteln der Schwerverkehrsabgabe werde nicht automatisch ein umweltfreundlicher Gütertransport gefördert, betonte der NABU. So verberge sich etwa hinter dem sogenannten „Verkehrsprojekt Deutsche Einheit 17“ die Schiffbarmachung der Elbe. Im Rahmen des ministeriellen „Anti-Stau-Programms“ drohe damit „die Zerstörung der letzten naturnahen Flusslandschaft in Mitteleuropa“, kritisierte der NABU-Geschäftsführer.

9. Demonstrative-Pfingst-Rügen-Radtour

Vom 10 bis 12. Juni geht die traditionelle Radtour über Deutschlands größte Insel für eine Wende in der Verkehrspolitik

Spaß und gute Laune kennzeichnen die größte Radtour im Nordosten Deutschlands. Die über 200 Teilnehmer/innen demonstrieren aber auch für eine andere Verkehrspolitik, die dem Fahrrad einen seinem Potenzial entsprechenden Stellenwert einräumt.

Auf ihrer großen Runde, die am Pfingstamstag um 13.00 Uhr am Rügendamm beginnt, wollen die RadfahrerInnen demonstrieren, dass das Radfahren Spaß macht, keinen Lärm oder sonstigen Dreck verursacht und man auch ohne Auto im Urlaub hervorragend mobil ist.



„Die Insel Rügen bietet bereits gute Möglichkeiten zum Radfahren, die aber noch lange nicht ausgeschöpft sind.“ erklärt Heiko Bruns von der ADFC-Ortsgruppe Greifswald. „Doch statt konsequenter weiterer Förderung werden die Stimmen nicht leiser, die noch mehr Autoverkehr nach Rügen locken wollen. Dass dies den Ökologischen Ruin der Insel bedeutet, sehen die Befürworter eines zweiten Rügendamms und der Anbindung Rügens an die A20 natürlich nicht.“

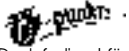
Die Protest-Radtour verläuft über Gingst, Dranske, Altenkirchen, Juliusruh, Sargard, Binz, Putbus und endet am Pfingstmontag in Stralsund. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf DM 15,-. An-



meldung beim ADFC Greifswald (Fon 0 38 34/ 8974 12, Fax 89 45 23, adfc-mv@gryps.comlink.apc.org) ist nicht erforderlich.

Start: Sa 10.06.00 um 13.00 Uhr, Stralsund-Rügendamm Ende: Mo 12.06.00 gegen 15.00 Uhr, Stralsund Bahnhof Teilnahmebeitrag: DM 15,- (incl. Wittower Fähre) Übernachtung in Turnhallen (vorr. Dranske, Binz) und Selbstverpflegung. Anmeldung nicht erforderlich.





Der Infodienst für
UmweltfaktoreurInnen

24

Frühjahr 2000

● Schwerpunkt

Kontaktadressen im Anti-A20-Projekt

JUP
(Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt), Turmstr.
14a, 23843 Bad
Oldesloe, Tel:
04531/4512, Fax:
04531/7116, eMail:
jup@inihaus.de

oder

Umweltwerkstatt
Lübeck
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck, Tel:
0451/7070646, eMail:
jupluebeck@
t-online.de

Viele neue Ideen auf der Aktionskongress in Lübeck Widerstand gegen die A20 geht weiter

Am Wochenende vom 11.-13.2.00 fand in Lübeck der A20 Aktionskongress statt. Die TeilnehmerInnen waren sehr motiviert und es entstanden viele neue Ideen, die vor allem eine breitere Basis an Aktiven im A20 Widerstand schaffen sollen. So wird es jetzt regelmäßig „Critical Mass“ (viele FahrradfahrerInnen fahren kreuz und quer durch die Stadt und behindern den Autoverkehr) in Lübeck geben. Weiterhin sollen die Anhörungstermine für den Widerstand genutzt werden. Vom 30.6.-2.7.00 wird es ein Anti-A20 Camp auf dem Morgenländer-Hof in Lutzhorn (bei Barmstedt) geben und vom 10. bis 12.Juni geht die traditionelle Rügenradtour über Deutschlands größte Insel unter dem Motto: „für eine Wende in der Verkehrspolitik und gegen die Anbindung von Rügen an die A20“.

„Keine A20 – nur mit uns – Bündnis90/Die Grünen“ lautete ein häufig verwendeter Slogan im letzten Landtagswahlkampf von Schleswig Holstein. Nun, vier Jahre später, ist wieder einmal Landtagswahl im nördlichsten Bundesland. Und mittlerweile haben sich die Grünen vom A20 Widerstand verabschiedet. Auch bei keiner anderen Partei trifft man auf Widerstand gegen die A20. Mittlerweile ist die A20 im Bau, bisherige Gerichtsverfahren sind gescheitert und der Widerstand weicht sich immer mehr auf. Nach dem Regierungswechsel haben sich einige eine Trendwende in Sachen Verkehrspolitik erhofft. Die Erwartungen wurden enttäuscht. Es zeigt sich, dass die Ver-

ter auch Siemens, Unilever, Shell, Hoechst, Nestlé und Daimler-Crysler.

In Teilen Mecklenburg-Vorpommerns und in Lübeck sind die Zerstörungen durch den Bau der A20 schon sichtbar. Im Travetal werden wertvolle Feuchtwiesen einfach plattgewalzt, Dorfgemeinschaften werden zerschnitten, landwirtschaftlich genutzte Äcker und Wiesen wurden zerstört, den Tieren werden Nahrungsquellen, Nistplätze, Winterquartiere genommen. Die Planfeststellungsverfahren, die eigentlich Teil der demokratischen Willens-

bildung sein sollen und die Betroffenheit der Bürger berücksichtigen sollen, verkommen immer mehr zur Farce. Selbst die kleinsten ökologischen Verbesserungen sind nicht auf dem demokratischen oder rechtlichen Wege durchsetzbar, da Tatsachen von der Politik und Wirtschaft vorweg geschaffen werden. So wird z.B. am ersten Teilstück der A20 bei Lübeck schon gebaut, obwohl für das Teilstück über die Wakenitz noch gar nicht die endgültige Trasse feststeht.

So niederschmetternd die Bestandsaufnahme auch ist, es ist noch nicht alles gelaufen. Vergessen wir nicht, dass bis jetzt noch nicht einmal 50 km der A20 fertiggestellt sind. Außerdem, warum sollten wir nur gegen Autobahnen sein, bevor sie im Bau sind?

Wir sind der Meinung, nur unter Druck von uns allen auf die VerkehrspolitikerInnen und PlanerInnen ist die Verkehrswende möglich. Für die Verkehrswende treten wir in Aktion und fordern:

1. das demokratische Mitbestimmungsrecht der betroffenen Menschen ernst zu nehmen und sie nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen
2. sofortigen Planungs- und Baustopp der A20
3. Entwicklung von Alternativen für den Bau der A20
4. Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplan mit der sofortigen Einstellung ökologisch nicht vertretbarer Baumaßnahmen
5. Ausbau von Schienennetzen und Schifffahrtswegen für Güterverkehr und Personenbeförderung
6. Stopp der Planung zur Fehmarn- Belt- Querung, die die Betonpolitik im Verkehrsbereich fortsetzt.

Wir rufen Euch alle auf, Euch an dem A20 Widerstand zu beteiligen.

Es ist noch nicht zu spät ...

A20 verhindern



kehrspolitik der neuen Regierung weiterhin gekennzeichnet ist durch einseitige Förderung des Straßenbaus, und damit Auto- und Lkw- Verkehr. Hierbei haben wirtschaftliche Interessen Vorrang gegenüber den Interessen von Menschen, Tieren und Pflanzen. Umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Busse, Bahnen, Schiffe und das Fahrrad werden systematisch benachteiligt. Dieses macht sich im Norden besonders bemerkbar an den Beispielen A20 (von Szczecin ehemals Stettin über eine weitere Elbquerung an die A7 bei Bremen), Fehmarn-Belt- Querung (Puttgarden nach Rödby) und der Oresund Querung (Malmö nach Kopenhagen). Diese gigantischen, unsinnigen Verkehrsprojekte werden von der Bundesregierung und von der Schleswig Holsteinischen Landesregierung als vordringlichen Bedarf eingestuft. Was zum einen damit zusammenhängt, das die ernannten Verkehrsprojekte zu den TEN (Trans Europäische Verkehrsnetze) gehören. Alle TEN Verkehrsprojekte werden nach Bedarf der Europäischen Union geplant und mit EU-Geldern gefördert. Die Entscheidungen für die TEN-Projekte werden vom European Round Table (ERT) maßgeblich beeinflusst. Dieser Lobbyverband der europäischen Industrien, besteht aus den 45 mächtigsten europäischen Konzernen, darun-



RTS - Reclaim The Streets

Straßenparties sind in GB sehr populär geworden (allerdings nicht bei der Polizei und den PolitikerInnen). Es bringt Leute aus fast allen Bewegungen zusammen. Straßenparties beleben oft die Gemeinschaften wieder, die der Autokultur zum Opfer gefallen sind. Daher Reclaim The Streets – die Straßen wiedererobern.

Um erfolgreich zu sein und nicht am heftigen Polizeiaufgebot zu scheitern, müssen Straßenparties recht gut organisiert sein! In GB haben wir bei der Planung oft 7 Gruppen gebildet, die bestimmte Aufgaben ausführen:

Die Wo?-Gruppe: nur wenige Leute sollen wissen, wo die Party stattfinden wird. Je weniger, desto geringer die Chance, dass die Polizei es mitkriegt. Meistens haben wir Straßen ausgesucht, die zentral gelegen sind, für den Autoverkehr wichtig, allerdings mit Umleitungs-möglichkeiten. Es sollte auch den ÖPNV nicht zu sehr stören. Die Partystraße bleibt geheim, bis die Blockade errichtet ist.

Die Blockadegruppen: Die BGs sind dafür zuständig, jeweils einen Teil der Blockade zu errichten. Nur eineR in jeder Gruppe weiß, wo die Party stattfinden wird. Die BGs müssen nicht wissen, was andere BGs machen, müssen aber die Materialien zusammentragen und aufbewahren. Blockaden können u.a. durch Tripods (Dreibener), Scheinunfälle, Critical Mass, Straßentheater gebildet werden. Hauptsache ist, dass die Blockaden sehr schnell und zu einem unerwarteten Zeitpunkt errichtet werden.

Blockadeunterstützungsgruppen: auf ein Signal der BGs bewegen sich die BUGs schnell zum Ort der Blockade und unterstützen die Barrikaden, bis die Feiernden ankommen. Die BUGs werden oft von der Polizei beobachtet.

VerkehrsumleiterInnen: leiten den Verkehr um, bis die Polizei kommt. Sie erklären AutofahrerInnen, was los ist, warum und laden sie ein zum Mitmachen!

WegweiserInnen: Wenn die Blockade errichtet ist, geht es darum, die Feiernden so schnell wie möglich dort hinzubringen (d.h. bevor die Polizei ankommt). Sammelpunkt sollte ein großes Areal sein, von dem die Leute schnell zum Partyort gelangen können. Der Ort wird in letzter Minute bekanntgegeben, z.B. alle sollten den Leuten mit den roten Mützen folgen. Am besten geht die Menge auf verschiedenen Wegen zur Party, da die Polizei den Weg ja so gerne versperren würde.

PressesprecherInnen: wie gewöhnlich. Natürlich nicht die Straße bekanntgeben, die blockiert werden soll.

PolizeisprecherInnen: Nach unseren bisherigen Erfahrungen beruhigt sich die Polizei ein bißchen, wenn wir sie aufklären, daß wir z.B. bis 16.00Uhr die Straße verlassen werden, alle unsere Blockaden abbauen und unsere Abfälle einsammeln. Es ist für sie einfacher, 4 Stunden abzu-

warten, als eine Krawallsituation auszulösen. Natürlich nicht um Erlaubnis fragen, sondern einfach informieren. (Das hat sich auch hier in



Deutschland bewährt (Nürnberg 1997)). Die Straßenparty ist unser Raum, nicht der der Polizei! Es hilft auch, eine Möglichkeit zum Weiterfeiern nach der Straßenparty anzubieten (einen Klub überreden, früher aufzumachen? ein leeres Lagerhaus?) und den Feiernden zu sagen, daß Ihr das so organisiert habt und nicht die Polizei. Die Polizei wagt sich oft am Ende mit ihren Schlagstöcken ran, wenn nicht mehr so viele Leute da sind, nur um der Presse sagen zu können, daß es „gewalttätigen Ausschreitungen“ kam. Daher ist es ratsam, mit allen Leuten geschlossen zu den anderen (legalen) Parties zu gehen.

America
Earth First! Journal PO
Box 1415, Eugene, OR
97440-1415, USA; e-mail:
earthfirst@igc.org,
http://www.
enviroweb.org/ef
Inspirierende Berichte
über die andere Seite
Amerikas, auch hier
gibt es Bücher, Musik
und Aufkleber für's
Auto (???) zu bestellen

Auto Free Times
PO Box 4347, Arcata,
CA 95518, USA, e-mail:
alliance@
tidepool.com
Konservativer Name,
unkonventioneller
Inhalt – interessantes
Anti-Auto-Magazin mit
internationaler
Blickpunkt

Canada Detour
Catalogue Detour
Publications, c/o
Transportation
Options, 761 Queen
Street West, Suite 101,
Toronto ON, M6J 1G1,
Canada, e-mail:
detour@web.de,
www.web.net/detour
Umfassender Katalog
mit Büchern über
Verkehr und Aktionen,
hauptsächlich auf
English

Vermessungsarbeiten stören

Bevor der Bau der Straße beginnt, werden sie entlang der Strecke arbeiten, indem sie Messungen von Basispunkten aus vornehmen. Geht einfach hin und behindert die VermesserInnen dadurch, dass Ihr Euch in ihre Sichtlinie stellt, und zwar so dicht wie möglich an ihre Geräte heran (Transparente sind dafür auch sehr gut). Seid freundlich zu ihnen, dann plaudern sie vielleicht nützliche Informationen aus. Wenn sie Farbe sprühen, stellt Euch in ihren Weg und nehmt ihnen die Sprühdose weg. Wenn Ihr in der Überzahl seid und keine Polizei in der Nähe ist, dann kann es passieren, daß sie einfach weggehen. Wenn nicht, dann jagt sie von der Trasse und folgt ihnen (in Autos...?). Mobile VermesserInnen-Störgruppen mit

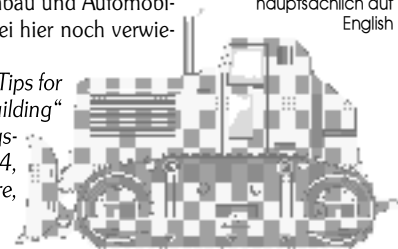
Funktelefonen können sehr wirksam sein. VermesserInnen sind sehr besorgt um ihre teuren Geräte (kosten teilweise 10 000 DM) und können daher sehr wütend werden, wenn Ihr an ihnen herumspielt (z.B. die Beinlänge verstellen oder die Linse mit Modder beschmierem). Wenn sie ihre Meßgeräte unbeaufsichtigt lassen, dann könnten sie in interessante Landschaftsbestandteile umfunktioniert werden, z.B. in einem Graben oder in einer dichten Hecke. Außerdem könnt Ihr die Fahrzeuge der VermesserInnen stoppen, was sie auch am Arbeiten hindert. Die hier genannten Aktionstips sind aus der „Kleinen Blokadebibel“ entnommen, dort finden sich noch viele weitere. Die kleine Broschüre kann über folgende

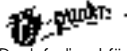
Adresse bezogen werden (5,50 in Briefmarken beilegen):

Dryads, c/o Projekt DA, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, dryads@free.de, http://www.eco-action.org/direct/

Auf ein weiteres Buch über alles, was mit Protest gegen Straßenbau und Automobilisierung zu tun hat, sei hier noch verwiesen (englisch):

„Road Raging – Top Tips for Wrecking Road Building“ von Road Alert Bezugsadresse: PO Box 5544, Newbury, Berkshire, RG14 5FB, England





Novellierung der Abfall- gebührensatzung in Zittau

Nachdem im Kreistag am 27.10. die erste von zwei vorgesehenen Lesungen aus „Zeitmangel“ von der überfüllten Tagesordnung abgesetzt wurde, soll über die neue Abfallgebührensatzung am 15.12. sofort in einer Lesung beschlossen werden. Die Folge wäre, daß die ohnehin nicht vorgesehene Einbeziehung der Einwohner und der ihre Interessen vertretenden Organisationen und Einrichtungen (z. B. Mieterschutzverein, Das bessere Müllkonzept) vermieden, bzw. verhindert werden soll. Bei einer Aufteilung auf zwei Lesungen hätten solche Organisationen nach Offenlegung der Vorlagen in der Debatte – wohl unerwünscht – wenigstens die Möglichkeit der Meinungsäußerung vor der Beschlußfassung.

Durch die vorgesehene Änderung der Gebührenstruktur werden die Interessen der Einwohner jedoch in empfindlicher Weise berührt. Die bisherigen positiven Ergebnisse der Abfalltrennung durch die Einwohner beruhten zum größten Teil auf in der Vergangenheit erstrittene Gebührenanreize zur Abfallverminderung. Mit dem neuen Modell soll durch Reduzierung der Leerungsgebühr und Einführung der jährlichen „Anschlußgebühr“ pro Gefäß dieser Anreiz verringert werden. Die größten Fortschritte im Abfallverhalten gab es in der Vergangenheit, wenn einzelne Bürger und Verbände aktiv in die Gestaltung der Konzepte und Satzungen einbezogen wurden. Eine positive Haltung der Verwaltung und des Kreistages zu dieser Frage kann ein sehr deutliches Signal für das von ihnen verwirklichte Demokratieverständnis sein.

Dr. Heinz Preuß, Kreisrat, KT Löbau-Zittau, Umweltpolitischer Sprecher, PDS-Fraktion, Marschne





und Abfallbeseitigung“ (AbfallVwV) vorgelegt. Die Verwaltungsvorschrift präzisiert Rechtsbegriffe des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG), die bisher unterschiedlich interpretiert wurden, und soll bundesweit eine einheitliche Auslegung gewährleisten. Wie aus dem Bundesumweltministerium verlautete, wird die Verwaltungsvorschrift Bestandteil der geplanten Technischen Anleitung Verwertung werden. Der Zeitpunkt für ein mögliches Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift ist noch ungewiß. Der umfangreiche Entwurf erläutert ausführlich die Regeln und Kriterien für die Anwendung der Abfalldefinition sowie die Voraussetzungen, Pflichten und Anforderungen der Verwertung und Beseitigung.

Volksentscheid

Die Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheid ist eine der folgerichtigen Antworten auf die aktuellen Parteiaffären. Es gibt viele gute Gründe für die direkte Demokratie. Angesichts der Skandale stechen drei Vorzüge ins Auge.

➤ **Abbau von Parteien und Lobbymacht:** Das Politikmonopol der Parteien, eng verzahnt mit dem Einfluß großer Lobbyverbände, ist eines der Kernprobleme unseres Systems. Die Parteien haben in Staat und Gesellschaft eine Machtposition erreicht, die weit über die im Grundgesetz vorgesehene Rolle hinausreicht. Statt an der politischen Willensbildung der Bürger mitzuwirken, haben sie diese in weiten Teilen ersetzt. Bekommt das Volk mehr Einfluß, müssen sich die Parteien zurücknehmen. Mit den Parteien verlieren auch die Lobbyisten an Macht – denn ein ganzes Volk ist weniger leicht zu beeinflussen als wenige Spitzenpolitiker.

Solidarfonds Abfallrückführung wird abgeschmolzen

Das Bundeskabinett hat am 15. Dezember einer Novellierung der Verordnung über die Anstalt „Solidarfonds Abfallrückführung“ zugestimmt und eine Verringerung beschlossen. Dies teilte das Bundesumweltministerium mit. Der Fonds wurde 1994 eingerichtet. Seine Aufgabe besteht darin, Finanzmittel für Rücktransport und Entsorgung illegal ins Ausland verbrachter Abfälle bereitzustellen, wenn es den zuständigen Behörden nicht gelingt, die Verantwortlichen zu ermitteln beziehungsweise für den Schaden haftbar zu machen. Der Fonds wird seit 1996 durch Einzahlungen der Abfallexporteure gespeist.

➤ **Vertrauen in die Demokratie:** Menschen, die sich beteiligen können, wenden sich nicht ab. Die Möglichkeit, auch zwischen den Wahlen Sachfragen auf die Tagesordnung zu bringen und zu entscheiden, verkürzt die Distanz zwischen denen „da oben“ und denen „da unten“.

➤ **Weg von der Politik des „kleineren Übels“:** Die aktuelle Parteienkrise wird nicht unbedingt dazu führen, daß künftig mehr Menschen den Wahlen fernbleiben. Sicherlich wird sie aber den ohnehin schon nachhaltigen Eindruck stärken, man könne sich mit seinem Kreuz lediglich für das „kleinere Übel“ entscheiden. Aber was ist das für eine trostlose politische Landschaft, die derlei Einstellungen produziert! Politik lebt auch von Visionen, von Idealen, für die es sich zu einzusetzen lohnt.

Argumente für den Volksentscheid:
<http://www.mehr-demokratie.de/>

Trittin begründet die vorgesehene nochmalige Halbierung der Fondshöhe mit der Entwicklung bei den Abfallexporten. So nehme die Zahl der Notifizierungen für ins Ausland gehende Abfälle zu, während die der aufgedeckten illegalen Müllgeschäfte rückläufig sei. Trittin zufolge hat der Solidarfonds Abfallrückführung seinen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung geleistet. Damit sei auch gesichert, daß die abfallexportierende Wirtschaft ihrer Verantwortung nachkomme und nicht der Steuerzahler für illegale Geschäftemacher aufkommen müsse.

Kontakt: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Pressestelle, Alexanderplatz 6, D-10178 Berlin, Tel. 0228/ 305-20 10.

PET-Mineralwasserflasche

Bonn. Pünktlich zum 30-jährigen Bestehen der sogenannten Perlenflasche will die Genossenschaft Deutscher Brunnen im Sommer des Jahres 2000 ihren Gebinde-Pool um eine PET-Mehrwegflasche erweitern. Wie die Informationszentrale Deutsches Mineralwasser (IDM) mitteilt, soll natürliches Mineralwasser dann auch in einer Ein-Liter-Flasche aus PET (Polyethylenterephthalat) angeboten werden. Hauptgrund für die Einführung war die Feststellung, daß ein Teil der Verbraucher inzwischen eher über eine leichtere Verpackungsform zu erreichen sei.

Nach Aussage der Informationszentrale wird die neue Verpackung den Mehrwegpool der Anbieter von natürlichem Mineralwasser lediglich ergänzen. Die Hauptsäule dieses Pools werde auch weiterhin die bekannte Mehrweg-Glasflasche (Perlenflasche) bilden.

Kontakt: Informationszentrale Deutsches Mineralwasser, Redaktion Koob und Partner, Solinger Straße 13, 45481 Mülheim an der Ruhr, 0208/466640-6, Fax -7, IDM@mineralwasser.com, www.mineralwasser.com.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

● Kurz
notiert

27

Die Texte auf den Abfallseiten sind Auszüge aus Artikeln der Zeitungen:

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT des gleichnamigen Bundesverbandes, Ausgabe 1/00

Bezug: DAS BESSERE MÜLLKONZEPT c/o Landesverband Bayern Feldstr. 6 82282 Unterschweinfach

Abfallwirtschaftlicher Informationsdienst, Ausgabe 7/8-99

Themen der Ausgabe u.a.:
● Bundesverwaltungsvorschrift zu Abfallfragen
● Altagverordnung
● Abfallexporte
● Altpapier
● Abfallbilanz Niedersachsen
● Stand der Technik bei MBA-Anlagen
Bezug (auch Müllmagazin): Rhombos-Verlag Kurfürstenstr. 17 10785 Berlin Tel.: 030 / 261 68 54 Fax: 030/261 63 00

Wir danken für die freundliche Überlassung

Die Firma Amort Farbband-Recycling begann 1990 in Konstanz mit der Entwicklung von Wiederbefüllungstechniken für Tintenpatronen, Tonern und Farbbandkassetten. Über der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Qualitätsstandards und der Erweiterung der Produktpalette steht die Philosophie der – seit 1995 unter neuem Namen geführten – Firma Amort Recycling-International: Schluß mit der Einwegtaktik – hin zu qualitativ hochwertiger Wiederverwertung!

Vom Recycling-Service machen nicht nur mittlere und große Unternehmen Gebrauch; zu unserem Kundenkreis gehören in steigender Zahl auch Privatkunden sowie Anwender mit aussergewöhnlichen Aufgaben.



amort
RECYCLING-INTERNATIONAL

Refillservice für Druckerzubehör

Telefon: +49 7531 915076
Telefon: +41 71 6728353
Telefax: +49 7531 915078
E-mail: amort@amort.de
<http://www.amort.de>

Rebbergstr. 30, 78464 Konstanz



Unser Angebot umfaßt neben dem Recycling von Druckerzubehör auch den Vertrieb von umweltverträglichen Computer-Reinigungsmitteln und die Entsorgung nicht recyclingfähiger Farbbandkassetten. Als Grosshändler beliefern wir Recyclingunternehmen mit Tinte für Tintenstrahldrucker sowie mit selbst gefärbtem Nylongewebe als Rohstoff für neue Farbbänder. Gelernt wird der recycelte Rohstoff als Rollenware, die Tinte im Faß oder Kanister.

Da wir Ihnen ein breites Sortiment an Markenartikeln anbieten können, haben Sie die Möglichkeit, alles aus einer Quelle zu beziehen. Unsere Firma ist seit 1997 Lexmark und Epson Vertragspartner.



Ö-Verteiler "Abfall"

- Das Bessere Müllkonzept – LV Baden-Württemberg
- LV Bayern
- LV Schleswig-H.
- Müllnetz Berlin

Wir danken allen "Ö-Punkte"-LeserInnen, die bereits mit uns kooperieren oder dieses vorhaben und wünschen Ihnen Zufriedenheit mit unserer Arbeit!

Atomkraftgegner kündigen einen heißen Sommer oder Herbst gegen die Castortransporte an

Die Zentren des Widerstands heißen nicht mehr Ahaus oder Gorleben, sondern Neckarwestheim, Philippsburg oder Biblis. "Wir blockieren am Abfahrts-Atomkraftwerk", sagt Heidi Lindstedt vom Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim. Vor den Toren des GKN in Neckarwestheim stehen zwei als Sensenmänner verkleidete Personen hinter gelben "Atomfassern". Andere entfalten ein weißes Transparent und kündigen den Castor-Alarm Neckarwestheim-Ahaus an. Nach dem Beschluss der Bundesregierung, den Transportstopp für Atommüll teilweise aufzuheben sowie fünf Castor-Fahrten ins westfälische Zwischenlager Ahaus zu gestatten, erklären die Atomkraftgegner bei einer Pressekonferenz im Freien ihr Widerstandskonzept.

Herbert Würth vom Aktionsbündnis spricht von der "süddeutschen Dreieinigkeit" und sagt: "Hier wird die Musik spielen." Massive Blockaden an den drei Kernkraftwerken sind das Ziel. Denn das rot-grüne Szenario bedeute für Block II in Neckarwestheim einen Weiterbetrieb von 20 Jahren. Würth: "Das ist eine Farce." Dass die Transporte nach einer Einigung der Landesinnenminister nicht vor

sechs Monaten rollen, gebe den Antiatomgruppen mehr Zeit, um den Widerstand zu organisieren, betont Heidi Lindstedt. Sie fügt hinzu: "Wir wollen der Hebel für die Stilllegung der Atomkraftwerke sein." Für das "Regionalplenum Hessen-Baden", den Gruppen um das AKW Biblis, verdeutlicht Ralf Peters, gemeinsam würden Blockaden und phantasiaevolle Aktionen mit dem Schwerpunkt vor den Toren der Kernkraftwerke ausgeführt. Die heiße Phase in Neckarwestheim will Herbert Würth mit Camps und Sitzblockaden vor dem Tor 2 einleiten. Jochen Stay von der "Kampagne X1000 mal quer-überall" aus Lüchow sichert hierzu die bundesweite Unterstützung zu, "damit die Transporte das Gelände nicht verlassen können". Für eine große gewaltfreie Sitzblockade seien schon 2500 Absichtserklärungen eingegangen. Eine Großküche werde installiert, um die Demonstranten zu verpflegen. Alte Zirkuswagen dienen als Kommunikationszentralen. Selbst große Plänen zum Schutz gegen

Wasserwerfereinsätze der Polizei würden mitgebracht, "damit viele Menschen über mehrere Tage ausharren und das Kraftwerk dichtmachen können". Diese Formen des Widerstands kündigen die Sprecher auch gegen mögliche Transporte zur Wiederaufarbeitungsanlage nach Sellafield an. Dafür stehen die Genehmigungen noch aus. Im Kernkraftwerk Neckarwestheim bereiten sich die Fachleute auf die Beladung der sechs Castoren vor, die noch mit den Behörden abzustimmen ist. "Außerdem brauchen wir die Annahmefähigkeitserklärung von Ahaus", sagt Pressesprecher Uwe Mundt. In den nächsten Tagen bis Wochen werde begonnen. Zudem müssen drei Leerbehälter vom Castor-Hersteller abgerufen werden. Bis zur Revision von GKN I im Mai sollen alle 114 Brennelemente verladen sein. Dann könnten viele Positionen im Abklingbecken wieder be-

setzt
wer-
den.



Zum Text

Autor:
Joachim Kinzinger

Infos:
Aktionsbündnis
CASTOR-Widerstand
Neckarwestheim
anti-akw.neckarwest-
heim@s.netic.de
Info-tel 07141 /
903363, fax 923991
http://www.i-st.net/
buenadis/

Mailinglist des Akti-
onsbündnis CASTOR-
Widerstand Neckar-
westheim
mail: anti-akw.neckar-
westheim@s.netic.de
http://www.i-
st.net/buenadis/
Aus-/eintragen:
Mail an: majordomo
@abc.bawue.com
Ohne Subject, im Text:
un-/subscribe abc



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9
35392 Gießen
Tel.&Fax 0641/29125
bernd.hanewald@
med.uni-giessen.de

Zeitschriften- schau/Lesetips

anti atom aktuell (Be-
stimmung/Abc aaa,
Helgenstockstr. 15,
35394 Giessen)
aaa Nr. 107
"Den Hahn abdre-
hen."
Wie gefährlich ist der
Uranabbau? Uran-
transporten heute auf
der Spur

graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Ge-
sellschaft Jahresabo
35 DM GWR, Kaiserstr.
24, 26122 Oldenburg
Fax: 0441 - 2489661
Internet:
http://www.comlink.
de/graswurzel/

Aufruf zur Anti-AKW-Bundeskonferenz

Die Frühjahrskonferenz der Anti-Atom Bewegung findet vom 31.03.2000 bis 02.04.2000 im Ruhrgebiet statt und zwar im Autonomen Zentrum in Mülheim an der Ruhr.

Die Kritik an den zurückliegenden Bundeskonferenzen hat im Ruhrgebiet, unter den die Konferenz ausrichtenden Gruppen, Diskussionen ausgelöst. Das Ergebnis ist die Planung einer Konferenz die versucht die veränderte Energiepolitik einzuschätzen und vor diesem Hintergrund Positionen und Strategien für den weiteren Widerstand, auch jenseits der Fixierung auf Castor-Transporte, zu entwickeln. Eine Konferenz, die nicht ein Sammelsurium von Einzelthemen in Fach-AGs diskutiert, sondern sich auf einige wenige Leitfragen beschränkt die von allen diskutiert werden sollen. Die Fragestellungen verteilen sich auf die drei inhaltlichen Bereiche »Hintergründe«, »Positionen« und »Strategien und Perspektiven«. Zu jedem inhaltlichen Bereich gibt es einen eigenen Konferenzblock.

Der erste Block »Hintergründe« findet in Form einer Abendveranstaltung mit drei verschiedenen Referaten/ReferentInnen und anschließender Diskussion statt. Die Ergebnisse dieses ersten Konferenzblocks sollen als Diskussionsgrundlage

in die folgenden Konferenzblöcke einfließen.

Zur Diskussion der beiden anderen Blöcke teilen wir uns, nach einem kurzen Einleitungsplenum, in maximal 6 Diskussionsgruppen auf die jeweils dieselben Fragestellungen diskutieren. Themenorientierte AGs sind nicht vorgesehen. Jede Diskussionsgruppe hat eine Moderation. Im Zwischen-

plenum bzw. Abschlußplenum sollen die Diskussionsergebnisse zusammengetragen und zu gemeinsamen Positionen und Projekten weiterentwickelt werden.

Über allen Diskussionen steht die grundsätzliche Frage: Wie findet

die Vorstellung von einem anderen Leben in einer anderen Gesellschaft wieder Ausdruck innerhalb der Anti-AKW-Bewegung?

Zur Konferenz wird ein Reader in Form einer »Sonderausgabe der anti atom aktuell« erscheinen

Zur Planung der Konferenz ist es absolut notwendig das ihr euch anmeldet. Eine Kinderbetreuung wird organisiert.

Spendenkonto: Ökobank Frankfurt
Konto: 4602145 BLZ 500 901 00
Stichwort: BuKo 2000

Kontakt: Für Kritik, Anregungen und Fragen, insbesondere zum geplanten Konferenzverlauf und natürlich auch für aktive Unterstützung und Hilfe.

Autonomes Zentrum c/o BuKo Auerstr.
51 45468 Mülheim an der Ruhr
oder

Anti-Atom-Plenum Bochum c/o Initiati-
ve Bhf Langendreer e.V. Wallbaumweg
108, 44894 Bochum Tel.:
0234-9230930 FAX:
0234-9230931,
www.akw-nee.de,
akw.nee@eurointer.net

Freitag 31.03.2000
Anreise, ab 16:00 Uhr Schlafplatz-
vermittlung im AZ

Freitag-Abend, 19:00 Uhr, Block 1
Eröffnungsveranstaltung: Hintergrün-
de

Samstag, 1.4.2000
Samstag-Vormittag: Einleitungsple-
num, Diskussionsgruppen Positionen

Samstag-Nachmittag: Einlei-
tungsplenum, Diskussionsgruppen
Strategien und Perspektiven

Samstag-Abend: Zwischenplenum
Samstag-später Abend: Party

Sonntag, 2.4.2000
Sonntag-Vormittag: Abschlußple-
num Weiterentwickeln

Neue Prozesse?

Die Atommafia droht wieder mit der Prozeßkeule, um den Widerstand gegen Atomkraft/Transporte zu zermürben.

Die BNFL, die Britische Eigentümerin der Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield und die GNK, die holländische Eigentümerin des (abgeschalteten) Atomreaktors in Dodewaard, Niederlande, haben WISE INTERNATIONAL aufgefordert, auf Aktionen zu verzichten gegen die Transporte abgebrannter Brennelemente aus dem Dodewaard-Reaktor zur Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield (GB). Falls WISE nicht reagiert, soll ein Verbot gerichtlich erwirkt werden. WISE betrachtet diesen Versuch, den Protest gegen Umweltverschmutzung zum Schweigen zu bringen, als lächerlich und wird mit der Organisierung des Protestes fortfahren: "Wir werden unser Bestes tun, um die Transporte zu stoppen. Eine vorausseilende Verbotsandrohung ist in den Niederlanden eine sehr schwere Geschütz und ziemlich einmalig. Die Zulässigkeit von sozialem Protest gegen Mißbrauch kann allenfalls anschließend gerichtlich beurteilt werden. Wir werden uns keinen Maulkorb im Voraus verpassen lassen.

WISE INTERNATIONAL, eine kleine Organisation, ist seit mehr als zwanzig Jahren im Widerstand gegen Atomkraft tätig. Unser Hauptbüro ist in Amsterdam und arbeitet hauptsächlich auf internationaler Ebene. Wir haben noch 14 kleinere Büros rund um die Welt. Nur ab und zu mischen wir uns ein in den Niederlanden, wenn es um die letzten Zuckungen der Atomenergie geht. Wenn eine neue Debatte beginnt, z.B. zum Thema radioaktiver Müll, oder um Versuche die Stilllegung des Borssele Atomreaktors zu verzögern, oder wenn die Niederlande mit der Industrie verwickelt sind in die Entwicklung neuer Atomprojekte in anderen Ländern (wie z. Zt. in Südafrika) Im vergangenen Jahr waren wir hauptsächlich besorgt und beschäftigt mit Transporten hochradioaktiven Materials von verschiedenen Orten (vom Forschungsreaktor in Petten und den Reaktoren in Dodewaard und Borssele) zu verschiedenen anderen orten. Im Sommer 1998 veröffentlichten wir, daß die niederländischen Transporte auch "kontaminiert" sind (das sogenannte Schwitzen der Behälter); wir machten Druck, damit u.a. der Forschungsreaktor in Petten weniger gefährliche Brennelemente benutzte. Im Januar diesen Jahres kündigten wir Aktionen gegen Atomtransporte u. a. von Dodewaard an. Dieser Reaktor wurde abgeschaltet und die abgebrannten Brennelemente (4 Tonnen) müssen nun abtransportiert werden um mit der Stilllegung beginnen zu können was übrigens bedeutet, daß der Reaktor für 40 Jahre verschlossen werden muß, bevor der eigentliche Abbruch beginnen kann. Stilllegung und Abbruch ist gut (obwohl wir noch nicht wissen wie), aber der Abtransport der abgebrannten Brennelemente in die Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield ist eine absolut schlimme

Idee. Wiederaufarbeitung ist der am schlimmsten verseuchende Schritt in der Atomaren Kette (Krebs in der Umgebung von Sellafield und La Hague, die Irische See ist hochradioaktiv) und muß beendet werden. Wir müssen das nicht besonders betonen und wir denken es ist legitim, den Transporten Widerstand entgegenzubringen. Als wir diese Jahr zu Aktionen aufrufen, erhielten wir eine Menge Unterstützung. Die Transporte wurden fortlaufen verschoben für weitere Prozeduren, es gab Debatten im Parlament und Untersuchungen durch die Regierungs-Beraterkommission für Gesundheitsfragen. Der Bericht dieser Kommission ist Ende November zu erwarten. Es ist möglich, daß die Transporte unmittelbar danach beginnen. Deswegen haben wir neulich weitere Aktionen angekündigt.

Die GKN und die BFLN fordern, daß wir schriftlich versichern, daß wir keine Aktionen machen, welche die Transporte mit dem abgebrannten radioaktiven Material verzögern der die freie Fahrt behindern könnten. Falls wir nicht freiwillig einwilligen, soll das Verbot gerichtlich erwirkt werden. Damit wird dies zu einer Grundsatzfrage.

Auch wenn ein Rechtsstreit ziemlich riskant ist für WISE (in einem ähnlichen Fall gegen GREENPEACE wurde den Klägern Recht gegeben und GREENPEACE mußte alle Kosten tragen) haben wir entschieden, uns nicht zu beugen. Es ist für WISE von grundlegender Bedeutung zu zeigen, daß wir nicht alleine stehen, und daß, falls wir den Prozess verlieren sollten, noch mehr Organisationen bereit sind, die Aktionen fortzuführen

HELFT UNS!

Hier geht es nicht nur um atomares Material, sondern um das grundsätzliche Recht, politischen Druck ausüben zu können und zu handeln, wenn es nötig wird. Unterstützt uns, um klar zu machen, daß WISE nicht alleine steht. Vor allen durch öffentliche Bekundungen, daß die jeweilige Organisation die Fackel übernimmt, falls WISE behördlich gezwungen werden soll, Aktionen gegen Transporte zu unterlassen. (Dies gilt natürlich nur für niederländische Organisationen und solchen aus den Nachbarländern). Wir bitten alle anderen Organisationen uns Unterstützungsschreiben zu senden, in denen die atomaren Transporte verurteilt werden, ebenso zur grundsätzlichen Frage des vorausseilenden Verbotes. Um unsere Chancen bei Gericht zu verbessern, sollte dies geschehen, bevor das Gerichtsverfahren anläuft - und das heißt es ist sehr wenig Zeit! WISE ist finanziell sehr verwundbar und läuft Gefahr, den Todesstoß zu erhalten. Auch wenn für uns die politische Unterstützung die wichtigere ist, weisen wir die finanzielle keineswegs zurück. Natürlich werden solche Spenden nur für den Prozess verwendet. Wir zählen auf Euch!

Bitte nehmt Kontakt zu uns auf für weitere Informationen Schickt Eure Unterstützungsschreiben an WISE INTERNATIONAL so bald wie möglich.

Dank dafür im voraus
Peer de Rijk

World Information Service on Energy - WISE PO Box 59636 Tel: +31-20-6126368 1040 LC Amsterdam Fax: +31-20-6892179 The Netherlands Email: wiseamster@antenna.nl (Visitors: Ketelhuisplein 43) <http://antenna.nl/wise>

Gelb: Giftig.

Gefährlich: Atomstrom

Das gibt es als Postkarte, als Plakat, als Aufkleber im Postkartenformat und als Spuckieblock (s. links). Das Atom-Strom-Logo alleine gibt es als runden Aufkleber. Die Preise: Postkarte 1,00 DM Plakat (47 x 68 cm) 2,00 DM Aufkleber eckig 1,50 DM Aufkleber rund 1,50 DM Spuckieblock (50 St.) 4,00 DM Rabatt bei grösseren Bestellmengen Dazu kommen noch die Versandkosten – bezahlt wird nach Erhalt der Rechnung.

Bestellen bei: **Tolstefanz Wendländisches Verlagsprojekt, 29439 Jeetzel 41, Tel/Fax: 05841/4521, tolstefanz@jpbberlin.de, <http://www.oneworldweb.de/castor/material/yellopk.html>**

Zeitung für den Atomausstieg

Das "Aktionsbündnis Atomausstieg" möchte mit dieser Massenzeitung eine druckvolle Stimmung für den Ausstieg aus der Atomenergie und gegen die von Bundeskanzler Schröder geplante Finanzierung neuer Atomkraftwerke in der Ukraine erzeugen. Die Zeitung bietet auf 8 Seiten Fakten und Argumente für den Atomausstieg und eine Energiewende.

Unsere Bitte: Helft uns, diese Zeitung zu verteilen! "Aktionsbündnis Atomausstieg", Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-6930244, Fax 030-6938166, ippnw@vlberlin.comlink.de

100 Zeitungen für 20 DM, 200 Zeitungen für 30 DM, 500 Zeitungen für 40 DM, 1000 Zeitungen für 70 DM, 2000 Zeitungen für 120 DM.


Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Frühjahr 2000

● Kurz notiert

29

Hoch die Internationale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik... <http://www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm>

Jahr-2000-Fehler, Aktionsvorschläge <http://www.geocities.com/mothersalert/>

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage <http://www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html>



Ö-Verteiler "Atom"

• anti atom aktuell

Gorleben - TICKER der CASTOR-NIX DAKampagne mit den aktuellsten Informationen! http://www.oneworldweb.de/castor/bi_ticker.html

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Alphabet) <http://members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm>

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Postleitzahlen) <http://members.aol.com/JueSiebert/adressen.htm>

Aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg <http://www.yahoo.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html>

Siemens-Boycott <http://www.siemens-boycott.de>

Anti-Atom Soziale Verantwortung <http://www.ippnw.de>

Phillipsburg <http://home.f-online.de/home/anti-atom>

Ö-termine

31.3.-2.4.2000 im AZ Mülheim
Frühjahrskonferenz der Anti-Atom Bewegung

Kontakt: Autonomes Zentrum, c/o BuKo, Auerstr. 51, 45468 Mülheim an der Ruhr

Regelmäßige Termine:

jeden Sonntag:
Gorlebener Gebet 14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Salinas-Claims

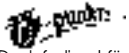
am 6. jeden Monats:
Mahnwache am AKW Brokdorf 14-17 Uhr
Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel: 04852 - 54193

jeden 1. Sonntag im Monat:
Spaziergang Rossendorf 13 Uhr am Tor zum Forschungszentrum Tel: 034 25 - 817765

Spaziergang UAA Gronau 14 Uhr am Zufahrtstor Röntgenstraße
Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel: 02562 - 23125
Spaziergang Garching 14 Uhr, Bushaltestelle Atomel Garching

jeden 3. Sonntag im Monat:
Spaziergang Ahaus 14 Uhr,
Brennelemente-Zwischenlager Kontakt: BI Ahaus, Tel: 02561 - 961101 oder: WlGA Münster, Tel: 0251 - 521112 jeweils nach dem Spaziergang Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg 13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg Kontakt: Atomplenum Greifswald, Tel: 03834 - 89 75 14



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

30

Frühjahr 2000

• Kurz notiert



Themenredaktion "Chemie/Industrie"

Coordination gegen BAYER-Gefahren Postfach 150418, 40081 Düsseldorf O211/3339-11, Fax -40 co_gegen_bayer@nadeshda.gun.de

&

Christian Wagner Umweltmagazin Global 3000, Radio Dreieckland Adlerstr.12, 79098 Freiburg, 0761/31868 wagner@sapphire.chemie.uni-freiburg.de

Aktion von Chemie-Opfern

Die Angehörigen von Selbsthilfegruppen Zahnmetallgeschädigter, MCS-Kranker (MCS=Multiple Chemikalien-Empfindlichkeit) und CFS-PatientInnen (CFS=Chronisches Müdigkeitssyndrom) starten gemeinsam eine Kampagne. Sie haben ein Infoblatt verfasst um so den Forderungen Chemie-Kranker mehr Nachdruck zu verleihen. Das Informationsblatt beschreibt die Krankheiten und schildert die unterschiedliche Situation von Betroffenen in der Bundesrepublik und in den USA, wo die Erkrankungen MCS und CFS von den Gesundheitsbehörden offiziell anerkannt sind. Der Forderungskatalog der Selbsthilfegruppen umfasst dementsprechend eine solche Anerkennung der Gesundheitschädigungen auch in der Bundesrepublik sowie eine ökologischere Produktionsweise, ein Verbot der Massentierhaltung und ein Verbot von Pestiziden und chemischer Stoffe, die in Wohnräumen und am Arbeitsplatz verwandt werden. Kontaktadresse: Christel l'Orange, Reinebud 10a, 31655 Stadthagen.

PAN Asia bei BAYER

Ende Oktober trafen sich auf der Genfer Chemie-Konferenz das PESTICIDES ACTION NETWORK (PAN) Asia und andere Initiativen aus der ganzen Welt, um über Strategien zum Vorgehen gegen die zwölf giftigsten Organophosphat-Pestizide, auch als "dirty dozen" (dreckiges Duzend) bezeichnet, zu beraten. Anschließend schritten die Umweltgruppen zur Tat und machten einigen Pestizid-Herstellern die Aufmerksamkeit. Als Produzent der "dirty dozen"-Gifte E 605 FORTE und ECOMBI (Wirkstoff jeweils Parathion) gehörte auch BAYER zu den Stationen.

Konzernkritik im Internet

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) sind seit langem unter www.dsk.de/rds/16985014.htm im Internet vertreten. Diese an das Deutsche Spenden-Institut angegliederte Homepage ist zwar sehr informativ, aber nur auf ein deutschsprachiges Publikum ausgerichtet und unterliegt zudem nicht unserer eigenen Regie. Deshalb entsteht derzeit eine neue Homepage, die allen Anforderungen der internationalen BAYER-kritischen Arbeit gerecht werden soll. Sie kann in einer ersten Version unter www.CBGnetwork.de bereits besichtigt werden. Die CBG freut sich über viele BesucherInnen, über alle Hinweise und jede Kritik.

Deutsche Medikamente in der 3. Welt

Deutschland ist der größte Arzneimittel-exporteur der Welt. Auch in der dritten Welt werden viele deutsche Arzneimittel verkauft. Helfen diese Mittel, die gesundheitliche Lage der armen Bevölkerungsmehrheit in diesen Ländern zu verbessern? Die BUKO-Pharmakampagne arbeitet seit 20 Jahren gegen unlautere und unethische Absatzpraktiken der deutschen Pharmaindustrie in der dritten Welt. In einer neuen Studie zeigt die Pharmakampagne, dass die deutschen Pharmaexporte in vielen Fällen nicht der Gesundheit nützlich sind. Es werden viele risikoreiche und unwirksame Mittel angeboten. Die meisten Länder der dritten Welt haben keine ausreichenden Möglichkeiten, ihren Arzneimittelmarkt zu kontrollieren und so Schaden von ihren BürgerInnen abzuwenden. Deshalb ist diese Studie der BUKO-Pharmakampagne ein wichtiges Hilfsmittel, um auf die Firmen hierzulande Druck auszuüben. Denn 42% der deutschen Arzneimittel in der dritten Welt sind irrational, ihre Vermarktung ist unverträglich.

kauf, ist besonders für arme Länder mit einem kleinen Gesundheitsbudget wichtig. Sie können sich keine Verschwendung in diesem wichtigen Bereich leisten!

Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat eine Liste unentbehrlicher Arzneimittel mit 300 Wirkstoffen erstellt, mit denen 95% aller behandelbaren Krankheiten therapiert werden können. Die deutschen Hersteller scheinen sich aber nur wenig für diese Liste zu interessieren. Nur jedes fünfte Medikament entspricht den Kriterien der WHO! Aber es gibt auch positive Ausnahmen: die Hälfte der Ratiopharm-Medikamente ist unentbehrlich.

Arzneimittel, die nicht in der WHO-Liste vorkommen, sind nicht automatisch schlecht. Alle Medikamente werden unabhängig von ihrer Unentbehrlichkeit daraufhin überprüft, ob sie rational angewendet werden können. Irrational ist eine Arznei z.B. dann, wenn ihre Wirkung trotz vieler Studien nicht nachgewiesen werden konnte, wenn die Wirksamkeit umstritten ist, wenn es harmlosere oder wirksamere Alternativen gibt, oder wenn es sich um Kombinationspräparate mit unsinniger Zusammenstellung der Wirkstoffe handelt. Solche Medikamente sind unnützlich, überflüssig oder gar gefährlich und müssen dringend vom Markt genommen werden. 4 von 10 deutschen Medikamenten in der Dritten Welt sind irrational! Mit solchen Arzneien ist eine sinnvolle Therapie nicht möglich. Auch wenn sie nicht direkt schaden, so bedeutet ihre Anwendung dennoch, dass PatientInnen ihr ohnehin knappes Geld im besten Fall praktisch für Placebos ausgeben.

Wie nützlich ist das Angebot der deutschen Pharmafirmen?

Die Analyse des Angebots in der dritten Welt zeigt immer noch ein sehr düsteres Bild:

Das Angebot der deutschen Firmen berücksichtigt die lokalen Krankheiten und Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerungen dieser Länder nicht. Der Anteil der unentbehrlichen Medikamente beträgt nur 20%. Von einer ausreichenden Basisversorgung der Bevölkerungen durch das „deutsche Sortiment“ kann also nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil: Obwohl das Krankheitsspektrum in der Dritten Welt ganz anders aussieht, werden dort wie in Deutschland vorwiegend Mittel gegen Zivilisationskrankheiten angeboten.

Mangelhafte Produktinformationen über hochwirksame Medikamente zeugen von einer unglaublichen Fahrlässigkeit deutscher Pharmafirmen. Das ist um so erschreckender, wenn man bedenkt, dass in vielen Ländern diese Medikamente fast an jeder Straßenecke ohne fachkundige Beratung für jeden verfügbar sind.

Wer dabei mitarbeiten will, die deutschen Pharmakonzerne zu einer vernünftigen Produktion zu bewegen, wende sich an die BUKO Pharma-Kampagne. Dort gibt es auch die ausführliche Broschüre „Deutsche Arzneimittel in der Dritten Welt“, aus der dieser Beitrag zusammengestellt wurde.

BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Fax 0521/63789, www.epo.de/bukopharma/

Reactivan

„Aufbaumittel“ von EMERCK in Südafrika. Mischung von Vitaminen mit einem appetitdämpfenden Amphetamin, das in Deutschland unter das Betäubungsmittelrecht fällt. Große Suchtgefahr, aber Warnhinweis fehlt.

Welche Medikamente sind unentbehrlich?

Medikamente sind dann unentbehrlich, wenn sie die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit befriedigen. Neben medizinischen Gesichtspunkten müssen aber auch soziale Faktoren wie Ausbildungssituation des Personals, Bezahlbarkeit durch die Betroffenen und ein vernünftiges Kosten-Nutzen-Verhältnis berücksichtigt werden. Die Frage, wie viele unentbehrliche Medikamente ein Arzneimittelhersteller ver-

Kästen

Beispiele für Medikamente

Countdown zum Expo-Widerstand:

London – Seattle – Hannover!

"Gegenmacht von unten" ist das erste Ziel. Der Weg dahin führt über Aktionstage, den Aufbau lokaler und regionaler Bündnisse und Netzwerke, die Überwindung von Ein-Punkt-Bezügen und eine intensive Debatte um eine emanzipatorische Politik.

Inzwischen sind die Würfel gefallen: Der 1.5. als regional organisierter Global Action Day und der 1.6. als gemeinsamer Aktionstag (mit Aktionswoche drumherum), um die Expo-Eröffnung zu verhindern sollen die beiden gemeinsamen Schwerpunkte bilden. In vielen Regionen läuft zudem eine intensive Vorbereitung für eigene Aktionen, Veranstaltungsreihen usw. Die Zersplitterung in Ein-Punkt-Bezüge könnte beendet werden – in einem heißen Sommer 2000!

Hier werden die ersten konkreteren Infos zusammengestellt. Mitte April erscheint eine Mobilisierungs- und Infozeitung zu allem. Wer Lust hat: Mittelseiten rausreißen und mitnehmen, aushängen, kopieren ...!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

Widerstand



Mehr Infos ...

EinsteigerInnenpaket mit Anti-Expo-Readern und Aktionsinfos gegen 10 DM beim Büro für mentale Randalen, Wickingsstr. 17, 45657 Recklinghausen.

Anti-Expo-Rundbrief gegen einmalig 10 DM auch beim Büro für mentale Randalen.

Video "Alles im Griff" bei der Anti-Expo-AG Hannover, c/o ASTA Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover (20 DM incl. Porto).

Adressenliste im Anti-Expo-Rundbrief und über www.expo-no.de.

Vorbereitungsschritte

Regionale Vorbereitung

Der Aktionstag am 1.6. wird von autonom (=selbstorganisiert) handlungsfähigen Gruppen und Zusammenhängen getragen. Hunderte unterschiedlicher Aktionen, Blockaden und Störungen können die Expo-Eröffnung verhindern. Theatergruppen, Zeitungsprojekte, Radio usw. tragen die politischen Positionen nach außen. Alle Aktivitäten müssen in den Basiszusammenhängen vorbereitet werden. Regional ist eine Abstimmung erforderlich. Auf dem bundesweiten Anti-Expo-Treffen wurde besprochen, daß jeweils die Gruppen einer Region Blockaden und Störungen in den Stadtteilen und an den Stadträndern Hannovers durchführen, die in ihre Himmelsrichtung liegen. Um Lücken zu vermeiden, sollte es möglichst für jede Himmelsrichtung ein Koordinierungstreffen mit Delegierten aus den Städten/Gruppen geben. Eine bundesweite Koordination dafür ist unmöglich und zu gefährlich! Tipp: In den Gruppen den 1.6. diskutieren und ein regionales Städtetreffen organisieren!

Material für die regionale Vorbereitung

Es gibt vorläufige Stadtpläne mit den wichtigen Infrastrukturpunkten (siehe S. 34). Mitte April soll ein Infopakete für Aktionsgruppen erscheinen, das einen präzisen Städteführer, ein Buch mit Aktionstips und sonstige Infos zum 1.6. und die Tage drumherum enthält. Vorbestellungen gegen 10 DM beim Büro für mentale Randalen, Wickingsstr. 17, 45657 Recklinghausen (Vorbestellung wichtig, wir gehen davon aus, die Infopakete schnell zu verschicken nach dem Erscheinen und keine zu lagern). Also Infopakete bestellen.

Mobilisierungszeitung

Mitte April erscheint eine Mobilisierungszeitung mit Aktionskalender, technischen Infos, inhaltlichen Texten usw. Sie wird im Tageszeitungsformat 8 Seiten enthalten. ACHTUNG: Die Titelzeile (Name der Zeitung und Ortsbezug) sowie die Rückseite können regional gestaltet werden. Das muß dann bis zum 15.3. geklärt werden. Die Rückseite kann regionalen Bündnissen oder Gruppen dazu dienen, zu eigenen Aktionen oder inhaltlichen Schwerpunkten aufzurufen (z.B. für die Zeit nach der Aktionswoche oder für den Global Action Day am 1.5.). Mit anderen Gruppen in der Region überlegen, ob es eine Regionalausgabe geben soll, Titel und Rückseite fertigmachen – und das Ganze rückmelden mit Bestellzahl (1000 Stück kosten 300 DM!) an den Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld, 0521/171253, advantage_hip@t-online.de Druckvorlagen für Titel und Rückseite bis 1.4. schicken an: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Spenden

werden dringend gebraucht für den Widerstand gegen die Expo 2000.



Die Aktionen

Global Action Day (1.5.)

Am 1. Mai ist der nächste Global Action Day, ein internationaler Widerstandstag gegen Neoliberalismus und Herrschaft. Der Global Action Day ist ein dezentraler Aktionstag in Städten und Regionen – ebenfalls kreativ, direkt, öffentlich, widerständig. Eine gute Chance könnte sein, wenn die regionalen Zusammenhänge den 1.5. in ihrer Stadt/Region und den 1.6. als bundesweiten Aktionstag als Doppelpack vorbereiten. Am 1.5. könnte dann auch noch ein Bezug zum 1.6. (Mobilisierung, Verteilung der Mobilisierungszeitung mit Regionalseite, eventuell sogar Aktion bei regionalen Expo-Projekten oder Expo-Firmen) hergestellt werden. www.globalaction.home.pages.de.

27.5.: Demonstration aus Auftakt

Eine große Demo soll am Samstag, 27.5., in Hannover den Auftakt der Aktionswoche bilden.

Der Aktionstag am 1.6. (Himmelfahrt)

Die Eröffnung soll um 9 Uhr sein, d.h. die Aktionen müssen überall früher beginnen – Anreise daher eher am Tag davor. Es wird keine zentralen Treffpunkte geben, wohl aber Infopoints und Radiosender, über die ständig Informationen laufen. Die Aktionsgruppen müssen sich selbst organisieren und so verhalten, daß sie nicht auffallen. Das ist nicht so schwer ... Hunderttausende von Expo-BesucherInnen werden auch da sein! Vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag sollte Hannover gänzlich lahmgelegt werden: Straßen, Zugstrecken, Straßenbahn, Flughafen, Kommunikationsstränge, Versorgungsleitungen ... Zum Abend hin können die Aktionen zum Expo-Gelände im Südosten Hannovers verlegt werden, wo eine Gala stattfinden soll. Nachts ist Party auf allen Straßen und am Gelände angesagt – wir feiern die Nicht-Eröffnung der Expo (oder zumindest die massive Störung) bis zum Umfallen.

Danach

An den Tagen danach wird es weitere Aktionen geben. Einige sind vorbereitet, z.B. eine Reclaim-the-streets-Party am 3.6. Ansonsten wird der 1.6. selbst stark beeinflussen, was geschieht. Die Aktionsgruppen und spontan entstehende Plena z.B. in den Camps oder am Expo-Gelände werden weiteres besprechen. Es ist empfehlenswert, in den Tagen danach keine wichtigen Termine festzumachen ... denn auch Solidaritätsarbeit und die Thematisierung von Staatsgewalt mit Sicherheit eine der Aufgaben der Folgetage sein!!!

Projektliste

Vorbereitung 27.5.

Anti-Expo-AG Hannover, c/o ASTA, Welfengarten 1c, 30167 Hannover, anti-expo-ag@gmx.de

Vorbereitung 1.6.

Dezentral und überall ... Adressenliste und Infos unter www.expo-no.de

Infrastruktur in Hannover

Vor allem in der Region Hannover arbeiten verschiedene Gruppen am Aufbau von Camps, EAs, Infopoints usw. Es werden noch viele HelferInnen gebraucht, z.B. Sanis, EAs, RechtsanwältInnen, Materialien wie Lautis, Zelte & Co., AufbauhelferInnen für Camps und mehr vor und nach dem 27.5. usw. Anti-Expo-AG Hannover, s.o.

Mobilisierungszeitung

(siehe Text und Adressen links)

Anti-Expo-Zeitung

Neben der Mobilisierungszeitung soll es noch eine Anti-Expo-Zeitung direkt vor und während der Expo 2000 geben. Sie soll vor allem im Raum Hannover erscheinen und als Massenzeitung in FuZos, S-Bahnen, Zügen und vor den Expo-Eingängen verteilt werden. In dieser Zeitung sollen öffentlich die Expo und die dahinterstehende Ideologie angegriffen und Alternativen aufgezeigt werden. Termine und Beteiligungsmöglichkeiten stehen neben Berichten und Kommentaren.

Gesucht ist eine kreative Redaktion – vor allem erstmalig für die ersten vier Ausgaben: Vor dem 27.5., vor dem 1.6., am 2.6. und nach dem 4.6. Diese Zeitung ist Gegenöffentlichkeit während der heißen Aktionsphase.

Kontakt: Redaktion "Politik von unten" der Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 0171/8348430, oe-punkte@gmx.de

Buch "Gegenbilder zur Expo"

Planung ist, nach den Widerstandstagen zu Beginn mit einer Veranstaltung und einem Buchprojekt die Debatte um Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen anzuknüpfen – utopisch werden, aber auch konkret hinsichtlich Perspektiven von den realen Verhältnissen zur Utopie. Das Buch wird kein Rezeptbuch, sondern eine kritische Sammlung und Ideenskizze. Geschrieben wird an Kapiteln zu Selbstorganisation, Mensch-Natur-Verhältnis, Bewegungsstrategien, fehlen tun noch AutorInnengruppen zu internationalistischen sowie feministischen Texten.

Kontakt: annette.schlemm@t-online.de

Internet

Wer noch Ideen hat: Einfach machen und den Link an hanno@gmx.de schicken. Dort entsteht die gemeinsame Eingangseite www.expo-no.de ... und von da geht es ab in die Vielfalt des Expo-Widerstandes.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Infos

Feministische Expo-Kritik: mamba, (AG feministische Expo-Kritik) c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

Ökologische Expo-Kritik: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, institut@ini-haus.de

Emancipatorischer Umweltschutz-ReferentInnen: Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, landfriedensbruch@gmx.de

Koordination Süd: Anti-Expo-AG Tübingen c/o Infoladen, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

InnenStadt! Aktion! Repression: Innenstadt-Aktionsgruppe c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c, 30167 Hannover

Rundbrief EinsteigerInnen-Infopaket (je gegen 10 DM): Büro für mentale Randalde, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen, 02361/17483, antifa-rei@koma.free.de

Region Hannover, ReferentInnen, Aktionswoche: Anti-Expo-AG Hannover, c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover www.anti-expo-ag.de anti-expo-ag@gmx.de

Internationalistische Expo-Kritik, Strategien: FROXS, St.Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen

Bio- und Bevölkerungspolitik: alaska, Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen

Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, 0511/344558

Hinweis

Die kleinen Termine sind Auszüge aus dem offiziellen Programm der Expo 2000.

Vor der Aktionswoche

3.–5.3. in Bielefeld
4. bundesweites Anti-Expo-Treffen
Info: Büro für mentale Randalde und www.expo-no.de

7.3.–14.4. (Eröffnung: 7.3. 18 Uhr)
Hannover, Pavillon
GENIOTE ZEFEN
(Ausstellung und mehr)
Info: Pavillon

8.3. überall
Intern. Frauentag
Info: 0511/21979-0

20.–25.3. Hannover Messe
24.3.–30.4. Expo-Ausstellung (Saarbrücken)
30.4. MayDay der Expo (Dortmund)

17.–19.3. in München
Anti-Expo-Seminar
Info: antiexpo2000-de@gmx.de

21.3. überall
Aktionstag gegen Rassismus
Info: Pavillon, Klaus Stempel, 0511/344558

24.3. überall (?)
Aktionstag gegen NATO und Krieg
(aus Anlaß des Kriegsbeginns vor einem Jahr)

24.–26.3. in Nordrhein-Westfalen
Anti-Expo-Seminar
Info: www.jungdemokratInnen.de

31.3.–2.4. in Hannover
Anti-Genetech-Kongreß
Info: ASTA Hannover, Öko-Referat

31.3.–2.4. in Mülheim/Ruhr
Anti-Atom-Konferenz
www.akw-nee.de

April
Seminar zur Internationalismusbewegung am Beispiel Expo 2000
Info: BUKO, 040/393256, www.epo.de/buko

1.5.–10.6. Expo-Wanderausstellung (Bonn)
24./25.5. Pressetage auf dem Expo-Gelände
27.5. Fernsehauftakt in der Innenstadt (Hannover)

15. in vielen Orten ("mayday")
Global Action Day
Dezentrale Aktionen gegen Neoliberalismus und Expo 2000
im Rahmen eines weltweiten Aktionstages
Infos: Regionale Bündnisse und www.globalaction.home.pages.de

27.5.–4.6.2000 in Hannover Aktionswoche gegen die Expo 2000

Für diese Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten – um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur als Büroräumen, Camps und mehr bereitgestellt.
Info: Anti-Expo-AG Hannover

Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, 2-tägige Anti-Expo-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen

27.5. Fernsehauftakt in der Innenstadt

27.5. in Hannover
Große Demo gegen Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG Hannover

1.6., 9 Uhr Eröffnung durch Johannes Rau
1.6. abends: ZDF-Gala mit Staatsgästen

1.6. in Hannover
Aktionstag "Die Expo wird nicht eröffnet"
Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die Expo – wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, Expo-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein. Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht.
Info: www.expo-node

3.6. in Hannover
Reclaim-the-Streets

3./4.6. in Hannover
Innenstadtkaktionslage
Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover

2.–3.6. im Pavillon Hannover
Perspektiven des Internationalismus
Strategiediskussion
Info: alaska, 0421/72034

31.5.–4.6. in Berlin
Gesundheitstag 2000
(menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 – genannt "Impo 2000")
Infos: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5 und www.gesundheitstag.de

4.6. unterwegs
Radtour "Das tote Meer soll leben"

Nach der Aktionswoche Heißer Anti-Expo-Sommer gegen Herrschaft und Neoliberalismus

7.6. **Siemenstag**

9.–13.6. in Mellendorf
Anti-Expo-Camp
Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.–13.6. in Walsrode
Anti-Expo-Camp
Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover
Innenstadt-Aktionstag
Info: Die Falken, 0511/528298

11.6. **Tag der Kirchen**
12.–18.6. **Brandenburgtage (Dt. Pavillon)**

15.6. **Autofreier Hochschultag**
18.6. **Aktionstag "Mobil ohne Auto"**
Info: Umkehr, Tel. 030/4927473

19.–21.6. **Ingenieurtag (VDI)**
19.–21.6. **Global Dialogue: Ressourcen**
19.–25.6. **Berlin-Tage (Dt. Pavillon)**
26.6.–2.7. **Rheinland-Pfalz-Tage (Dt. Pavillon)**
29.6. **Sparkassentag**

Im Sommer in ???
Anarchistisches Sommercamp
Info: a-camp@gmx.de

4.–6.7. **Urban 21 (ICC Berlin)**
15.7. **DaimlerChrysler-Tag**
10.–16.7. **Bayern-Tage (Dt. Pavillon)**

Juli in Berlin
Expo-Kongreß "Local Heroes 21"
Nachhaltigkeit, Agenda, ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik (Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände)
Aktionen gegen den Kongreß geplant
Info: Netzwerk "Umweltschutz von unten", http://go.to/umwelt

7.–9.7. in Hannover
IKK – Interkonexionen
Info: Pavillon

4.7. **USA-Tag auf der Expo**
17.–23.7. **Baden-Württemberg-Tage (Dt. Pavillon)**
21.7.–31.8. **Weltkongreß zu Medizintechnik**
24.–30.7. **Thüringen-Tage (Dt. Pavillon)**
24.7. **Telekom-Tag**
31.7. **CVJM-Tag**



5.-7.7. in Göttingen
Pressesfest "Megaphon"
Motorradclub Kuhle Wampe

10. Juli - 8. August in Hannover
Chaos-Tage 2000

15.7.-20.8. bei Hannover
Zeltcamp der DLRG-Jugend
Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/78379212

Mitte Juli - Anfang August
Friedensfeier
(unterwegs im Raum Hannover gegen Expo-Projekte)

19.7.
Spanien-Aktionstag
(aus Anlaß des Nationaltages von Spanien auf der Expo)

Dieser Anti-Expo-Kalender wird fortlaufend aktualisiert. Neue Termine bitte mitteilen.
Aktuelles im Internet:
www.expo-no.de

Der **Ö-punkte**

Wir freuen uns über Spenden für den Expo-Widerstand:
Konto "Spenden&Aktionen"
Nr. 92881806, Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00

1.-30.7. in Hannover
Interkulturelle Frauenlesben-Unit
Gegenveranstaltung zur Expo-Frauenuni
Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064
<http://www.physik.org/iksu>

6.-12.8. **Europäischer Jugendkongreß**
7.-13.8. **Schleswig-Holstein-Tage (Dt. Pavillon)**
15.-17.8. **Global Dialogue: Ländlicher Raum**
21.-27.8. **Hamburg-Tage (Dt. Pavillon)**
25.8. **Preussag-Tag**
28.8.-3.9. **Hessen-Tage (Dt. Pavillon)**
29.-31.8. **Global Dialogue: Gesundheit**
31.8. **Deutsche-Post-Tag**

6.-8.8. in Hannover
Chaos-Tage-Höhepunkt
Höhepunkt- und Abschluß-Wochenende

20.8. in Hannover
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr
(aus Anlaß des Nationaltags von Mexiko auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

4.-10.9. **Sachsen-Tage (Dt. Pavillon)**
10.9. **Tag des Denkmals (auf der Plaza)**
11.-15.9. **HYFORUM - Wasserstoff Energie Forum**
11.-17.9. **Sachsen-Anhalt-Tage (Dt. Pavillon)**
12.9. **Tag der Weltreligionen**
25.9.-1.10. **Saarland-Tage**
27.9. **Welttourismus-Tag**
28.-29.9. **Europäischer Waldbautag**
28.9. **Duales-System-Tag (DSD)**

9.9. in Hannover
Subversives Kulturfest

Herbst 2000
Aktionen und Perspektiv-Kongresse

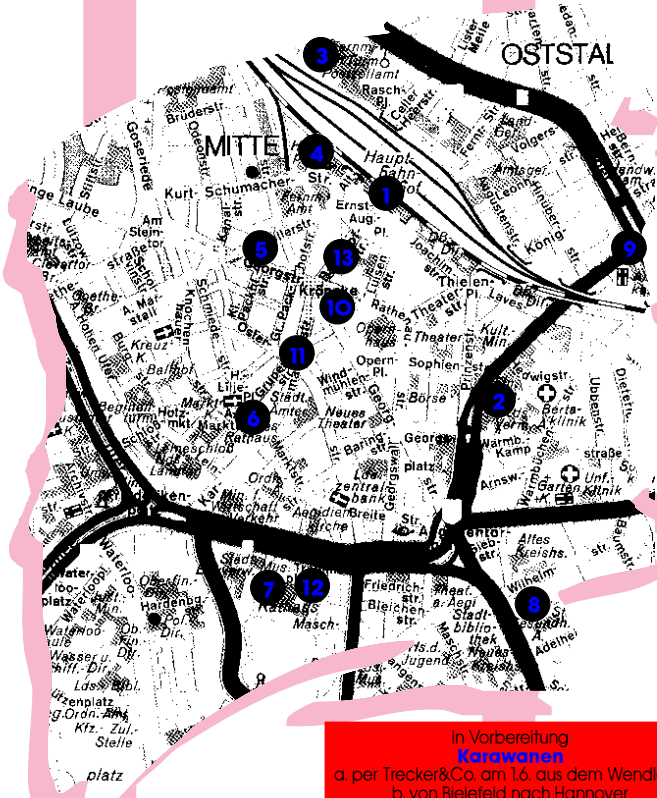
27./28.9. in Prag
IWF-Tagung

3.10. **Deutscher Tag**
3.-5.10. **Global Dialogue: Arbeiten**
9.-15.10. **Nordrhein-Westfalen-Tage**
17.-19.10. **Nach 2000: Global Dialogue: Welche Gesellschaft wollen wir?**

3.10. in Hannover und Dresden
Antinationaler Aktionstag
(aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist)
Info: Infoladen Dresden

31.10.
Offizielles Ende der Expo
(bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)
Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt: "Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen"

Fazit
Der Kampf für eine Welt von unten hat erst begonnen ...



In Vorbereitung
Karawanen
a. per Trecker&Co. am 1.6. aus dem Wendland
b. von Bielefeld nach Hannover
c. von Hannover nach Prag zum IWF

Perspektiven-Camp
zu direkter Aktion, Vernetzung und mehr
Ende des Sommers in der Projektwerkstatt
Info: Projektwerkstatt, 06401/903283 und
0171/8346430, projektwerkstatt__sa@apg.wbnet.de

3.10. im Pavillon Hannover:
"Wir begrüßen unsere Diktatoren"

ca. 9.-13.10.
Europäische Konferenz gegen Rassismus
UNITED for intercultural Action,
0031/2016834778

23.-29.10. **Bremen-Tage (Dt. pavillon)**
28.10. **VW-Tag**
30.10. **Ehrentag B.I.E.**
31.10. **Schlußfeier**

Oktober/November in Berlin
23. BUKO "Weltwirtschaft"
Info: BUKO, 040/393156 und
www.epo.de/buko

Oktober/November
Kongreß "Umweltschutz von unten" und Bundes-Ökologie-Treffen
Institut für Ökologie, 04533/792259 und
<http://go.to/umwelt>



Seminareihe im Herbst/Winter
für selbstorganisierte politische Arbeit (autonome Räume, Finanzierung, Gruppenstrukturen)
Inst. f. Ökol., 04533/792259, institut@inihaus.de

Expo in Hannover

Das Hauptgelände liegt südöstlich der Stadt (Messegelände und Kronsberg). Aber auch in der Innenstadt finden sich ethische Expo-Punkte:

Weltpartner der Expo
1 Deutsche Bahn
2 Finanzgruppe Sparkassen
3 Telekom

Produktpartner der Expo
4 Deutsche Post
5 Adecco Personalleistungen

Dezentrale Expo-Projekte
6 Altes Rathaus
7 Rathaus

Gesellschafter der Expo GmbH
8 Asea Brown Boveri
9 Expo-Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaft (c/o IHK)

Prestige und Werbung
10 Expo-Cafe
11 Expo-Uhr
12 Fahrenwald der Expo-Länder

Sonstiges
13 Passarelle (von 2 gekauft)

Die Expo-Geschäftsstelle liegt auf dem Expo-Gelände.

Achtung!!!
Ca. Ende April sollen "Stadteführer" und ein Direct-Action-Buch erscheinen. Dieses Infopaket zur Aktionswoche wird ca. 10 DM kosten. Vorbestellungen mit Scheck oder Schein an das Büro für mentale Rando, Wikingstr. 17, 45657 Recklinghausen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

34

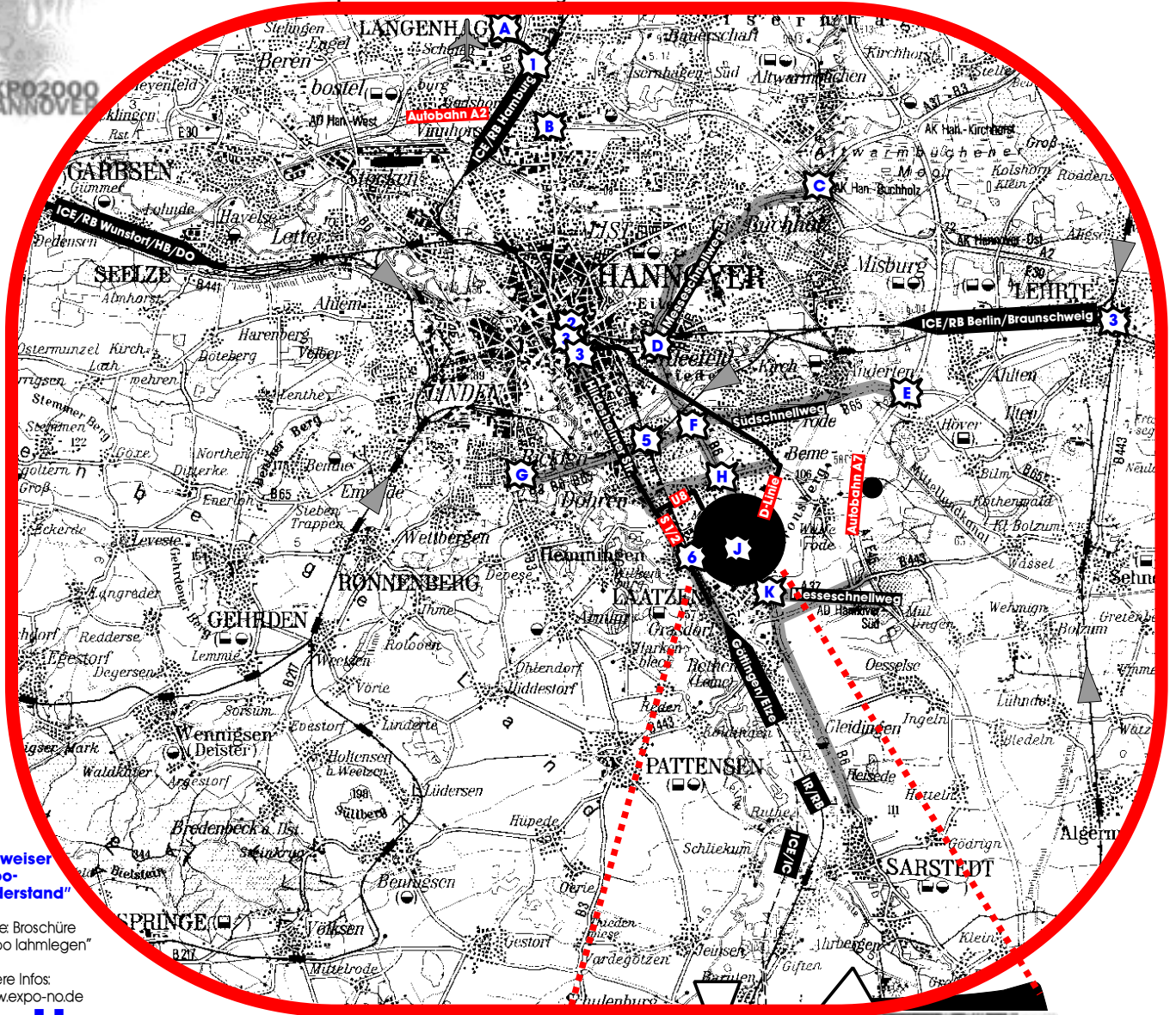
Frühjahr 2000

Widerstand

Kreuzungen, Haltestellen ...:

Die Hannover-Karte zum 1.6.

Am 1.6. soll die Expo 2000 eröffnet werden. Tausende von Ehrengästen aus allen Teilen der Welt und der Macht sowie Hunderttausende werden an diesem Tag versuchen zum Expo-Gelände im Südosten Hannovers zu kommen. Sie kommen per Flugzeug (Flughafen Langenhagen im Norden Hannovers), Bahn (ICE- und Bahnstrecken aus allen Himmelsrichtungen) und per Auto oder Bus (Autobahnen A2 und A7, Messeschnellweg und andere Zubringer). Ziel des Widerstandes ist, die Expo zu eröffnen. Die folgende Karte zeigt die Verkehrsknotenpunkte und Anfahrtswege.



Wegweiser "Expo-Widerstand"

Quelle: Broschüre "Expo lahmlegen"

Weitere Infos: www.expo-no.de

Hannover

- ▲ Hauptbahnverbindungen mit Angabe der Zugtypen.
- ▲ Neben- und mögliche Ausweichbahnstrecken
- ▲ Straßenbahn mit Expo-Endhaltestelle
- ▲ Wichtige Zufahrtsstraße zur Expo
- ▲ Knotenpunkte im Bahn- und Straßennetz:
 - 1: Bhf. Langenhagen (Abzw. Flugh.)
 - 2: Hauptbahnhof
 - 3: Kröpcke und Aegi, Knotenpunkt der Straßenbahnen (unterirdisch)
 - 4: Lehrter Bahnhof, Bahnkreuzung
 - 5: Bahnkreuzung im Süden
 - 6: ICE-Bahnhof für die Expo

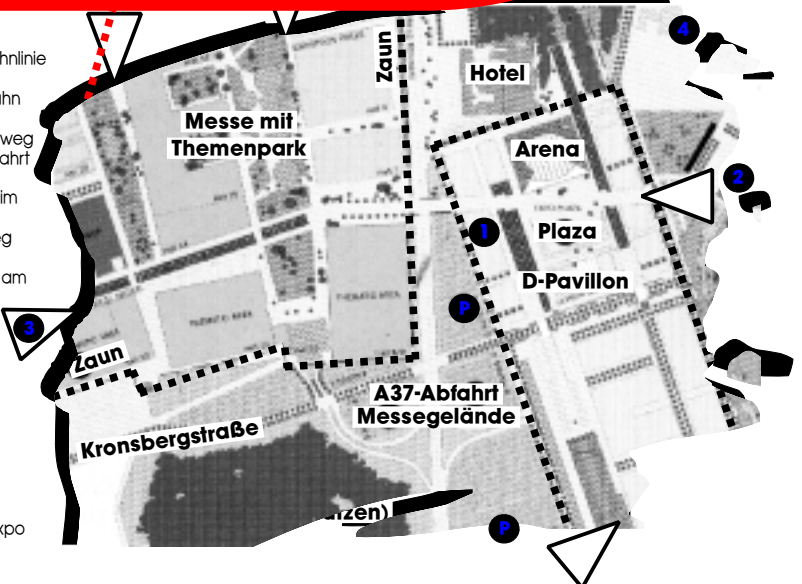
- A: Flughafen, Übergang S-Bahnlinie
- B: A2-Abfahrt Langenhagen, Flughafenbus und Straßenbahn
- C: Autobahnkreuz Buchholz, Übergang zum Messeschnellweg
- D: Pferdeturm-Autobahn-Abfahrt am Messeschnellweg
- E: Messeschnellweg-Abfahrt im Osten des Expo-Geländes
- F: Kreuz Süd-/Messeschnellweg
- G: Ricklinger Kreis
- H: Messeschnellweg-Abfahrt am Expo-Gelände
- J: Messeschnellweg-Abfahrt im Expo-Gelände
- K: Messeschnellweg-Abfahrt südlich des Expo-Geländes

Expo-Gelände

▲ Ungefähre Lage der Eingänge

- P: Parkplätze
- I: Intro 2000 (alternative? Expo)

- 1: Preussag-Brücke über den Messeschnellweg
- 2: Stadtbahnlinie Endstation
- 3: Skywalk ICE-Bahnhof zur Expo
- 4: Hubschrauber-Landeplatz





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

• Kurz notiert

35

Zeitschriften-schau

Pharmabrief 8-9/99

- Deutsche Medikamente für die dritte Welt
 - Beeinflussung klinischer Pharmastudien durch die Industrie
- Bezugsadresse: S. 30

PAN Pestizidbrief 11-12/99

- Pestizid-Vergiftungstragödie in Peru
- PAN-Projekt zu Öko-Baumwolle
- Pestizid-Mehrfachbelastung in Lebensmitteln

Trittin lockert Umweltschutz-Kontrollen

Einmal mehr tritt die rot-grüne Bundesregierung in die Fußstapfen von Kohl & Co. Umweltminister Jürgen Trittin kündigte an, Unternehmen, die sich der freiwilligen Umweltprüfung "Öko-Audit" unterziehen, von staatlichen Kontrollen zu befreien. Damit lässt er ein Vorhaben Gesetzeskraft erlangen, das unter dem Druck von BAYER und anderen Konzernen von seiner Vorgängerin Angelika Merkel ausgeheckt worden war. Die Industrie ist damit ihrem Ziel, den Umweltschutz per "freiwilliger Selbstverpflichtung" zu ihrer Privatsache zu machen, ein bedeutendes Stück näher gekommen. Die Standards werden dadurch massiv aufgeweicht, denn die GutachterInnen nehmen für das Öko-Audit-Zertifikat lediglich Stichproben, kontrollieren aber keineswegs umfassend. Die neue Regelung sieht vor, dass die Gewerbeaufsicht nur noch bei bestimmten Anlässen Abfall- und Immissionsschutzprüfungen durchführen darf. Die Berichts- und Dokumentationspflichten der Konzerne werden ebenfalls gelockert. BAYER hat dann sogar die ungeliebte Emissionsfernüberwachung (Efü) – die Direktübermittlung von Emissionsdaten an die Behörden – vom Hals. Im Moment läuft sogar ein Prozess BAYER versus Regierungspräsident Antwerpes, weil der Konzern sich weigert, die Efü einzuführen.

Was wäre die Welt ohne Chemie

Wie bereits in den Ö-Punkten 3/99 berichtet plant der Deutsche Verband der chemischen Industrie VCI für über 20 Mio DM eine gigantische multimediale Selbstdarstellung auf der EXPO 2000 in Hannover. Dort wird u.a. für Gentechnik als die Lösung des Welthungers angepriesen. Übrigens sind die Genmanipulierer der Kleinwanstlebener Saatgutzucht KWS zum EXPO-Projekt auserkoren worden!

Wie die deutsche Chemieindustrie sich auf der EXPO präsentieren wird, kann jetzt im Detail angeschaut werden unter www.vci.de/chemiedrom/

Adressenliste UmweltmedizinerInnen

Wer Probleme mit MCS oder chemikalienbedingten Allergien hat, kann jetzt einfacher an Adressen kompetenter Ärzte kommen. Die Zeitschrift FOCUS hat dazu eine Datenbank erstellt:

<http://focus.de/D/DG/DGA/DGA03/dga03.htm>

Dann Stichwort Umweltmedizin eingeben, PLZ 1-10 wählen.



Aktionär bei BAYER.

Philipp als Mimkes Kritischer

Baralgan 500

Magen-Darm-Mittel von HOCHST MARION ROUSSEL in Afrika. Metamizol-Kombinationspräparat, in Deutschland wegen schwerer Nebenwirkungen seit 1987 verboten.



Lomofil

„Durchfallmittel“ von GRÜNENTHAL. Wirkstoff: ein Morphin-Abkömmling mit stark euphorisierender Wirkung. Um der Suchtgefahr entgegenzuwirken, wird Atropin beigemischt, was bei Mißbrauch zu Übelkeit und Herzrasen führt. Unsinn im Doppelpack!

Antibiotika

Sehr viele Medikamente (Durchfall, Erkältung u.v.a.) sind mit Antibiotika vermischt, unabhängig von der Indikation. Das führt zu großen Problemen der Resistenzbildung. Antibiotika in der Massenmedikation sind verhängnisvoll!



Neuer Umweltatlas

Die CD-ROM „Ökobase Umweltatlas“ ist jetzt in der Version 2 erschienen. Sie enthält umfangreiche Datenmaterial für Deutschland: Luft, Wasser, Energie, Abfall, Schadstoffbelastungen und vieles mehr. Die Handhabung ist sehr bequem, sie basiert auf einer Deutschlandkarte, in der menschlich in die gewünschten Regionen zoomen kann. Geboten wird eine Fülle von Informationen: Verfahrenstechnik der einzelnen Müllverbrennungsanlagen, Einwohnerzahlen, Luftbelastungen der letzten 5 Jahre usw. Abgerundet wird das ganze z.B. durch Filme, Fotos und Gesetzestexte. Die CD-ROM ist mit DM 30,- inkl. Versand sehr preiswert!

Bezug: Clemens-Höller GmbH, Am Kuckesberg 9, 42781 Haan Tel. 02129/51011

PAN Germany Cotton Connection

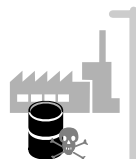
Baumwolle ist eine der pestizid-intensivsten Anbaukulturen überhaupt. Auch die Weiterverarbeitung mit hohem Chemikalieneinsatz bringt eine starke gesundheitliche Belastung für die Arbeitskräfte (und auch für die KonsumentInnen!). Das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN hat jetzt eine Initiative gestartet, ökologisch produzierte Baumwolle den VerbraucherInnen näher zu bringen. Zielgruppe sind größere Institutionen wie Behörden, Kindergärten, Hotels, Kran-

kenhäuser und Gemeindeeinrichtungen. Erste praktische Erfahrungen wurden bereits mit der Umstellung eines Tagungshauses auf Öko-Bettwäsche u.a. gewonnen. Wer Beziehungen zu interessierten Einrichtungen hat, wende sich an das

Pestizid Aktions-Netzwerk PAN/Cotton Connection, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040/3991910-0



- 01.04.00 in Duisburg, Messehalle * **ThyssenKrupp**
- 04.04.00 in Hamburg, CCH * **Norddeutsche Affinerie**
- 14.04.00 in Mannheim, ABB-Casino * **ABB Deutschland**
- 19.04.00 in Berlin, ICC * * * **DaimlerChrysler**
- 27.04.00 in Ludwigshafen, Feierabendhaus * * **BASF**
- 27.04.00 in Berlin * **Schering**
- 28.04.00 in Köln, Messe * * * **Bayer**
- 11.05.00 in Fürth, Stadthalle **Adidas-Solomon**
- 11.05.00 in Frankfurt/M., Jahrhunderthalle **Merck**
- 16.05.00 in München, Gasteig **BMW**
- 19.05.00 in Frankfurt/M., Jahrhunderthalle **Dresdner Bank**
- 23.05.00 in Hamburg, CCH * **Volkswagen**
- 25.05.00 in Köln, Kölnarena * **Deutsche Telekom**
- 25.05.00 in Essen * * **VEBA O-HV**
- 26.05.00 in Frankfurt/M., Jahrhunderthalle * **Commerzbank**
- 30.05.00 in Frankfurt/M., Messe * **Degussa-Hüls**
- 09.06.00 in Frankfurt/M., Festhalle * * * **Deutsche Bank**
- 15.06.00 in Berlin * **Deutsche Lufthansa**
- 21.06.00 in München * * **VIAG O-HV**



Ö-Verteiler "Chemie/Industrie"

• Stichwort Bayer

Zu den Terminen

* * * Gruppen Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre planen größere Proteste vor und in der Hauptversammlung

* * mehrere Kritische Aktionärinnen und Aktionäre werden in der Hauptversammlung sprechen

* voraussichtlich werden einzelne Kritische Aktionärinnen und Aktionäre auftreten

Mitmachen erwünscht. Kontaktadresse: Dachverband der kritischen AktionärInnen Schalckstr. 16 50737 Köln 0221/599-5647 www.kritische-aktionaeere.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

36

Frühjahr 2000

• Kurz notiert



Themenredaktion "Energiewende"

umschalten e.V.
Nernstweg 32,
22765 Hamburg
Tel.&Fax 040/394078
umschalten@freenet.de

Ökostrom – weiße Weste oder schwarze Schafe?

Mithilfe erwünscht!

Wir wollen den Ökostrommarkt weiter beobachten und bitten um Informationen über gute und schlechte Erfahrungen – und auch um Hintergrundinformationen. Wir werden in den Ö-Punkten laufend berichten. So gibt es verschiedene Werbeinhalten der Ökostrom-AnbieterInnen bereits Kritik ... und Kritik an der Kritik. Wir recherchieren. Alle Infos bitte an die Redaktion „Energiewende“.

Und: Die hier geschalteten Anzeigen basieren auf dem Anzeigenbeschuß der „Ö-Punkte“. Danach darf weder für umwelt- noch für menschenfeindliche Produkte geworben werden ... und auch nicht von Firmen, die in ihrem Hauptteil umweltfeindlich oder menschenverachtend agieren. Mehr liegt Anzeigen nicht zugrunde.

Naturstrom Rheinland-Pfalz baut Neuanlagen

Die Naturstrom Rheinland-Pfalz aus dem Westerwald war einer der ersten Ökostromanbieter und hatte sich vom TÜV Rheinland zertifizieren lassen. Das Unternehmen legt viel Wert auf den Ausbau der regenerativen Energie in den jeweiligen Regionen, da Energie verbrauchernah erzeugt werden sollte. Weiterhin wird großer Wert auf eine schlanke Verwaltung gelegt, damit die Erlöse effektiv für die regenerativen Energien arbeiten.

Die Startkapazität von rund 5 Mio. kWh Naturstrom war bereits im ersten Jahr verkauft. Das Unternehmen hat sich verpflichtet, 75% der Kapazitätserweiterung mit Neuanlagen auszubauen. Die restlichen 25% werden zur Besicherung von nicht abgeschriebenen Altanlagen verwendet. Zu den neu unter Vertrag genommenen Anlagen zählt eine Biogasanlage in Kaiserslautern (Bj. 99), drei Windkraftanlagen (Bj. 99) und eine Windkraftanlage des Baujahres 98. Insgesamt wurde die Leistung von 1,3 MW auf 4,3 MW ausgebaut. Somit wurden mehr als 80% der Leistung aus Neuanlagen unter Vertrag genommen.

Ein Gründer der Naturstrom Rheinland-Pfalz ist die Mann Naturenergie GmbH & Co. KG, langjährige Besitzerin und Betreiberin eines Biomasse-Heizkraftwerkes und von mehreren Windkraftträdern. Alle Anlagen wurden im Rahmen der Wiederholungszertifizierung im Dezember 99 durch den TÜV Rheinland überprüft und die Massenbilanz zwischen verkauftem und erzeugtem Strom verglichen. Dadurch hat der Verbraucher die Gewißheit, daß die von ihm verbrauchte Arbeit in Form von regenerativ erzeugtem Naturstrom in das Netz eingespeist wird.

Für das Jahr 2000 ist eine Bürger-Windkraftanlage in Mainz geplant, die unter Beteiligung des BUND initiiert wurde. Um die Restfinanzierung zu reali-

sieren, hat die Bank eine fünfjährige Besicherung der Einspeisevergütung durch die Naturstrom Rheinland-Pfalz gefordert, was auch geschah. Stromabnehmende Vertragspartner der Betreiberin sind die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG und 26 regionale Stromversorger, unter ihnen die Stadtwerke Bonn, Mainz, Ludwigshafen, Mannheim, Speyer und Worms.

Ab sofort wird Gewerbekunden im gesamten Bundesgebiet Naturstrom angeboten. Die Unternehmen bekommen ein Leistungsangebot, welches mindestens 10 % Naturstrom enthalten muß. Bei einem Bezug von 25 % des Jahresstromverbrauchs erhalten die Kunden ein Zertifikat. Für den Naturstrom aus dem Westerwald zahlen die Endverbraucher sieben Pfennige Aufpreis netto pro Kilowattstunde (kWh) bzw. Großkunden einen günstigeren Sondertarif. Gewerbekunden sind bisher die Westerwaldbrauerei, die Debeka sowie Gerling-Versicherungen und die Evangelischen Gemeindeverbände Koblenz. Zuletzt haben die Verbandsgemeinden und der Kreis Westerwald 10% ihres Jahresstromverbrauchs in Auftrag gegeben. Hier wurde erkannt, daß die Verantwortung für die Art der Stromerzeugung im liberalisierten Energiemarkt von den Energieversorgungsunternehmen auf den Endverbraucher übertragen wurde.

Erste "Grüner Strom Label" – Zertifikate vergeben

Als bundesweite erste Stromanbieter haben die Naturstrom AG Düsseldorf und die ASEW Energie- und Umweltservice GmbH & Co KG Köln – ein Zusammenschluss von bisher 18 Stadtwerken mit Ökostromangeboten – das "Grüner Strom Label" erhalten. Durchgeführt hat die Zertifizierung das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg im Auftrag des Grüner Strom Label e.V.

Übersicht im Internet

Der WDR hat eine Übersicht von Ökostrom-Anbietern im Internet veröffentlicht – einschließlich einiger Überprüfungen und Qualitätstipps.

Internetadresse: www.wdr.de/tv/dschungel/oekostrom

Solar



Wagner & Co
SOLARTECHNIK
REGENWASSERNUTZUNG

Moderne Solarsysteme sind technisch ausgereift und preisgünstig. Jeder kann einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

na klar!

Schnell Infos anfordern.

20 Jahre Selbstverwaltung
Wagner & Co - Zimmermannstr.12 - 35091 Cölbe - ☎ 06421/8007-0
Internet: www.wagner-solartechnik.de



Abenteuerliche Solar-Berechnungen in der TAZ

In der TAZ-Beilage vom 29. Januar 2000 fand sich ein Artikel von Leo Frühschütz mit dem provokanten Titel „Sonne im Geldregen“. Kernaussage dieses Artikels: Wer gleichzeitig die 99 Pf/kWh des neuen EEG (erneuerbare Energien Gesetz) und für 55% der Investitionssumme einen 100.000-Dächer-Kredit und für den Restbetrag einen Kredit der KfW wahrnimmt, dessen Solaranlage amortisiert sich nach gut 18 Jahren. Leider ist diese Aussage fahrlässig falsch. Drei Gedankenfehler in dem Frühschütz-Artikel kann man auch ohne Rechenkünststücke leicht herausfinden.

Der Autor schreibt: „Mit den Zinsen müssen insgesamt rund 55.000 DM zurückgezahlt werden. Da die Anlage 3.000 kWh im Jahr erzeugt und damit rund 3.000 DM einbringt, hat sie sich nach gut 18 Jahren amortisiert.“ Das ist falsch! Zwar bringt die Anlage 3000 DM im Jahr ein, aber mit den Einnahmen aus der Einspeisevergütung müssen auch noch die Betriebskosten abgedeckt werden, also Versicherung, Wartung und Zählermiete. Diese betragen etwa 770 DM jährlich. Für die Rückzahlung der beiden Kredite stehen also nicht 3000, sondern nur 2230 DM jährlich zur Verfügung.

Außerdem müssen die beiden Kredite nicht erst in 18 Jahren, sondern innerhalb von 10 Jahren zurückgezahlt wer-

den. In 10 Jahren hat die Anlage aber erst 22.300 DM eingebracht. Grob gerechnet fehlen dem Betreiber somit nach 10 Jahren bereits 32.700 DM. Dieses Fehlbetrag muß er auf dem freien Kapitalmarkt decken, wobei die dort zu entrichtenden Zinsen seine Anlage wohl endgültig in die roten Zahlen treiben würden.

Nun zu dem dritten Gedankenfehler. Der Autor schreibt weiter: „50.000 Mark in Solarmodulen bringen 3.000 Mark im Jahr; also sechs Prozent. Viel besser sind Pfandbriefe auch nicht“. Diese Aussage ist sehr realitätsfern. Bei Pfandbriefen bekommt man schließlich das eingesetzte Kapital zurück. Bei der von Frühschütz erwähnten Beispielanlage aber nicht!!!

Die vorgesehene Förderung von 99 Pf/kWh zusammen mit dem 100.000 Dächerprogramm-Kredit ist zwar eine gute Hilfe für Menschen, die sich ohnehin für eine Solaranlage interessieren. Doch wer den Lesern der TAZ einredet, nunmehr seien Solarstromanlagen wirtschaftlich, man könne sogar Geld damit verdienen, traut diesen Lesern wohl nur wenig wirtschaftlichen Sachverstand zu und schadet der Sache, weil er Erwartungen weckt, die gar nicht gehalten werden können.

Wolf von Fabek, Solarenergie-Förderverein, Herzogstraße 6, 52070 Aachen, Tel. 0241-511 616



Ökostrom von unten

Das Institut für Ökologie hat eine Ideenskizze verfaßt für Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften. Der Plan ist, statt eines ruinösen Wettbewerbs nach neoliberalen Muster die Frage des Verbrauchs und der Erzeugung in regionalen Entscheidungs- und Planungsprozessen umzusetzen. Dafür suchen wir: Erstens die Ökostrom-Anbieter, die darauf Lust haben, zweitens regionale Energie-Inis und drittens Infozentren, die mit solchem Strom versorgt werden und dafür werben wollen. Siehe auch S. 62.

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

• Kurz
notiert

37

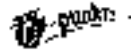
Sorry ...

Durch ein Mensch-Computer-Problemchen sind etliche Texte in der Redaktion verlorengegangen ... und folglich nicht hier dabei.



Ö-Verteiler
"Energiewende"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

38

Frühjahr 2000

• Kurznotiert



Themenredaktion "FreiRäume"

Bisher nicht besetzt. Diesmal stellte Jörg Bergstedt in der Endredaktion die Rubrik zusammen.

Aber ...

Ab sofort ... NE! Red. FreiRäume Brunnenstr. 183 10119 Berlin

Saasen: Wieder offen!

Kleine Hoffnung für das politische Zentrum im Kreis Gießen: Inzwischen ist das Haus wieder bewohnt – wenn auch nur vorübergehend bzw. ab März von ganz wenigen, die auf weitere hoffen. Die Projektwerkstatt, die sich selbst als Teil radikalpolitischer Bewegung versteht und in der Vergangenheit Versuche der Etablierung zwar abwehren konnte, sich dabei aber die gesamte Polit-WG auflöste, kann nun wieder als politischer Raum und vor allem als Tagungshaus genutzt werden – eine spannende Gruppenunterkunft zu Selbsteinschätzungspreisen in einem politischen Umfeld mit Bibliotheken, Aktionsräumen und mehr.

Infos unter <http://come.to/projektwerkstatt> oder per Post: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/903283 (siehe Anzeige S. 60).

AZ in Heidelberg wieder geräumt

Das vom „unabhängigen Komitee kein Tag ohne Autonomes Zentrum“ besetzte Gebäude ist gegen Mittag des folgenden Tages von der Polizei gewaltsam geräumt worden. Die Bahn AG, Besitzerin des Gebäudes, hatte einen Strafantrag gestellt, der trotz anderslautender Versicherungen von der Polizei sofort verfolgt wurde. Alle Verhafteten kamen bis zum Abend wieder frei. In der Innenstadt gab es eine spontane Demonstration.

<http://www.autonomes-zentrum.org>



Grosse-BesetzerInnen-Demo in Amsterdam

Mit internationaler Unterstützung wurde für das seit 1996 besetzte Haus und Kulturzentrum „Entrepotdok“ demonstriert. Insgesamt 1500-2000 Menschen waren an der Protestdemonstration gegen die drohende Räumung beteiligt. Ausgehend vom „Westermarkt“ (im Westen der Stadt .. wen wundert's?) ging die Route durch die Innenstadt Amsterdams.

Bereits zu Beginn der Demo sprachen zwei BewohnerInnen des „Entrepotdoks“ und erzählten den Werdegang ihres Ende 1996 besetzten Hauses. Nach weiteren Redebeiträgen begann die Demonstration unter den Klängen einer Punkband, welche die gesamte Demo musikalisch vom LKW aus erheitern durfte.

<http://www.jungewelt.de/2000/01-13/014.html>

Neue Besetzung: Autonomes Zentrum in Münster Linksradikal ins nächste Jahrtausend!

Was selten geworden ist, gelang in der Silvesternacht in Münster: Eine leer- und zum Abriss stehende Schule wurde besetzt. Seitdem läuft dort ein umfangreiches Programm ... ein buntes, lebendiges und autonomes Zentrum ist entstanden. Die Ö-Punkte dokumentieren ein Flugblatt der BesetzerInnen.

„Heute zum Jahreswechsel haben wir uns die Räume genommen, die wir für unsere guten Vorsätze benötigen: Die ehemalige Uppenbergschule im Nordviertel (Schulstraße) ist besetzt! Wir laden Euch ein, beim gemeinsamen Aufbau eines selbstverwalteten, autonomen Zentrums mitzumachen.

Damit wir ab jetzt genug Räume haben, um uns selbst zu organisieren, unser Kreativität Platz zu geben, zu leben, zu lieben, zu lachen und zu feiern und uns gegen Umstrukturierung und Säuberung der Städte, gegen die alltägliche Verwertung und Entfremdung durch Lohnarbeit, Konkurrenzdenken und Arbeits-Streß zu wehren. Wir wollen ein selbstverwaltetes Zentrum mit Raum für die verschiedenen subkulturellen, nicht-kommerziellen Aktivitäten und Initiativen, mit Freiräu-

men für alle, die in unserer Gesellschaft durch die Raster fallen, mit klar anti-rassistischem, anti-sexistischem und anti-faschistischem Grundkonsens.

Also: Schaut vorbei, achtet auf Flyer, nehmt an den Veranstaltungen teil, bringt Essen und Material für den Aufbau mit, erzählt es weiter, organisiert Euch, bringt Euch ein! Vielfalt lebt vom Mitmachen! Allerdings brauchen wir in den ersten Tagen einen kühlen Kopf. Laßt also Alk und Drogen zu Hause.

Fei-

ern gegen die Kommerzialisierung der Kultur! Diskutieren statt Entmündigung und Entfremdung! Handeln gegen rassistische Politik! Selbstorganisation statt Konsum!

Leute bleibt heiter, der Widerstand geht weiter!

Kommt zur Uppenbergschule an der Grevenerstr. / Schulstr.!

Unterstützungsgruppe für ein libertäres, unabhängiges Zentrum“

Foto:

„Vokü“ in Münster



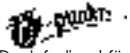
FreiRäume suchen ...

Neue politische WG im Aufbau ... in biologisch ausgebautem Wohnhaus plus Tagungshaus. Nähe Gießen. Gesucht sind Leute, die politisch was losmachen wollen, aber auch Bock haben auf eine gleichberechtigte, spannende WG. Telefon: 06401/903283.

Wer leiht uns Geld? Kommune-projekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1000 Mark, laufzeit ab 3 Monaten, Zinsen bis 3%. Alles weitere unter: Stadtkommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52-54, 28201 Bremen, Tel. 0421/557382

Stiftung in Gründung – als unabhängige Rechtsträgerin autonomer und politischer Häuser, Wagenplätze usw. wir suchen: MitstifterInnen mit Vermögen, Häusern, Schwung und/oder Ideen. Institut für Ökologie, Tel. 04533/792259.

Abgebrannt ... sind wir im wahren Sinne des Wortes. Daher suchen wir als Spenden (fast) alles, was mensch brauchen kann – persönlich (Möbel, Klamotten, Küchenkram usw.) und für die neue Projektwerkstatt in Soest. Infos: 02921/341001



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

40 Frühjahr 2000
● Kurznotiert



Themenredaktion "Gentechnik"

Thomas Schmidt
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel.&Fax 0451/7070646
julpluebeck@t-online.de

Zeitschriften-schau:

BioSkop Dezember 1999

- Schwerpunkt Forschung am Menschen: Humangenetische Projekte S. 9-10
- Gentherapie: Riskantes Heilversprechen S. 12-13
- Gentechnik und Geschäfte: Widersprüche in der Debatte um Patente auf menschliche Gene S. 14-15

GiD 137 Dezember 1999

- Schwerpunkt: Natur und Schöpfungsverständnis
- Züchtungsphantasien S. 3-5
- Würde und Eigensinn der Pflanze S. 18-21

Landwirtschaft und Lebensmittel

- Mehr Erträge, weniger Spritzmittel? Unzutreffende Behauptungen der Industrie S. 25-28
- Bäume: immer mehr gentechnische Veränderungen S. 34

Politik und Wirtschaft

- Perspektiven grüner Gentechnikpolitik S. 51-53

Kongreß Umwelt – Eine Welt – Gentechnik

Vom 30. März bis 2. April und damit während der Veranstaltungsreihe „GENiale Zeiten“ lädt das Ökologiereferat des AstA der Uni Hannover zum Fachkongreß ein: Im Vordergrund stehen Gentechnik und Landwirtschaft bzw. Welt Ernährung; die Bioethik-Konvention; Gene und Medizin; Biopolitik in Agenda und EXPO u.a.m. Es ist Zeit für das Zusammentreffen der TeilnehmerInnen nach Herkunftsregionen eingeplant, so daß die Absprache zukünftiger Aktivitäten möglich ist.

Informationen bei: AstA der Universität Hannover, Ökologiereferat, Welfengarten 1, 30176 Hannover, Tel. 0511-7625061 und Fax 0511-717441; asta@stud.uni-hannover.de

Lob für gentechfreundliche Haltung an Trittin

Nach jüngsten Erkenntnissen sind die ökologischen Risiken genmanipulierter Pflanzen höher als gedacht. Unerwartet schnell wird verändertes Erbgut in Wildkräuter übertragen; Resistenzen breiten sich aus; die Ernteerträge fallen entgegen den Versprechen kaum höher aus; stattdessen belasten neue Gifte die Böden. Während seine europäischen Kollegen daraufhin eine Verschärfung der EU-Freisetzungsrichtlinie für genmanipulierte Pflanzen forderten, bekam Umweltminister Trittin Lob vom Vorsitzenden der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie, BAYERS Forschungschef Pol Bamelis. Trittins Haltung sei im Gegensatz zu der seiner Kollegen konstruktiv und pragmatisch. Er habe die bestehenden Vorschriften deutlich praxisfreundlicher gestaltet. Wen scheren da noch die Programme gegen Gentechnik von gestern, fragt die Initiative Coordination gegen Bayer-Gefahren.

BAYER bleibt der Gentechnik übrigens treu, indem versucht werden soll, einzelne in die Krise geratene und an der Börse billiger gewordene Gentech-Firmen aufzukaufen.

Quelle: Ticker 4/99 der Coordination gegen Bayer-Gefahren

USA: wachsende Zweifel an Gen-Pflanzen

Amerikanische Farmer beabsichtigen, dieses Jahr deutlich weniger genmanipulierte Pflanzen anzubauen als in den letzten Jahren. Das ergab eine nicht repräsentative Umfrage unter 400 TeilnehmerInnen beim Jahrestreffen des größten Bauernverbandes der USA. Als Hauptgrund wurde die fehlende Begeisterung der Europäer für Gen-Food genannt. Man befürchtet sinkende Nachfrage und Preise.

Quelle: 33. Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 25.1.2000

Staatliche Zerstörung von Gen-Soja-Feldern in Brasilien

Seit Ende Dezember 1999 suchen Teams des brasilianischen Agrarministeriums nach Feldern, auf denen genmanipuliertes Soja angebaut wird, um selbige zu zerstören. Ihr Anbau ist seit einigen Monaten gesetzlich verboten. Dennoch werden allein im Bundesstaat Rio Grande do Sul bis zu 1 Million ha Gensojaanbau vermutet. Brasilien ist nach den USA der zweitgrößte Sojalieferant der Welt.

Quelle: @grar.de Aktuell vom 3.1.2000

Britische Regierung gegen Anbau von Gen-Pflanzen

Die englische Regierung will ein dreijähriges Moratorium für den kommerziellen Anbau genmanipulierter Nutzpflanzen verhängen. Bei Freisetzungsvorhaben sollen die Pufferzonen um Versuchsfelder erweitert werden, um Auskreuzungen zu erschweren.

Quelle: GiD 137 Dezemberr 1999

Unerwartete Ausbreitung von Genmanipulationen

Ein in Australien bedeutendes Wildkraut hat eine Resistenz gegen das Spritzmittel Round-Up von Monsanto entwickelt. Bisher wurde von der Firma immer die Meinung vertreten, daß die mit viel Aufwand im Labor künstlich durch Genmanipulation erzeugte Resistenz auf natürlichem Wege nicht zu erwarten sei.

Amerikanische Untersuchungen ergaben, daß genmanipulierte rapsähnliche Arabidopsis-Pflanzen sich viel häufiger mit anderen Pflanzen kreuzen als die natürlichen Varianten. Es kann also nicht länger davon ausgegangen werden, daß ein Entweichen aus dem festgelegten Anbaugebiet unwahrscheinlich ist.

Quelle: Ökologie & Landbau 1/2000



Veranstaltungsreihe „GENiale Zeiten“

Vom 7. März bis 13. April greift der Pavillon in Hannover das Thema Gentechnologie auf. Da trotz wachsender Bedenken um die ökologischen und gesundheitlichen Risiken gut verständliche Darstellungen in der Öffentlichkeit rar sind, soll ein kritischer und sinnlicher Einblick in die Technik und ihre Folgen geboten werden. Wer eine Alternative zum technikeuphorischen Blickwinkel der EXPO sucht, findet hier Kontroverses, Kunst und Kultur rund um alle Aspekte des

Themas. Angesprochen sind vor allem Nicht-Fachleute und Jugendliche, die die sozialen, ethischen und ökologischen Konsequenzen interessiert. Das genaue Programm, u.a. Theater, Ausstellungen, Exkursionen, Streitgespräche, wird auf telefonische Anfrage zugesickt.

Informationen bei: Susanne Müller und Stefan Strobach, Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, Tel. 0511-344558 und Fax 0511-3180615

Bundesweite Aktionswoche gegen Gentechnik

Für den Spätsommer 2000 ist eine bundesweite Aktionswoche gegen Gentechnik im Gespräch. Ziel: Bündelung der kritischen Kräfte und Mobilisierung gegen die Ignoranz der Politik. Kernpunkte des bisherigen Konzepts sind ein Sommercamp mit anschließendem internationalen Kongreß und ein Kunstprojekt. Der Ort des Geschehens wird auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen am 26. Februar in Kassel festgelegt. Alle Aktivitäten hängen von der bisher in Aussicht stehende Finanzierung und einem stärkeren Engagement von Gruppen und Einzelpersonen vor Ort ab. Gesucht sind

Initiativen, die Ideen und Tatkraft in die Vorbereitung und Umsetzung einbringen mögen. Die Diskussion der bisherigen Ideen läuft über die GeN-Mailingliste genForum.

Informationen bei: Hannes Püschel, GeN, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin, Tel. 030-6858030, Fax 030-6841183, gen@gen-ethisches-netzwerk.de, <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de> oder: Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, c/o Dosto, Breitscheidstraße 43 a, 16321 Bernau, Tel. und Fax: 03338-5590, e-Mail aktionsbuenndnis@bernau.net,

Gen-Mais gibt Gift in Boden ab

Gentechnisch manipulierter Mais gibt das infolge der Manipulation von ihm produzierte Insektengift in den Boden ab. Diese Entdeckung machten MitarbeiterInnen der Universität von New York. Dem Mais wurde ein bakterielles Gift-Gen eingebaut, das traditionellerweise im biologischen Landbau als Sprühmittel eingesetzt wird. Die Maispflanzen produzieren das Gift nun eigenständig – das ganze Jahr über. Durch die Wurzeln wird es an den Boden abgegeben. Erst im Mai 1999 hatten andere Wissenschaftler nachgewiesen, daß Raupen des Monarch-Schmetterlings nach Verzehr von Pollen und Blättern derselben Maispflanzen starben.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999

Keine blauen Nelken

Das niederländische Unternehmen Florigene Europe, ansässig im niederländischen Rijnsburg, will vorerst darauf verzichten, eine blau blühende Gentechnelke in Europa zu vermarkten. Das Unternehmen erhielt bereits im letzten Jahr die entsprechende Genehmigung und wollte die Nelke Ende 1999 auf den Markt bringen. Doch nachdem der BUND eine Protestkampagne startete und der Blumenhandel – sowieso schon in Umweltkreisen wegen des hohen Pestizidverbrauchs in Verruf geraten – auf die Aktion empfindlich reagierte, zog die Firma das Vermarktungsvorhaben zurück. Neben Nelken forscht das Unternehmen noch an der gentechnischen Veränderung von Rosen, Gerbera und Lilien. Ziel sind u.a. Pflanzen, die weniger schnell verwelken.

Quelle: GiD 137 Dezemberr 1999

Geklonte Rinder im Essen in Japan

In Japan ist seit 2 Jahren das Fleisch geklonter Rinder im Handel. Wie die dortige Regierung zugab, sind in 4 staatlichen Aufzuchtbetrieben 80 geklonte Kälber geboren worden. Von ihnen sind mindestens 18 getötet und zu Lebensmitteln verarbeitet worden. Verbraucherverbände drohen mit Rindfleischboykott. Unabhängig von diesem Vorgang haben 8 japanische Städte einen weitgehenden Genfood-Boykott beschlossen, z.B. dürfen in den Schulkantinen keine genmanipulierten Lebensmittel mehr verwendet werden.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999

Einzelner Gen-Fisch kann gesamten Artenbestand ausrotten

Nach Erkenntnissen amerikanischer Wissenschaftler kann ein einzelner gentechnisch veränderter Fisch ausreichen,

den ganzen natürlichen Bestand seiner Art auszurotten. Karpfen war ein menschliches Wachstumshormon eingesetzt worden. Solche Fische werden nicht nur größer sondern schneller geschlechtsreif und legen mehr Eier. Weil die größeren Männchen den Weibchen attraktiver erscheinen, können sie innerhalb kurzer Zeit ihre natürlichen Rivalen verdrängen. Die besondere Gefahr besteht nun darin, daß nur zwei Drittel der genmanipulierten Jungfische ins geschlechtsreife Alter kommen, ein Drittel stirbt zuvor. Ein Schrumpfen der gesamten Fischbestände wäre vorprogrammiert. Nach Berechnungen reichen 60 genmanipulierte Fische, um einen Bestand von 60000 Tieren innerhalb von 40 Fischgenerationen aussterben zu lassen.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999

Indigene Völker protestieren

Vertreter indigener Völker haben im Oktober in Genf gegen die Privatisierung von Pflanzenarten protestiert. 300 Millionen Angehörige von rund 5000 indigenen Völkern sind heute mit Pharma- und Nahrungsmittelkonzernen konfrontiert, die sich ihr Wissen aneignen wollen. Die Firmen beabsichtigen das internationale Patentrecht verschärfen. Ziel ist es, auf dem Weltmarkt profitträchtige Monopolstellungen zu erlangen. Die 1995 im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO geschlossenen Abkommen sahen noch vor, Pharmaprodukte sowie Pflanzen und Tiere von der Patentierung auszunehmen. Diese Ausnahmen sollen nun gestrichen werden. Für ärmere Länder würde dies voraussichtlich bedeuten: steigende Arzneipreise, Behinderung des Technologietransfers, Lizenzgebühren für die Nutzung einheimischer Pflanzen und Tiere.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999 und Ticker 4/99 der Coordination gegen Bayer-Gefahren

Menschliches Chromosom entschlüsselt

Die Gene des ersten menschlichen Chromosoms sind von britischen Forschern komplett entziffert worden. Es handelt sich um Chromosom Nummer 22, das zweitkleinste der 23 menschlichen Chromosomen. Es enthält etwa 1,6 % der insgesamt rund drei Milliarden Basenpaaren, aus denen die menschliche DNA besteht. Es setzt sich aus mindestens 545 Genen und 134 sogenannten Pseudogenen zusammen.

Weltweit wird derzeit an der Entschlüsselung menschlichen Erbgutes gearbeitet. Derzeit ist etwa ein Drittel, ca. eine Milliarde menschlicher Genpaare, von öffentlich geförderter Forschung erfaßt worden. Diese Ergebnisse werden veröffentlicht. Eine andere, von der Pharmaindustrie bezahlte Forschergruppe, ist ähnlich weit und will ihre Daten patentieren

lassen. So versucht z.B. die US-Firma Celera Genomics, sich die Patentrechte für 6500 menschliche GENE zu sichern. Der Streit um die Verwendung dieser Daten wird voraussichtlich vor Gericht landen.

Im Jahre 2003 sollen sämtliche Daten zum menschlichen Erbgut vorliegen.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999

Schweiz regelt Gen-Vorsorgeuntersuchungen

Gentechnische Untersuchungen am Menschen sollen in der Schweiz einheitlich gesetzlich geregelt werden. Dem Vorentwurf nach sollen Kinder nach Maß und Diskriminierung aufgrund des Erbgutes ausgeschlossen sein. Kritiker wünschen dennoch mehr Schutz vor den Folgen der Untersuchungen und vor der Weitergabe der Resultate z.B. im Bereich der Krankenkassen. Übrigens soll die Haftpflicht der Hersteller von Gen-Food für die Unbedenklichkeit ihrer Produkte 30 Jahre andauern.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999 und @gr.de Aktuell vom 20.1.2000

Medizin aus dem Ei

US-Firmen haben damit begonnen, in Eiern gentechnisch veränderter Hühner Medikamente zu produzieren. U.a. wird menschliches Interferon produziert, womit bestimmte Krebsformen behandelt werden. Die Firmen rechnen damit, daß ab einer Eierlegeleistung von 200 pro Jahr und mindestens 100 Milligramm Interferon pro Ei ein lukratives Geschäft zu machen ist.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999

Tote durch Gentherapien in USA

Nur vier Tage vor seinem Tod waren dem 18jährigen Jesse Gelsinger an der Universität von Pennsylvania per Gentherapie 2 Gene in die Leber eingeführt worden. Er galt bisher als erstes und einziges Opfer einer Gentherapie. Mittlerweile sind sechs weitere Fälle an die Öffentlichkeit gedrungen.

Quelle: GiD 137 Dezember 1999, Ticker 4/99 der Coordination gegen Bayer-Gefahren und taz 2.2.2000

6-termine

7.3. – 13.4.2000 Hannover
„GENIALE ZEITEN. Kontroversen, Kunst und Kultur zur Gentechnologie“
 Veranstaltungsreihe für Nicht-Fachleute und Jugendliche. Informationen im Kulturzentrum Pavillon unter (0511)344558

30.3. – 2.4.2000 Hannover
Kongreß Gentechnik.
 Informationen beim AstA der Universität Hannover unter (0511)7625061



Ö-Verteiler "Gentechnik"

• Leider keiner.

Mensch und Medizin

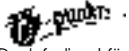
- illegale Forschung am Humangenetischen Institut der Uni Würzburg S. 35-38
- Klonen: Definitionslücken und Doppelmoral S. 40-41

Naturland magazin

- 4/1999
- Gentechnik: Güter Start für infoX-gen.com S. 17

Ökologie & Landbau

- 1/2000
- Schwerpunkt: Herausforderung Genmanipulation
- Gentechnik in der Nutztierzucht – wem nützt sie? S. 14-17
- Hunger und Profit – Gentechnik und Ernährungssicherung in der Dritten Welt S. 18-22
- Gentechnik: Denken, Macht und Geld S. 24-26
- InfoXgen.com: Internet-Marktplatz für Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik S. 29-30



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

42

Frühjahr 2000

• Kurz
notiert



Themenredaktion
"Landschaft/
Naturschutz"

Jörn Hartje,
Institut für Ökologie
Turmstr. 14A,
23843 Bad Oldesloe
Tel. 04533/792259
Fax 04531/792286
Institut@inihaus.de

Zeitschriften-
schau

Natur und Landschaft
(2/2000)

- Pflege und Entwicklung des "Grünen Bandes"
- Landschaftsplanung und Windenergieanlagen (1/2000)
- Erfolgskontrolle bei integrativen Naturschutzprojekten

Naturschutz im Land
Sachsen-Anhalt
(99/Heft 1)

- Zur Bedeutung von Industrie- und Siedlungsbrachen für die Heuschreckenfauna im urbanen Bereich
- Regelungen zu naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch

Naturschutz heute
(1/00)

- Vogel des Jahres: der Rotmilan

Geographische Rund-
schau (2/2000)

- Klettern – Aktivurlaub oder Naturschutz

LÖBF-Mitteilungen
(3/1999)

- Feuchtwiesenprogramm: Erste Erfolge sichtbar

Grünstift (1-2/2000)

- Ausgleichsmaßnahmen

Rot-Grün vertreibt 40.000 Menschen in Indien von ihrem Acker

Was in Deutschland reines Geschäft ist, ist in Indien eine Existenzfrage: Der indische Konzern S. Kumars will ein 400-Megawatt-Wasserkraftwerk am Narmada-Fluss bauen. Alleine für diesen Staudamm müssen 20.000 Menschen ihr Land aufgeben. Dies ist allerdings nur einer von insgesamt 30 Großstaudämmen (Ö-Punkte 4/99 berichtete). Nun berichtet der Regenwald-Report: „das Kapital für das Wasserkraftwerk kommt aus Deutschland: Die Hypovereinsbank aus München will einen 297 Millionen Dollar Kredit geben, und der Siemens Konzern wird mit 17 % Anteil „stiller Teilhaber“, der indischen S. Kumars Firma. Siemens verdient an den Turbinen und der Ausrüstung für das Wasserkraftwerk. Die deutsche Hypovereinsbank und der Siemenskonzern gehen bei diesem Geschäft keinerlei Risiko ein: Die Bundesregierung, d.h. der deutsche Steuerzahler, bürgt für die Rückzahlung der Kredite. Tausende von Indern sind entrüstet und besetzen ihr Land. Auch wir in Deutschland können den Protest gegen Bürgschaften für Großprojekte unterstützen, schreibt Protestschreiben an:

Bundeskanzler der BRD, Dr. Gerhard Schröder, Bundeskanzleramt, Schlossplatz 1, 10178 Berlin, Fax: 030 40002357

Weitere Informationen: Rettet den Regenwald, Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg, 040/4103804, 22337 Hamburg, regenwald@umwelt.envirolink.org, Internet: <http://www.umwelt.org/regenwald>

Flugplatz in Flensburg

Die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz in Flensburg e.V. wendet sich gegen den Ausbau des Flughafens in Flensburg. Dieser ist nach Meinung der Arbeitsgemeinschaft rechtswidrig und der zusätzliche Fluglärm würde über 100.000 Menschen direkt oder indirekt belasten.

Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz
Flensburg e.V.

Bürgerinitiative gegen die LoveParade gegründet

In Berlin regt sich Widerstand gegen die Millionen von Ravern, die jährlich durch den Tiergarten ziehen. Die Paraden der letzten Jahre haben nach Angaben der bewegten BürgerInnen zu irreparablen Schäden in dem denkmalgeschützten Park geführt. Die Bürgerinitiative sieht die Love Parade nicht als politische Demonstration, sondern als reinen Kommerz und meint daher, dass sie auch an einem anderen Ort stattfinden könnte.

Info: Margarete Pape, Wullenweber
Str. 6, 10555 Berlin, 030/3914670

Protestaktion beendet: Umweltschützerin zwei Jahre auf Mammut-Baum

Eine junge Frau, die als Naturschützerin seit rund zwei Jahren in 60 Metern Höhe auf einem Mammut-Baum im Norden Kaliforniens ausharrte, hat sich jetzt mit einer Bauholz-Firma über die Beendigung ihrer Protest-Aktion geeinigt. Julia Hill nannte „ihren“ Mammut-Baum 'Luna'. Über Handy teilte Baumbesitzerin Julia Hill vor wenigen Wochen noch mit, die Gespräche mit dem Konzern Pacific Lumber verliefen positiv. Sie nannte damals aber noch keinen Zeitpunkt für den Abstieg. Hill erläuterte, es gehe um eine Vereinbarung zum Schutz der letzten Redwood-Haine und eine Pufferzo-



ne um den von ihr besetzten Mammut-Baum „Luna“. Die Naturschützerin hatte im Protest gegen die rasante Abholzung der kalifornischen Baumriesen ihr luftiges Redwood-Domizil am 10. Dezember 1997 bestiegen. Während der Zeit auf dem Baum hat sie sich von anderen Naturschützern mit Lebensmitteln versorgen lassen. Sie trotzte auf ihrer rund zwei mal drei Meter großen Baum-Plattform Wind und Wetter und wusch sich mit einem Schwamm und Wasser aus dem Eimer. Nach eigenen Angaben sind Hill und ihre Freunde bereit, der Holzfirma 50.000 Dollar aus Spenden dafür zu bezahlen, dass diese ein Fällverbot in der Gegend erlässt. Ein Sprecher von Pacific Lumber bestätigte dies. Der Firma geht es angeblich vor allem um die Sicherheit der Besetzerin – aber auch darum, dass nicht andere Naturschützer ihrem Beispiel folgen.

Infos im Internet:
<http://www.lunatree.org>

Appell an die Bundesregierung, keine geschönten Zahlen mehr vorzulegen Waldschadensstatistik sagt nicht die Wahrheit

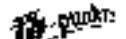
Der Deutsche Naturschutzring (DNR) appellierte heute zur Vorlage der offiziellen Waldschadensstatistik 1999 an die Bundesregierung, zukünftig keine „geschönten“ Zahlen mehr vorzulegen. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen: „Es wird höchste Zeit, die Praxis früherer Bundesregierungen zu beenden und in der Statistik auch die abgestorbenen und herausgeschlagenen Bäume zu erfassen.“ Der Anteil der seit Beginn der Waldschadensstatistik vor rund zwei Jahrzehnten entfernten Bäume hat inzwischen ein beachtliches Ausmaß erreicht und muss zusätzlich berücksichtigt werden.

Seit Jahren sind mehr als ein Fünftel der Bäume deutlich geschädigt. Insbesondere die besonders wertvollen über 60 Jahre alten Baumbestände sind von wenigen Ausnahmen abgesehen fast alle mehr oder weniger stark geschädigt. Besonders schlimm ist der Zustand unserer Waldböden, die inzwischen an vielen Stellen saurer als Essig sind, betonte der DNR. Die hohe Luftverschmutzung durch Stickstoffeinträge aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung und den Abgasen des Straßenverkehrs sind hierfür verantwortlich. Neben diesen Luftschadstoffen tragen nach den Untersuchungen des Umweltbundesamtes vielerorts auch überhöhte Wildbestände zu einer Destabilisierung der

Wälder bei. Im alpinen Raum kommt eine zu hohe Viehdichte hinzu.

Der DNR forderte die Bundesregierung auf, die Weichen für eine naturverträgliche Landwirtschaftspolitik und eine menschen- und umweltgerechte Verkehrspolitik jetzt neu zu stellen. Der Dünger- und Herbizideinsatz in der Landwirtschaft ist in den nächsten fünf Jahren um mindestens ein Drittel zu reduzieren und die Tierhaltung muss in ein vertretbares Verhältnis zur betriebseigenen Wirtschaftsfläche gestellt werden (maximal 1,5 Großvieheinheiten je Hektar). Bis zum Jahre 2020 ist der Anteil des ökologischen Landbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von derzeit 2% auf 50% drastisch zu erhöhen! Der motorisierte PKW und LKW-Verkehr darf nicht mehr weiter anwachsen, sondern muss schrittweise reduziert werden. Dazu ist die Mineralölsteuer um 30 Pfennig je l jährlich in den nächsten 10 Jahren anzuhängen und eine europaweite Schwerverkehrsabgabe für den LKW-Verkehr einzuführen. Darüber hinaus muss der durchschnittliche Flottenverbrauch für Kraftfahrzeuge auf maximal 5 l pro 100 km bis spätestens 2005 in Europa verbindlich festgelegt werden.

Infos: DNR, Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn, Tel: 0228/35 90 05, Fax:
35 90 96

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

● Kurz
notiert

43

Naturschützer verkünden Elbe-Moratorium Uneinigkeit um Elbe-Erklärung zu Baumaßnahmen: Auch Bagger sollen vorerst ruhen

Die Naturschutzorganisationen NABU, BUND und WWF haben die Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium und der Bundeswasserstrassenverwaltung zur sogenannten „Elbe-Erklärung“ wegen mangelhafter Ergebnisse unterbrochen.

Damit reagieren sie enttäuscht darauf, dass die Verhandlungen über Baumaßnahmen an der Elbe nach drei Jahren nun festgefahren sind. Gleichzeitig fordern die Naturschützer, die Bagger ruhen zu lassen, bis man zu einer Lösung gekommen sei. Das Ministerium will jedoch auch im Jahr 2000 trotz knapper Kassen die Bauarbeiten an der Elbe fortsetzen. Obwohl die Naturschutzorganisationen einen mit der Wasserstrassenverwaltung abgestimmten Kriterienkatalog erstellt haben, der Vorschläge für umweltverträgliche Baumaßnahmen enthält, werden diese weiterhin in alter Weise ausgeführt. Damit werden nach Ansicht der Naturschützer Fakten geschaffen, die nicht im Sinne der Elbe-Erklärung sind. „Wir wollen nicht aus den Verhandlungen aussteigen, doch unter diesen Bedingungen kann es nicht weitergehen. Wir warten nun auf einen Schritt der Wasserstrassenverwaltung“, erklärte Georg Rast, Mitglied der „Arbeitsgruppe Elbe-Erklärung“ für den WWF. Seit der Wende werden an der Elbe Buhnen und Ufer befestigt, um die Schiffbarkeit zu verbessern. Diese Eingriffe schädigen Deutschlands naturnächste Flusslandschaft nachweislich. Genau dies sollte die Elbe-Erklärung vom 5. September 1996 verhindern. Auch das Bundesamt für Naturschutz hat hierzu schon mehrfach öffentlich Stellung bezogen und dafür plädiert, die Bauarbeiten einzustellen, bis klar ist, wie man derartige schädliche Auswirkungen vermeiden kann. Die Elbe-Erklärung, initiiert durch die Michael-Otto-Stiftung für Umweltschutz, wurde vom damaligen Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann und vier Umweltorganisationen unterzeichnet. Die Naturschützer erwarten nun von Bundesverkehrsministerium und Wasserstrassenverwaltung konstruktive Vorschläge, um die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Weitere Informationen bei: Georg Rast, Referent für Wasserbau, WWF-Auen-Institut, Tel.: 0 72 22/38 07-22, Rocco Buchta, Flussexperte des NABU, Tel.: 03 38 72 / 74 31-4, E. Paul Doerfler, Leiter des BUND-Elbe Projekts, 0171 /18 32 194



7.-9. Juni 2000 in Bamberg

**„25. Deutscher Naturschutztag:
Grenzenloser Naturschutz“**Info: BBN, Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, Fax
0228/8491-200

Kommentar:

WWF betreibt weiter Ökoimperialismus!

Der WWF weiß wie die Welt gerettet werden kann. Mit seinem neuen Projekt „Global 200“ spielt er sich als „Arche Noah“ auf, es geht ihm dabei darum, „ökologische Schlüsselregionen“ zu erhalten, so der Präsident des WWFs Carl-Albrecht von Treuenfels: „Wenn es gelingt, 232 ökologische Schlüsselregionen der Erde zu schützen, lassen sich 90 Prozent der biologischen Vielfalt bewahren.“ Das erfreut doch PolitikerInnen und KapitalistInnen gleichermaßen, Natur ab ins Reservat (am besten noch durch Polizei und Zaun gegen die bösen Menschen geschützt) und auf dem Rest der Flächen kann dann der Kapitalismus in vollen Zügen genossen werden.

Für diese hehren Ziele spannt der WWF dann auch schon mal allerlei zweifelhafte Sponsoren ein: „Das Mitarbeitermagazin 'Lufthansa' ruff seine Leser dazu auf, die WWF Initiative 'Global 200' mit einer Spende von 200,- DM zu unterstützen. Jede Mark schützt die wichtigsten Öko-regionen unseres Planeten. Als Dankeschön wird der Name des Sponsors auf einen von insgesamt 135.000 Teilchen im größten Puzzelkunstwerk der Welt eingraviert. Diese Weltkarte des Lebens wird rund um den WWF-Pavillon auf der EXPO 2000 in Hannover entstehen.“ Für die EXPO hat sich der WWF dann auch einen ganz besonderen Sponsor für seine Regenschirmhalle auserkoren: VW do Brasil, einem der größten Regenschirmhersteller. Gleichzeitig wurde die indigene Bevölkerung, die die EXPO nutzen wollte, um auf die Zerstörung des Regenwaldes hinzuweisen, ausgeladen. Begründung: Sie (die indigene Bevölkerung) würde nichts zu Erhalt des Regenwaldes beitragen. Auch in Indien hat sich der WWF bereits damit hervorgetan, in Zusammenarbeit mit Militär und Regierung ganze Regionen zum Schutz des Tigers zu entvölkern.

Der WWF ignoriert die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, die meist über Jahrhunderte von und mit der Natur gelebt haben. Stattdessen macht er gemeinsame Sache mit den Großkapital, das nur ein Interesse hat: Möglichst große Kapitalerträge! Natur- und Umweltschutz tauchen da nur als Feigenblatt auf, das eigentliche Ziel ist: alles der kapitalistischen Verwertungslogik zu unterwerfen. Da ist der unkritische WWF eine willkommene Unterstützung.

Mittlerweile dürfte sich auch herumgesprochen haben, daß die Erhaltung von Arten nicht nur auf bestimmte Gebiete beschränkt bleiben darf. Wenn die Umgebung gleichzeitig weiter zerstört wird führt dies eben häufig nicht zum Erhalt der geschützten Arten. Reservate tragen aber zur allgemeinen Ablehnung des Naturschutzes bei und führen damit auf Dauer zur schlechteren Ausgangsbedingungen für die Durchsetzung von Naturschutz. Das ist für den WWF aber scheinbar kein Problem. Mit den „richtigen“ Verbündeten (Militär/Polizei, Großbetriebe und Regierungen) lassen sich auch Naturschutzprojekte gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen.

Wer Naturschutz mit Macht und Geld – ohne die Menschen wirklich zu überzeugen – weltweit durchsetzt, handelt imperialistisch. Stoppt den modernen Imperialismus im Ökogewand, stoppt den WWF!

Infos:



Zum Naturschutz „von unten“ gibt's bei der Themendekation und unter <http://go.to/umwelt>.

Zum WWF-Projekt steht einiges im Internet: <http://www.global200.de>

Watt: Kritik an Verbänden

Naturschutzabbau funktioniert in Niedersachsen ganz ohne CDU-Regierungsübernahme und mit Hilfe von anerkannten Naturschutzverbänden ganz einvernehmlich mit SPD und Bündnisgrünen.

Die ohnehin schlappe Verordnung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer (zum Schutz der Tier und Pflanzenwelt!) wurde mit Unterstützung der beteiligten anerkannten Naturschutzverbände (oder besser deren Funktionäre) und der Bündnisgrünen 1999 in ein Nationalparkgesetz umgewandelt. Wortlaut 1:1. Mitarbeiter der Untergliederungen wurden vorher nicht befragt.

Die Naturschutzverbände hatten noch vor einigen Jahren vehement gegen diese Nationalparkverordnung gestritten und Verbesserungen vom Land Niedersachsen eingefordert, z.B. in Nationalparkbilanzen und mit Argumenten der trilateralen Regierungskonferenzen zum Schutz des Wattenmeeres. Davon ist jetzt kaum noch die Rede.

Als das Gesetz verabschiedet war, merkten die Verbände, dass sie nun gesetzlich einige Klagemöglichkeiten eingebüßt hatten, sie waren also vom Land betrogen worden.

Nicht nur das: Die Inselkommunen in Ostfriesland drängen auf Herausnahme einiger Strandbereiche aus dem Nationalpark, gefolgt von den Küstenkommunen. Die ersten konkreten Gespräche fanden dieserhalb bereits hinter verschlossenen Türen mit den Inselkommunen am 14. Februar 2000 in Aurich statt. Die Demontage des auch hier ungeliebten Nationalparks hat begonnen. Das ganz junge Nationalparkgesetz wird voraussichtlich noch in diesem Jahr im Sinne der Tourismuslobby novelliert werden. In Ostfriesland werden jährlich ca. 13 Millionen registrierte Übernachtung verzeichnet, Häuser unter 8 Betten werden nicht erfasst, ebenso wenig die Tagesgäste.

Die Naturschutzverbände konzentrieren ihren Wattenmeerschutzes derzeit auf die Nationalparkhäuser, mit diesen sind sie vom Land und den Kommunen abhängig. Verbandsnaturschutz findet im niedersächsischen Wattenmeer also zur Zeit überwiegend im Saale statt.

Konferenz der Natur- und Umweltschutzverbände Ost-Friesland, Manfred Knake, 2627 Esens und Reiner Schopf, Vogelinsel Memmert

Info zur Position der Umweltverbände: www.wwf.de

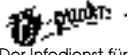


Ö-Verteiler "Landschaft/ Naturschutz"

- NABU Saarland
- BUND Thüringen, Nordrhein-Westf., Niedersachsen
- Grüne Liga Thüringen, Sachsen

Zum Text

Aus dem Internet. Der Text stammt von den angegebenen Personen, die selbst an der "Basis" von anerkannten Verbänden arbeiten.



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

44

Frühjahr 2000

• Kurznotiert



Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel&Fax
0451/7070646
jupluebeck
@t-online.de

Zeitschriften-schau

Naturland magazin 4/99

- Ökologische Züchtung für den Ökolandbau
- Fischzucht
- Ökolandbau in Rußland

bioland 6/99

- Schwerpunkt:
- Sozial Projekte auf Biohöfen
 - Weißmehlprodukte
 - Gemüse für Direktvermarkter

Ökologie & Landbau 1/00

- Schwerpunkt: Herausforderung Genmanipulation
- Vermarktung von Lebensmitteln in Europa
 - Bioberichte im Betriebsrestaurant
 - Biologische Vielfalt

Kulturpflanzenvielfalt und biologische Pflanzenzüchtung

Nur 1 Promille der Ökoanbauflächen werden mit alten Sorten bestellt. Ursache sind die mangelnde Wirtschaftlichkeit und pflanzenbauliche Schwächen wie z.B. mangelnde Standfestigkeit. Alte Sorten sind hingegen für Züchter interessant, die diese als Kreuzungspartner benötigen.

In der Praxis bewähren sich moderne Sorten, die z.B. auch unter den Bedingungen des Ökologischen Landbaus gezüchtet wurden. Vordringlichstes Ziel des Ökolandbaus ist der Ausschluß gentechnisch veränderter Pflanzen bei der Züchtung. Für eine breite Basis eines vielfältigen Sortenspektrums muß es gelingen, auch die konventionellen Züchter für die Belange des Ökolandbaus zu gewinnen. Langfristig interessant erscheinen auch spezielle Züchtungen für den Ökolandbau, bisher steht die Erhaltungszüchtung allerdings im Vordergrund.

Quelle: Naturland magazin 4/99

Arche noah Biogene

Mit dem Projekt Arche noah Biogene setzt sich das Forschungsinstitut biologischen Landbau (FiBL) für die Sicherung der Gentechnikfreiheit in der Bioproduktion ein. Über drei hauptsächliche Gefahrenherde kann die Gentechnik in die Bioproduktion einsickern: Saatgut, Futtermittel und Hilfsstoffe. International mit anderen Organisationen wird an diesem Ziel gearbeitet, z.B. beim Aufbau eines Netzwerks für biologisches Saatgut aus 14 europäischen Ländern oder einer Informationsdrehscheibe, in der im Internet unter www.biogene.org Infos für Biobäuerinnen, Konsumentinnen, Handelsfirmen, Verbände etc. über die gentechnikfreie Produktion zur Verfügung gestellt werden.

Quelle: Ökologie & Landbau 1/00

Ökolandbau in Rußland

Rußland wird zu ca. 89% von Ex-Kolchosen, 5% Privatlandwirten und 6% von Kleinlandwirten u. Schrebergärtnern bewirtschaftet. Erstaunlich hoch ist die Produktivität der Kleinlandwirte: Sie erwirtschaften 35%, die Ex-Kolchosen nur 60% der landwirtschaftlichen Produktion. Kleinlandwirtschaft und Schrebergärten sind für viele Familien Basis der Selbstversorgung. Um die Städte herum herrscht auf diesen Feldern fast monokulturell die Kartoffel vor.

EkoNiva MO ist der einzige Anbauverband des Ökologischen Landbaus in Rußland. 1999 bewirtschafteten 24 Betriebe 10.200 ha Ackerland, die von EkoNiva MO zertifiziert wurden. Nach der Wirtschaftskrise Rußlands, fallen häufig die weniger fruchtbaren Böden brach und verbuschen. Angebaut wird: Buchweizen, Roggen, Sommergerste, auf den

besseren Böden Weizen, Zuckerrüben, Hirse, Sonnenblumen, Erbsen, Silo- u. Körnermais, Hafer-Erbsen-Gemenge (Grünfütter) und Luzerne. Für die Betriebe war es nicht aufwendig auf den Ökologischen Landbau umzustellen, da i.d.R. kein Geld für Kunstdünger und Pestizide vorhanden ist. Um an Betriebsmittel zu kommen, muß der Betrieb ein Teil seiner Ernte zu einem schlechten Preis verpfänden. Kredite gibt es nicht. Die Betriebe sind meist Pflanzenbauern, da die Tierhaltung meist keinen hohen Stellenwert besitzt.

Der Wendepunkt der russischen Landwirtschaft markiert den 17. August 98, als der Rubel zum „Freien Fall“ freigegeben wurde. Vorher stammten 90% der tierischen Produkte für die Ballungszentren aus der EU und den USA, die unter Weltmarktniveau diese Produkte exportierten. Die Tierproduktion war deswegen in Rußland stark rückläufig. Heute steigen die Preise insbesondere für tierische Produkte an.

Quelle: Naturland magazin 4/99

Wasserschutznovelle behindert Ökolandbau

Das Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg hat zur Reduzierung von Nitratbelastungen und zur Vermeidung des Eintrags von Pflanzenschutzmitteln in das Grundwasser einen Entwurf zur Novellierung der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO) vorgelegt. Für den Ökolandbau, bei dem die Nitratgehalte im Grundwasser in der Regel deutlich geringer sind als bei konventionellen Betrieben, bringt die Novellierung kaum zu erfüllende Regelungen. So soll eine Herbstbegrünung mit einem hohen Anteil an stickstofffixierenden Zwischenfrüchten verboten werden. Der Anbau von Leguminosen ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil der Fruchtfolge im Ökologischen Landbau.

Infos: Andreas Hopf, Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg, Eugenstraße 21, 72622 Nürtingen, 0 70 22-9 32 66-45, Fax -50

Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit



Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz
Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/Nachhaltigkeit, Anbiederung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz
Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag, 39,80 DM.
- **CD "Agenda, Expo, Sponsoring"**
Gescannte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag, 49,80 DM
- **Gesamtpaket** (2 Bände plus CD):
115 DM pro Paket.
- **Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten. A4, je ca. 70 S., je 12 DM.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
Tel. 04531/4512, Fax 7116

Umweltschutz von unten ... <http://go.to/umwelt>

Positiver Einfluß des Ökolandbaus auf Ackervegetation von Großschlägen

Der Ökologische Landbau stellt aus Naturschutzsicht eine gute Alternative zum konventionellen Landbau dar, da dieser nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und Schutz gefährdeter Ackerwildkräuter leistet, sondern sich auch eine vielfältige Ackervegetation in Abhängigkeit von kleinräumig variierenden Standortbedingungen etablieren kann.

Die Ursache für diese innere Schlagvielfalt ist mit dem Verzicht auf externe Steuerungsmechanismen wie mineralische Düngung und Pestizideinsatz begründet. Auf Großschlägen des Ökolandbaus wird die standörtliche Heterogenität durch die Bewirtschaftungsmethoden deutlich geringer als im konventionellen Landbau nivelliert, mit dem Ergebnis,

daß die Ackervegetation dieser Großschläge von vielfältigen, artenreichen und unterschiedlichen Vegetationsbeständen geprägt wird. Standörtlich heterogene Ackerschläge haben vielfältigere Vegetationsbestände als Äcker mit geringeren Standortheterogenitäten. Unter konventioneller Bewirtschaftung ist die Vegetation des gesamten Ackers weitgehend homogen, stark verarmt und es werden keine typischen Pflanzengesellschaften ausgebildet. Die standörtliche Heterogenität hat unter konventioneller Wirtschaftsweise fast keinen Einfluß mehr auf die Vegetation.

Quelle: J. Richter, Diplomarbeit an der Universität, Vergleichende vegetationskundliche Untersuchungen auf konventionell und ökologisch bewirtschafteten Flächen



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Frühjahr 2000

● Kurz notiert

45

Internet:

Viele Links, Termine und Hintergrundinfos: www.soel.de

Informationsdreh-scheibe für gentechnikfreie Produkte: www.biogene.org

Datenbank Infoxen für eine Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik: www.infoxen.com

Nachrichtendienst Landwirtschaft & Naturschutz: www.agrar.de

Schwerpunktstudium Ökolandbau

Seit Beginn des Wintersemesters 1999 gibt es an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Uni Bonn ein „Schwerpunktstudium ökologischer Landbau...“. Es ist im Hauptstudium nach dem Modulsystem aufgebaut. Durch Ergänzung und Kombination mit geeigneten Modulen aus dem Lehrangebot anderer Fachdisziplinen besteht für die Studierenden die Möglichkeit, das Studium individuell auszurichten.

Kontakt: Prof. Dr. Ulrich Köpke, Uni Bonn, Institut für Organischen Landbau, Katzenburgweg 3, 53115 Bonn-Poppelsdorf, 02 28-73 56-15, Fax -17

Neues EU-Logo

Zukünftig können mit einem Logo in grün-blauer Farbe mit Korn-Ähre und den 12 EU-Sternen Produkte aus Ökologischem Landbau gekennzeichnet werden. Die Kommission billigte am 22.12.1999 den Entwurf des Logos. Mit dem Logo sollen Produkte gekennzeichnet werden, die mind. 95% ökologisch-kontrollierte Inhaltsstoffe enthalten und deren gesamter Herstellungsprozeß, sowie Verpackung und Kennzeichnung überwacht werden. Auf der deutschen Version steht die Bezeichnung „Biologischer Landbau – Ökologischer Landbau“.

www.soel.de



Bio-Landbau-Insel kaufen?

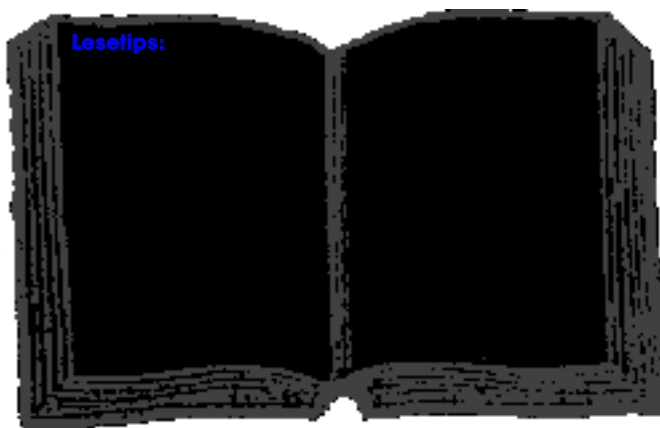
Sainsbury's (engl. Handelskonzern) plant die Übernahme der gesamten Landwirtschaft des Inselstaats Grenada. Die Nachfrage nach ökologisch angebauten tropischen Früchten übertrifft das Angebot bei weitem, deswegen will das Unternehmen die Landwirtschaft Grenadas komplett auf ökologischen Anbau umstellen. Die Regierung zeigte sich interessiert. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor: Rund 80 Prozent der Bevölkerung sind Bauern bei einer Arbeitslosenquote von 16%. Der Lebensmittelgigant hat eine Studie bezüglich der Qualität der angebauten Früchte, der Umstellung zum Ökologischen Landbau und zur Logistik abgeschlossen. Bereits in drei Jahren will Sainsbury's alle für die Supermarktfilialen benötigten biologisch angebauten Bananen, Mangos, Kokosnüsse und Passionsfrüchte von Grenada beziehen.

www.agrar.de

Aufschlag für gentechnikfreie Produkte

Die gestiegene Nachfrage in Europa und Asien nach gentechnikfrei erzeugten Produkten führt zu höheren Erzeugerpreisen. Getreidehändler in den USA wollen sechs Dollar je Tonne Mais und 12 Dollar je Tonne Soja Aufschlag zahlen.

Infos: Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP), Rochusstr. 2-6, D-53123 Bonn, 02 28-97 77-363, Fax -369



Landwirtschaft ohne Gentechnik hat gute Marktperspektiven

Dies besagt eine neue Studie die der Frage nachgeht, ob sich die Schweizer Landwirtschaft einen Verzicht auf Gentechnik leisten kann. Danach bestehen für eine naturnahe Schweizer Landwirtschaft, die Dank innovativer Potentiale im Ökolandbau auf Pflanzen transgener Herkunft verzichtet, ausgezeichnete nationale und internationale Marktchancen. Genmanipulierte Lebensmittel lassen sich in Europa nicht verkaufen. Die Schweizer Landwirtschaft kann das liefern, was eine große Mehrheit wünscht: naturnahe und gentechnikfreie Lebensmittel.

Der Vergleich bei Kartoffeln, Weizen, Mais, Raps, Salat und Reben zeigt, daß von gentechnischen Ansätzen für wichtige Anbauprobleme in der Schweiz keine

tiefgreifenden Fortschritte erwartet werden können. Die Anwendung der Gentechnik zementiere eine auf Monokulturen basierende High-Input-Landwirtschaft, welche die hinreichend bekannten Umweltprobleme verursacht. Der Ökolandbau zeichnet sich demgegenüber vor allem dadurch aus, daß er nicht isolierte Einzel-faktoren bekämpft, sondern daß seine Lösungsansätze auf einem umfassenden System vieler verschiedener Maßnahmen basieren.

Die Studie „Zukunftsmodell Schweiz – eine Landwirtschaft ohne Gentechnik?“ ist kostenlos zu beziehen bei: FIBL, Postfach, CH-5070 Frick, Email: admin@fibl.ch oder im Internet: www.fibl.ch/studielw.htm

Ö-terminale

28.-29.3.00 in Magdeburg
Landwirtschaftliches Direktvermarktungs-Seminar
 Bioland Landesverband Hessen/Thüringen/Sachsen-Anhalt, Lendorfer Str. 28, 35305 Grünberg, 06401-9170-O, Fax -20

Ende März/Anfang April (dreitägig) in Scheyern bzw. Freising Weihenstephan
Ansätze zur Indikatorenfindung für eine nachhaltige Landwirtschaft in den Bereichen Landschaft & Biodiversität
 Arbeitskreis Agrarökologie der Gesellschaft für Ökologie, Biologische Bundesforschungsanstalt, Messeweg 11/12, 38104 Braunschweig, 0531-299-4506, w.buechs@bba.de

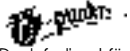
1.-3.4.00 in Nürnberg
Direkt Markt – Fachmesse für landwirtschaftliche Direktvermarkter
 Henning Kniep, Fachausstellungen Heckmann GmbH, Pt. 2665, 30026 Hannover, 0511-990950, info@fh.messe.de, www.heckmanngmbh.de

25.-31.8.00 in Basel
IFOAM 2000
 The world grows organic:
 Internationale Wissenschaftskonferenz des Ökolandbaus mit Seminaren, Ausstellungen, Exkursionen und Publikumsveranstaltungen.
 Veranstalter: IFOAM (International Federation of Organic Agriculture Movements), Urs Meier, FiBL, Ackerstr., CH-5070 Frick, +41-62-865 72 72, ifoam2000@fibl.ch



Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

46

Frühjahr 2000

• Kurz notiert

BürgerInnenstiftungen

In einer Reihe von Städten sind in den letzten Jahren neue „Bürger-“ und „Stadt“-Stiftungen entstanden, um die private Spendenbereitschaft für das Gemeinwesen zu aktivieren. Ziel ist dabei, konkrete Projekte im Stadtgebiet zu realisieren und damit die BürgerInnen der Stadt als SpenderInnen anzusprechen. In einem neuen Buch sind die Möglichkeiten aufgezeigt.

E. Becker/A.C. Wolf: *Stiften findet Stadt. Zu bestellen bei der Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn. 12 DM.*

Bayrischer Senat ist weg!

Der Senat in Bayern besteht seit dem Jahrtausendwechsel nicht mehr. Das Gremium aus Persönlichkeiten ohne demokratische Legitimation wurde durch einen BürgerInnenentscheid gekippt, nachdem vor allem sein Vorsitzender längere Zeit mit Positionen zu Frauenquoten, Bürgerinitiativen usw. Anstoß erregt hatte.

Datenbank kommunal.de

Im Internet kann jetzt zu allen Gemeinden nach Infos gesucht werden. Dazu wurde eine neue Datenbank eingerichtet mit verschiedenen Suchbefehlen.

Adresse: www.kommunal.de

Bremer Richter verhängen Demokratie-Verbot

Erstmals hat ein Landesverfassungsgericht ein Volksbegehren unter Berufung auf das Grundgesetz verboten. Dagegen es um den Versuch von Mehr Demokratie, die Quoren abzuschaffen und das Prinzip „Mehrheit entscheidet“ durchzusetzen, d.h. Enthaltungen auch als Enthaltungen zu werten (im geltenden Recht sind Enthaltungen meist Nein-Stimmen, da BürgerInnenentscheide meist nicht verlieren, sondern an der zu niedrigen Wahlbeteiligung scheitern).

Information: Ralph Kampwirth, 0421/242178

Rot-Grün gegen umfassendes BürgerInnenentscheid-Recht

Harsche Kritik des Landesverbandes von Mehr Demokratie erntete der neue Gesetzesvorschlag für BürgerInnenentscheide in Nordrhein-Westfalen. Zwar würden die Eingangshürden und Quoren gesenkt, aber der umfangreiche Ausnahmekatalog solle unverändert erhalten bleiben. So würden viele umweltrelevante Punkte nachwievor nicht abgestimmt werden dürfen, z.B. zum Abfall-, Immissionsschutz- und Wasserrecht. Für Thorsten Sterck, Pressesprecher von Mehr Demokratie, bleibt der Gesetzentwurf von Rot-Grün sogar hinter den Vorschlägen der CDU vom letzten Jahr zurück.

Info: www.mehr-demokratie.de/nrw



Themenredaktion "Politik von unten"

Jörg Bergstedt, c/o O-Punkte Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen Tel. 06401/90328-3, Fax -5 oe-punkte@gmx.de

Thomas Fiedler c/o ICC, Haus der Demokratie Friedrichstr. 165, 10117 Berlin Tel. 030/2045-3190, Fax -5857 icc-cic@t-online.de

Von links und rechts gegen das Kapital?

Emanzipatorische und nationale Politik passen nicht zusammen!

4.2.2000: Im "Nit-Forum", einer Sammlung "nationaler Nachrichten" aus entsprechend rechter Ecke erscheint ein Text unter der Überschrift "Expo 2000 – die Pflicht zum Widerstand!". Dann folgt u.a.: "Alle Aktivisten für die Befreiung aus der globalkapitalistischen Knechtschaft und den Kampf für eine freie, selbstbestimmte und gerechte Welt sind aufgerufen, sich in größtmöglichen Umfang an den Anti-Expo-Aktionen zu beteiligen."

Nach der Einleitung folgt ein langes Zitat – aus Papieren von Anti-Expo-Gruppen, u.a. der Gruppe Landfriedensbruch. Und dann: "Ich halte es für unbedingt notwendig, daß der Nationale Widerstand in Hannover präsent ist. Auch und gerade weil die Mehrheit der Anti-Expo-Aktivisten antinational ist, müssen wir mit einem nationalistischen Alternativkonzept vor Ort sein. Sicherlich ist es politisch wie strategisch höchst unklug, wenn z.B. ... Junge Nationaldemokraten dort mit schwarz-weiß-roten Fahnen aufmarschieren und rumtrommeln. Der NW wird so niemals Erfolg haben, weil dieses Auftreten den Menschen Angst macht, nicht aber das bewirkt, was wir wollen, nämlich Identifikation und Solidarität mit dem Volksbefreiungskampf. Außerdem heißt es ganz klar, was wir – rechte, linke usw. – hier und jetzt gemeinsam loschlagen müssen, dabei sind die unproduktiven Nebenkriegsschauplätze des

"gegen Zecken" oder "gegen Nazis" mehr als störend."

Es folgen Aufrufe zum Widerstand. Zudem gibt es inzwischen einen Aufruf zum Nazi-Aufmarsch am 1.5. in Hannover – gegen die Globalisierung und Expo 2000.

Sind Rechte emanzipatorisch?

Mit ihnen seit einiger Zeit deutlich zunehmenden Versuchen, emanzipatorische und rechte, z.B. nationalistische Gruppen zu vereinen, soll die Bildung einer gemeinsamen volksfrontähnlichen Struktur gebildet werden. Der Feind ist dann etwas anonymisiertes, meist das Kapital, oft sogar nur das nicht-deutsche Kapital (z.B. das amerikanische, Vodafone oder auch das "raffende Kapital" mit antisemitischem Unterton). Es bedroht das Volk oder die nationale Integrität.

Schon die Analyse ist falsch. Die Menschen, in den nationalen Kreisen zum "Volk" konstruiert, vom Kapitalismus zu trennen als würde in diesem weder Menschen herrschen noch arbeiten, ist absurd. Wichtiger ist aber noch der Widerspruch zwischen emanzipatorischer Politik und nationalem Denken. Eine Nation ist immer ein Konstrukt, es bedarf der Definition und Durchsetzung von oben – sei es per Bundesgrenzschutz oder über eine Manipulation der Köpfe, also eine soziale Konstruktion,

wer deutsch ist und wer nicht. Denn gefragt werden Menschen nicht danach. Mensch ist deutsch ... oder eben nicht. Per Definition.

Emanzipation aber ist kein Austausch von Herrschaftsformen gegen andere. Wer die Nation oder das Volk gegen das Kapital verteidigt, ist nicht emanzipatorisch. Nation oder Volk sind keine Begriffe, die ein selbstbestimmtes Leben charakterisieren.

Fazit: Emanzipation will das Ende aller Herrschaft

Herrschaft ist vielfältig. Sie reicht von der alltäglichen Unterdrückung innerhalb von Familien oder Gemeinschaften über Machtapparate wie die Polizei oder Behörden bis zum globalen Kapitalismus. Emanzipation will ihr Ende – überall. Emanzipatorische Politik sind die Schritte, das ständige Abbauen von Herrschaft – ebenfalls überall. Was auch immer nationaler Widerstand sein soll, eines ist er nicht: Emanzipatorisch!

Politik von unten, eine Gesellschaft von unten aber ist das Ziel z.B. des Expo-Widerstandes.

Wenn es am 1.5. zum Nazi-Aufmarsch in Hannover kommt, wäre eine gemeinsame Mobilisierung von Anti-Expo-Gruppen und Antifa die richtige Antwort: Gegen Nazis, Nationalismus und Expo 2000!



BürgerInnen-Entscheide

Begehren gescheitert: Stadtwerke werden verkauft

In Ansbach sollten die Stadtwerke zum Teil an den Großkonzern Thüga verkauft werden. BürgerInnen wehrten sich dagegen und kritisierten die geringe demokratische Kontrolle nach einem Verkauf. Jedoch: Es gingen zuwenig Menschen zur Wahl – die Abstimmung scheiterte am Quorum.

Bayern: Regierung stempelt Volksbegehren als unzulässig

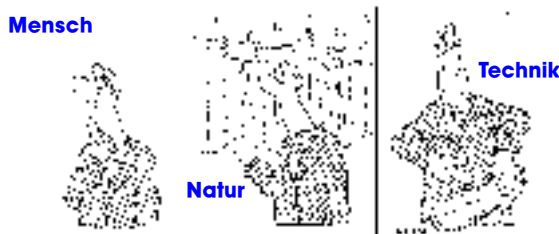
Die Volksabstimmung über unabhängige RichterInnen soll nicht stattfinden so jedenfalls plant es die Bayerische Landesregierung. Innenminister Beckstein lehnt das Begehren mit der Begründung ab, es würden verschiedene Ziele gleichzeitig verfolgt. Dieses hält er nicht für zulässig, das Aktionsbündnis „Unabhängige Richterinnen und Richter in Bayern“ weist aber darauf, daß es keinerlei Rechtsgrundlage für die Ablehnung gäbe. Das Verfahren geht jetzt vor den Bayrischen Verfassungsgerichtshof da sitzen allerdings genau die RichterInnen, um deren Abhängigkeit es geht. Man darf gespannt sein ...

Info: Bernd Tremml, Sprecher des Aktionsbündnisses, 089/349070.

Harmonisierungstechnologie zeigt Wirkung!

Jungdynamische Ex-AktivistInnen der Jugendumweltbewegung, gewandelt zu etabliert-angepaßten KünstlerInnen, mit immer neuen Ideen neue Geldquellen zu erschließen, haben Mitte der 90er Jahre einen Stil durchgesetzt, der inzwischen weit um sich gegriffen hat: Per Moderations- und Harmonisierungstechnologie wird Streit und jeder politisch kontroverse Diskurs verhindert. Nestwärme und „wir lieben uns alle“ sind das Ziel, dahinter aber stecken klare Machtinteressen. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür war der Jugendumweltkongreß über Silvester 99/2000. Mit allen Mitteln (Moderation, Ausschlußanträge usw.) sollten radikalpolitische AktivistInnen, die z.B. gegen Expo-ManagerInnen Torten warfen, be-

kämpft werden. Gleichzeitig wurde ein „Wir“-Gefühl konstruiert, mit dem faschistoide Arbeitskreise, antisemitische Beiträge usw. „geschützt“ wurden gegen KritikerInnen. Die Harmonisierungs- und Moderationstechnologie wird weiter forciert nachwievor finden etliche Kurse dafür statt, für die Nachwuchsschulung läuft sogar auf verbreiteter Basis die Nachwuchsschulung für Führungskräfte im Umweltschutz, das Zukunftspiloten-Programm. Unter dem Deckmantel freundlich klingender Ziele sind krasse informelle Machtstrukturen geschaffen worden. Die Autonomie der Einzelnen oder der Basisgruppen ist aber tatsächlich stark geschwächt worden. Es wird Zeit, sich zu wehren! Streit ist nützlich!



„Mensch – Natur
– Technik“ ist das
Motto der Expo
2000

Rechte zukünftiger Generationen auf der Expo

Ausgerechnet auf der Expo 2000, auf der eine Ideologie verkauft wird, nach der das, was Wirtschaftsinteressen wollen, „wie ein Naturgesetz“ kommt (also Menschen nicht mehr beteiligt werden) angefangen von neuen Atomkraftwerken über Gentechnik, Umstrukturierung und Transrapid soll um die Rechte zukünftiger Generationen gerungen werden. Eine gleichlautende Stiftung, geführt von etablierten Ex-KinderrechtlerInnen und prominenten staats- oder wirtschaftsnahen Persönlichkeiten, will 400 ausge-

wählte Jugendliche zu einem Dialog bringen, der Beteiligung vorheuchelt. Das Ganze verleiht dem Entdemokratisierungsprojekt Expo 2000 einen sozialen Touch. Leider haben sich auch andere Organisationen entschlossen, diesen Unsinns mitzutragen, z.B. die Stiftung Mitarbeit. Der Kongreß soll vom 6.–12.8. auf der Expo 2000 stattfinden.

Ö-termine

8.4. in Dortmund Direkte Demokratie – wie funktioniert das?

Rechtliche Regelungen (am Bsp. NRW) und praktische Anforderungen. Notwendige Forderungen zur Weiterentwicklung.
Info: Stiftung Mitarbeit, Adrian Reinert, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, 0228/60424-O, Fax -22

3.-4.5. in Bordesholm Bürger(innen)beteiligung im Umweltschutz

Von Agenda 21 bis zu Genehmigungsverfahren - Infos zu rechtlichen Bedingungen und Möglichkeiten.
Info: Stiftung Mitarbeit, s.o. (zusammen mit der Akademie für Natur und Umwelt)

2. Jahreshälfte Fachgespräch Elektronische Demokratie

Horrorvision oder neues Demokratiepotential? Fachgespräch und Diskussion. Info: Stiftung Mitarbeit, s.o.

Nächste Ö-Punkte: Bewegung von unten

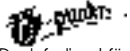
Die nächsten Ö-Punkte erscheinen unmittelbar vor der Aktionswoche zum Expo-Auftakt. Dazu passend wollen wir als Schwerpunkt Ideen für eine Bewegung von unten vorstellen: Gruppenstrukturen, Veranstaltungen und Aktionsplanungen "von unten", d.h. ohne Hierarchien. Es geht um horizontale Vernetzung, gleichberechtigte Kommunikationsstrukturen, Autonomie und mehr.

InteressentInnen an diesem Thema bitte bei der Politik-von-unten Redaktion melden.



Ö-Verteiler
"Politik
von unten"

• Mehr Demokratie
(Interner Verteiler)



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

48

Frühjahr 2000

• Kurznotiert



Ö-Redaktion
"Tierschutz –
Tierrechte –
Tierbefreiung"

Briefe:
c/o RAGE, August-
Bebel-Str. 16-18,
33602 Bielefeld
r.a.g.e.@gmx.net
Demnächst im Inter-
net: www.
vegan-welt.de/tttt

Zeitschriften- schau

schwarzgrünes GE-
GENGIFT Nr.5, Winter
99/2000

- Schwerpunkt: Anti McDonalds
- Beiträge zu Anti-Pelz und Anti-Jagd
- Aktionsberichte, Tierbefreiungen
- Tierbefreiungs-Sollgruppe
- Antira und Antifa-Beiträge
- Adressen und Termine
- Repression

Ein Exemplar 4dm +
1,50 Porto
c/o M99 Infoladen,
Manteuffelstr. 99,
10997 Berlin, email:
gegengift@
hotmail.com

Angeln gehört abgeschafft - Atomkraftwerke auch!

(frei übernommen aus einem Polizeibericht:)

Zwei Angler haben am 2. Januar in der Nähe des Atomkraftwerks Biblis einen 2,17 Meter langen Wels gefangen. Ihren „Rekordfang“ brachten sie zunächst nach Rheinland-Pfalz in eine Fischzucht. Dabei wickelten die Angler den Wels während der 45minütigen Fahrt in eine Decke und legten das schwer verletzte Tier in ein Wasserbecken. Während der folgenden Tage hätten die Täter den Fisch noch mehrmals aus dem Becken gehoben, um ihn zu fotografieren. Die Bilder sollten in diversen Anglerzeitschriften veröffentlicht werden. Jetzt läuft (ausnahmsweise) ein Strafverfahren wegen Tierquälerei und – weil sie keine gültige Fischereierlaubnis hatten – auch wegen „Fischwilderei“.

Benefiz-Festival für Menschen- und Tierrechte

Am Samstag den 13. Mai 2000 findet in Speyer in der 'Halle 101' ein Infomarkt (ab 11 Uhr) und Festival (ab circa 17 Uhr) statt. Acht Punk und Hardcore-Bands spielen auf, der „Special Guest“ ist noch geheim. Die folgenden Bands: 'Kapitulation B.o.N.n.', 'Baffdecks', 'The Annoyed', 'Lost World' sowie die Hardcore-Bands 'Heaven Shall Burn', 'Caliban', 'Men vs. Humanity' sollen den Besuchern kräftig einheizen. Der Eintritt zum Benefiz-Festival wird voraussichtlich 15,- DM betragen. Der Erlös aus den Eintrittsgeldern kommt zu 100 Prozent der TierrechtlerInnen-Rechtshilfe des 'voice'-Magazines und der 'Kampagne Mumia Abu-Jamal' zu Gute.

Aktuelle Informationen zum Festival und den spielenden Bands, eine Anfahrtskizze, eine bundesweite Festival-Mitfahrzentrale und ein Online-Gewinnspiel sind ab sofort unter „<http://www.benefizfestival.de>“ verfügbar.

Gesunkener Öltanker: „Katastrophe der Selbstgefälligkeiten,“

Aus einem Bericht von Sea-Shepherd-AktivistInnen die an der französischen Küste „im Einsatz, waren: „Die Dinge schienen schon schlimm genug, doch es kam noch schlimmer: Aus den unter Wasser befindlichen Teilen des havarierten Tankers „Erika“ läuft ununterbrochen Öl aus. Die Spezialrichtungen zur Rehabilitation der Seevögel sind zum Aufnahmestopp gezwungen. Überall fehlt es an fachkundigen Vogelkennern. Die

zuständigen Mitarbeiter der französischen Regierung scheuen offenkundig den Auftritt in den Krisengebieten der Küste,“.

Französische Infos unter:
<http://www.greenpeace.fr/actualite/erika.htm>.

In deutscher Sprache findet sich ein Überblick über das hier:
<http://www.seashepherd.de/presse/frankreichbilder/index.html>

Intergalactic Animal Liberation Gathering

Vom 22.-29. Juli findet in Berlin das 3. Tierbefreiungstreffen (nach Leiden und Oslo) statt. Es wird eine Zusammenkunft von Menschen aus der ganzen Welt sein, die sich über Strategien zur Tierbefreiung Gedanken machen und aktiv sind oder dieses werden wollen. Ziel ist es Informationen und Erfahrungen auszutauschen sowie Menschen aus und in Tierrechtszusammenhängen miteinander zu vernetzen.

Es wird um „legale“ und „illegale“ Massnahmen, um „Civil disobedience“ und „direct action“, um Kampagnen und „autonomen Tierschutz“ gehen. Konkret sieht es so aus, dass auf dem Treffen verschiedene Workshops zu praktischen und theoretischen Themen sowie Diskussionen und Aktionen stattfinden. Es werden Leute gesucht, die bereit wären Workshops zu halten. Themenvorschläge: Kommunikation (Computer/Film/Druck/Photos), Recherche (Tips und Tricks), Strategien (ganzheitlicher oder partieller Ansatz, AntiPelz, AntiFleisch, Vernetzung ...), Direkte Aktion (Tierbefreiung, Sabotage, Jagdsabos, Sicherheit der GegnerInnen und AktivistInnen, Ziviler Ungehorsam), Repression (allgemein, auf dem Gathering, Unterstützung von Gefangenen...). Theorie: Tierrechte in der Wissenschaft (Kritische Betrachtung von Reagan, Wolf, Singer, Midgley, Rollin, Benton, Horkheimer, Adorno, Haraway u.a.).

Infos unter: <http://www.arg.squat.net> oder Animal Liberation Gathering c/o M99, Manteuffelstr.99, 10997 Berlin.

Der Gleichheitsdiskurs in der Tierrechtsdebatte

„Eine kritische Analyse von Peter Singers Forderung nach Menschenrechten für Große Menschenaffen“, so lautet der Titel eines Buches von Claudia Heinzemann. Die Autorin studierte an der Universität Hannover Diplomsozialwissenschaften und Rechtswissenschaften und arbeitete zuvor bereits als Ergotherapeutin mit alkoholabhängigen Menschen sowie in einer Sonderfördergruppe in der sie schwer geistig behinderte und verhaltensauffällige junge Menschen betreute. Auszüge vom Buchrücken: „Durch eine umfassende Auseinandersetzung mit der Gleichheitsthematik auf der Folie der Gleichheitsdebatte in der feministischen Theorie arbeitet die Autorin die Brisanz und Problematik von Peter Singers Grenzüberschreitung heraus. [...] Mit ihrer wissenschaftlich fundierten Analyse deckt die Autorin bedeutsame Widersprüche auf, die es sehr fragwürdig erscheinen lassen, das Singersche Konzept als sinnvolle Basis für Tierschutz zu begreifen.“

Die überzeugende Darstellung trägt zur Klärung des Gleichheitsbegriffs im Verhältnis von Mensch und Tier bei und bietet damit wichtige Impulse für die theoretische Fundierung der Tierrechtsdebatte, in der nicht nur Gleichheit, sondern auch Differenz eine tragende Rolle spielen muß.“

Erste Lese-Eindrücke: Die Darstellung der feministischen Sichtweisen zu Gleichheit und Differenz fand ich sehr interessant und informativ. Um das Buch komplett zu lesen (und alles zu verstehen), fehlen mir aber vermutlich ein paar Semester an der Uni. Teilweise fand ich Ähnlichkeiten zu einem Aufsatz in der Broschüre „Reflexionen zum Mensch-Tier-Verhältnis“ von der T.A.N. (siehe Infoadressen), bezüglich der WissenschaftlerInnen über deren Studien berichtet wurde (z.B. Donna Haraway).

Das Buch ist 1999 erschienen (ISBN 393260265X) und erhältlich beim ibidemVerlag, Melchiorstr. 15, 70439 Stuttgart. Ein Exemplar kann bei der Redakti-





Kritik an Rassismus-Vorwürfen

Der Artikel „Tierschutz/Rassismus am Beispiel der MakahWalJagd“ aus den vorigen Ö-Punkten führte zu mehrfacher Kritik. Die Rassismus-Vorwürfe gegen Sea Shepherd aus einer dokumentierten Email-Resolution enthielten keine konkrete Begründung und die Veröffentlichung war somit ein nichtwiedergutzumachender Fehler. Sea Shepherd AktivistInnen, die bei der Anti-WalJagd-Kampagne vor Ort waren, berichteten, dass auch viele Makah die Wiederaufnahme der lange abgeschafften WalJagd ablehnten und mit Sea Shepherd kooperierten. Die JagdgegnerInnen wurden von Waljägern angegriffen, sogar deren Familien wurden bedroht. Kommerzielle Japanische Walhändler haben laut Aussagen der AktivistInnen die Jäger unterstützt.

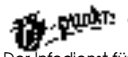
Bei der folgenden Internet-Adresse findet sich ein Artikel (auf Englisch) über die Proteste gegen die WalJagd: <http://www.seashepherd.org/issue-6/pressrelease0111.html> (Für weitere Infos zu Sea Shepherd, siehe Info-Adressen am Rand).

Es war nicht das Ziel des Artikels, pauschal GegnerInnen der WalJagd als Rassisten abzustempeln, sondern er sollte eigentlich gegen das „Schächten“ aktive TierschützerInnen zu einem sensibleren Umgang mit der von ihnen verwendeten Argumentation anregen. Denn im Internet wurde z.B. zum Protest in Gästebüchern moslemischer Vereine aufgerufen. Speziell das „Schächten“ ist ein Thema bei dem es leicht ist, als „Deutsche/r“ dagegen zu sein, denn in den „christlich“ geprägten Schlachthöfen hierzulande werden Tiere ja überwiegend mit Elektrozange oder Bolzenschussgeräten gequält und dann ermordet. Außerdem empfinde ich die Konzentration nur auf die Tötungsmethode als eine Ausblendung der vielen anderen Aspekte des Tierausbeutungs- und Mord-Systems.

Vielleicht auch wegen der Verknüpfung dieser unterschiedlichen Themen wurde der Artikel als unverständlich



- Stoppt die "Fur and Fashion"**
Demo in Frankfurt/Main gegen den Pelzhandel und speziell DIE Messe der PelztiermörderInnen. Treff: 11.30 Uhr, Zeil/Ecke Stiftstrasse. Info: Koalition fuer die Abschaffung des Pelzhandels c/o Langer August, Braunschweigerstr. 22, 44145 Dortmund
24. bis 26. März 2000 in Ammersbek
Wochenendseminar Projekt ökologisches Lernen und Handeln
Thema: Alternative Ernährungsformen für Kinder? oder: Wie kleine gesund gross werden. Beginn: 24.3. um 18 Uhr. Ende: 26.3.2000 gegen 13.00 Uhr. Seminarkosten, Unterkunft/Verpflegung: 140, DM. Verdienende: 90, DM, Nichtverdienende. Info: Haus am Schueberg, Wulsdorferweg 33, 22949 Ammersbek. fon: 0406051014
7. bis 9. April 2000 in Bad Boll
Tagung zum Thema "Tiere im Sport. Menschliche Motive und Anliegen des Tierschutzes"
An der Evang. Akademie (an der Autobahn zwischen Stuttgart und Ulm). In Zusammenarbeit u.a. mit dem Dt. Tierschutzbund. Programm und nähere Info's gibt's bei Frau Hummel. Tel. 07164/79210. magdalena.hummel@evakademieboll.de. Internet: <http://www.evakademieboll.de>
15. April 2000, Samstag, in Iserlohn
Zweites Iserlohner Tierrechtsfestival
Konzert, Infostaende, veganes Essen. Im Jugendzentrum Iserlohn, Karnacksweg (Iserlohn Mitte). Info: c/o M. Siethoff, fon: 0 23 71/5 23 30
7. Mai 2000, Sonntag, in Herzogenrath
Veganer Infostand mit viel veganem Essen.
Von 10.00–18.00 Uhr Treffpunkt: Recyclingboerse in 52134 Herzogenrath, Juederstrasse 1., tvg_aachen@tierrechte.de oder fon: 0240679229
13. Mai 2000, Samstag, in Speyer
Grosses BenefizFestival für TierrechtlerInnen-Rechtshilfe und "Kampagne Mumia Abu-Jamal" in der "Halle 101"
Infomarkt ab 11 Uhr. PunkBands 'Kapitulation B.o.N.n.', 'Baffdecks', 'The Annoyed', 'Lost World' sowie die HardcoreBands 'Heaven Shall Burn', 'Caliban', 'Men vs. Humanity' ab 17.00 Uhr, Eintritt ca. 15dm. Info: Tierrechtsmagazin Voice, fon: 06158976026, Email: festival@voiceonline.de, Internet: www.benefizfestival.de
- 22.29. Juli 2000 in Berlin
Intergalactic Animal Liberation Gathering
im Drugstore, Potsdamerstr./Ecke Pallasstr. INFOS: Animal liberation gathering c/o Infoladen m99, Manteuffelstr. 99, Berlin, internet: <http://arg.squat.net/>, email: arg@squat.net
21. Oktober 2000, in Aachen-Orsbach
Demo gegen die "Pelz" Farm
Beginn: 14.00 Uhr, Treffpunkt Kirche Orsbach (52xxx) Ende gegen 16.30 Uhr. Infos unter: 0240679229 oder tvg_aachen@tierrechte.de
- Aktuelle Demo und Veranstaltungstermine gibt es ...**
... im Internet: <http://www.dietierbefreier.de/termine>
...auf dem Tierrechtsinfotelefon: Termine abrufen: 02 08/59 34 02 bekanntgeben: 02 08/59 34 00 zufaxen: 02 08/59 34 01 TierquälerInnen hören mit!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000 **49**
● Kurz notiert

Infoadressen

Infos gegen WalJagd, über viele MeeresbewohnerInnen und zur Ök Katastrophe in Frankreich: Sea Shepherd, Postfach 20 05 63, 44635 Herne, Tel: 02325 / 58 01 97, Fax: 02325 / 58 01 98, seashepard@seashepard.de, www.seashepherd.de

Benefizfestival vom Tierrechtsmagazin Voice: Tel. 06158976026, Email: festival@voiceonline.de, www.benefizfestival.de

Ein Buch: "Der Gleichheitsdiskurs in der Tierrechtsdebatte" "Eine kritische Analyse von Peter Singers Forderung nach Menschenrechten für Große Menschenaffen", Claudia Heinzlmann, 1999, 111 Seiten, ISBN 393260265X, ibidemVerlag, Melchiorstr. 15, 70439 Stuttgart

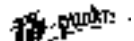


Ö-Verteiler "Tierschutz - Tierrechte - Tierbefreiung"

• Tierbefreiung aktuell

Broschüre von der T.A.N.: "Leiden bereitet werden zu lassen, ist Bedingung aller Wahrheit" Vier Reflexionen zum Mensch/TierVerhältnis. 80 Seiten 6dm + 3dm Porto, TAN c/o Schwarzmarkt, kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

Intergalactic Animal Liberation gathering INFOS: Animal liberation gathering c/o Infoladen m99, Manteuffelstr. 99, Berlin <http://arg.squat.net/>, email: arg@squat.net



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

50

Frühjahr 2000

• Kurz notiert

Von Sicherheitspartnerschaften und niedrigen Einschreitschwellen



Schwarze Sherriffs patrouillieren vor Geschäften und in Einkaufspassagen, die Polizeipräsenz hat zugenommen und auch der BGS versucht zunehmend, in den Innenstädten ein „Sicherheits- und Ordnungskonzept“ durchzusetzen. An vielen Orten ist heute eine Politik zu beobachten, die die Menschen aus den Innenstädten vertreiben will. Personengruppen, die die City für sich beanspruchen, aber keine starke Kaufkraft darstellen, bekommen zunehmend gezeigt, daß sie in das Mr. Propper-Bild, in dem sich Innenstädte heute präsentieren wollen, nicht mehr passen. Gegen Menschen, die nicht normal, deutsch und konsumfreudig aussehen, gibt es immer häufiger Razzien, Durchsuchungen und Platzverweise.

Orientiert wurde sich bei dieser Linie der Vertreibungspolitik an der 1994 in New York eingeführten Zero-Tolerance-Strategie, nach der Polizei und private Sicherheitsdienste toleranzlos gegen alle vorgehen, die nicht konsumfreudig und sauber aussehen. Grundlage dieser Strategie ist die Broken-Windows-Theorie, nach der bereits geringe Normabweichungen unweigerlich zu einer Verwahrlosung führen und dann über „Kleinkriminalität“ schließlich in „Schwerverbrechen“ münden. Mit ihrer Einführung wurde die Polizei in New York auf 38000 aufgestockt, was ein R PolizistIn auf weniger als 200 EinwohnerInnen entspricht. Vorgegangen wird gegen geringste Vergehen oder teilweise nicht einmal verbotene Handlungen wie „aggressives Betteln“, Abspielen lauter Musik oder das Belegen von zwei Sitzplätzen in der U-Bahn vor. Seitdem haben Morde und Übergriffe durch die New-Yorker Polizei massiv zugenommen: Von 1994 bis 96 wurden fast 100 Menschen durch PolizistInnen umgebracht – 700 PolizistInnen ermitteln wegen Folttervorwürfen gegen ihre eigenen KollegInnen.

Ex-Innenminister Kanther sprach hier von einem „bemerkenswert positiven Erfolg und begann 1997 mit der Aktion Sicherheitsnetz, ähnliche Strategien auch in Deutschland einzuführen. Er forderte eine intensivere Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und privaten Sicherheitsdiensten, die verstärkte Abschiebung von Flüchtlingen und anderen Ausländern sowie die stärkere Bekämpfung der sog. Alltagskriminalität.

Der damalige Niedersächsische Innenminister Glogowski war begeistert und beschloß, seine Landeshauptstadt Hannover zum Modellfall einer „neuen Marschroute“ zu machen. Kernpunkte waren für ihn die Einführung von „Sicherheitspartnerschaften“ sowie eine

„niedrige Einschreitschwelle“ der Polizei.

Unter „Sicherheitspartnerschaft“ versteht er eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Polizei und BGS unter Einbeziehung privater Sicherheitsdienste, Sozialarbeitern und der Justiz. Mit der „niedrigen Einschreitschwelle“ wird das Zero-Tolerance-Konzept übernommen. Alle Niedersächsischen PolizeibeamtInnen wurden aufgefordert, sich eine niedrigere „Einschreitschwelle“ zu setzen. Um gegen bestimmte Menschen vorgehen zu können, wurden ursprünglich legale Handlungen zu Ordnungswidrigkeiten und Straftaten konstruiert:

- Menschen, die in der Öffentlichkeit Alkohol trinken, werden wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ kriminalisiert.
- „Dauermusik, laute Musik oder gröhlen“ sollen als Ordnungswidrigkeit oder gar Straftat geahndet werden.
- Hundekot auf Gehwegen, Kinderspielflächen oder öffentlichen Anlagen soll gegebenenfalls als „umweltgefährdende Abfallbeseitigung“ oder als „Verkehrshindernis“ gewertet werden, was zu einer Strafanzeige führt.

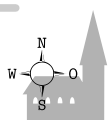
Die Einführung dieser Maßnahmen durch den hannoveraner Polizeipräsident Klosa führten 1997 zu drastischen Verfolgungen von Nichtdeutschen, Wohnungslosen, Punks und anderen ärmeren Personengruppen. Die Zahl der Kontaktbereichsbeamten wurde verdoppelt, Kontrollen nahmen zu. Immer mehr Menschen werden ohne Angabe von Gründen mittels Platzverweisen aus Teilen der City geschmissen.

achten, daß der Begriff der Kriminalität von Steuerhinterziehung über Umweltvergehen bis Ladendiebstahl die verschiedensten Delikte beinhaltet und sich ein Ansteigen der Kriminalität seit 1994 nicht mehr nachweisen läßt, werden mit der Begründung der Kriminalitätsbekämpfung ganze Personengruppen als kriminell erklärt und vertrieben. Die Medien spielen hier eine entscheidende Rolle dabei, Bevölkerungsgruppen bestimmte Delikte zuzuschreiben. „Der ausländische Drogendealer“ ist ein Beispiel für eine solche Zuschreibung, die gerne in den Medien benutzt wird, mit der RassistInnen auf Stimmenfang gehen, und mit der ausländische Menschen immer wieder angepöbelt oder von der Polizei kontrolliert werden und Platzverweise bekommen.

Hannover ist sicherlich eine der deutschen Städte, in denen Vertreibungskonzepte besonders heftig durchgezogen werden. Hannover kann hier jedoch, ähnlich, wie es die Expo für sich formuliert, als Modell begriffen werden, das schon heute darstellt, wie StadtplanerInnen die Stadt der Zukunft gerne hätten. Ab Beginn der Expo wird sich die Polizeipräsenz in Hannover noch ein weiteres Mal deutlich verstärken. Ähnliche Konzepte finden sich jedoch auch schon in vielen anderen Städten wieder. Klar ist jedoch, daß der Wunsch, bestimmte Personengruppen aus den Innenstädten zu vertreiben, noch lange nicht zur Folge hat, daß diese freiwillig gehen werden. Es zeigt sich, daß es viele Menschen gibt, die sich durch das Aussprechen von

Platzverweisen nicht daran hindern lassen, Räume weiterhin für sich zu nutzen. Welche Interessengruppe sich durchsetzt, wird immer Produkt sozialer Kämpfe sein.

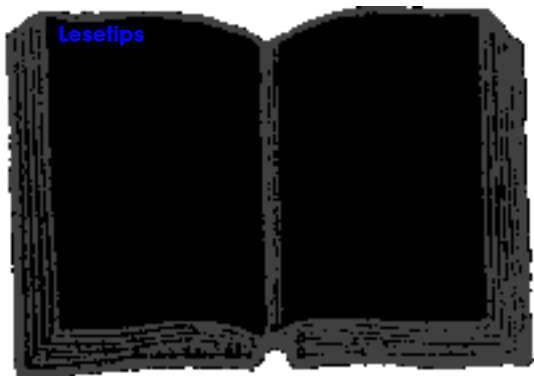
Die Vertreibung verstärkt sich unter anderem deshalb, weil den Innenstädten eine zunehmend größer werdende Bedeutung zukommt. Städte entwickeln eine immer stärker werdende Standortpolitik. In den Innenstädten, die sozusagen ihre Visitenkarte sind, soll ein investitionsfreundliches Klima herrschen. GeschäftsinhaberInnen wollen eine „saubere“ Umgebung, voll von konsumgerigen Menschen, was die Vertreibung ärmerer Bevölkerungsgruppen zur Folge hat. Fadenscheinig begründet wird die Vertreibung immer mit der angeblichen Notwendigkeit, die „explosionsartig anwachsende“ Kriminalität bekämpfen zu müssen. Ohne zu be-



Themenredaktion „Über den Tellerrand“

Redaktion: Florian Busch Jan Schenck

Post: Tellerrand c/o Jump Postfach 306137 20327 Hamburg tellerrand@gmx.de (- mit eingeben!)



Lufthansa – totsicher abschieben

Das bundesweite Netzwerk „kein Mensch ist illegal“ ruft zu einer Kampagne gegen die Deutsche Lufthansa auf. „Kein Mensch ist illegal“ ist ein bundesweites Netzwerk, das Öffentlichkeit gegen Entmachtung von Flüchtlingen in Europa herstellen will. Mit der Kampagne gegen die Lufthansa soll durch vielfältige Aktionen auf die Verantwortung der am Abschiebebusiness gut verdienenden Lufthansa aufmerksam gemacht werden. Es handelt sich dabei nicht um eine Boykottkampagne – vielmehr werden Fluggäste und Flugpersonal zum Handeln gegen Abschiebungen aufgerufen. Das Image der Lufthansa soll durch diese Kampagne mit dem Ziel geschädigt werden, das sie sich aus diesem schmutzigen Geschäft zurückzieht. Die Hälfte von zehntausend Flüchtlingen, die jährlich allein vom Rhein-Main-Airport aus abgeschoben werden, fliegt mit Linienmaschinen der Lufthansa. Anlaß zur Kampagne ist – unter anderem – der Tod des sudanesischen Flüchtlings Mohamed Amir Ageeb, der im Mai 1999 an Bord einer Lufthansamaschine starb. Er sollte durch BGS-Beamte begleitet in den Sudan abgeschoben werden. Die Beamten hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und ihn solange auf den Sitz gedrückt, bis er erstickte. 1994 starb be-

reits der Nigerianer Kola Bankole bei seiner Abschiebung – ebenfalls an Bord einer Lufthansa-Maschine. Immer wieder werden die sogenannten „Schüblinge“ beim Transport im Flugzeug brutal mißhandelt. Fußfesseln, Mundknebel oder Integralhelme dienen nach offiziellen Angaben dem Schutz der BGS-Beamten vor „Renitenten“, sich ihrer Abschiebung widersetzenden Flüchtlingen. Gegen diese menschenverachtenden Deportationen regt sich in verschiedenen europäischen Ländern Widerstand. Boykottandrohungen in Belgien und den Niederlanden haben die niederländische Martin-Air veranlaßt, das tödliche Geschäft mit den Abschiebungen aufzugeben. Nach dem Mord an Saamira Adamu sah sich die belgische Gesellschaft Sabena gezwungen, keine gewaltsamen Abschiebungen mehr durchzuführen. Andere europäische Fluglinien wie die französische Air France und die niederländische KLM fürchten bereits um ihr Image. Auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung der Lufthansa in Köln protestierten kritische Aktionäre mit Transparenten gegen das Geschäft mit den Abschiebungen und forderten Konsequenzen aus dem Tod von Kola Bankole und Amir Ageeb.



Neu!

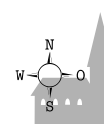
Bundesweites Verzeichnis der Tagungshäuser 2000/2001... umfangreiche Vorstellung der Häuser. 8 DM plus 2 DM Porto bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

Ö-termine
25.-28. Mai in Hamburg (Roten Flora)
RAK
Der RAK ist ein Treffen der Rotzfrechen Asphalt Kultur. Die RAKs sind viele verschiedene politische StraßenkünstlerInnen.



Frühjahr 2000

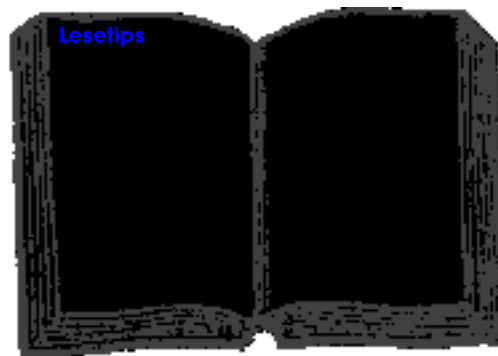
● Kurznotiert



Ö-Verteiler "Über den Tellerrand"

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)

Ausgeschlossen:
• LIRA-Rundbrief (Uni-Gruppen)



Mehringhof durchsucht

Am 19.12.99 wurden in einer großangelegten Aktion drei angebliche Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet und das Berliner Kultur und Aktionszentrum Mehringhof durchsucht.

In Berlin und Frankfurt am Main wurden, am Jahrestag der Aktion Zobel, 2 Männer und eine Frau wegen Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Die drei sollen 1987 am Anschlag auf den damaligen Vorsitzenden des Verwaltungsgerichts beteiligt gewesen sein. Die in Frankfurt festgenommene Frau soll zudem 1986 an einem Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde beteiligt gewesen sein.

Auch im Zusammenhang mit den RZ-Ermittlungen wurde am gleichem Tag der Berliner Mehringhof durchsucht. Um 6.00 Uhr stand die Polizei vor der Tür. Sie wurde unterstützt von dem GSG 9, BKA, Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, mehreren Hundertschaften der Polizei und sonstigen Spezialeinheiten. Obwohl MitarbeiterInnen des Mehringhofs anwesend waren, welche auch Schlüssel für alle Räume hatten, brach die ca. 1000 BeamtInnen umfassende Streitmacht sämtliche Schlösser auf und lies die Anwesenden erst gegen 9.00 Uhr telefonieren.

Gesucht wurde bei dieser Aktion nach ca. 100kg Sprengstoff, der 1987 in Salzhemmendorf gestohlen worden war, und mit dem einige Anschläge der RZ durchgeführt wurden. Auch Waffen wurden im Mehringhof vermutet. Die Polizei gab sich bei der Durchsuchung die größte Mühe. Die Blumenrabatten wurden mit Eisenstangen umgegraben und alle Schächte wurden mit Sonden durchsucht. Natürlich mußte auch so ziemlich jedes Stück Papier z.B. in der Forschungsstelle für Flucht und Migration inspiziert werden, wir wissen ja alle wie gut mensch zwischen einigen Blatt Papier Waffen und Sprengstoff verstecken kann. Und auch daß sämtliche Computer angeschaltet wurden und die Festplatten durchwühlt wurden, können wir gut verstehen, denn ein paar Kilo Sprengstoff lagern sich halt am besten auf der Festplatte eines Computers.

Der Mehringhof ist ein alternatives Kultur und Aktionszentrum in dem ca. 30 Projekte auf fast 5000qm Platz finden. Bei der Durchsuchung wurden fast alle Projekte durchsucht und auch in den

Musik- und Theaterräumen wurde ordentlich gewütet. Der Sachschaden bei diesem größtem Einsatz in der Geschichte des Mehringhofes liegt bei über 100.000 DM und es gab einige Festnahmen von Menschen, die gefeiert haben und gegen die Durchsuchung protestiert haben. Einer von ihnen sitzt vielleicht gerade in Abschiebehaft.

Trotz dieses riesigen Aufwandes wurde nicht ein Milligramm Sprengstoff oder auch nur der Fizele einer Waffe gefunden.

Ein Solikonto für die Gefangenen und den Mehringhof ist eingerichtet: Stichwort: Freilassung, Kontoinhaber: Martin Poll, Postbank Berlin BLZ: 100 100 10, Konto-Nr: 2705-104

Also: Freiheit für Sabine, Axel und Harald – keine Kriminalisierung linker Projekte. Tod dem Staatsterrorismus!



Fotos

Bilder von der Polizei-Aktion im Mehringhof

Quelle/Infos: <http://www.gib.spuat.net>



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

54

Frühjahr 2000

• Kurznotiert



Themenredaktion "Umweltbildung"

Peter Szekeres
Liebigstr. 50,
35037 Marburg
Tel. 06421/24552
petersz@apg.lahn.de

Ö-Verteiler "Umweltbildung"

• Leider keiner.

Zeitschriften-schau

Ökopädnews Nr. 100
Umweltmediation
Nr. 101
Schulische Umweltbildung
Nr. 102
Agenda 21

Rundbrief Öko-pädagogik Nov. 99
• Umweltbildung mit neuen Zielgruppen:
• Senioren und Sehbehinderte
Dez./Jan. 2000
• Ökologische Kinderrechte

DGU Nachrichten
Nr. 20
• Öko-Audit

Literatur Weiden

Naturspielräume, Natur- und Umweltschutzakademie, 1998, 47 S., 5 DM, Bezug: NUA, Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen, Tel. 02361/305-1, Fax. -340, nua-z@nua.nrw.de

Handbuch ökologischer Kindergarten, E. Lutz & M. Neilscher, 1996, Herder Verlag, 325 S., 39,80

Das Weidenbaubuch, M. Kalberer & M. Remann, 1999, AT Verlag, 128 S., 49,90 DM

Kopfweiden, B. Braun & W. Konold, 1998, Verlag Regionalkultur, 240 S., 32 DM

Vater der Naturfilme

Über den Tierfilmer Horst Sievert war bis Mitte Februar im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg eine Sonderausstellung zu sehen. Sievert war ein exelenter Naturzeichner und einer der ersten großen Tierfilmer. Sein Film "Auf der Wildfährte" war in den 30ern ein Kinoerfolg. Heinz Sielmann lernte ihn damals kennen und führte im Auftrag von Erwin Stresemann nach Sieverts plötzlichem Tod sein Filmprojekt auf Kreta zu Ende.

Das Buch zur Ausstellung: Horst Sievert Meistwerfotograf, Tierfilmer und Wildbiologe. Von C. Hinkelmann im Bismark Verlag herausgegeben. 120 S., 21,80 DM.

Filmpreis für Baumbesetzung

Der Hoimer-von-Ditfuth-Preis 1999 ist dem Film "Luna - Protest durch Baumbesetzung" verliehen worden. Der Amerikaner James Ficklin berichtet über die Baumbesetzerin Julia Butterfly, die monatelang auf dem Mamutbaum "Luna" lebte. Sie machte damit auf die Kahlschläge in den Wäldern der USA aufmerksam. Die Deutsche Umwelthilfe vergibt den mit 5000 DM dotierten Hoimer-von-Ditfuth-Preis für den besten Kinder- oder Jugendfilm des Filmfestivals Ökomedia in Freiburg.

Infos: oekomedia@t-online, Tel: 0761 / 520 24, Quelle: DUHwelt 4/99

Naturschutzjugend umgezogen

Die Bundesgeschäftsstelle der Naturschutzjugend (Naju) im Naturschutzbund (Nabu) ist von Stuttgart nach Bonn umgezogen. Die neue Anschrift lautet: Naju, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn, Tel: 0228 / 40 36-190, Fax: - 390.

Fotowettbewerb

Die Vereinten Nationen laden zu dem internationalen Fotowettbewerb "Deine Umwelt im Brennpunkt" für Profis und Amateure ein, den Canon als Hauptsponsor unterstützt. Die TeilnehmerInnen sind aufgerufen, den ökologischen Zustand der Erde fotografisch festzuhalten. Der Fotowettbewerb findet zum 3. Mal statt und ist der größte der Welt. Einsendeschluß ist der 30. April 2000.

Anmeldung: Canon Euro-Photo GmbH, Call-Center, Siemensring 90-92, 47877 Willich, Tel: 02154 / 495-0, Fax: -399, www.unep.ch

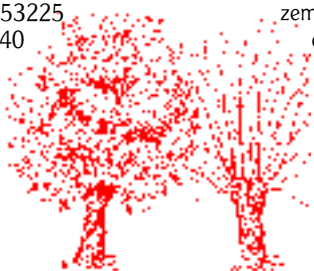
Wettbewerb Erlebter Frühling

Seit über zehn Jahren organisiert die Naturschutzjugend des Nabu den Wettbewerb Erlebter Frühling. Letztes Jahr haben sich etwa 700 000 Kinder daran beteiligt, 2/3 davon waren Schulklassenaktionen. Dieses Jahr steht das Thema Wasser mit dem Wasserfrosch, Graureiher, Schkrebis und der Moorbirke im Mittelpunkt. Die Naturbeobachtungen sollen als Bilder oder Bastelarbeiten dargestellt werden. Unterlagen und ganze Klassensätze können gegen einen Unkostenbeitrag für den Versand bei der Naju bestellt werden.

Neue Adresse siehe unten oder Infos unter www.erlebter.fruehling.de

100 mal Ökopädnews

Das zentrale Infoblatt über aktuelles in der Umweltbildung in Deutschland erschien im November zum 100sten Mal. Monatlich berichtet der Infodienst über aktuelle Themen aus der Umweltbildung. Das Verbandsblatt der ANU ist seit kurzem in den neuen Umweltdienst der "Politischen Ökologie" aus dem



Jetzt noch schneiden: Weidenzweige

Solange die Weiden noch nicht im Saft stehen, können bis Anfang März Zweige für Weidenbauaktionen geschnitten werden. Um Zäune, Röhren, Tipis oder Iglus zu flechten, eignen sich fast alle Weidenarten. Für feinere Arbeiten, wie Korbflechten, braucht man aber die Ruten der Korb-, Amerikaner-, Mandel-, oder Purpurweide. Seit Jahren wird das Weidenflechten in der Umweltbildung immer beliebter. Erprobte, handfeste Tips geben dazu die Broschüre "Naturspielräume" der NUA und das Buch "Handbuch ökologi-

scher Kindergarten". Wie man ganze Häuser, Bühnen, Kinderspielgeräte oder riesige Pavillons aus Weiden bauen kann, wird in dem Buch "Das Weidenbaubuch" gezeigt. Die hier beschriebene lebende Architektur geht über die Tipis der Kindergärten hinaus und weckt die Lust am Bauen. Wer mehr über Weiden an sich wissen will, über die Heilwirkung und Mythologie, Kulturgeschichte und Ökologie der Weiden sowie konkrete Pfllegetips sucht, bekommt mit dem Buch "Kopfweiden" das entsprechende Wissen zur Hand.

Ökom-Verlag "punkt.um" eingehaftet und bietet seinen LeserInnen somit den gesunden Blick über den Tellerrand in andere Bereiche der Umweltarbeit.

Bezug: ökom Verlag, Waltherstr. 29, 80337 München, Redaktion: Umweltzentrum Karlsruhö, 22175 Hamburg, 040/ 64 94 02-19, Fax: -29, redaktion@oekopaednews.de

Tier des Jahres

Zum Tier des Jahres 2000 wurde die Äskulapnatter gewählt. Andere Symbolträger sind: Baum des Jahres: Sandbirke, Blume des Jahres: Purpur Steinsame, Orchidee des Jahres: Rotes Waldvögelein und als Vogel des Jahres der Rotmilan.

Aktionstage 2000

- 7.4. Weltgesundheitsstag
- 12.4. Tag für die Ruhe – gegen den Lärm
- 22.4. Intern. Tag der Erde
- 24.4. Intern. Tag zum Schutz des Versuchstieres
- 25.4. Tag des Baumes
- 31.5. Weltnichtrauchertag
- 11.6. Tag des Garten
- 11.7. Weltbevölkerungstag
- 9.8. Intern. Tag der indigenen Völker
- 23.8. Intern. Sklaventag
- 14.9. Tag der Tropenwälder
- 16.9. Intern. Tag für den Schutz der Ozonschicht
- 19.9. Intern. Friedenstag
- 20.9. Weltkindertag
- 4.10. Tierschutztag
- 16.10. Welternährungstag
- 7.11. Tag für den unbekanntesten politischen Gefangenen
- 1.12. Welt-Aids-Tag
- 3.12. Welttag der Behinderten
- 10.12. Tag der Menschenrechte
- 29.12. Intern. Tag zur Erhaltung der Artenvielfalt

Institut für Ökologie

Suchen Sie ReferentInnen?

in Themen wie Naturschutz Ökonomie&Ökologie Energie Umweltpädagogik

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
institut@inihaus.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

• Kurz
notiert



6-termine

14.-16. April 2000 an der Müritzer
Norddeutsche Naturfototage
Die BesucherInnen erwartet ein kleines aber
feines Festival mit Seminaren, Workshops und
Vortragsthemen wie "Internet für
Naturfotografen" oder Naturfilme und
Diashows.

Anmeldung: Naturfotoarchiv Pro Natura, Erich
Hoyer, Dorfstr. 16a, 17337 Galenbeck,
Tel: 039607 / 20-326, Fax: -584

18.-24. April in Lüneburg
50 Jahre DJN

Der DJN wird 50. Guter Grund zu feiern, und
das machen alle DJNerInnen und "Alte
Socken" gerne. Auf dem Camp über Ostern
werden Workshops und Seminare zu
umweltpolitischen und naturkundlichen
Themen angeboten. Natürlich sind auch
mehrere biologische Exkursionen im Angebot.
Kosten: ca. 70,- DM.

Infos: DJN - Deutscher Jugendbund für
Naturbeobachtung, Tel. 040/520 73 79,
djn@gmx.de

19.5.-21. Mai in Winsen

Naturkundliches Wochenende für Familien

Wald und Wasser erleben stehen im
Mittelpunkt. Neben gemeinsamen
Programmen sind auch getrennte
Veranstaltungen für Kinder und Eltern
geplant. Kosten: pro Erwachsener mit einem
Kind: 125,- plus Übernachtung.

Anmeldung: Gut Sunder, 29308 Winsen/Aller,
Tel: 05056 / 97 01-11, Fax: -97,
nabu.akademie@t-online.de

26.-28. Mai in Drüberholz

Komm, laß uns rausgehen!

Bewährte naturpädagogische Methoden
sollen vorgestellt und können selber
ausprobiert werden. Das Seminar richtet sich
an alle, die mit Kindern bis zwölf Jahre
umweltpädagogisch arbeiten wollen. Kosten:
75 DM incl. Essen und Unterkunft. Anmeldung:
Tagungshaus Drüberholz, Drüber 4, 27313
Dörverden, Tel: 04234 / 940-56, Fax: -57,
29.5.-5.6. im Harz

1. Harzer Umwelttag

Verschiedene Umweltbildungseinrichtungen
im Harz haben in der Woche über
Himmelfahrt eine Art "Tag der offenen Tür"
und bieten dazu ein buntes Programm an.
Infos: Regionalverband Harz e.V., Tel: 03946 /
96 41-0, Fax: -42, www.harzregion.de

1.3-2.4. 5.-7.5. 30.6.-2.7.2000
Dreitelliger Lehrgang bei Stuttgart

Kinder und Natur

Der Lehrgang möchte Grundlagen der
Naturpädagogik und ein wirkungsvolles
Handwerkzeug vermitteln. Das
Seminar konzept enthält eine Mischung aus
Infos, Erfahrungsaustausch, Selbsterfahrung, ...
3. Kosten: 250,- DM für alle drei
Wochenenden incl. Unterkunft, Verpflegung
und Material, Ort: Kirchheim Teck
Arbeitskreis Kinder&Natur, Rotebühlstr. 86/1,
70178 Stuttgart, Tel: 0711/61970-22, Fax: -13

1.-4. Juni im Altmühltal

Zu Bäumen und Sinnen kommen

In der künstlerischen Arbeit mit dem Baum
entstehen Baumskulpturen und
Naturraumgestaltungen als Ausdruck der
persönlichen Naturerfahrung. Kosten: 385, DM
incl. Unterkunft und Verpflegung.
Infos: NaturArte, Werner Henkel, Bückeburger
Str. 46, 28205 Bremen, Tel./Fax: 0421/44 23 22

29.-30. Juni 2000 in Freiburg

Naturfarben

Die Malwerkstatt bietet ErzieherInnen die
Möglichkeit das reichhaltige Farbenspektrum
der Naturfarben kennenzulernen. Farbe,
Knetmasse, Kleber und Kreide soll selber
hergestellt und mit ihnen gearbeitet werden.
Kosten: 140,- DM.

Anmeldung: Ökostation Freiburg,
Falkenbergerstr. 21b, 79110 Freiburg, Tel: 0761 /
89 23 33, Fax: 80 75 20

Supermarktkette verbannt Aspartam

Aspartam ist ein Süßstoff, der in vie-
len Industrienahrungsmitteln und Diät-
Getränken steckt. Mediziner vermuten al-
lerdings, dass Aspartam Krankheiten wie
Multiple Sklerose (MS) und Hirntumore
auslösen kann. Deshalb verbannte nun
die britische Supermarktkette Iceland die-
sen vom US-amerikanischen Gen-Che-
miekonzern Monsanto hergestellten Süß-
stoff aus ihren Regalen. Aspartam wird
neuerdings ebenso mit der Alzheimer Er-
krankung und Geburtsschäden in Verbin-
dung gebracht.

Wal-Mart kommt

Erst starben die Tante Emma-Laeden
– nun werden die kleineren und mittleren
Supermärkte sterben. Wer es noch nicht
gemerkt hat: In Deutschland tobt zur Zeit
ein Kampf um die Macht im Einzelhandel.
Der Preis- und Standortkampf wird vor al-
lem vom amerikanischen Einzelhandels-
riesen Wal-Mart bestimmt. Bereits jetzt
kontrollieren die zehn grössten Konzerne
etwa 80 Prozent des gesamten Einzelhan-
dels in Deutschland. Wenige Grosse be-
stimmen das Geschäft. Dies schlägt sich
zwangsläufig in der Ladengrösse wieder.
Viele kleinere Supermärkte werden weni-
gen grossen weichen, wenn Verbraucher
und Gemeinden – sie genehmigen die
Einkaufsmustern auf der Gruenen Wiese
– nichts dagegen unternehmen.

Wenig Öko im Bio-Diesel

Die mit erheblichen staatlichen Sub-
ventionen geförderte Produktion von Bio-
Diesel aus Rapsöl wird von Bauernver-
band und CSU seit Jahren als ökologi-
sches Vorzeigeprojekt hofiert. Doch das
Umweltbundesamt stellte nun unmissver-
ständlich fest: Bio-Diesel ist nicht ökologi-
sch. „Rapsöl-Diesel bringt gegenüber
Mineralöl-Diesel keine entscheidenden
Vorteile für die Umwelt“, sagt die Umwelt-
behörde. Zwar entstehe bei der Verbren-
nung des Biodiesels nur so viel Kohlendio-
xid wie die Rapspflanzen beim Wachs-
tum der Atmosphäre entziehen, dafür ent-
stehe Kohlendioxid durch Anbaumetho-
den und Verarbeitung des Raps zum mo-
torentauglichen Rapsölmethylester. Und
selbst wenn alle möglichen Anbaugelände
für Raps in der EU ausgeschöpft würden,
könnte lediglich weniger als ein halbes
Prozent des Dieselbedarfs in Deutschland
mit Raps gedeckt werden. Schliesslich
schlage noch der intensive Einsatz von
Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nega-
tiv in der Öko-Bilanz des Raps-Diesels zu
Buche, weshalb dieser die Bezeichnung
„Bio“ nicht verdiene. Jede Mark an Steu-
ergeldern, die in die Raps-Förderung
gesteckt werde, sei verschwendet. Besser
sollten Staat und Land die Steuern in die
wärmetechnische Sanierung von Gebäu-
den stecken. So könnten erheblich grö-
ssere Mengen an Kohlendioxid gespart
werden.

Infos über Elektrosmog

Aktuelle Informationen über Elektros-
mog gibt es beim Selbsthilfeverein für
Elektrosensible, Dachauer Str. 90, in
80335 München.

Was steckt in Light-Margarine?

Die Verbraucherzentrale Hessen hat
einen neuen Ratgeber aufgelegt: „Le-
bensmittel einkaufen – 60 Tips gegen
Tricks und Fallen“ zeigt auf, was in Marga-
rine wirklich drin steckt und woran gefärb-
te, radioaktiv bestrahlte oder gen-verän-
derte Nahrungsmittel zu erkennen sind.

*Gegen 10 Mark ist der Ratgeber zu be-
stellen bei: Verbraucherzentrale Hessen,
Berliner Str. 27, D-60311 Frankfurt, Fax
069-972010-40*

Recycling-Kosten für Altfautos überschätzt

Die Autoindustrie hat die Recycling-
Kosten für Altfautos übertrieben darge-
stellt. Dies stellte die Europäische Kom-
mission im November klar.

Nach dem Diskussionsstand wird die
Autoindustrie von 2001 an für das Auto-
recycling zuständig sein. Dagegen jedoch
kämpft die Autoindustrie entschieden mit
dem Argument an, das bei den geschätz-
ten Autos Kosten in Höhe von 23 Millio-
nen Euro entstehen. Obwohl die Kom-
mission die realen Kosten auf 2,5 Milliarden
Euro beziffert, schlägt Karl-Heinz Florenz
EP-Berichtersteller zur Alt-Auto-Richtlinie
vor, die Recycling-Kosten zwischen den
Produzenten, den Verkäufern und den
Fahrzeugbesitzern aufzuteilen.

✓Die Sozialdemokraten sehen in der Be-
ratung der Altfautorichtlinie vier Ziele, die es zu er-
reichen gilt:

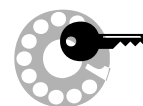
✓Die Möglichkeit der kostenlosen Rückgabe
eines Altfautos für den Letztbesitzer

✓Die Reduzierung der Anteile eines Autos,
die auf einer Mülldeponie gelagert werden.

✓Die umweltgerechte Entsorgung von Alt-
fahrzeugen.

✓Die recyclinggerechte Konstruktion neuer
Kraftfahrzeuge, die insbesondere demontage-
freundlich sind und keine gefährlichen Stoffe ent-
halten.

Alle Ziele wurden von den Sozialde-
mokraten durchgesetzt und in der EU-
Richtlinie verankert. Jedoch konnten sie
sich nicht in allen punkten zu hundert
Prozent behaupten. So wurde zwar dafür
gesorgt, das quecksilberhaltige Bauteile
vor dem Schreddern ausgebaut werden
und besonders entsorgt werden müssen,
jedoch kam für ein Verbot gegen den gifti-
gen Stoff Kadmium keine notwendige
Mehrheit zusammen.



Themenredaktion
"VerbraucherIn-
nenpolitik"

Nicht besetzt.

Wer Interesse hat,
sollte sich melden.

Ö-Verteiler
"VerbraucherIn-
nenpolitik"

• Leider keiner.



31.5.–4.6.00 in Berlin.

Gesundheitstag 2000

Veranstalter: Gesundheitstag 2000, Tel.
030/85 99 97 79, www.gesundheitstag.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

52 Frühjahr 2000
• Kurz
notiert



Themenredaktion
"Umwelt &
Entwicklung"

Umwelt- und Nord-
Süd-Nachrichten
(uns)
Norbert Suchanek
Siemensstr. 13
84513 Töging am Inn
n.suchanek@
amazonas.
comlink.apc.org

DDT und kein Ende

In Europa seit fast 30 Jahren verboten, ist das Supergift DDT weiterhin in den Tropen als Insektenvernichtungsmittel im Einsatz. Hauptgrund: Bei Seuchenexperten gilt DDT weiterhin als bestes (kostengünstigstes) Mittel zur Bekämpfung der Malaria-Mücke. Die grössten Verbraucher von DDT sind China und Indien. In Ecuador wurde der DDT Einsatz gegen die Stechmücke seit 1993 erhöht, während Brasilien, Paraguay und Peru DDT offiziell nicht mehr verwenden. Übrigens: Der Erfinder des DDT bekam für diese Leistung – die zu einem Fluch für zahlreiche Tierarten und dem Ökosystem Erde wurde – 1948 den Nobelpreis.

Computer sind doof

Damit die Computer nicht zum Jahrtausendwechsel abstürzten, gaben Firmen und Regierungen insgesamt rund 700 Milliarden Mark aus. Mit lediglich der Hälfte des für die „doofen“ Computer ausgegebenen Geldes hätten die gesamten Schulden der ärmsten Entwicklungsländer getilgt werden können.

Naturwunder oder Aluminiumschmelze

Aluminium kann für manche ein Segen sein, zum Beispiel für die bundesdeutsche Billig-Bier Industrie, die so ihr Massengebräu kostengünstig in Dosen quer durch halb Europa transportieren kann. Für viele andere indes ist Aluminium ein Fluch, vor dem selbst Naturwunder zittern müssen, wie derzeit auf Island. Im Osten der arktischen Insel soll ein Staudamm errichtet werden, um billigen Strom für eine Aluminiumschmelze von Norsk Hydro zu liefern. Isländische Umweltschützer haben sich nun heftig gegen das „regenerative“ Stromprojekt ausgesprochen. Das geplante Wasserkraftwerk würde nicht nur das Quellgebiet des Jökuls-Flusses am berühmten Vatnajökull-Gletscher – Rückzugsgebiet von Islands 3.500 wilden Rentieren erheblich beeinträchtigen. Der Staudamm würde ebenso die 160 Meter tiefe Hafrahvammglafur-Schlucht, eines der eindrucksvollsten Naturwunder Islands zerstören.

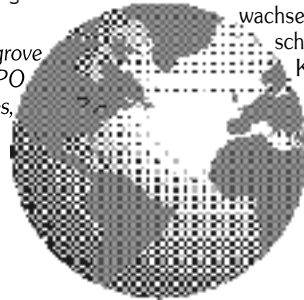
USA sind Alu-Dosen-Weltmeister

Die USA sind – trotz der Anstrengung von Norsk Hydro in Norwegen und VAW in Bayern – weiterhin mit Abstand der weltweit grösste Alu-Produzent und Verbraucher. Alle drei Monate werden dort so viele Alu-Dosen weggeworfen, dass damit die gesamte kommerzielle Flugzeugflotte Amerikas neu gebaut werden könnte. 1989 verbrauchten die US-Amerikaner 80 Milliarden Alu-Dosen.

Blinder Konsum führt in den Ruin

Das Mangrove Action Project (MAP) bringt die jüngste Wirbelsturmkatastrophe an der indischen Ostküste auf folgende Formel: Blinde Konsumnachfrage plus hohe potentielle Exporteinnahmen plus unregulierte Industrie führt zu nicht nachhaltiger, umweltschädlicher Garnelenzucht. Dies plus Regierungsverdunkelung und Entmündigung lokaler Küstengemeinden führt zur Abholzung der Mangroven. Dies plus ein grosser Zyklon führt zu Katastrophen wie jüngst an der Küste Indiens in Orissa.

Weitere Infos: Mangrove Action Project (MAP), PO Box 1854, Port Angeles,



Ein unnatürliches Desaster

Noch vor 40 Jahren schützte ein dichter Mangrovenbelt den indischen Küstenstaat Orissa vor den Gefahren des Meeres. Doch der „Heiss Hunger“ der westlichen Welt auf „Riesengarnelen“ und „Krabben-coctails“ machte den Mangroven den Garaus. Krabbenexporteure holzten die Mangroven an vielen Orten ab, um Garnelenzuchtteiche anzulegen. Der schützende Mangrovenbelt wurde zu einem löchrigen Stückwerk. Am 29. Oktober 1999 schliesslich fegte ein Jahrhundert-Zyklon mit meterhohen Meereswellen über Orissa hinweg, machte etwa zehn Millionen Menschen obdachlos, tötete Tausende. Hart getroffen wurden die Gemeinden Puri, Gopalur und Chilika, heisst es. Dort sei nichts übriggeblieben. Die Bevölkerung dort habe nicht einmal Nahrungsmittel oder sauberes Wasser.

WA 98362-0279, USA, Fax 001-360) 452-5866, mangroveap@olympus.net, <http://www.earthisland.org/map/map.html>

Frankenstein-Bäume auf dem Vormarsch

Während traditionelle Baumarten langsam aber sicher von unserem Planeten verschwinden, lassen Gentech-Konzerne Gen-Bäume in den Himmel wachsen. Gen-manipulierte, superschnell wachsende Bäume wurden inzwischen nicht nur in den USA und Kanada, sondern ebenso in Europa angepflanzt.

Um diesen Menschen zu helfen, hat das Nationale Fishworkers Forum in Indien nun einen Hilfsfond für die Zyklon-Opfer eingerichtet. Es wäre ein Teil Wiedergutmachung, wenn die am Verkauf von Tiger- oder Riesengarnelen oder Shrimps profitierenden Supermarktketten und Gourmet-Tempel den Fischerfamilien von Orissa finanziell helfen würden. Gleiches gilt natürlich für die Konsumenten, denen die gezüchteten „Meeresfrüchte“ so gut schmecken.

Weitere Infos: World Forum of Fish-harvesters and Fishworkers (WFF), National Alliance of Peoples Movements in Indien (NAPM), Velankanny, Junction, Valiathura, Thiruvananthapuram 695 008, Indien, Fax: 0091 471 50 1376; E-mail: nff@md2.vsnl.net.in, Internet Website: <http://www.south-asian-initiative.org/wff>

Chiquita täuscht VerbraucherInnen

Nicht erst seit dem Schweigen des Ex-Kanzlers Helmut Kohl gilt Deutschland (West) international als Bananenrepublik. Schon seit Adenauers Zeiten ist die Banane des West- und heute auch des Ostdeutschen liebste Frucht. Damit einer der grössten Bananenkonzerne weltweit, Chiquita, seine krummen Dinger nun ebenso umweltbewussteren Verbrauchern andrehen kann, reklamierte er jüngst den Umweltschutz für sich. Mit dem Slogan „Natürlich Chiquita – der Umwelt zuliebe“ und Bildern von herrlichem Regenwald wirbt der Bananenriese um neue und alte Kunden. Doch hinter dem grünen Mäntelchen Chiquitas ist alles nur Banane, der Slogan eine Täuschung. „Chiquita ist ebenso wie Dole oder Del Monte – noch weit von einer ökologisch und sozial verantwortbaren Produktions-

weise entfernt“, sagt Tropenforstwart Laszlo Maraz von Pro Regenwald. Der Costa Rica Experte der Münchner Regenwaldschutzgruppe hatte erst jüngst Chiquitas Bananenplantagen in Mittelamerika unter die Lupe genommen. Seine Erkenntnisse lassen Chiquitas Grünes Mäntelchen auf-fliegen. Chiquita-Bananen werden auch heute noch fast täglich mit Gift behandelt. Der Furchtkonzern setze dabei sogar Agrarchemikalien ein, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als extrem gefährlich eingestuft werden. Wer der Umwelt wirklich etwas zuliebe tun möchte, sollte auch künftig auf Dollarbananen a la Chiquita, Dole und Del Monte verzichten und stattdessen Bio-Bananen aus dem Fairen Handel kaufen. Sie sind zwar in der Regel kleiner und teurer, schmecken aber besser.



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Frühjahr 2000 **53**
 • Kurz notiert



Ö-Verteiler "Umwelt & Entwicklung"

• Leider keiner.

Australien wird kahlgeschlagen
 Häufig wird das Wort „Armut“ bemüht, wenn es darum geht, die katastrophale Waldvernichtung in den sogenannten Entwicklungsländern zu erklären. Im Falle Australiens allerdings kann „Armut“ sicherlich nicht als Entschuldigung für rücksichtslose Abholzung gelten. Jährlich lassen dort Viehzüchter, Bauern und Holzunternehmen wenigstens 3.400 Quadratkilometer Wald kahl schlagen. Das ist die höchste Abholzungsrate aller entwickelten Länder.

USA: Legale Psycho-Drogen für Kinder
 Etwa zehn Prozent der Kinder in den USA stehen unter Drogen. Doch gemeint sind nicht die herkömmlichen oder illegalen Drogen wie Alkohol, Nikotin oder Heroin und Kokain, sondern legale Psycho-Drogen wie Ritalin, Dexedrine oder Prozac. US-Amerikanische Mediziner und Eltern verabreichen jährlich rund sechs Millionen Kindern in den USA diese legalen Psycho-Drogen, um zum Beispiel kindliche Depressionen zu behandeln.

Mehr „Ökos“ in Grossbritannien
 Grossbritannien setzt verstärkt auf Bio-Anbau. Gegenüber 1998 vervierfachten sich dort die ökologisch bewirtschafteten Flächen. Ein starkes Wachstum im Bio-Landbau verzeichneten ebenso Portugal mit einem Plus von rund 155 Prozent und Dänemark mit etwa 150 Prozent mehr Ökolandbau. Deutschland rangiert in der europäischen Bioanbaustatistik mit einem Wachstum von nur rund 19 Prozent abgeschlagen auf den hinteren Rängen.

Abholzung zu Hause verboten – woanders erlaubt
 Nach den jüngsten Ueberschwemmungskatastrophen hat Chinas Regierung den Holzeinschlag in seinen Bergwäldern verboten. Nun holen sich die chinesischen Holzhändler und Holzverarbeiter den begehrten Rohstoff aus Russland und Thailand. Weite Teile Sibiriens und des fernen Ostens werden deshalb illegal abgeholzt. Hauptprofiteure sind Russlands Holz-Mafia. „Wenn China weitermacht, Abholzung zu exportieren, dann könnten die Konsequenzen für unseren Planeten schrecklich sein“, schreibt der Ecologist.

Kuba goes Öko...
 Vergangenen Dezember bekam die kubanische „Grupo de Agricultura Organica (GAO) den Alternativen Nobelpreis nicht ohne Grund. Immer mehr Flächen werden auf Kuba ökologisch bewirtschaftet. Denn seit 1989 – seit die Karibikinsel vom grossen Bruder Russland keine oder kaum Pflanzenschutzmittel und chemischen Dünger mehr bekommt – fand in Kuba eine regelrechte landwirtschaftliche Revolution in Richtung ökologischen Landbau statt.



Abholzung für Innovation?
 Ein Innovations- und Gründerzentrum für Biotechnologie soll bei Oberschleissheim nahe München entstehen. Zehn Hektar geschützter, sogenannter Bannwald soll dafür weichen. Nicht nur die Münchner Kreisgruppe des Bund Naturschutz findet diesen Baumfrevell „wenig innovativ“. Gibt es im Raum München wirklich keine leerstehenden Gebäude oder brachliegenden ehemaligen Industrieflächen, wo sich innovative Biotechnologen mit unseren, als Subventionen getarnten Steuergeldern eine Goldene Nase verdienen können?

1,8 Billionen Mark Subventionen
 Jährlich werden weltweit rund 1,8 Billionen Mark (= 1.800 Milliarden Mark) an Subventionen für industriellen, nicht nachhaltigen Fischfang, industrielle Landwirtschaft, Strassenbau und Energieverschwendung ausgegeben. Wenn nur ein Bruchteil dieser falschen, umweltschädlichen Subventionen in die richtigen Kanäle flosse, könnte die gesamte biologische Vielfalt unseres Planeten vor dem Aussterben gerettet werden. Wissenschaftler schätzen die jährlichen Kosten zur Rettung der Biodiversität auf rund 500 Milliarden Mark ein.

Russland auch...
 Mit Unterstützung von Naturland stellen auch in der ehemaligen Sowjetunion Bauern auf Öko-Landbau um. So wurden im vergangenen Jahr in Russland 24 landwirtschaftliche Betriebe mit insgesamt 10.200 Hektar Anbaufläche vom russischen Öko-Landbauverband (EkoNivaMo) anerkannt oder auf Neudeutsch zertifiziert. In Europa stieg übrigens die ökologische Anbaufläche im vergangenen Jahr um fast eine Million Hektar auf nun rund drei Millionen Hektar an.



Unsere Masttiere weiden in Südamerika
 1998 importierten deutsche Vieh- und Geflügelmäster 1,7 Millionen Tonnen Futtermittel aus Lateinamerika, 36.000 Tonnen aus Afrika, 100.000 Tonnen aus Vorderasien, 628.000 Tonnen aus Süd- und Ostasien.

Kohle statt Indianer
 Der Zugang zu Weideland und Wasserquellen wird ihnen verweigert, ihr Vieh beschlagnahmt, ihr Lebensraum weggenommen: Dies klingt wie eine Meldung aus vergangenen Jahrhunderten, als europäische Eroberer und Einwanderer mit brutalen Methoden Amerikas indigenen Völkern das Land raubten. Doch der Eindruck ist falsch. Dies geschieht heute, Anfang des 21. Jahrhunderts. Und es geschieht auch nicht in irgendeinem Dritte-Welt Staat, sondern im (finanziell) reichsten Land der Erde, den USA. Betroffen sind die Navajo-Indianer im Bundesstaat Arizona. Die Ureinwohner haben das Pech, dass Energiekonzerne auf dem Navajo Stammesgebiet namens Black Mesa die grössten Kohlevorkommen der USA entdeckt haben. Etwa 12.000 Indianern mussten deshalb bereits ihre Heimat verlassen. Die USA, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten: Dies scheint auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert nur für diejenigen zu gelten, die die Umwelt und traditionelle einheimische Kulturen zerstören wollen.

Nichts dazugelernt

Am Sonntag, 12. Dezember 1999 passierte es wiedereimale: Ein Öltanker zerbrach in zwei Teile. Tausende von Tonnen Öl verseuchten nun die französische Atlantikküste. Dies ist nicht der erste Öltankerunfall an dieser Küste. Schon 1978 verseuchte ein sinkender Tanker die bretonische Küste. Damals hatten viele gehofft, dass Regierungen, Schifffahrt und Erdölindustrie aus der Katastrophe lernen werden – vergeblich. Es folgten Jahr für Jahr weitere Ölkatastrophen. Selbst das Jahrhundert-Desaster der Exxon Valdez 1989, als über 40 Millionen Liter Erdöl die Küste Alaskas auf einer Länge von 1.600 Kilometern verseuchten, führte zu keinem Umdenken. Allein im vergangenen Jahr zählte der alternative Bergbau- und Minen Informationsdienst "Drillbits and Tailings" weltweit wenigstens fünf Tankerunfälle.

Die Schiffsunfälle sind aber nicht die einzigen Umweltkatastrophen, die die Erdölbranche zu verantworten hat. Weltweit holen derzeit über ein halbe Million Förderertürme das schwarze Gold aus der Erdkruste. Als Folge davon werden in 22 Ländern Urwälder durch kleinere und grössere Lecks verseucht, werden wertvolle Korallenriffe vor der Küste von 38 Ländern durch Ölförderung zerstört. In 46 Ländern wiederum schädigen verantwortungslose Ölunternehmen Tag für Tag die für das Küstenökosystem lebenswichtige Mangrovenwälder.

Regelmässige Infos zum Thema Bergbau, Umwelt und Ureinwohner liefert Drillbits & Tailings, Project Underground, 1847 Berkeley Way, Berkeley CA 94703, Tel: 001 510 705-8972, Fax: -8983, <http://www.moles.org>

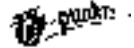
Weitere Infos: FIAN, Overwegstr. 31; D-44625 Herne, Tel. 02323-4900-99, Fax -18, <http://www.fian.de>

Rundreise

500 Jahre Eroberung Brasiliens
Wem gehört das Land?
 Rundreise mit Maninha Xukuru-Kariri vom 10.–22.5. Wer noch Termine absprechen will, sollte sich melden bei der ASW; Tina Kleiber, 030/2510265, Fax 2511887, tina.kleiber@aswnet.de

Termin

6.–13.5. in Hindelang
 Umweltwerkstatt
 Berg- und Tropenwälder, Holz-gütesiegel
 Infos: ASW, so aswnet@aol.com



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

56

Frühjahr 2000

• Kurznotiert



Themenredaktion "Verkehr"

Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20,
13357 Berlin-Wedding
Tel. 030/4927473,
Fax 4927972
info@umkehr.de

Autobahnbau mit EU-Geldern

Ein besonders beeindruckender Fall von Umwelt- und Regionen-Rücksichtslosigkeit konnte vorläufig gestoppt werden. Mit Geldern der EU und der Europäischen Investitionsbank sollte ein Autobahnring um Budapest gelegt werden. Ohne Ankündigungen für die Anwohner begannen die Arbeiten. Vor einem ungarischen Gericht konnten mit einem Eilbeschluss die Arbeiten am nördlichen Abschnitt einstweilig beendet werden. Dieser Abschnitt soll durch ein Naturschutzgebiet gehen und bei der Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nur der Pkw- und nicht der Lkw-Verkehr und die Nähe zu bebauten Gebieten berücksichtigt. Die trotz aller Missachtung der Realität prognostizierte Überschreitung der ungarischen Luftqualitätsgrenzwerte wurde konsequenterweise auch nicht beachtet. Die ungarischen Umweltgruppen forderten die EU auf, die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer finanzierten Projekte zu berücksichtigen.

Keine Raserei ohne Vorsatz

Bei einem Autofahrer, der deutlich zu schnell fährt, ist von Vorsatz auszugehen. Das entschied in einem Berufungsfall das OLG Koblenz. Das Amtsgericht hatte vorher bei einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 51 km/h auf 450 DM Geldbuße und einen Monat Fahrverbot entschieden. Der Verurteilte hatte erklärt, dass er die höhere Geschwindigkeit nicht bemerkt habe.

(Az 2 Ss 4/99)

Senioren zu FUSS

Einen in die Zukunft gerichteten Nachruf auf das „Internationale Jahr der Senioren 1999“ hat nun der Fußgängerschutzverein FUSS e.V. veröffentlicht. Es handelt sich um Aufsätze, Dokumente und Zwischenrufe zur Mobilität von Senioren zu Fuß. Gedacht ist die 30-seitige Schrift für alle, die sich für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und des Gehkomforts älterer Menschen im Straßenverkehr einsetzen wollen, insbesondere auch für Kommunalpolitiker und Verkehrsplaner.

Die Broschüre kann für 15 DM einschließlich Versand gegen Rechnung bei FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/4927-473, Fax: -972 oder per email: info@fuss-ev.de bestellt werden.

Fluglärm

Die EU hat die Durchsetzung ihrer Verordnung hinsichtlich des Verbotes von Flugzeugen mit „hush kits“ offiziell ein Jahr verschoben, höchstwahrscheinlich und faktisch auf Eis gelegt. Hush-Kits sind (nachträglich) eingebaute Schalldämpfer, die eine Einstufung dieser Flugzeuge in eine bessere Lärmklasse erlauben. Damit können diese Flieger wieder auf Flughäfen landen, wo sie vorher nicht mehr zugelassen waren. Maschinen mit diesen Schalldämpfern werden zwar auf der dB-Skala leiser, von Menschen aber weiterhin als sehr unangenehm empfunden. Hush Kits werden praktisch nur in den USA hergestellt. Die neue EU-Verordnung wurde daher folgerichtig von den USA als Handelsbarriere aufgefasst und da sie Vergeltungsmaßnahmen androhten, kam es zur oben erwähnten Einstellung. Die neue EU-Kommissarin für Verkehr und Energie, Frau Loyola de Palacio aus Spanien

wird auf dem EU-Verkehrs-Ministerrat mit einem USA-Vertreter zusammentreffen und hat vorher schon Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Das Husk Kit-Verbot würde ausgesetzt, wenn sich die USA international für neue Fluglärm-Standards einsetzen würde.

Ö-termine

13.-17.3.00 in Bad Boll

Mobil mit SII

Veranstalter: Ev. Akademie Bad Boll, Tel. 07164/79 270

14.3.00 in Berlin.

Verkehrskompetenzzentren in der Bundesrepublik – wie funktionieren sie und was bewirken sie?

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel. 030/29 78 42 21

25.3.00 in Regensburg.

Weiche Schiene - welche Straße?

Bundesverkehrswegeplan auf dem Prüfstand
Veranstalter: Bund Naturschutz Bayern
Verkehrsreferat, Tel. 0911/8187825

31.3.-1.4.2000 in Rüsselsheim.

Jahrestreffen

der Aktionsgemeinschaft gegen Umweltzerstörung durch Flugverkehr
Veranstalter: Bernhard Klewitz, Tel. 030/601 42 62

12.4.00 bundesweit.

International noise awareness day

Ein Tag für die Ruhe - gegen Lärm
Veranstalter: Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. DAL, Tel. 0211/48 95 20

11.-13.5.2000 in Konstanz oder Lindau.

Nahmobilität und Städtebau

Halbjahrestagung der SRL
Veranstalter: Juliane Krause, 0531/ 798 203

16.-17.6.2000 in Wolfsburg.

Zukunftsfähige Mobilität - Wie wir leben und arbeiten wollen

Veranstalter: Sozialwissenschaftliches Institut der ev. Kirche, Tel. 0234/702092/93

18.-22.6.2000 in Amsterdam.

Velo Mondial 2000

World Bicycle Conference
Veranstalter: Velo Mondial 2000 Secretariat, Tel. 003124/3234471

7.7.00 in Berlin.

Neue Wege zur Finanzierung des kommunalen ÖPNV im Zuge eines liberalisierten Wettbewerbs

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel. 030/29 78 42 21

25.-27.7.00 in Ennstal, Oberösterreich, Kalkalpen.

"Verkehr und mehr..."

der AG Verkehrspolitik und der Grünen
Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Verkehrspolitik, Tel. 0043-1/526 83 03

26.07.-06.8.2000 in München.

Tour de Natur 2000

Veranstalter: Tour de Natur, Tel. 089 178 18 24

Verkehrspolitische Beratung im Internet

UMKEHR e.V. und die Kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung bieten seit November 1999 eine Neuheit, die bundesweit ihresgleichen sucht: Eine verkehrspolitische Beratung per E-mail. Sie richtet sich in erster Linie an kommunalpolitisch Aktive in Bürgerinitiativen, Gemeinde- und Kreisvertretungen, aber auch an betroffene und interessierte BürgerInnen.

Beantwortet werden Fragen zu verkehrspolitischen Problemen mit kommunalem Bezug. Vom Fußgänger über Rad- und Bahn- bis zum Flug- und Schiffsverkehr reicht das Tätigkeitsfeld; Gegenstand der Fragen können Planung, Organisation, Recht, Finanzen und politi-

sche Handlungsmöglichkeiten in allen Bereichen von Verkehr und Umwelt sein. Die Beratung ist kostenlos, sofern nicht im Einzelfall ein unverhältnismäßiger Recherche-Aufwand entsteht.

Anfragen können an UMKEHR, infothek@boell.de gerichtet werden, die kommunalpolitische Infothek mit vielen Themenbereichen ist erreichbar unter www.kommunale-info.de.

Spendenkonto für die Ö-Punkte

Förderverein/
Ö-Punkte
Nr. 92882004
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00

Das Tagungshaus

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax 5
projektwerkstatt_sa@apg.wbnl.de

... mit spannender Ausstattung

Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch. Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.

... für politische Gruppen

Optimal geeignet ist das Haus für politische Gruppen, z.B. zum Vorbereiten von Projekten, Aktionen oder Planungstreffen. Denn hier gibt es Arbeitsmaterialien, die Technik kann genutzt werden und mehr.

... mit besonderen Angeboten

Wir können ReferentInnen zu verschiedenen Politikbereichen stellen – sei es zu Aktionsstrategien, Tips zur Gruppenorganisation, ökologische Themen usw. Oder wir stellen Bio-Lebensmittel bereit. Oder ...

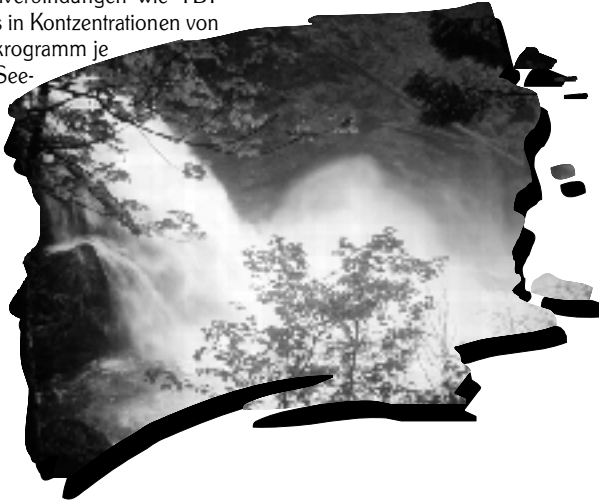


Privatisierung der deutschen Wasserwirtschaft

Dem Bundesministerium für Wirtschaft wäre die Aufgabe der wasserwirtschaftlichen Gebietsmonopole schon recht. Umweltverbände hingegen sehen vor allem die Nachteile einer vorrangig gewinnorientierten Wasserver- und Entsorgung. Das bloße Ersetzen öffentlicher Monopole durch private allein bringt dem Verbraucher keine Kostenvorteile, sondern weniger sauberes und dafür ggf. stärker gechlortes Trinkwasser.

Tributylzinn im Visier von GREENPEACE

Der Meeresvergiftung durch fischtoxische Schiffsanstriche widmet sich eine GREENPEACE-Kampagne. Die Umweltfreunde pumpten giftigen, stinkenden, mit bis zu 9.170 g/kg TBT-verseuchten Schlamm in die Docks der Kieler Lindenufer zurück. Auch die MTW-Werft in Wismar und die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft gehören zu den Einleitern. Organische Zinnverbindungen wie TBT schädigen bereits in Konzentrationen von 0,05 bis 0,3 Mikrogramm je Kilogramm Seeschnellen, Muscheln und Fischlarven.



2. Lesung der Wasserrahmenrichtlinie im Europäischen Parlament

Im Europäischen Amtsblatt vom 22. Oktober 99 ist die "common position" des EU-Ministerrats zur Wasserrahmenrichtlinie abgedruckt! Die erste Verhandlung im Umweltausschuß fand am Dienstag, dem 7. Dezember 99 statt. Dort wurden vornehmlich die Änderungsvorschläge von Frau Marie-Noelle Lienemann abgestimmt (Preliminary 1997/0067 (COD)-F1). Die Umweltverbände fordern die EU-Parlamentarier aller Fraktionen mit Nachdruck auf, die Änderungsvorschläge des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit zu unterstützen. Wichtig sind verbindliche Zielsetzungen für den Eintrag gefährlicher Stoffe, mit denen die Zielsetzungen der Internationalen Abkommen zum Schutz der Nord und Ostsee auch wirksam umgesetzt werden. Der Gewässeraus- und -verbau, dem nicht zuletzt die Häufung von Hochwasserspitzen zu verdanken ist, muß überprüft werden.

Ö-terminale
10. - 11. März in Clermont Ferrand
Lachse in der Loire und Allier
Treffen französischer Flußaktivisten, abgehalten in der Landessprache

Mittwoch, 22. März überall
Tag des Wassers
u.a.: 11:00 Uhr Reichstagsufer 14: Berliner Pressekonferenz Privatisierung in der Wasserwirtschaft zum Positionspapier der Umweltverbände. Bundespressekonferenz mit Nikolaus Geller (BBU), Klaus Lanz (GREENPEACE) und Klaus Ladtschetter (ÖTV)

14. Mai in Berlin
11 Uhr Glienicker Brücke, 12: Uhr S-Bf. Wannsee
Volksradeln 2000
Route: Havelchaussee, Schleuse Spandau/Charlottenburg, Pariser Platz

14. Juli 2000 14:00 Uhr in der Elbe
1. Internationales Elbeschwimmen

14.-23. Juli 2000 von Prag nach Meißen
Elbe-Labe Radtour
Zehntägige Studienreise auf dem Elberadweg für 25 Teilnehmer, evg. Akademie Meißen, Katrin Hartmann, Tel: (03521) 4706-0, Fax: -99, Tagung Nr. 30

Netz Hessen vor Neu-Orientierung?

... Nach vier Jahren und acht Ausgaben stand Ende September letzten Jahres die Entscheidung fest: Die geplante nächste Ausgabe der „fairnetz“ konnte mangels finanzieller Möglichkeiten nicht mehr erscheinen. Weder konnte eine mitfinanzierende Stiftung gewonnen noch genügend Anzeigen aquiriert werden.

Was in der ersten Ausgabe im Mai '95 als Basis dieser kostenlosen Zeitschrift benannt wurde – „gegenseitige Werbung und Information“ mit dem Ziel, „verschiedene Menschen und unterschiedliche Betriebe und Projekte miteinander zu vernetzen“ – reichte nicht mehr aus für ein Weiterbestehen. Statt auf Abo-Einnahmen setzte das Konzept auf breite Verteilung in den Betrieben des netz Hessen sowie an 400 Auslegestellen.

Im ersatzweise an die Verbandsmitglieder verschickten Rundbrief kommentierte Marlis Cavallaro treffend: „fairnetz wurde nicht dramatisch erdolcht, sondern 'erschwiegen'. Wir haben ihr lediglich die Augen zugedrückt.“ Und im Zusammenhang mit den gestrichenen Fördergeldern zeichnet sie ein eher düsteres Bild vom mittlerweile fünfzehnjährigen Verband: „Das Hinscheiden eines gemeinsamen Blattes ist Symptom der Schwindsucht von Erneuerungskraft, Identifikation und Partizipation im netz-Hessen-Zusammenhang. Der fairnetz selig droht das Verbandsbüro ins finanzielle Jenseits zu folgen. Die allgemeine Problematik der vorwiegenden Abhängigkeit wichtiger Projektbereiche von staatlichen Fördergeldern zeigt sich immer deutlicher.“ Noch ist besagtes Jenseits nicht erreicht und es bleibt Zeit, „neue Wege zu visionieren“.

Zeit aber auch, innezuhalten und zu fragen, was das schweigende Ende der eigenen Zeitschrift mit den Folgen der jahrelangen öffentlichen Förderung zu tun haben könnte – abgesehen davon, dass auch andere linke Publikationen eingestellt werden mussten. Zugegeben – man kann die Gründung des Verbands der selbstverwalteten Betriebe in Hessen vor fünfzehn Jahren wohl nicht als Resultat von gemeinsamen Kämpfen bezeichnen, eher war es eine pragmatische Lösung, um als Verhandlungspartner der ersten rot-grünen Regierung für die Verteilung der sogenannten Hessenknete auftreten zu können.

... Es geht nicht drum, die geleistete Verbandsarbeit schlecht zu machen. Im Hinblick auf die anstehenden Diskussionen, wie sich der Verband neu orientiert und in welchem Bereich die Mitglieder eine zukünftige gemeinsame Basis finden, lohnt sich hingegen ein Blick zurück allemal, um in ähnliche Situationen nicht noch einmal zu geraten. Eine Debatte, an der sich gerne auch andere Betriebe und Verbände beteiligen können.

Gib's "Ö"ns ... danke!

UnterstützerInnen-Konto
Förderverein/Ö-Punkte, 92882004
Volksbank Gießen, BLZ 51390000

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

• Kurz
notiert

57

Zum netz
hessen

Der Kommentar
stammt aus
CONTRASTE Nr. 185.

Der Autor, Peter Streiff,
war ca. fünf Jahre
für "netz Hessen"
aktiv.



Themenredaktion
"Wasser"

Nicht besetzt.

Infos auch aus den
AK Wasser
Michael Bender,
GRÜNE LIGA Berlin
Prenzlauer Allee
230, 10405 Berlin
Tel: d. (030) 44 33
91-44 Fax: -33
gl.wasser@ipn-b.
comlink.apc.org

Ö-Verteiler
"Wasser"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

58

Frühjahr 2000

Widerstand

Es gibt kein ruhiges Hinterland ... auch nicht in Indien!

Siemens ist überall. Auch im in indischen Narmada-Tal, wo mit Hilfe deutscher Konzerne und Banken – namentlich neben Siemens vor allem die Hypo-Vereinsbank – ein Staudamm-Projekt gebaut wird, das voraussichtlich zwischen 200.000 und 1 Mio. Menschen entwurzeln wird.

Unter dem wohlklingenden Namen „Narmada-Tal Entwicklungsprojekt“ planen die Regierungen der Bundesstaaten Maharastra, Gujarat und Madhya Pradesh seit nahezu drei Jahrzehnten den Bau von 30 großen, 135 mittleren und 3000(!) kleinen Dämmen, die nach eigener Aussage die Region mit Strom und Trinkwasser versorgen wird. Kleiner „Schönheitsfehler“, der allerdings in den offiziellen Planungen kaum erwähnt wird ist, dass das sehr fruchtbare Land, das dadurch überschwemmt werden wird, keinesfalls unbewohnt ist. Allein durch einen der größten Dämme, den Sardar Sarovar, der sich nahe dem Meer befindet, würden über 245 Dörfer überschwemmt werden. Insgesamt sind vorsichtigen Schätzungen zufolge seit 1947 mindestens 25 Millionen Menschen durch Staudämme von ihrem Land vertrieben worden. Die Menschen, die dort leben, sind hauptsächlich Adivasis, die indischen UreinwohnerInnen, oder kleine SubsistenzbauerInnen. Da diese zu den untersten Kasten gehören, werden sie als „Wertlose“ betrachtet und sollen ersatzlos enteignet und von ihrem Land vertrieben werden, während die wenigen GroßgrundbesitzerInnen großzügig entschädigt werden. Die Adivasis, deren Dörfer bereits zerstört wurden, leben in den Slums von Megastädten wie Delhi oder Kalkutta, da in dem Vorzeige-Umsiedlungsdorf der Regierung bereits mehrere Menschen an Hunger gestorben waren, weil sie auf dem unfruchtbaren Boden nichts anbauen konnten.

Doch diese sogenannte „Entwicklung“ wird von den Betroffenen nicht widerspruchslos hingenommen. „Wessen Land? Wessen Fluß? Wessen Entwicklung?“ fragt Medha Patkar, die vor fünfzehn Jahren Narmada Bachao Andolan-NBA (Bewegung zur Rettung des Narma-

gement der Alternative Nobelpreis verliehen wurde), hatte auch einige Erfolge zu verzeichnen: Nach jahrelangen Protesten zog sich die Weltbank, die ursprünglich einen Kredit zur Finanzierung des Projekts geben wollte, zum ersten Mal in ihrer Geschichte aus einem laufenden Projekt zurück, nachdem bereits Gelder zugesichert worden waren. Zuvor hatte eine von der Weltbank selbst eingesetzte Untersuchungskommission festgestellt, daß das Projekt nicht „nur“ ökologisch und sozial nicht vertretbar sei, sondern auch ökonomisch völlig unsinnig. Zudem wurde 1995 der Bau des Sardar Sarovar Damm durch eine Entscheidung des Obersten Gerichts bei einer Höhe von 80 Metern (von geplanten 138m) zunächst gestoppt. Anfang dieses Jahres wurde der Baustopp jedoch gerichtlich wieder aufgehoben; seitdem wird weiter gebaut. Außerdem wird das Projekt (insbesondere der Maheshwar-Staudamm) jetzt statt mit Hilfe der Weltbank weitgehend privatwirtschaftlich finanziert – wobei Deutsche Unternehmen den Löwenanteil haben.

Was diese Entscheidung für die Menschen im Narmada-Tal bedeutet, dürfte klar sein. Schon bei der derzeitigen Höhe von 88m ist die Situation mehr als kritisch. Nicht nur, das die Wasserqualität stark abgenommen hat und sich in dem jetzt stehenden Gewässer Krankheitskeime ausbreiten und Malariainfektionen zunehmen. In der letzten Regenzeit wurden einige der Dörfer mehrmals fast überschwemmt – zuletzt am 18. und 21. September letzten Jahres. Dabei stand eine Hütte in Domkhedi (einem Dorf, in dem Versammlungen und „Satyagrahas“, Aktionen von zivilem Ungehorsam, vorbereitet werden und z.T. auch stattfinden) fast vollständig unter Wasser; die sich darin befindlichen Personen hatten erklärt, aus Protest eher zu ertrinken als ihre Dörfer zu verlassen. Als ihnen das Wasser schon bis zum Kinn stand, wurden sie von der Polizei gegen ihren Willen „gerettet“ und verhaftet. Nach Protestaktionen wurden weitere fast 400 Menschen aus den umliegenden Dörfern festgenommen und bis zu 2 Wochen im Gefängnis behalten. Die Tatsache, das viele Menschen bereit sind, für die Rettung des Narmada-Flusses und des Tals zu sterben, dürfte die Dramatik der Situation klarmachen, auch wenn sie aus unserer westeuropäischen Sicht unverständlich erscheinen mag. Ihnen bleibt jedoch keine Wahl – der Verlust ihres Landes würde nicht „nur“ den Verlust ihrer Heimat, sondern ihrer Existenzgrundlage bedeuten. So ziehen sie den Tod einem elenden Leben in den Slums vor.

Auch wenn die Regenzeit und damit die unmittelbare Gefahr inzwischen vorbei ist, ist Handeln nötiger denn je. In der näch-

sten Zeit entscheidet die Bundesregierung über die Vergabe von sog. Hermesbürgschaften für Siemens für ihre Investitionen in den Maheshwar-Staudamm. Hermesbürgschaften sind eine Absicherung von Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen, die damit im Falle eines Scheiterns ihrer Projekte die Verluste aus Steuergeldern erstattet bekommen (oberstes Funktionsprinzip des Kapitalismus: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert!), was auch quasi als „Gütesiegel“ für weitere Investitionen gilt. Protest ist also dringend angesagt!

Nähere Auskünfte und Protestkarten gibt's bei urgewald, Von-Galen Str. 4, Tel: 02583/1031.

NBA hat auch immer wieder betont, daß sie ihren Kampf als Teil eines weiteren Kampfes geben kapitalistische Entwicklung und Zerstörung insgesamt betrachten, und haben daher die Nationale Allianz von Volksbewegungen (NAPM) mit aufgebaut und sind Teil von Peoples' Global Action (PGA), um mit sich mit anderen Bewegungen zu vernetzen und auszutauschen. Die Websites von NBA sind unter www.narmada.org zu finden.



Themenredaktion "Expo 2000 & Weltwirtschaft"

Momo, Luciano, Jörg & einige mehr aus der Neolib-Mailingliste

Kontakt: Büro für mentale Randalen
Wickingstr. 17
45657 Recklinghausen
02361/17483
antifa-rel@koma.free.de



Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt_sa@apg.wvbnet.de

1. Tagungshaus

Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gleußen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch, Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.

2. Politische WG

Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum

Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungsredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktion usw.). Gute technische Ausstattung und viel Platz.

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

das) mit aufgebaut hat. Der Widerstand von NBA, der weit über die Grenzen Indiens hinaus Resonanz gefunden hat, (nicht erst, seit Medha Patkar für ihr Ega-

Ö-termine

3.-5.3. in Bielefeld
6. Koordinierungstreffen des Anti-Expo-Widerstandes
Infos: AStA FH Bielefeld, Referat für Internationales, Kurt-Schumacher-Str.6, 33615 Bielefeld, Tel 0521 10626 (Fax:-89)

24.-28.3. im Ruhrgebiet
Expo-Seminar
Infos bei www.jungdemokraten.de oder 0171-8348430

31.3.-2.4 in Mülheim
Anti-Atom-Konferenz
Info: 0208 477285

1.-8.4. in Krakow/Polen
Tricks of the Trade
Seminar für AktivistInnen
A SEED Europe, PO Box 92066, NL-1090 AB Amsterdam, 0031/20/668-2236

16.4. in Washington
Direkte Aktionen gegen den IWF
Rund um und gegen das dortige Treffen
Info: www.al6.org

Veranstaltungsreihe, je 19.30 Uhr in der Zeche Carl, Essen
Schöne neue Expo-Welt
09.05. „Nachhaltige Entwicklung oder modernisierte Herrschaft?“
Zur Kritik des Nachhaltigkeitsbildes der EXPO.
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100,
16.05. „Die Beherrschung verlieren – Expo demaskieren; Inhalte und Perspektiven der Anti-Expo-Bewegung“
23.05. „Hannover – Schöne neue Expo-Stadt?“ Die Expo als Katalysator im Standortwettbewerb
13.06. „Schöner neuer Expo-Mensch“ Die Expo als Forum für Bio- und Bevölkerungspolitik

Anti-Expo-Termine ... siehe S. 32/33



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000



Widerstand

Expo lahmlegen!

Die Verhinderung der Eröffnungsfestivitäten der Weltausstellung ist das erklärte Ziel des Expo-Widerstandes, der sich vom 14.-16.1. in Hannover traf. Massive Blockaden und vielfältigen Störaktionen in der am 1.6.2000 infrastrukturell überlasteten Expo-City Hannover sollen zum Kollabieren von Verkehr und Feierlichkeiten führen. Das kündigte das Plenum des bundesweiten Anti-Expo-Treffens an.

Proteste gehen weiter

Seattle war alles andere als ein einmaliges Ereignis. Beim MinisterInnen-Treffen in Davos gab es heftige Auseinandersetzungen. Und auch während der UN-Welt-handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAG) in Bangkok durchbrachen ca. 800 DemonstrantInnen die Polizeiabsperrungen vor dem Tagungszentrum. Ein Demonstrant warf dem scheidenden Chef des IWF, Camdessus, eine Sahnetorte ins Gesicht. (pvu)

Seattle – jedeR will es gewesen sein

Vor dem Global Action Day wurde der Aktionstag eher verschwiegen oder sogar denunziert – sei es durch die Behauptung, daß rechte Kreise den Widerstand dominieren würden (Jungle World), daß die WTO reformierbar sei und grundsätzlich die Ablehnung nichts bringen würde (Jungle World, NGOs/staatsnahe Verbände) usw. Viele verschwiegen die Proteste auch einfach, z.T. trotz Herausgabe von Schwerpunktheften zum Thema oder längeren Texten (z.B. iz3w-Blätter, viele andere Medien).

Nachdem die Ereignisse die Machbarkeit radikalen Widerstandes dann bewiesen, feiern jetzt (fast) alle die Aktion als ihre eigene ab. Nach der "Graswurzelrevolution", die vorher auch schwieg, war es ein Sieg der Gewaltfreiheit. Der BUND, der eigentlich am liebsten bei der WTO mitmachen wollte und Klaus Töpfer (!) bat, ihn in der WTO zu vertreten, schrieb in seiner neuen Zeitung, daß "auch BUNDler" bei den Protesten dabei waren.

So ist es mit denen, die immer für sich das beste rausholen wollen – ohne klare Linie, ist die Meinung Fahne im Wind. Und diesmal kam der Wind mal endlich aus radikalen Aktionsgruppen. Und schon hängten die NGOs und andere Gruppe ihre Fahne hinein. Für weitere Aktionen und politische Arbeit muß erreicht werden, daß Verbände und Gruppen auch im Vorfeld klare Positionen haben. Beim Widerstand gegen die Expo ist das schon kaum noch zu erwarten – die meisten machen mit ... ob die NGOs nach einem erfolgreichen Aktionstag am 1.6. dann wieder mal "schon immer gegen die Expo waren"? (pvu)

Internet-Seiten

Inzwischen gibt es eine ganze Menge deutschsprachiger Seiten zum internationalen Widerstand sowie gegen die Expo 2000. Berichte um den 30.11. sind am besten über <http://come.to/n30-de> zu bekommen, von dort gibt es viele Links auch zu Berichten aus anderen Ländern. Zum nächsten Global Action Day wird es eine Seite unter www.glocalaction.home.pages.de geben. Und für verschiedene Anti-Expo-Seiten gibt es die gemeinsame Eingangseite www.expo-no.de.

Die dezentralen Widerstandsaktionen an neuralgischen Punkten des hannoverschen Verkehrsnetzes oder der Infrastruktur der Expo sind als Höhepunkt einer Aktionswoche geplant, die mit einer großen Bündnisdemonstration am Samstag vor Beginn der Weltausstellung ihre Auftakt nimmt und mit einer Innenstadtkaktion gegen Umstrukturierung und Ausgrenzung sowie einer RTS endet. Nach dem Vorbild der bewußt nicht hierarchischen, sondern stattdessen horizontal organisierten Widerstandsstrategie der Global Action Days in London und Seattle soll die Koordination der Blockaden und begleitenden Störaktionen soweit wie möglich dezentralisiert werden. Das bedeutet: Regionale Anti-Expo-Bündnisse diskutieren ihr jeweiliges Aktionskonzept im Hinblick auf die gemeinsame Widerstandsaktion am 1. Juni. Als grobe Orientierung gilt hierbei, daß die Zusammenhänge aus dem Norden der BRD die nördlichen Stadtteile und Messe-Zufahrten Hannovers zum Zentrum ihrer Aktivität machen, der Westen den westlichen Teil der Stadt usw. Als Anlaufpunkt wird neben alternativen Zentren ein Anti-Expo-Camp fungieren, welches, außer der räumlichen Basis

für kurzfristige Organisation Schlafplätze, Essen und Informationsversorgung garantiert. Diese Campstruktur soll unterstützt werden von sogenannten Infopoints, die – verteilt in der Stadt – Informationen über laufende Aktionen und Ereignisse den ProtestlerInnen vermitteln. Ob das Camp auch nach der Aktionswoche für weiteren Widerstand (falls die Expo unseren realistischen Einschätzungen zum Trotz doch nicht komplett abgesagt wird...) genutzt werden kann, ist noch unklar. Anlaß zum weitest existiert auch nach der zu Genüge anläßlich der nentage Deutschlands (natürlich am 3. 10.), Mexicos, Perus, der Türkei usf. oder der "Partnertage" (zu Ehren der Sponsoren wie Daimler-Chrysler, Preussag, oder Volkswagen).



Mobilisierungszeitung

Auf dem letzten Anti-Expo-Bundestreffen wurde beschlossen, eine Anti-Expo-Mobilisierungszeitung im Vorfeld der Expo herauszugeben.

8 Seiten im Berliner Zeitungsformat mit bundesweit gleichem Inhalt sind geplant, die letzte Seite soll regional gefärbte Infos und Termine beinhalten. Die Mindestauflage ist mit 20.000 Stück geplant, regionale Gruppen können Regionalausgaben machen oder die bundesweite Ausgabe bestellen.

Als Roten Faden wird sich die Herrschaftsideologie und die kapitalistische Verwertung von Mensch und Natur durch die Zeitung ziehen. Die Einzeltexte auf den Seiten 2+3 sind zu folgenden Themenblöcken geplant: Umweltpolitik und Nachhaltigkeit (Kritik an der neoökologischen Expo, Gentechnik), Bevölkerungs- und Biopolitik, Nationalismus, Innere Sicherheit, Internationalismus, Feminismus, Technologiekritik.

Alle regionalen Gruppen und Bündnisse können Zeitungen mit regional unterschiedlich gestaltetem Titelzug und Rückseite bestellen. Der finanzielle Beitrag liegt bei 300 DM für die ersten 1000 eigene Zeitungen. Wenn es mehr Regional-

ausgaben werden, wird es billiger. Wenn viele das Angebot nutzen, wird es nochmal billiger. Schätzungsweise kosten je weitere 1000 Exemplare 100 DM zusätzlich. Für den regionalen Titelschriftzug (28x10cm) brauchen wir eine druckfähige Vorlage (z.B. „Münchner Anti-Expo-News“ oder der Titel einer Lokalzeitung z.B. „Kölner Volksblatt Anti-Expo-Sonderausgabe“). Eure Regionalseiten dürfen ca. eine ganze DIN-A3-Seite (genau: 42x28,5cm) groß sein. Gesucht werden auch noch aussagekräftige Fotos oder Grafiken für die Seiten 1, 2 und 3. Für die Finanzierung ist eine Risikogemeinschaft geplant, die gemeinsam aufkommt, wenn es Defizite gibt.

Wer an Regionalausgaben interessiert ist, meldet sich bitte bei Infoladen Anschlag, Mobilisierungszeitung, Heeper Str. 132, 33602 Bielefeld, Anrufbeantworter: 0521/171253. Termine: Redaktionsschluß 15.3.2000, Endredaktion 1.4. in Hannover, Druck 9.4., Versand ab 10.4. in Saasen.



Ö-Verteiler "Expo, Weltwirtschaft ..."

- Anti-Expo-Rundbrief
- Internat-Verteiler gesucht



Der Infodienst für UmweltaktivistInnen



Frühjahr 2000

Widerstand

Internet

15.2000: www.freespeech.org/mayday2k (international) www.globalaction.homepages.de (deutsch)

30.11.1999: www.n3o.org (international) come.to/n3o-de (deutsch)

18.6.1999: www.j18.org (internat.)



Themenredaktion "Widerstand, Direkte Aktion"

Direkte Aktionsgruppe c/o ASTA der TU Katharinenstr. 1 38106 Braunschweig oeksbs@aol.com

Die RTS in Hamburg findet am 30. April abends statt. Aufrufflugblätter werden in ein paar Tagen rauskommen. Für weitere Informationen wende dich doch bitte an: Sublimago@gmx.de oder JUMP-Hamburg, Postfach 306137, 20327 Hamburg.

Dort wollen wir versuchen, die verschiedenen Aktivitäten in Deutschland zu koordinieren und Infos zu sammeln, wo was läuft. Wenn du also selber eine Aktion machst oder aber wissen willst was woanders läuft, dann melde dich doch dort.

Mayday 2000 Globaler Aktionstag

Am ersten Mai dieses Jahres findet der vierte Globale Aktionstag statt. Menschen in allen Teilen der Erde und aus den verschiedensten sozialen Bewegungen bereiten sich darauf vor, mit direkten Aktionen ihre jeweiligen Kämpfe gegen das globale kapitalistische System zu einem gemeinsamen Aktionstag zu bündeln. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es einen so erfolgreichen Versuch, den Widerstand so vieler verschiedener Gruppierungen zu verbinden und dadurch ihre jeweiligen Kämpfe zu stärken, wie es jetzt bei den "Global Action Days" der Fall ist. ArbeiterInnen, Arbeitslose, Studierende, Landlose, Frauen/Lesben-Gruppen, KriegsgegnerInnen, UmweltaktivistInnen, indigene Bevölkerungen, TierrechtlerInnen, Flüchtlinge, antirassistische Zusammenhänge, usw. bereiten von der jeweiligen Gruppe autonom organisierte Aktionen vor, die dann in den Zusammenhang von lokalen, regionalen und globalen Bündnissen gestellt werden.

Zur Geschichte der Global Action Days

Entstanden ist die Idee auf den von den Zapatistas in Mexiko organisierten weltweiten "Treffen gegen Neoliberalismus und für eine neue Weltordnung". Aus diesen Treffen heraus bildete sich das Netzwerk Peoples Global Action (PGA), das von da an versuchte, Kontakt zu immer mehr Menschen in immer mehr Ländern aufzubauen. Von ihnen wurde dann auch zu den ersten Globalen Aktionen zwischen dem 16. und 20. Mai 1998 aufgerufen. An diesen Tagen gab es Aktionen, Proteste und Demonstrationen auf allen Kontinenten, z.B. über 30 "Reclaim the Streets" in über 20 verschiedenen Ländern – eine Kombination aus illegalem Strassenfest, Protest und direkter Aktion. In Brasilien waren 50.000 Arbeits- und Landlose auf den Strassen, während in Hyderabad/Indien 200.000 demonstrierten. Diese Ereignisse waren zeitgleich mit dem Gipfeltreffen in Birmingham, Grossbritannien, und dem dritten MinisterInnen-treffen der Welt-Handels-Organisation in Genf in der Schweiz.

Aus der Euphorie, die diese Aktionen hervorgerufen haben, kam die Idee zu einem zweiten "Global Action Day". Dieser sollte am 18. Juni, zeitgleich zu der G7-Konferenz in Köln stattfinden. Der Mobilisierungserfolg war noch größer als beim ersten Mal. Es gab u.a. Großdemonstrationen in Pakistan und Bangladesch; Strassentheater, wie etwa eine gefakete Handelsmesse in Uruguay; die Besetzung des Londoner Finanzdistrikts durch 15.000 feiernde Menschen, inklusive teils massiver Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht; Strassenparties und Besetzungen privatisierter Räume in Spanien, Italien, Kanada diversen US-amerikanischen Städten und vielen anderen Orten; Protestaktionen von 10.000 Menschen in Nigeria gegen die Ölindustrie und Imperialismus; Tortenwerfen



auf prominente PolitikerInnen in Australien und weitere Aktionen an vielen anderen Orten weltweit: Der dritte Aktionstag, der auch in den Deutschen Medien zum ersten Mal überhaupt wahrgenommen wurde, fand am 30. November 99 zur Konferenz der Welt-Handels-Organisation (WTO) statt.

Und wieder fanden weltweit in ca. 50 Ländern direkte Aktionen statt, deren Höhepunkt die "Teilweise-Verhinderung" der WTO-Tagung in Seattle darstellte. Der Beginn des Treffens wurde durch die AktivistInnen um einen Tag verschoben, indem sie alle Zufahrtsstraßen zum Tagungsgebäude blockierten. Die Staatsmacht konnte das Treffen nur durchsetzen, indem für Seattle der Ausnahmezustand ausgerufen wurde und die Polizei zusammen mit der Nationalgarde mit Tränengas und Schlagstöcken gegen der Protestierenden vorging. Die vorgesehenen Konferenzbeschlüsse konnten aus Zeitmangel teilweise nicht gefaßt werden und Bill Clinton bezeichnete das Treffen als gescheitert.

Und weiter gehts

Der nächste "Global Action Day" ist für den ersten Mai geplant. An diesem Datum findet keine WTO-Konferenz oder dergleichen statt, sondern er wurde aus seiner geschichtlichen Bedeutung her ausgewählt. Der 1. Mai steht für die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und als Tag der Solidarität mit den Ausgebeuteten weltweit. Die Leute aus England sind mal wieder vorgeprescht und mobilisieren jetzt schon für eine Aktionswoche vom 28. April bis zum 1. Mai unter dem Motto "Mayday 2000 – Festival of anarcho-socialist ideas and actions", dessen Höhepunkt am 1. Mai die Aktivitäten am 18. Juni 1999 in London noch über-treffen sollen.



MayDay in Deutschland

In Deutschland waren bis zum Redaktionsschluß Aktionen in Berlin, eine Aktion im Ruhrpott und eine große Reclaim-the-Streetsparty (RTS) in Hamburg bekannt, und es werden sicherlich noch mehr werden. Ein dezentraler Aktionstag lebt von den vielen dezentralen Gruppen, die sich daran beteiligen. Gemeint seit ihr, liebe LeserInnen: werdet aktiv, denkt euch Aktionen aus, bildet Bündnisse und mobilisiert für den "Mayday 2000".

Abschließen möchte ich mit einem Zitat des Börsenmaklers George Soros, der eine sehr treffende Äußerung machte: "Der Fall des globalen Marktes wäre ein traumatisches Ereignis mit undenkbaren Folgen. Doch ich finde es mir einfacher vorzustellen als die Fortführung des jetzigen Zustandes".

Zuerst ...
 ein heißer Sommer gegen die Expo 2000
 Blockaden, Aktionen, Gegenöffentlichkeit, Kongresse

dann ...
 eine richtig geile Polit-WG gründen

Wer hat Lust, mit mir ab Sommer oder Herbst 2000 in der Projektwerkstatt wieder eine richtig abgefahrene, überregional aktive Polit-WG zu gründen? Jörg 0171/8348430





Fünf Jahre Haft für Direkte Aktion



Der Infodienst für Umweltaktivistinnen

Frühjahr 2000

● Widerstand



Im baskischen Teil Spaniens sind im letzten Jahr 8 AktivistInnen dafür verurteilt worden, das tragende Stahlseil einer Seilbahn gekappt zu haben, die für den Bau eines Staudamms notwendig gewesen wäre. Der Staudamm, der zwei Flüsse auf 38 km aufstauen soll, stellt aus geologischen Gründen eine Gefahr für die anwohnenden Menschen dar, soll mehrere Naturschutzgebiete beerdigen, ist juristisch illegal und im Zusammenhang mit nachgewiesenen Korruptionsfällen geplant worden. Mitglieder der Gruppe „SOLIDARIOS CON ITOIZ“ reisten nun durch Europa, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

Das Staudammprojekt, das sich im nordöstlichen Teil des Baskenlandes befindet, ist etwa 30 km von der Stadt Iruna (Pamplona) entfernt. Der See, der durch das Aufstauen der Flüsse Irati und Urrobi entstehen soll, würde bei seiner Länge von 38 km 1100 Hektar Land überfluten. Neun Dörfer, drei Natur- und zwei Vogelschutzgebiete sollen unter einer Wassermenge von 418 Kubikkilometern begraben werden. Steinadler und Weißkopfgäaer sind in der Übergangszone zwischen Pyrenäen und Mittelmeerraum genauso beheimatet wie seltene Pflanzenarten, der Fischotter ist mit Beginn der Bauarbeiten schon verschwunden.

Die Planungen des Stausees wurden 1995 am Nationalgericht in einem Urteil, das zwei Jahre später vom obersten Gerichtshof bestätigt wurde, juristisch verurteilt. Und das aus gutem Grund: Wie aus einem Gutachten Antonio Casas, Professor für Geodynamik, hervorgeht, ist die Stabilität eines der Berghänge, auf dem die Hauptstaumauer steht, nicht gewährleistet. Das Füllen und Leeren des Sees könnte das Abrutschen von drei Millionen Kubikmetern Erde zur Folge haben, was die Abflüsse verstopfen ließe oder sogar zu einem Bruch der Staumauer führen könnte. Doch obwohl der Bau juristisch untersagt wurde, ließ die Regierung ihn in Wirklichkeit nicht stoppen.

Widerstand

Der Widerstand gegen den Staudamm entstand bereits, als die ersten Planungen bekannt wurden. Die Widerstandsgruppe



„Coordinadora de itoiz“ wurde 1985 als Projekt gegen den Staudamm gegründet. Sie betrieb Öffentlichkeitsarbeit, organisierte Kundgebungen und Camps und leistete auf juristischer Ebene Widerstand.

Nachdem 1995 der Bau schon mehr als anderthalb Jahre andauerte, gründete sich die Gruppe Solidari@s con Itoiz, um neue Wege zu gehen. Sie setzte sich zum Ziel, den Bau mittels öffentlicher, gewaltfreier, direkter Aktionen zu stoppen und führte bis heute über 40 Aktionen bei den verantwortlichen Institutionen oder am Fuße der Baustelle durch. Bei all ihren Aktionen blieben die AktivistInnen am Tatort, um sich der Polizei und der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Da die Bauarbeiten trotz des Widerstands und der gerichtlichen Untersagungen nicht gestoppt wurden, entschied sich das Kollektiv im April 1996, den Bau mittels einer effektiven direkten Aktion zu stoppen. Acht AktivistInnen drangen in Begleitung von fünf JournalistInnen in das Baustellengelände ein. Zwei von ihnen fesselten einen Wachmann für fünf Minuten und nahmen ihm die Waffe ab, um Schüsse zu vermeiden. Währenddessen kappten die anderen mit Trennscheiben die sechs Stahlseile der Seilbahn durch, die auf einer Strecke von 800 Metern den zum Bau notwendigen Zement förderte. Das Herz der Baustelle wurde somit lahmgelegt und die Bauarbeiten für ein Jahr gestoppt.

Wie bei den anderen Aktionen blieben die Solidari@s am Ort und warteten auf die Polizei. Sie wurden mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt, gezwungen, sich auf den Bauch zu legen und bezogen eine Stunde lang Prügel, wobei es zu einem Trommelfell- und einem Sehnenriß sowie vielen anderen Verletzungen kam. Daraufhin wurden sie 8 Stunden lang in Minizellen in einem Polizeiauto in der Sonne warten gelassen, wobei sie kein Wasser zu trinken bekamen. Auch die JournalistInnen wurden angegrif-

Eine originelle Solidaritätsaktion ließ sich letzters ‚Solidarios con Itoiz‘, eine Gruppe aus dem Baskenland, und eine englische NBA-Soligruppe einfallen: Sie erkletterten das als ‚Auge Londons‘ bekannte Riesenrad in London, das als Symbol für den Jahrtausendwechsel am 1.1.2000 eröffnet werden sollte, und spannten ein Transparent mit der Aufschrift ‚Stop The Dams! Die Gruppe aus dem Baskenland befand sich gerade auf einer Vortragstour durch Europa. Sie hatten 1993 am Widerstand gegen den Bau eines Staudamms in einem Naturschutzgebiet im Baskenland teilgenommen. Dabei hatten sie die Stahlseile durchtrennt, mit denen der Damm ausgerichtet werden sollte, wodurch die Bauarbeiten um mehr als neun Monate verzögert wurden. Sie wurden gefasst und zu 5 Jahren Haft verurteilt. Bevor sie die Haft antreten müssen, wollen sie durch Veranstaltungen und Aktionen auf den Widerstand aufmerksam machen. Diese Aktion erregte große Aufmerksamkeit und verdeutlichte gut die Verknüpfung der Probleme in ihrem Land und der im Narmada-Tal in Indien.

fen, ihr Material unbrauchbar gemacht und ihre Redaktionen durchsucht. Währenddessen gab es eine zweiwöchige Medienkampagne, die die Bevölkerung gegen die AktivistInnen aufbringen sollte. Doch die Bevölkerung solidarisierte sich mit den Solidari@s und diese mußten nach zwei Wochen aufgrund des großen öffentlichen Drucks freigelassen werden, um sie später vor Gericht zu stellen. Zwei Tage darauf demonstrierten 15000 Menschen gegen den Staudamm. Es entstand eine große Solidaritätskampagne, während der mehrere Gruppen Direkte Aktionen gegen den Staudamm durchführten und sich über 300 Gruppen öffentlich solidarisierten.



Repression

2 Jahre nach der Aktion wurden die acht AktivistInnen am Landgericht von Navarra angeklagt. Da die Richter sie so hoch wie möglich verurteilen wollten, reichte ihnen eine Anklage wegen der Sabotage nicht aus. Stattdessen konstruierten sie aus dem fünfminütigen Fesseln des Wachmanns eine „illegale Festnahme“ und „Entführung“. Daß derartige Freiheitsberaubungen seitens der Polizei tagtäglich geschehen, ohne daß diese jemals dafür angeklagt werden würde, interessierte sie wenig. Die Richter verurteilten die Solidari@s zu je vier Jahren und 10 Monaten Gefängnis wegen der illegalen Festnahme des Wachmanns sowie einer Entschädigungssumme von fast 2 Millionen DM. Der Oberste Gerichtshof wies den Widerspruch, den die Angeklagten einlegten, im Oktober 1999 zurück und verlangt den sofortigen Haftantritt.

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß es überall auf der Welt dasselbe ist: Korrupte Regierungen ziehen zerstörerische Projekte gegen den Willen der Bevölkerung und auf Kosten der Natur durch, und die einzigen, die dem effektiv etwas entgegensetzen, sind Basisgruppen, die statt zu großen Worten lieber zu direkten Aktionen greifen. Das klappt und deshalb gibt es dann hinterher um so mehr Ärger. Aber die Solidarität gibt den Angeklagten Stärke. AktivistInnen von Solidari@s con Itoiz reisten diesen Winter durch Deutschland und andere Länder, machten Veranstaltungen und führten direkte Aktionen durch.

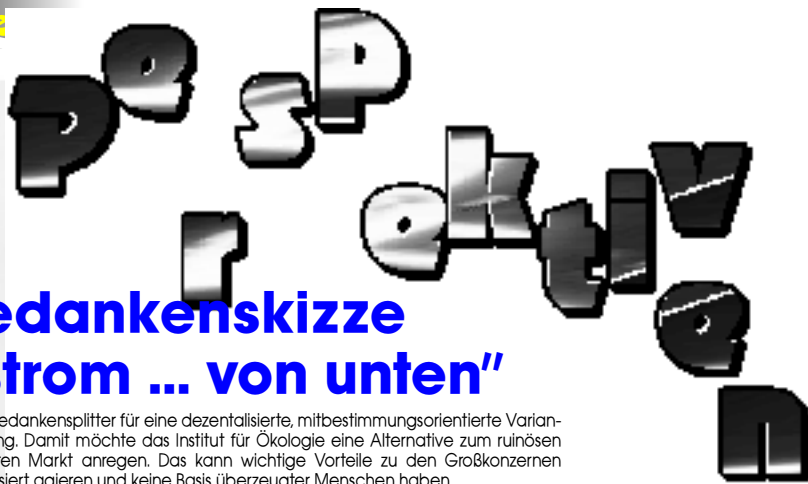


Ö-Verteiler „Widerstand“

• Mikas & Creados Informationen



18.3. in Braunschweig (Kohlmarkt)
Anti-Castor-Techno-Street-Parade
 (mit Überraschung!)
 Info: SchülerInnen gegen Schacht Konrad
 c/o ökoscouts, Madamenweg 168, 38106
 Braunschweig, Handy-Nr.: 0177/6710247
 oeksbs@aol.com, http://www.
 anti-castor-techno-street-parade.de



Gedankenskizze "Ökostrom ... von unten"

Dieser Text ist ein erster Gedankensplitter für eine dezentralisierte, mitbestimmungsorientierte Variante der Ökostromvermarktung. Damit möchte das Institut für Ökologie eine Alternative zum ruinösen Wettbewerb im liberalisierten Markt anregen. Das kann wichtige Vorteile zu den Großkonzernen schaffen, die immer zentralisiert agieren und keine Basis überzeugter Menschen haben.

Achtung: Ökostromunternehmen, Energieinitiativen und regionale Infozentren, die als Koordinationspunkte agieren wollen, sollten sich bei Interesse melden – denn das Ganze funktioniert nur, wenn überall regionale Kooperationen entstehen!

Kontakt: Institut für Ökologie, Projekt "Ökostrom von unten"
Tel. 06401/903283 und 0171/8348430.

Ökostrom für Umwelt- und Infozentren

Welches Infozentrum (Umweltzentrum, Info-laden, alternatives Projekt usw.) hat Lust, zu einer atomstrom-freien Zone zu werden und dafür auch zu werben?

Durch eine Kooperation mit "Ö-Punkten" und Ökostromanbietern kann es ohne zusätzliche Kosten abgehen – ja, es besteht sogar die Chance, an dem Ganzen auch selbst finanziell beteiligt zu sein und damit das Zentrum eigenwirtschaftlich zu stärken.

Info:
Institut für Ökologie
und Redaktion "Ö-
Punkte", Aktion "Öko-
strom von unten",
Tel. 06401/903283
und 0171/8348430,
oe-punkte@gmx.de

Ausgangslage

Der Strommarkt ist liberalisiert. Ein Kampf um Mitbestimmungsrechte hat nicht stattgefunden. Stattdessen kämpfen die verschiedenen Akteure im neoliberalen Rahmen. Das ist unbefriedigend und gefährlich.

Unbefriedigend ist es, weil wieder einmal bei einer Fragestellung des Umweltschutzes die Beteiligungsrechte außen vorbleiben. Die Menschen können nur noch entscheiden, welche Energiequellen und -preise sie wollen. Eine direkte Gestaltungsmacht gibt es nicht. Das wäre nur im regionalen Rahmen möglich. Das Prinzip der Dezentralität und Mitbestimmung ist nicht gewahrt.

Gefährlich ist es, weil im liberalisierten Markt die am stärksten sind, die über das größte Kapital verfügen. Und das sind nicht die AnbieterInnen von "echtem" Ökostrom. Es besteht die Gefahr, daß die Großen am Ende übrig bleiben. Und dann gibt es gar keine Möglichkeit mehr, direkt die Stromgewinnung zu beeinflussen.

Gedankensplitter für neue Strategien

Das Mitmischen im liberalisierten Strommarkt, noch dazu untereinander konkurrierend, kann für den Umweltschutz nicht allein genügen. Umweltschutz muß mit den Zielen der Mitbestimmung verbunden werden. Die Menschen sind nicht nur KundInnen, wir müssen sie als PartnerInnen für die Sache des Umweltschutzes gewinnen bzw. zurückgewinnen, denn viele haben wir durch einen falschen Kurs in den letzten Jahren verloren.

ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (EVG) Das passende Modell einer mitbestimmungsorientierten Stromproduktion wäre eine Gemeinschaft der regionalen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen. Idealtypisch bilden sich in allen Regionen aktive Kreise, die neue Anlagen planen und Werbung für die Abnahme von umweltgerecht produziertem Strom machen. Die Ökostrom-AnbieterInnen nehmen dabei die Rolle der Geschäftsführung und Abwicklung, der Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit usw. ein.

Regionale Infozentren im Mittelpunkt der regionalen EVGs stehen eine oder mehrere Zentren, die dauerhaft über den Ökostrom informieren, neue AnbieterInnen und VerbraucherInnen suchen. Diese Infozentren werden mit Ökostrom versorgt.*

Dezentralisierung statt Konkurrenz Die Anzahl von Ökostromanbietern ist schon jetzt sehr hoch. Bislang fehlt allen die regionale Mitbestimmung mit Ausnahme derer, die schon regionale Strukturen haben (vor allem Schönau) und jetzt ihren Strom nur bundesweit vermarkten. Es wäre günstig, wenn die regionalen AnbieterInnen sich an einem bundesweiten Verbund regionaler EVGs beteiligen und auch bundesweite Anbieter überlegen, wie weit eine solche Struktur auch kooperativ vorstellbar ist, um einen ruinösen Wettbewerb im Ökostrombereich zu vermeiden.

Der direkte Draht Um in den Regionen die MultiplikatorInnen zu erreichen, sollten Kongresse und Tagungen, die Energiezeitungen und die MultiplikatorInnen-Zeitung "Ö-Punkte" genutzt werden, um die Idee weiterzutragen.

*Anmerkung 1: Mit der Kooperation zwischen Ökostrom-Versorgern und regionalen Infozentren kann unabhängig von allen weiteren Schritten auch sofort begonnen werden. Diese Zentren dienen dann der Werbung und als Kontaktstellen, d.h. sie können beratend tätig sein. Wir können etliche solcher Zentren schon jetzt vermitteln und schlagen vor, hier erste konkrete Schritte zu machen und darüber in den "Ö-Punkten" zu berichten, um weitere Zentren und regionale Akteure zu gewinnen.

Zur Lage in der Umwelt- schutz-von-unten-Debatte

– Fast täglich haben sich neue Leute auf unsere Mailingliste eingetragen. Dort diskutieren wir kontinuierlich über Positionen, Aktionen usw. Wer einen Email-Zugang hat und mitdiskutieren will, kann sich per Mail mit kurzer Selbstdarstellung bei sven.cronenberg@ruhr-uni-bochum.de eintragen.

– Auf dem Jugendumweltkongreß über Silvester kamen 20 bis 30 Leute vor allem aus dem Umweltschutz-von-unten-Zusammenhang zu einer kontinuierlichen Diskussion zusammen und brachten sich mit vielen Arbeitskreisen intensiv in den Kongreß ein. Erstmals seit vielen Jahren gab es wieder eine spürbare Richtungsänderung hin zu einem radikaleren, unabhängigen und emanzipatorischen Politikstil, der sich kritisch mit der bisherigen Harmoniestrategie auseinandersetzte.

– Im Rahmen des Anti-Expo-Widerstandes sind viele Leute aus der Umweltschutz-von-unten-Debatte zu wichtigen MitträgerInnen geworden. Sichtbar wird endlich wieder ein emanzipatorischer Ökologiebegriff, nachdem viele Jahre nur wirtschafts- und staatsfreundliche Konzepte herrschten.

– Endlich kommt es auch wieder dazu, daß Seminare und Treffen mit steigenden TeilnehmerInnenzahlen stattfinden ... zuletzt das spannende "Selbstorganisiert-leben-Seminar" in Recklinghausen.

– Hochspannend könnte die sich an-deutende Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Studentische Ökologiegearbeit werden. Dort beseht eine große Offenheit, zukünftig gemeinsam zu agieren und z.B. das schon "traditionelle", halbjährliche Bundes-Ökologie-Treffen zu einem Treffpunkt für alle zu machen, die um konkrete Projekte und neue Ideen ringen. Auch im Bereich von Seminaren und Projekten könnte eine engere Zusammenarbeit entstehen.

**Donnerstag-
Sonntag, 18.-21.5.**
in Oldenburg oder Iffens
Bundes-Ökologie-Treffen
mit vielen AGs usw., u.a. auch zur
Vorbereitung des Kongresses im
Herbst
Veranstalter: Bundesverband Stud.
Ökologiearbeit; event. weitere Mit-
veranstalter, u.a. Netzwerk
"Umweltschutz von unten"

**Freitag-Sonntag,
14.-16.4.** in der
Projektwerkstatt in Saasen
**Seminar
"Umweltschutz von unten"**
Für EinsteigerInnen in die Debatte: Kritik
an ökoneoliberalen und autoritären Um-
weltschutzkonzepten (Gesetze, Ökoste-
uern, Agenda & Co.). Perspektiven und
konkrete Beispiele für einen emanzi-
patorischen Umweltschutz.
Veranstalter: ASTA-Umweltreferat
Marburg und Institut für
Ökologie, Info: Jörg, s.r.

**Koordinations-treffen
im Netzwerk
"Umweltschutz von unten"**
Themen, die zur Zeit anstehen und
besprochen werden sollen:
- Kongreß "Umweltschutz von unten" im Herbst
- Buchprojekt "Umweltschutz von unten"
- Seminare und Veranstaltungen
- Anti-Expo-Arbeit: Kritik an ökologischen Konzepten?
(u. a.: Expo-Nachhaltigkeitstagung "Local Heroes 21")
Treffen im Rahmen des Bundes-Expo-Treffens
Freitag-Sonntag, 3.-5.3.
in der Fachhochschule Bielefeld
6. bundesweites Anti-Expo-Treffen
Geplant: Eine AG zu Umweltschutz-von unten, je nach
Rückmeldungen davor (ab Freitag mittag u.a.) oder
danach (ab Sonntag, 14 Uhr) Möglich ist die
Teilnahme am Anti-Expo-Treffen
Info: Jörg, 0171/8348430 oder
06401/903283

Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

Abfall:

Das Bessere Müllkonzept
 ☛ Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinsbach
 MüllMagazin (Rhombos)
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)
 ☛ Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
 Atom-Pressepiegel
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
 Forum des IPPNW
 Körtestr. 10, 10967 Berlin
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)
 Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:

Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)
 Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg
 Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)
 ☛ Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
 Neue Energie (BWE)
 Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück
 Solarthemen (204 DM/Jahr, 24 Heft)
 Bülfestr. 85, 32645 Bad Oeynhaus

Jugend und Umweltschutz

Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung), c/o DJN
 ☛ Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)
 Postfach 400263, 50832 Köln
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)
 Prof.-Virchowstr. 8, 08280 Aue
 Wattenmeer international
 WWF, 60591 Frankfurt

local economy:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
 Postfach 100829, 44708 Bochum
 Contraste
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)
 ☛ Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Lebensmittelkooperativen mit vielen Infos für Food-Coops.
 Im Mailand 131, 44797 Bochum

Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Organisation, Tips:

Media Perspektiven
 Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Magazine

Gegenwind (Schleswig-Holstein)
 ☛ Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

Politik von unten:

mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)
 Postfach 1159, 71117 Grafenau
 Zeitschrift für direkte Demokratie
 Marcusallee 29, 28359 Bremen

Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte
 Promenadeplatz 12, 80333 München
 Du und das Tier (DTSB)
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)
 ☛ Informationen und Berichte über die Tierrechtsbewegung und Autonomen Tierschutz.
 Schmilnstkystr. 7, 2009 Hamburg
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)
 Ahornstr. 16, 63322 Rödermark

Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)
 Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
 Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)
 Pressehaus I/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn
 Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)
 Postfach 1324, 30013 Hannover
 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden
 Friedensforum (Friedenskooperative)
 Römerstr. 88, 53111 Bonn
 Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)
 Breul 43, 48143 Münster
 Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden
 Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden
 Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.Ä
 „Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
 Konkret (gibts am Kiosk)
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg
 Ökolinx, Jutta Dittfurth (8 DM + 2 DM Versand)
 Neuhofstraße 42 60318 Frankfurt
 Regenbogen
 c/o K.R.A.T.Z.Ä., Dunckerstr. 11, 10437 Berlin

Umwelt allgemein:

Kritische Ökologie
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
 ÖkoLinX (Ökologische Linke)
 Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt
 Ökologisches Wirtschaften
 Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
 Postfach 6226, 79038 Freiburg
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer
 ☛ Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)
 Einschl. Ö-Punkte, zusätzlich Termine, Texte und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltschutz, alternativem Lebens usw.
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
 Politische Ökologie und punktum
 Waltherstr. 29, 80337 München
 http://www.oekom.de
 Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
 Umwelt kommunale ökologische Briefe
 (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)
 Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
 Umweltnachrichten (5 DM)
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:

Biologie in der Schule
 Postfach 269, 10107 Berlin
 DGU Nachrichten
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg
 NUAncen (Zeitschrift der NUA)
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
 Ökopänews (Beilage zu punctum)
 c/o ökom, Waltherstr. 29, 80337 München
 Rundbrief Ökopädagogik
 Welsersstr. 15, 81373 München
 Unterricht Biologie
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze
 Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz (2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle
 ☛ Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107, Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin
 Umweltberatung aktuell (BUND)
 ☛ Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:

alaska
 Kritische Zeitung zum Internationalismus
 Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen
 BUKO-Agrar-Info
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 Germanwatch
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn

Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn
 iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)
 Postfach 5328, 79020 Freiburg
 Relaciones (VEN)
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
 Rundbrief "eine Welt"
 Mittelstr. 4, 34474 Wethen

Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18,
 60327 Frankfurt
 Zeitschrift für Umweltrecht, Contrescarpe 18,
 28203 Bremen

Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
 BBU-Infodienst (unregelmäßig bis 4x/Jahr)
 ☛ Infozeitung des BBU, für Mitglieder,
 Prinz-Albert-Str. 43,
 53113 Bonn
 BUNDmagazin
 Im Rheingärten 7, 53225 Bonn
 Deutschland-Rundbrief (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 EU-Rundschreiben (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
 ☛ Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische
 Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur
 Hochschul-Umweltarbeit.
 BSO, c/o ASTA Uni Münster
 Schloßplatz 1, 48149 Münster
 Naturschutz heute
 Postfach 301054, 53190 Bonn

VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret (Mitgliedszeitung)
 Verbr.-Initiative, Breite Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
 Exerzierplatz 20, 13357 Berlin
 radWELT (ADF)
 Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg
 Waterkant (AKN)
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

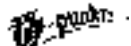
Widerstand/Direkte Aktion:

Mikas & Credos Informationen (40 DM/Jahr)
 ☛ Vor allem Termine und Adressen. Auf Wunsch
 mit Ö-Punkten als Beilage.
 A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin

Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)
 ☛ Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Termine, Berichte, Infos zur Expo.
 Büro für mentale Randale, Flaesheimer Str. 80,
 45739 Oer-Erkenschwick
 Rundbriefe von ...

☛ BUND Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, BUND-Jugend, FZS: Zusammenschluß der StudentInnenenschaften, Grünalternatives Jugendbündnis (GAJB), Grüne Liga Sachsen und Thüringen, JANUN: Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen, Jungdemokratinnen/Junge Linke Nordrhein-Westfalen, Mehr Demokratie: Länderrundbrief, NABU Saarland, Naturschutzjugend Baden-Württemberg, Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie.
 ☛ Verteilung über die Themenredaktionen der Ö-Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rückseite). Abonnements.



Der Infodienst für UmweltaktivistInnen

Frühjahr 2000

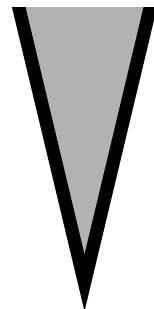
• Anhang, Verteiler



Erläuterung

☛ Ö-Punkte liegen regelmäßig bei.

☛ Ö-Punkte liegen unregelmäßig bei, d.h. der/die BezieherIn erhält nicht alle Ö-Punkte.



Die nächsten Ö-Punkte Sommer 2000:

Termine:

• Redaktionsschluss: 25.4.2000.
 • Endredaktion: Ab 29.4. in Recklinghausen, 7.-14. Mai.
 • Erscheinen: ca. 19.5./00.
 Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!

Schwerpunkt: Bewegung von unten

Schwerpunkt-Redaktion: Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Redaktionsschluss der Ausgabe "Herbst" ist voraussichtlich der 1. August 2000.

Die nächsten Ö-Punkte kommen bestimmt! Aber ...

Um langfristig überleben zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützung – in Form von Förder-Abos, Spenden und einer Grundfinanzierung

20 x 1000 DM

(oder 40 x 500 DM oder ...)

Welche Gruppe, Organisation, Einzelperson, Firma, ASTA u.ä. würde eine solche Grundfinanzierung mittragen???

Vier Zusagen haben wir schon, wer macht mit???

Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit



Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat. Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen. Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/ Nachhaltigkeit, Anbieterung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO. 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag. 39,80 DM.
- **CD "Agenda, Expo, Sponsoring"** Geschnittene Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag. 49,80 DM
- **Gesamtpaket** (2 Bände plus CD): 115 DM pro Paket.



Drei Mappen mit Tips für die Umweltschutzpraxis:

- **Aktionsmappe Umwelt: Der Leitfaden für BIs und Umweltgruppen.** A4-Ordner. 29,80 DM.
- **Jugendaktionsmappe Umwelt: Tips für die Jugendumweltarbeit.** A4-Ordner. 24,80 DM.
- **Naturerlebnismappe: Spiele, Erleben, Basteln und mehr.** A4-Ordner. 24,80 DM.



- **Ö-Punkte**, die Zeitung für aktive UmweltschützerInnen: Aktuelle Ausgabe 5 DM, alte Hefte 2 DM (bisherige Schwerpunkte: Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Utopien, Naturschutz, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tips für Gruppen, Umweltbildung)
- **Infopakett "Perspektiven emanzipatorischer Umweltschutzarbeit"**, aktuelle Papiere und mehr: 6 DM in Briefmarken.
- **Graue Seiten**, die kommentierte Umweltaadressenliste. A6, 64 Seiten. 5 DM.
- **Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten. A4, je ca. 70 S., je 12 DM.
- **Nachhaltige Weltbilder**. Kritik zu Agenda&Nachhaltigkeit. 180 S., 7 DM
- **Das System ist schuld**. Broschüre. A5, 24 S. 3 DM

Bestelladressen siehe unten und
Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
Tel. 04531/4512, Fax 7116

Die oben genannten Materialien sind bei folgenden Verkaufsstellen, Versänden und Büchertischen zu bekommen:

Ö-Depots in ...

- 07745 Jena:** IG Stadttökologie im Grünen Haus, Schillergäßchen 5
- 08250 Aue:** Aktion Eine Welt Aue e.V., Postplatz 3
- 10247 Berlin:** Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- 20357 Hamburg:** Projektwerkstatt in der Roten Flora, Schulterblatt 71
- 23554 Lübeck:** Umweltwerkstatt in der Alternative, Willy-Brandt-Allee 9, Tel.&Fax 0451/7070646. Auch Büchertisch.
- 23843 Bad Oldesloe:** Institut für Ökologie im Inihaus, Turmstr. 14a, Tel. 04531/7116, Fax 4512. Auch Versand (gegen Rechnung).
- 33615 Bielefeld:** Anti-Expo-AG, c/o Uni-ASTA, Universitätsstraße. Hier können auch die Materialien zum emanzipatorischen Umweltschutz eingesehen werden.
- 35447 Reiskirchen-Saasen:** Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, Tel. 06401/90328-3, Fax -5. 20km östlich Gießen, Bahnhanschluß, Tagungshaus, politische Bibliothek. Auch Versand und Büchertisch.
- 36251 Bad Hersfeld:** Jugend-Umwelt-Infostelle, Dippelstr. 10, Tel. 06625/7244, Fax 5285. Öffnungszeiten Di+Do 15-17 Uhr. Auch Versand.
- 38118 Braunschweig:** Weltladen der Ökoscouts, Madamenweg 168, Tel. 0531/82909, Fax 896677.
- 38729 Lutter am Barenberge:** Burgladen, Auf der Burg, Tel. 05383/1884

40223 Düsseldorf: Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 11 (Mo-Fr 9-18.30h, Sa 9.30-14h)

44801 Bochum: notstand-Büchertisch im Mensafoyer, Universitätsstr. 150 (auch Versand und Archiv), www.free.de/notstand

45657 Recklinghausen: Büro für mentale Randle, Wickingstr. 17, Tel. 02361/17483

46049 Oberhausen: Projekt-Archiv im Druckluft, Am Förderturm 27, 0208/23037

49504 Lott: Tauschringarchiv, Hasenkamp 30, Tel. 05404/72400, Fax 4822. Auch Versand.

56075 Koblenz: Umweltreferat des ASTA der FH, Am Finkenherd 4

72070 Tübingen: Buchladen "Die Gruppe", Münzgasse 15

72622 Nürtingen: Infoladen, Bahnhofstr. 31, 07022/211226 (PF 1141, 72608 Nürtingen)

91522 Ansbach: BOOKS&ARTS&INTERNET, Bahnhofstr. 17

Ö-Versanddepots

(Versände und Büchertische)

Radikal leben, Dorfstr. 28, 25451 Quickborn-Renzel, Fax 04106/82787

Anares Nord: Postfach 1247, 31305 Uetze, Tel.&Fax 05173/6663

MaterialAuswahl UmweltSchutz (MAUS), Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld, Fax 06625/5285, www.maus-versand.de Neuer Katalog erschienen!

Summersault, c/o Infoladen, Eberhardstr. 28, 54290 Trier

Ö-Depots sollen überall entstehen. Dabei geht es nicht nur um die Verbreitung von Literatur zum emanzipatorischen Umweltschutz, sondern auch um eine Möglichkeit selbstorganisierter Finanzierung. Für WiederverkäuferInnen räumen wir je nach Abnahmemenge und Produkt zwischen 35 und 80 Prozent Rabatt ein.

Nähere Infos können bei uns eingeholt werden!

Wer Interesse hat, die Materialien aufzunehmen, sollte sich schnell an die Redaktion der "Ö-Punkte" wenden: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5.

